

# Magazin der Wirtschaft

★ EINE WOCHENSCHRIFT ★

Neue Folge/Herausgegeben von R. Bernfeld

## Inhalt

Der Reichsetat 1931 — Vor neuen Problemen . . . . .	2329	Moratorium für den Fürsten Pleß . . . . .	2359
Prof. Dr. Berthold Josephy: Geburtenrückgang und Bevölkerungsqualität . . . . .	2333	Billiger Roggen — für die Brennereien . . . . .	2360
Prof. Dr. Julius Flechtheim: Bilanzbereinigung durch Aktienrückkauf? . . . . .	2341	Unsichtbare Reichszuschüsse für die Roggenstützung . . . . .	2360
Prof. Georg Bernhard: Dividendenpolitik in der Depression . . . . .	2343	Ermäßigung einiger Posttarife . . . . .	2361
Dr. Bruno Kiesewetter: Die Expansion der International Telephone and Telegraph Co. . . . .	2345	Internationale Zuckerkonvention vorläufig gescheitert . . . . .	2361
Glossen		Erweitertes Wettbewerbsabkommen der Kreditinstitute . . . . .	2361
Keine Privatisierung der Golddiskontbank? . . . . .	2351	Ein Bankkrach in USA . . . . .	2361
Ergebnisse der Banken-Enquête . . . . .	2351	Zusammenschluß amerik. Privatbanken . . . . .	2362
Einheitliche Aufwertung der Sparguthaben! . . . . .	2352	Förderung des italienischen Exports nach Rußland . . . . .	2362
Die Verwendung des Kommunalkredits . . . . .	2352	Personalialia . . . . .	2362
40 Milliarden Investitionen in 5 Jahren . . . . .	2353	Briefe an den Herausgeber (Vom Besprechungswesen / Exzesse der Technik) . . . . .	2363
Eine „neue“ Theorie der Preisbewegung . . . . .	2353	Literatur (Die Wirtschaftsliteratur des Jahres 1930 / Einzelbesprechungen) . . . . .	2363
Opposition gegen die Eisen-Enquête . . . . .	2354	Bilanzen (Schultheiss-Patzenhofer — Ostwerke) . . . . .	2385
Die Fehlinvestitionen der Eisenindustrie . . . . .	2355	Die Wirtschaft des Auslands (Frankreich: Die Schaffung einer Kupferbasis) . . . . .	2386
Eisen- und Stahlwaren: Eine vielseitige Industrie . . . . .	2356	Marktberichte (Die Konjunktur / Der Geld- und Kapitalmarkt / Die Warenmärkte / Die Effektenmärkte: Berlin, Frankfurt, Hamburg, Paris, London, New York) . . . . .	2387
Änderung der Kohlen-Zwangswirtschaft . . . . .	2356	Statistik (Der Außenhandel im November / Wochenzahlen zu den Marktberichten / Berliner Börsenkurse / Reichsbank-Ausweis / Ausweise der Privatnotenbanken / Novemбераusweis der Rentenbank) . . . . .	2393
Die Verluste der VEW . . . . .	2357		
Freie Forschung? . . . . .	2357		
Die Aussichten des Einheitspreisgeschäfts . . . . .	2358		
Vor Aufhebung des Reifen-Preisschutzes . . . . .	2358		
Bat'a produziert in Deutschland . . . . .	2359		

Die Wirtschaftsliteratur des Jahres 1930

ERSCHEINT FREITAGS / EINZELHEFT 1M / VIERTELJÄHRLICH 12M

Redaktion und Verlag: Berlin W 62 / Kurfürstenstr. 131





**DARMSTÄDTER UND NATIONALBANK**  
Kommanditgesellschaft auf Aktien

BERLIN

Akt.-Kap. 60 Millionen Reichsmark  
Reserven 60 Millionen Reichsmark

Depositenkassen in allen  
Stadtteilen Groß-Berlins  
und in Vororten

Zahlreiche Niederlassungen  
in allen Teilen Deutschlands

*Rund 400 000 RM  
tägliche Schadenszahlung*

**ALLIANZ UND STUTTGARTER VEREIN**  
VERSICHERUNGS-AKTIEN-GESELLSCHAFT

Aktiva . . . über **234 000 000 RM**

Bayerische Versicherungsbank  
Aktiengesellschaft, München //

Badische Pferdeversich.-Anstalt  
Akt.-Gesellschaft, Karlsruhe i. B.

Globus Versicherungs-Aktien-  
Gesellschaft in Hamburg //

Hermes Kreditversicherungs-Bank  
Aktiengesellschaft in Berlin //

Kraft Vers.-A.-G. des Automobil-  
clubs von Deutschland in Berlin

Neue Frankfurter Allgem. Vers.-  
A.-G. in Frankfurt a. M. ////

Union Allgem. Deutsche Hagel-  
Versicher.-Gesellschaft in Weimar



**ALLIANZ UND STUTTGARTER**  
LEBENSVERSICHERUNGSBANK AKTIENGESELLSCHAFT

Gesamtversicherungssumme über 3 000 Millionen RM



**BLÄTTER FÜR LANDWIRTSCHAFTLICHE  
MARKTFORSCHUNG**

**MARKT-** STRUKTUR  
FUNKTION

**A**KTUELLE ABSATZ-FRAGEN

**R**RATIONALISIERUNGS-VORSCHL.

**K**ONJUNKTUR-BEWEGUNG

**T**RANSPORT-VERPACKUNG

HERAUSGEG. V. PROF. DR. KARL BRANDT INST. F. LANDW. MARKTFORSCHUNG

JAHRESABONNEMENT 12-RM. EINZELHEFT BEI FREIER ZUSENDUNG 1,20 RM

BLN N 4 INVALIDENSTR. 42

ZU BEZIEHEN DURCH ALLE BUCHHANDLUNGEN  
UND DIREKT VOM INSTITUT



# Wichtige Neuerscheinungen aus letzter Zeit

## Statistisches Reichsamt

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. 49. Jahrgang 1930. Etwa 900 S. Ganzleinenband 6,80 RM.

Das Zahlenbild des deutschen Volks-, Wirtschafts- und Staatslebens. Eine Fülle von wichtigem Material.

Finanzen und Steuern im In- und Auslande. 900 S. Ganzleinenband 10 RM.  
Eine noch nirgends gebotene Grundlage für die Reform der öffentlichen Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft.

Deutsche Wirtschaftskunde. 400 S. Ganzleinenband 2,80 RM.

Ein anschaulicher Leitfadens durch das deutsche Volks- und Wirtschaftsleben.

Die Wirtschaft des Auslandes. Zwei Bände, etwa 1700 S. Ganzleinen 30 und 27 RM.

Ein außerordentlich reichhaltiges und vielseitiges Material über die wirtschaftliche Lage und Entwicklung von 60 der wichtigsten Länder der Welt, 1900—1928. Eine einzig dastehende Veröffentlichung, der auch andere Länder nichts Ähnliches zur Seite stellen können.

Die öffentliche Verschuldung im Deutschen Reich. 453 S. Ganzleinen 17 RM.

Die Besteuerung der Landwirtschaft. 210 S. Ganzleinenband 13,50 RM.

Die interalliierten Schulden. Ihre Entstehung und Behandlung im Youngplan. 222 S. Ganzleinenband 9 RM.

Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Verwaltung im Deutschen Reich für die Rechnungsjahre 1913/14, 1925/26, 1926/27. 775 S. Ganzleinenband 27 RM.

## Reichsarbeitsministerium

Jahrbuch der Berufsverbände im Deutschen Reich. Ausg. 1930. 13,60 RM.

Ein vollständiges Verzeichnis aller Verbände der Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Beamten und freien Berufe mit statistischen Angaben.

Lehrbuch der Finanzwissenschaft. Von Universitätsprofessor Dr. Bruno Moll. 700 S. Ganzleinenband 20 RM.

Das moderne Lehrbuch der Finanzwissenschaft.

Unsere Volkswirtschaft heute und morgen. Von Prof. Dr. Rob. Wilbrandt. 316 S. Ganzleinenband 10 RM.

Ein allgemeinverständlich geschriebenes Handbuch der Volkswirtschaftslehre.

Organisations-Lexikon. Hand- und Auskunftsbuch für wirtschaftliche Betriebsführung. Von Prof. Dr. Walter Le Coultre und Dr. W. Thoms. 650 S. Ganzleinenband 25 RM.

Das erste Lexikon der gesamten Betriebsorganisation, das schnell und sicher alle einschlägigen Fragen beantwortet und wertvolle Ratschläge gibt.

## Reichsverband der Deutschen Industrie

Deutscher Wirtschafts-Atlas. Von Professor Dr. Ernst Tiessen. 200 Karten in Ganzleinenband 108 RM.

Ungemein anschauliche und instruktive Darstellung aller Wirtschaftsvorgänge nach dem System der Tiessenschen Einheitslinie.

Rechtshandbuch für den deutschen Handelsverkehr mit England. Von Rechtsanwalt Dr. Hans Reupke und Solicitor E. Bernard Morgan. 168 S. in Ganzleinenband 8,40 RM.

Ein unentbehrlicher Berater für alle, die mit England in Geschäftsverbindung stehen.

## Internationale Handelskammer

Vollstreckung deutscher Schiedssprüche im Auslande. Bearbeitet im Institut für in- und ausländisches Privatrecht von Dr. W. Pappenheim und Dr. M. Rheinstein nebst der Vergleichs- und Schiedsgerichtsordnung der internationalen Handelskammer, erläutert von Dr. J. Weisbarth. 106 S. 5,80 RM.

Die authentische Darstellung der Bestimmungen für 17 der wichtigsten Staaten.

## Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit

Vereinheitlichung d. Betriebsstatistik. Ein Vorschlag von Dr. E. v. Keitsch. Mit zahlreichen, teils mehrfarbigen Schaubildern. 4,80 RM.

Ein billiger und erprobter Vorschlag zu einer einheitlichen Erfassung und Darstellung aller Betriebsvorgänge.

## Deutsche Rentenbankkreditanstalt

Die Kreditlage der deutschen Landwirtschaft im Wirtschaftsjahre 1928/1929. Preis 4,50 RM.

Eine mit zahlreichen Tabellen und Schaubildern ausgestattete Darstellung der landwirtschaftlichen Kredit- und Verschuldungsverhältnisse.

## Deutsche Länderbank

Volkswirtschaftlicher Elementarvergleich zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien. Herausgegeben von Professor Wichard von Moellendorf. 4 Teile in Ganzleinen je 32 RM.

Ein außerordentlich wertvolles vergleichendes Zahlenmaterial in Übersichten und vielfarbigen, höchst anschaulichen Tafeln.

## Rheinkommission

Die deutsche Rheinschiffahrt. Gutachten der Rheinkommission über die Lage der Rheinschiffahrt und der in ihr beschäftigten Arbeitnehmer. Von Prof. Dr. Bernh. Harms, Prof. Dr. Kuske und Oberbürgermeister Prof. Dr. Most. 550 S. Ganzleinen 24 RM.

Das grundlegende Material für die zukünftige Gestaltung der deutschen Rheinschiffahrtspolitik.

## Institut für Konjunkturforschung

Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung. Jährlich 4 Hefte (je A und B). Halbjährlich 16 RM.

Wochenberichte des Instituts für Konjunkturforschung. Wöchentlich ein Heft, mit farbigen Sonderbeilagen. Bezugspreis 8 RM. vierteljährlich.

Sonderhefte: Die Energiewirtschaft der Welt in Zahlen. 6,50 RM. — Die Dynamik des Baumarkts. 7,20 RM. — Bestimmungsgründe der Baumwollpreise. 6,80 RM. — Die Prognose der Schweinepreise. 3,50 RM. — Die Zukunft des Roggens. 12 RM.

Konjunkturberichte der Abteilung Westen des Instituts für Konjunkturforschung. Jährlich 6 Hefte. Bezugspreis 6 RM. halbjährlich.

Die Veröffentlichungen des Instituts für Konjunkturforschung sind das unentbehrliche Material für den Wirtschaftler wie für den modernen Kaufmann und Industriellen.

## Friedrich List-Gesellschaft

Friedrich List, Werke. (Schriften, Reden, Briefe.) Etwa 8 Bände. Erschienen sind bisher Band 3 I, 4, 5, 6, in Ganzleinen je 18 RM.

Die erste vollständige, wissenschaftliche Ausgabe der Werke des großen Volkswirtschaftlers ist von höchstem Wert für die Gegenwart.

Das Reparationsproblem. Verhandlungen und Gutachten der Konferenzen von Pymont und Berlin. 1082 S. in 2 Ganzleinenbänden 20 RM.

Das grundlegende Erkenntnismaterial über die Reparationsfrage.

Kapitalbildung und Steuersystem. Verhandlungen und Gutachten der Konferenz von Bad Eilsen. 1100 S. in 2 Ganzleinenbänden 24 RM.

Über 100 führende Wissenschaftler, Praktiker und Vertreter von Behörden nehmen zu dieser wichtigen Frage der Steuerreform hier Stellung.

Die deutschen Tribute. Zwölf Reden gegen den Young-Plan von Prof. Dr. Edgar Salin (Basel). 250 S. 4,80 RM.

Die erste geschlossene Darstellung der Reparationsfrage, die scharfe Kritik übt und den Weg zu einer deutschen Endlösung weist.

Das Wirtschaftssystem des Faschismus. Von Dr. Hans Reupke. 130 S. 6 RM.

Eine sachkundige objektive Darstellung der faschistischen Wirtschaftsverfassung, Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Unternehmer und Arbeiter in der faschistischen Wirtschaftslehre. Von Dr. Hans Reupke. 60 S. 3 RM.

Bei der Darstellung werden interessante Vergleiche mit anderen Ländern, insbesondere mit Deutschland, gezogen.

# Verlag von Reimar Hobbing in Berlin SW 61



Soeben neu:

**M. J. Bonn**

o. Professor der Nationalökonomie an der Handels-Hochschule Berlin

## Der Neue Plan

als Grundlage der deutschen Wirtschaftspolitik

Preis 11 Mark, gebunden 14 Mark

„Welches Maß von weltwirtschaftlichem Wissen tritt einem da entgegen, welche Unerschrockenheit des Urteils, welche Fülle glänzender Formulierungen und neuartiger Perspektiven! Man darf behaupten, daß hier zum ersten Male der Young-Plan in die großen ökonomischen Zusammenhänge eingeordnet wird. . . Klare, mit souveräner Sicherheit geschriebene Darstellung der Geschichte der Reparationen von Compiègne bis Paris!“

8-Uhr-Abendblatt, September 1930.

„. . . Ein wertvolles, kluges und mutiges Buch! Heute, nachdem der Neue Plan die volle finanzielle Selbstverantwortlichkeit Deutschlands wiederhergestellt hat, muß einsichtige deutsche Selbstkritik die Rolle des klugen, aber unwillkommenen ausländischen Mahners übernehmen. Bonns Buch ist in diesem Sinne nicht nur eine streng wissenschaftliche Leistung, sondern auch eine mutige, wohlherwogene Tat!“

Neue Züricher Zeitung, September 1930.

Gleichzeitig erschien:

**James W. Angell**

Professor der Nationalökonomie an der Columbia-Universität

## Der Wiederaufbau Deutschlands

Von Versailles bis zum Young-Plan

Preis 14 Mark, gebunden 17 Mark

Das Buch ist bewußt vom amerikanischen Standpunkt geschrieben. Um so unbefangener ist sein Urteil. Es sieht trotz eingehender Kritik der deutschen Wirtschaft die Wiederkehr Deutschlands in die Reihe der wirtschaftlichen Großmächte als vollzogen an und belegt sein Urteil mit einwandfreiem Material aus der gesamten deutschen Wirtschaft.

„Dieses Buch ist eine der wertvollsten Neuerscheinungen in unserer an wirtschaftlichen Problemen so reichen Zeit.“

Der Arbeitgeber, September 1930.

„Der umfassendste und objektivste Überblick über die deutsche Wirtschaftslage.“

Dr. W. Grotkopp in der Europa-Wirtschaft.

In neuer Auflage erschien soeben:

**Georg Simmel**

## Philosophie des Geldes

Fünfte unveränderte Auflage. 9. Tausend

XIV, 585 Seiten

Preis 18 Mark, Ganzleinenband 21 Mark

In der Flut der „Geld“-Literatur ist dieses Hauptwerk Simmels jenseits der Tagesereignisse trotz Inflation und Deflation gültig und führend geblieben. Die Stärke des berühmten Buches, das auch der jungen Generation nahe gebracht werden sollte, besteht in seiner Behandlung der nichtökonomischen Seite, einer fast undefinierbaren, zauberhaften Funktion des Geldes.

Soeben (Oktober 1930) erschien:

**Wilhelm Dleugels**

o. Professor der Sozialwissenschaft an der Universität Königsberg

## Die Masse

Ein Beitrag zur Lehre von den sozialen Gebilden

Preis 6 Mark

„Obwohl diese Schrift durchaus wissenschaftlich-soziologischer Natur ist und in erster Linie der Klärung und Schärfung der Begriffe dienen will, berührt sie sich doch weitgehend mit aktuellen politischen Fragen. Das Verhältnis von Masse und Führer, die Bedeutung der Organisation für das Wesen der Masse, die sozialpsychologischen Vorgänge innerhalb der organisierten Massen (Parteien, Gewerkschaften usw.), die Beziehung solcher organisierten Massen zu den anderen sozialen Gebilden und schließlich die Bewertung der Masse innerhalb des „sozialen Organismus“, all das sind Fragen, die heute politische Probleme erster Ordnung darstellen und deren Kenntnis erst die Beurteilung wichtiger soziologischer Zusammenhänge ermöglicht.“

Königsberger Hartungsche Zeitung, 9. November 1930.

Soeben neu:

**Arnold Bergsträsser**

Privatdozent an der Universität Heidelberg

## Sinn und Grenzen der Verständigung zwischen Nationen

Preis 4 Mark

Es geht in dieser Schrift nicht um eine Frage der Gesinnung, sondern des politischen Urteils und der undoktrinären, ruhigen Anschauung der Wirklichkeit. Aus dieser nüchternen, aber äußerst vielseitigen Betrachtung der gegenwärtigen Verflechtung des Prinzips der „Macht“ mit dem Prinzip der „Verständigung“ in der internationalen Politik der Nachkriegszeit und aus der Schilderung der neuen Mittel diplomatischer Auseinandersetzung entsteht hier ein gedrungener, inhaltreicher und klarer Abriss der Politik, der seine Geltung unabhängig vom Wandel der täglichen Tatsächlichkeiten behält.

Seit Frühjahr 1930 neu:

**Werner Sombart**

## Die drei Nationalökonomien

Preis 12 Mark, gebunden 15 Mark

„Als den Katalog seines Lebenswerkes bezeichnet Sombart dieses Buch. Es führt den Leser in die Werkstatt eines Forschers und Lehrers und läßt ihn dort eine geradezu spannende Einsicht gewinnen in die logischen Prinzipien — in des Wortes eigentlichem Sinne — und in den Zusammenhang der verfahrensmäßigen Handgriffe eines Architekten und Baumeisters im Reiche des Geistes und der geistig-gesellschaftlichen Wirklichkeit. Denn das erhebt dieses Werk zu so außerordentlichem Wert und verleiht ihm eine besondere Überzeugungskraft, daß es sich hier nicht etwa handelt um eine Methodologie eines Nur-Logikers und Nur-Methodologen, sondern daß es das Fazit dessen enthält, was für die Logik und die Methodologie der Nationalökonomie einer selbst erprobt hat, der auf diesem Gebiet so Besonderes geleistet.“

Dr. phil. Elisabeth Heinsheimer, Berlin, in der Juristischen Wochenschrift, September 1930.



## Der Reichsetat 1931 – Vor neuen Problemen

*Es ist der Regierung gelungen, im Reichshaushaltsplan für 1931 die Ausgaben, abgesehen von der Kürzung der Beamtengehälter, noch um einige hundert Millionen zu senken und so den Etat auszugleichen. Das Gleichgewicht wird aber durch die Überschätzung der Einnahmen gefährdet, bei denen den Einwirkungen der Depression nicht genügend Rechnung getragen ist. Durch energische Fortsetzung der Sparpolitik, durch zweckmäßigere Gestaltung der Tabak- und Alkoholbesteuerung, notfalls durch weitere Annäherung der Beamtengehälter an das Niveau von 1927 könnten auch diese Mängel beseitigt werden.*



Das Wort, daß die politischen Geschehnisse eines Staates von nichts so sehr abhängig seien wie von seinen Finanzen, hat sich in wenigen Perioden der deutschen Geschichte so bestätigt wie in den letzten Jahren. Die Frage, ob es der Reichsregierung gelingen wird, durch ihre neuen Steuermaßnahmen die endgültige Sanierung der Reichsfinanzen herbeizuführen, ist entscheidend nicht nur für die Zukunft des Kabinetts, sondern für die politische Zukunft Deutschlands, zumindest im Laufe der nächsten Jahre; selten ist deshalb wohl ein Reichshaushaltsplan mit solcher Spannung erwartet worden wie der, den die Reichsregierung nunmehr für das Etatsjahr 1931/32 vorgelegt hat. Er schließt immerhin ohne Defizit ab. Er sieht auch die Mittel für eine allmähliche, mindestens in drei Jahren zu vollziehende Tilgung des Defizits aus den Jahren 1929 und 1930 vor. Aufgabe des finanzpolitischen Kritikers ist es, zu untersuchen, ob die Basis, auf der dieser Ausgleich des Etats erfolgt ist, als gesund angesehen werden darf. Zwei Faktoren sind es gewesen, durch die in den beiden letzten Jahren das Gleichgewicht des Haushalts immer wieder über den Haufen geworfen wurde: der ständige Rückgang der Steuererträge infolge des Konjunkturabschwungs und die durch dieselbe Ursache bewirkte Erhöhung der Zuschüsse an die Arbeitslosenfürsorge.

Von der Belastung durch den zweiten Faktor hat sich die Reichsregierung freigemacht, teils durch die Erhöhung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Arbeitslosenversicherung, teils durch stärkere Überbürdung der Lasten auf die kommunale Wohlfahrtspflege. Wenn die Arbeitslosigkeit über den im Herbst dieses Jahres erreichten Stand nicht mehr hinausgeht, als in der Wintersaison vorübergehend üblich ist, wenn also in dieser Beziehung der Konjunkturtiefpunkt erreicht ist, so würden die gesamten bisher durch die Arbeitslosenversicherung, die Gemeinden und das Reich (hier in Gestalt der 400 Mill. für Krisenfürsorge) bereitgestellten Mittel voraussichtlich gerade ausreichen, um den Bedarf zu decken. Wir verweisen für diese, vielleicht optimistisch scheinende Feststellung auf eine Zuschrift in Nr. 43 des MdW (S. 1989), die, wenn wir recht gesehen haben, eine Widerlegung bisher nicht erfahren hat. Über die

Frage, ob der Konjunkturtiefpunkt in Europa und den überseeischen Ländern erreicht ist, sind freilich die Meinungen geteilt; doch läßt sich gerade in einer unübersichtlichen Situation der Grundsatz rechtfertigen, den Ausgabenschätzungen für die Arbeitslosenfürsorge den gegenwärtigen Stand zugrunde zu legen, um so mehr, als der Arbeitsmarkt im Jahre 1931 nicht mehr durch eine Bevölkerungsvermehrung belastet wird. So hängt alles von der Berechtigung der Einnahmeschätzungen des neuen Etats ab. Bevor wir auf diesen Punkt näher eingehen, wollen wir zunächst einen Überblick über die Ausgabengestaltung geben, um klar zu machen, wie weit das Sparprogramm der Reichsregierung verwirklicht worden ist.

### Die Gestaltung der Ausgaben

Der ordentliche Haushalt bedarf zu seinem Ausgleich neben dem Ertrag von Steuern und Gebühren eines einmaligen Zuschusses von 150 Mill. RM aus dem Verkauf von Reichsbahn-Vorzugsaktien (daneben werden 37 Mill. solcher Vorzugsaktien dem Tilgungsfonds für die aufgewerteten Anleihen an Stelle einer Barzahlung zugewiesen). Finanzpolitisch ist dieses Verfahren unbedenklich, weil auf der anderen Seite die Tilgung der schwebenden Schuld in Höhe von 420 Mill. (neben Einziehung von 25 Mill. Rentenmark) vorgesehen wird. Zweifelhaft könnte es sein, ob der Absatz dieses Vorzugsaktienpakets (neben dem schon im Jahre 1930 zu versilbernden) gelingen wird; doch hegen wir hier nicht allzu große Bedenken, weil für das Jahr 1931 wohl eine größere Flüssigkeit des amerikanischen und französischen Kapitalmarkts erwartet werden darf, die für solche Werte Interesse haben können. Problematischer ist schon, ob die Balancierung des außerordentlichen Haushalts durch eine Anleihe von 70 Mill. RM gelingen kann, denen in finanzpolitisch korrekter Weise rentierende Anlagen in ungefähr derselben Höhe, nämlich 66 Mill. für Wasserstraßenbauten und 12 Mill. für weitere Beteiligung an der Industriegesellschaft des Reichs, der Viag, gegenüberstehen. Aber auch 70 Mill. langfristige Anleihe lassen sich heute schwer aufbringen. Wahrscheinlich rech-



net man notfalls mit einer kleinen Erhöhung der schwebenden Schuld oder einer entsprechenden Verminderung der vorgesehenen Tilgung. Für diese hat man sich eine Möglichkeit dadurch gelassen, daß im Schuldentilgungsgesetz für die nächsten drei Jahre eine Tilgung von je 420 Mill. vorgesehen ist, während das Defizit des Rechnungsjahres 1930 nach Schätzung der Regierung 900 Mill. und auch bei geringerem Optimismus 1000 bis 1100 Mill. nicht überschreiten wird.

Eine allgemeine Vorstellung von den Einnahmen und Ausgaben gibt die folgende Tabelle:

### Übersicht über den Reichshaushalt\*

(Mill. RM)	1930	1931
<b>A) Ordentlicher Haushalt</b>		
<i>Einnahmen</i>		
Besitz- und Verkehrssteuern .....	6 771	5 780
Zölle und Verbrauchsabgaben .....	3 495	3 343
Insgesamt	10 266	9 123
Reparationssteuer der Reichsbahn ....	660	660
Erlös von Vorzugsaktien .....	150	150
Verwaltungseinnahmen (einschl. Post und Reichsbahn) .....	483	474
Insgesamt	11 559	10 406
<i>Ausgaben</i>		
Steuerüberweisungen .....	3 383	2 966
Innere Kriegslasten .....	343	299
Äußere Kriegslasten .....	1 818	1 794
Tilgung der schwebenden Schuld ....	465	420
Sonstige fortdauernde Ausgaben ....	5 334	4 754
Einmalige Ausgaben .....	216	175
Insgesamt	11 559	10 406
<b>B) Außerordentlicher Haushalt (netto)</b>		
Einnahmen .....	370	98
Ausgaben .....	370	98
darunter Ost- und Westhilfe .....	55	20

\* Es sei bemerkt, daß für 1930 weder die vorgesehene Steuereinnahme erreicht werden kann (was sich zum Teil auch in den Überweisungen auswirkt) noch eine effektive Tilgung der schwebenden Schuld möglich ist. Außer den Steuerüberweisungen erhalten die Länder und Gemeinden noch erhebliche andere Zuwendungen aus den laufenden Ausgaben, im Jahre 1930: 330, im Jahre 1931: 327 Millionen. — Kleine Differenzen zwischen den Gesamtbeträgen und der Addition der Einzelbeträge ergeben sich aus Abrundungen.

Von den sogenannten inneren Kriegslasten entfallen 107 Mill. auf die Ost- und Westhilfe, 132 Mill. auf Liquidationsschäden aller Art; nur der Rest stellt laufende oder vorübergehende Ausgaben dar, die besonders in den ehemals besetzten Gebieten durch den Krieg entstanden sind.

Wenn wir die eigentlichen Reichsausgaben — außer den Steuerüberweisungen — weiter nach Zwecken aufgliedern, so ergibt sich für die Jahre 1927, 1929 und 1930 folgendes Bild:

### Die Reichsausgaben nach Ausgabezwecken

(Mill. RM)	1927	1930	1931
<b>I. Reichsbehörden</b>			
1. Auswärtige Angelegenheiten ....	816	835	758
2. Finanz- und Schuldenwesen .....	59	51	48
3. Versorgungsbehörden .....	579	589	547
4. Sonstige Reichsbehörden .....	67	74	66
5. Sonstige Reichsbehörden .....	111	121	97
<b>II. Sonstiger Verwaltungsaufwand</b>			
1. Polizeizuschüsse an die Länder ..	5570	6886	5990
2. Bildungswesen .....	202	195	197
3. Sozialversicherung .....	33	28	24
4. Erwerbslosenfürsorge .....	347	557	435
5. Sonstige Wohlfahrtspflege .....	350	730	482
6. Wohnungswesen .....	105	50	52
7. Landwirtschaft .....	69	108	5
8. Sonstige Wirtschaft .....	70	95	52
9. Sonstige Wirtschaft .....	23	21	15
10. Wasserstraßen .....	163	152	144
11. Luftverkehr .....	46	44	41
12. Sonstiger Verkehr .....	7	4	4
13. Schuldzinsen .....	51	196	213
14. Schuldentilgung .....	479	805	690
15. Kriegsversorgung .....	1549	1631	1530
16. Innere Kriegslasten .....	273	371	297
17. Äußere Kriegslasten .....	1779	1883	1794
18. Sonstiger Aufwand .....	24	16	15
<b>III. Wehrmacht</b>			
1. Heer .....	769	771	760
2. Marine .....	554	564	555
3. Marine .....	215	207	205
Gesamtsumme (I + II + III)	7155	8492	7507

Von den hier aufgeführten Ausgaben sind 973 Mill. persönliche Ausgaben (ausschließlich der Kriegsversorgung), und zwar 582 Mill. Gehälter und Löhne, 213 Mill. Bezüge der Soldaten in Heer und Marine, 105 Mill. Zivild pensionen, 73 Mill. Militärpensionen; die sächlichen Ausgaben des Behördenapparats betragen 195 Millionen.

### Der Umfang der Ausgaben senkung

Die Reichsregierung hat es demnach verstanden, die Ausgaben um einen Betrag zu senken, der von einer Milliarde nicht weit entfernt ist, und so ihr Versprechen, neben der Kürzung der Beamtengehälter mindestens 300 Mill. einzusparen, eingelöst. Freilich handelt es sich bei diesen Ersparnissen, wie es nach Lage der Dinge *gar nicht anders sein kann*, zum größten Teil nicht um Einschränkungen des Behördenapparats, der ja im ganzen nur etwa 790 Mill. kostet, und auch nur zum kleineren Teil um Kürzung der allgemeinen Bewilligungen von Reichszuschüssen an Außenstehende, sondern vor allem um mehr oder weniger automatische Ausgabenminderungen, die infolge des Young-Plans, durch die Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge und ähnliche Reformmaßnahmen möglich wurden.

### Die Ausgaben senkungen

	(Mill. RM)
<b>I. Gehaltskürzung:</b>	
1. Reich .....	65
2. Dazu: Post 62 Mill. ....	•
<b>II. Automatische Ersparnisse:</b>	
1. Kriegslasten .....	66
2. Ministerium für die besetzten Gebiete .....	13
3. Rückgang der Kriegsrentner .....	79
4. Geringere Schuldentilgung (Rentenmarkttilgung, Anleihe-Ablösung, Tilgung der Schacht-Kredite) .....	71
5. Soziale Ausgaben .....	402
6. Soziale Ausgaben .....	etwa 75
<b>III. Weitere Ersparnisse</b> .....	
Darunter: Landwirtschaftliche Subventionen 27 Mill. ....	•
Insgesamt	769

Die echten Einsparungen sind, wie wir sehen, weit geringer als die automatischen Kürzungen. Wir wollen nicht behaupten, daß nicht noch weitergehende Ersparnisse möglich gewesen wären — für das laufende Etatsjahr hatten wir sie auf höchstens 100 Mill. veranschlagt —; aber man darf verlangen, daß in ernsthaften Zeitschriften nicht immer wieder Forderungen auftauchen wie die einer 10 %-igen jährlichen Kürzung der Reichsausgaben bis 1934. Betrachtet man die Etatstitel näher, so zeigt sich, daß bei vielen Posten energische Arbeit geleistet worden ist. Die Reichsbehörden im engeren Sinne, voran das Reichsfinanzministerium, aber auch das Wirtschaftsministerium, das Verkehrsministerium und das Innenministerium, bis zu einem gewissen Grade auch das Auswärtige Amt, haben bei der Durchführung von Ersparnissen bereits Erhebliches getan. Die einmaligen Ausgaben sind weiter herabgesetzt worden (insbesondere für die Errichtung von Verwaltungsgebäuden) und kaum noch zu beanstanden, die Subventionen haben sich allmählich vermindert. Nur zwei erhebliche Ausstellungen sind zu machen: die eine betrifft die Ausgaben für die Wehrmacht, deren kleine Senkung fast ausschließlich auf die Kürzung der Gehälter zurückzuführen ist, die andere betrifft



das Überhandnehmen der *Garantien* des Reiches für Kredite an Privatunternehmungen, die das Subventionsunwesen abzulösen drohen. Bereits jetzt sind die Ausfälle, für die das Reich eintreten muß, größer als der etatsmäßige Garantiefonds von 15 Mill., und da noch zahllose Garantiebewilligungen offen stehen, ist zu befürchten, daß dieser Ausgabebetitel im nächsten Etatsjahr in noch ganz anderem Umfang überschritten werden wird. Das Reich sollte grundsätzlich auf Kreditbürgschaften Verzicht leisten — abgesehen vom Außenhandel, in dem die Ausfälle praktisch unbedeutend sind.

Welche Konsequenzen aus dieser Ausgabengestaltung und der bisherigen Richtung der Sparaktion zu ziehen sind, läßt sich erst übersehen, wenn wir durch eine Kritik der *Steuerschätzungen* die Grundlage für eine endgültige Beurteilung der Finanzlage des Reichs gefunden haben.

### Übertriebene Einnahmeschätzung

Die Grundsätze, nach denen die Steuereinnahmen geschätzt wurden, sind — wie es im Etat selbst heißt — die eines *leichten Optimismus*. Vom Spätsommer des nächsten Jahres an rechnet man mit einer leichten Besserung der Wirtschaftslage und hat deshalb vielfach *höhere* Steuererträge eingesetzt, als nach den Ergebnissen des ersten Halbjahrs 1930 für das laufende Etatsjahr zu erwarten sind. Dieses optimistische Steuereinschätzungsprinzip scheint uns nicht unbedenklich. Gewiß, es wäre zwecklos, der Schätzung der Steuereingänge die Annahme einer weiteren erheblichen Konjunkturverschlechterung zugrunde zu legen, denn deren Umfang ist nicht zu bestimmen. Ebenso wenig ist es aber angebracht, angesichts einer so ungewissen Zukunft *Besserungstendenzen* in Rechnung zu stellen, statt im Prinzip davon auszugehen, der gegenwärtige Konjunkturzustand werde auch noch im nächsten Etatsjahr andauern. Es kommt hinzu, daß die wichtigsten Einnahmequellen, die veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer, von einer etwaigen Besserung im Jahre 1931 überhaupt nicht in ihren Erträgen berührt werden.

Nicht bei allen Steuern liegen solche — mehr oder weniger großen — Überschätzungen vor. Der angenommene Umsatzsteuerertrag kann erreicht werden, weil sich die Einengung des Zwischenhandelsprivilegs durch die Notverordnung vom Juli günstig auswirken wird. Der Zollertrag hängt wesentlich vom Ernteausschlag ab und ist nicht mit Sicherheit als überschätzt zu bezeichnen. Die Vermögensteuer ist vorsichtig kalkuliert, wenn man frühere Jahre mit ähnlicher Konjunktur in Vergleich zieht. Dagegen zeigen sich bei den anderen Schätzungen Mängel. Wir stellen zunächst für jene Steuern, bei denen sich die Veränderung der Konjunktur unmittelbar im Ertragnis auswirkt, den Steuerertrag im ersten Semester 1930 der amtlichen Schätzung für 1931 gegenüber. Der Tabaksteuer sowie der Einkommen- und Körperschaftsteuer widmen wir dann eine besondere Betrachtung.

### Kleinere Steuerüberschätzungen

(Mill. RM)	Ertrag im 1. Halbjahr 1930	Voranschlag 1931	Zu hoch um
Erbschaftsteuer .....	39	90	10
Gründerwerbssteuer .....	16	40	8
Kapitalverkehrssteuer .....	35	93	23
Wechselsteuer .....	20,3	45	4
Biersteuer .....	236	510	20
Branntweinmonopol .....	98	230	30
Mineralwassersteuer .....	9,4	30	10
Insgesamt			105

Große Bedenken bestehen gegen die Schätzung der Erträge aus der *Tabaksteuer* (1187 Mill.). Bereits jetzt ist deutlich, daß die letzte Steuererhöhung höchstens die Hälfte des erwarteten Mehrertrags von 220 Mill., wenn nicht weniger, erbringen wird; setzt man von dem Aufkommen des ersten Semesters den einmaligen, im nächsten Etatsjahr nicht wiederkehrenden Ertrag aus der Verkürzung der Steuerzahlungsfristen ab, so bleiben nur 460—465 Mill., also für das ganze Jahr weniger als eine Milliarde, zuzüglich jenes einmaligen Sonderertrags höchstens 1050 Mill. (bei einem Voranschlag von 1115 Mill. für das laufende Rechnungsjahr). Die erneute Erhöhung der Tabaksteuer kann nur einen Bruchteil des erwarteten Mehrertrags von 167 Mill. einbringen, kaum mehr, als die neuen Sonderausgaben zugunsten der Tabakwirtschaft betragen; denn sie fällt zum größten Teil auf die *Zigarre* und den *Pfeifentabak*, wo der Verbrauch anders als bei der *Zigarette* verhältnismäßig elastisch ist und auf Preiserhöhungen mit einem proportionalen Rückgang zu reagieren pflegt, während die Produktion steuerlich ausnützbare Kostendifferenzen kaum ausweist. Die Mehrbelastung der *Zigarette* allein aus der neuen Steuererhöhung kann aber höchstens 40 Mill. erbringen, wenn man voraussetzt, daß die Idee des Ersatzes der üblichen Zehnerpackung durch die Neunerpackung aufgegeben wird. (Werden all die Zigarettenraucher, die früh für den Tagesgebrauch eine Zehnerpackung zu kaufen pflegen, sich abends die nun fehlende zehnte Zigarette hinzukaufen?) Mehr als eine Milliarde aus der Besteuerung des Tabaks zu erwarten, scheint demnach gewagt.

Am stärksten sind unsere Bedenken, wie gesagt, bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Auch bei der Lohnsteuer kann man dem Ausfall infolge Kürzung der Beamtengehälter und vermehrter Lohnsteuererstattungen (etwa 50 Mill.) nicht den erwarteten Konjunkturaufschwung gegenüberstellen. Für die veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer ist die Konjunkturentwicklung im Jahre 1931 überhaupt nicht maßgebend, sondern allein die Wirtschaftslage 1930 im Vergleich zu der von 1929. Um hier zu einer einigermaßen haltbaren Einnahmeschätzung zu kommen, muß man in erster Linie die Entwicklung der industriellen Produktion und der Preise im Jahre 1930 berücksichtigen. Der industrielle Produktionsindex dürfte im Durchschnitt etwa auf den Stand von 1925 kommen; man könnte also das Steuerertragnis von 1926 erwarten, wenn nicht im Durchschnitt des Jahres 1930 gegenüber 1925 eine Preissenkung von mindestens 10 % zu verzeichnen wäre. Der Steuerausfall wird aber noch größer sein als 10 %; denn die Produktionskosten sind im allgemeinen nicht im selben Maße wie der Bruttoertrag zurückgegan-



gen. Wir können dabei von den erhöhten Zinsen für Inlandskapital absehen, die nur eine Einkommensverschiebung bedeuten — um so besser behauptet sich das Einkommen der Kapitalrentner —, ebenso wie die geringe landwirtschaftliche Einkommensteuerleistung von Konjunkturschwankungen nicht sehr berührt wird. Aber der seit 1925 ziemlich stabil gebliebene Anteil der Lohnkosten am Ertrag dürfte infolge der Preis- und Produktionssenkung eine kleine Steigerung aufzuweisen haben, und die Last der Schuldzinsen gegenüber dem Ausland ist sicherlich gewachsen. Man muß mit einer Verminderung des Aufkommens um 15 % im Vergleich zu dem von 1926 rechnen, d. h. gegenüber dem Etat bei der veranlagten Einkommensteuer einen Abstrich von 100 Mill. und bei der Körperschaftsteuer von 90 Mill. machen. (Gegenüber 1930 muß der Abstrich allein bei der Einkommensteuer 200 Mill. betragen, während der neue Etat nur mit einem Mindereingang von 100 Mill. rechnet.)

Die bisherigen Feststellungen genügen, um ein Gesamturteil über die Einnahmeveranschätzungen zu rechtfertigen. Bei Anlegung des von uns gewählten Maßstabes darf man sagen, daß sie um mehr als eine halbe Milliarde zu hoch sind, wovon etwa 340 Mill. auf das Reich, 190 Mill. auf Länder und Gemeinden entfallen. Es ist deshalb notwendig, daß die Regierung auf der bisher beschrittenen Bahn der Finanzsanierung weiter energisch fortschreitet und teils durch Verbesserung der Einnahmen, teils durch Ausgabenkürzung das Gleichgewicht des Haushalts gegen alle voraussehbaren Erschütterungen sicherstellt. Diese Notwendigkeit muß schon jetzt hervorgehoben werden, denn gegenwärtig stehen noch über drei Monate bis zum Beginn des neuen Etatsjahres zur Verfügung, die zur sachlichen und politischen Durchführung der neuen Maßnahmen ausgenutzt werden können. Würde man sich erst im nächsten Frühjahr zu weiteren Schritten entschließen, so hätte man den doppelten Nachteil, daß ein großer Teil der neuen Maßnahmen sich nur für einen Teil des kommenden Etatsjahres auswirkte, und daß das Vertrauen in die finanzpolitische Führung Deutschlands einen neuen Stoß erliefte.

### Etatsausgleich ohne Steuererhöhung

Wir suchen den Etatsausgleich nicht in Steuererhöhungen. Es erscheint uns z. B. einigermaßen sinnlos, eine Verdoppelung der Umsatzsteuer, d. h. eine durchschnittliche Erhöhung der Produktionskosten um 3—4 % vorzuschlagen, in einem Zeitpunkt, in dem man mit größter Entschiedenheit eine Senkung dieser Kosten durch Lohnabbau fordert, und in dem man es für ein wichtiges Ziel hält, die Gewerbesteuerlast um 80—90 Mill. zu vermindern (man vergleiche diese Zahl mit dem Mehrertrag der Umsatzsteuerverdoppelung von einer Milliarde!). Wir können auch nicht sehen, welche wesentlichen Einsparungen etwa bei der Kriegsversorgung (von dem jetzt beratenen Pensionskürzungsgesetz abgesehen) möglich sein sollten, und über die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen einer Beseitigung der Arbeitslosenver-

sicherung ist kein Wort zu verlieren. Es gibt andere, vernünftiger Wege: Wir denken an drei Maßnahmen:

1. Reform der Besteuerung des *Tabaks* und des *Alkohols*. Wenn die Regierung 1200 Mill. für den erstrebenswerten Ertrag der Tabakbesteuerung ansieht, dann ist — wie gezeigt — das gegenwärtige System ungeeignet, dieses Ziel zu erreichen, und es muß auf die Methode zurückgegriffen werden, die von den Freunden eines Tabakmonopols befürwortet wird und die schon einmal bei der Zigarettenbesteuerung vor einem Jahre angewandt worden ist: die Senkung der Kleinhandelsspanne um, sagen wir, wieder 5 %. Dieses Kernstück des Monopolplans läßt sich bei Konzessionierung des Kleinhandels ohne die problematische Durchführung eines Erzeugungs- oder Großhandelsmonopols verwirklichen. Es hat beinahe den Anschein, als ob sich auch die Kleinhändler mit diesen Gedankengängen mehr befreundet haben, seitdem sie die Erfahrung machen mußten, daß die steigende Tabakbesteuerung ihre Umsätze zu verkürzen droht, ihnen also die volle Steuerabwälzung unmöglich macht. Beim System der Kleinhandelskonzession würden sie für die Verringerung der Handelserträge dadurch entschädigt, daß der Gesamttabakverbrauch, der sich jetzt zum großen Teil bei anderen Quellen als dem hauptberuflichen Spezialkleinhandel eindeckt, über diesen Kleinhandel geleitet würde. Ebenso kann die Notwendigkeit einer Reform des *Branntweinmonopols* nicht mehr bestritten werden. Wenn man überhaupt die Landwirtschaft durch Subventionierung der Kartoffelbrennerei unterstützen will — was wir nicht für erforderlich halten —, kann die Unterstützung auf anderen Wegen vielleicht billiger gewährt werden. Auch hier ist die Möglichkeit einer Einnahmesteigerung gegeben. Zwei Drittel des Einnahmedefizits des Reiches, rund eine Viertelmilliarde, könnten auf diesen Wegen Deckung finden.

2. Der Rest muß durch weitere *Ausgabenkürzung* hereingeholt werden. Auch der Haushalt der *Wehrmacht* kann sich in Zeiten der Not gewissen Einschränkungen nicht länger entziehen. Wahrscheinlich wird die militärische Bedeutung neuer Panzerschiffbauten — jede Prüfung der politischen Lage zeigt das — heute ebenso überschätzt wie vor dem Kriege. Aber wie dem auch sei, selbst wenn man sie auf die Dauer für nötig hält, so muß man doch ihrem politisch-militärischen Nutzen entgegenstellen die außerordentlich große politische Schädigung, die eine Minderung des Kredits der deutschen Finanzwirtschaft im Ausland durch ein neues Defizit bedeutete. Unmöglich kann der Bau eines weiteren Panzerschiffs die wachsende Abhängigkeit vom ausländischen Finanzkapital aufwiegen! Dazu kommen jene seltsamen Überhöhungen einzelner Ausgabeposten im Wehretat — wie man sie auch erklären mag —, auf die wir in unserem Artikel „Material für den Sparkommissar“ hingewiesen haben (Nr. 25, S. 1159). Die gesamte Ersparnismöglichkeit dürfte zwischen 8 und 10 % des Wehretats liegen. Ähnliche Etatsübersteigerungen lassen sich noch an anderer Stelle feststellen. Noch immer ist die *Luftfahrt* überreichlich, fast ohne Kürzungen,



bedacht, so daß man auf längeren Strecken dank der Reichszuschüsse heute mit dem Flugzeug billiger fährt als mit der Eisenbahn. In den meisten Fällen ist auch zur Einschränkung des vorhandenen Beamtenapparats wenig getan worden, weil man sie natürlich nur vornehmen kann, wenn man gleichzeitig den Tätigkeitsbereich der Behörde enger begrenzt. Zwar enthält der Etat für 1931 821 Beamtenstellen weniger als der von 1930; aber dieser Abbau ist so gut wie ausschließlich auf den Wegfall des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete und des Reichsausgleichsamts zurückzuführen. Ebenso erklärt sich die Verminderung in der Zahl der Angestellten fast völlig aus der Verkleinerung des Statistischen Reichsamts und dem Wegfall des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete und des Reichsausgleichsamts; und gerade hier liegen bei einer vernünftigen Verwaltungsreform auf die Dauer die größten Einschränkungsmöglichkeiten, weil nicht in gleichem Maße wie bei den Beamten wohlverworbene Rechte betroffen werden.

Darf man ferner in einer so kritischen Situation noch in erheblichem Ausmaß *Subventionen* gewähren? Muß man nicht an der West- und Osthilfe mit ihren oft problematischen Verwendungszwecken erhebliche Einschränkungen vornehmen? Man hätte schließlich auch daran denken können, dem Reich bei der Neuregelung der Gewinnverteilung der Reichsbank und der Rentenmarkttilgung aus seinem Reingewinn-Anteil zunächst einmal die Rückzahlung jener 5 Millionen Schuldzinsen zu sichern, die das Reich für seine Inflationsschuld zahlt — an ein Institut, das in der Epoche der Inflation an seinen Goldbeständen notgedrungen einen erheblichen Valutagewinn erzielen mußte.

Es wäre nach alledem nicht unmöglich, den Umfang der dauernden und einmaligen Ausgaben noch um etwa 150 Mill. einzuschränken. Wenn wir der Meinung sind, das nach unserem Vorschlag noch ver-

bleibende Restdefizit des Reiches von 90 Mill. soll auf diesem Wege der Ausgabenkürzung ausgeglichen werden, so fordern wir sicherlich nichts Unmögliches.

3. Damit ist indes den Ländern und Gemeinden noch nicht geholfen, die von einem Einnahmeausfall von 190 Mill. bedroht sind. Wir würden es für denkbar halten, daß sie mit den ihnen gegenwärtig zugesprochenen Einnahmen ihr Auskommen finden könnten, vorausgesetzt, daß jede Ersparnis in der Erwerbslosenversicherung und in der Krisenfürsorge, die infolge Aussteuerung erzielt wird, dem Wohlfahrtsfonds der Gemeinden zugute kommt. In den gegenüber der Vorkriegszeit allzusehr gestiegenen Ausgaben für den Verkehr, vielleicht auch für das Erziehungswesen, liegen wohl einige Reserven, die — einschließlich des Ertrages der Bürger- und Gemeindegetränksteuer — die Balancierung der Etats der Länder und Gemeinden ermöglichen können. Der Steuerausfall von 190 Mill., der ziemlich sicher ist, läßt sich dagegen auf diesem Wege nicht ausgleichen. Es zeigt sich hier deutlich, daß der ursprüngliche Plan einer *schärferen Kürzung der Beamtengehälter* richtig war. Es ist vielleicht nicht möglich, auf den Stand vom Herbst 1927 herabzugehen, weil die Wohnungsmieten seit diesem Zeitpunkt gestiegen sind (gewisse andere Ausgaben sind allerdings gesunken). Aber die begreifliche Erregung der Beamten wäre kaum größer gewesen, wenn man die Gehälter statt um 6 % um 9 % gekürzt hätte. Auf diese Weise hätte man sich die fehlenden 190 Mill. gesichert — ein Verfahren, das psychologisch jedenfalls viel geschickter gewesen wäre als eine erneute Kürzungsaktion im Jahre 1931, der wir wohl nicht entgehen werden. Das Reich wäre dann in der Lage, die Pauschalkürzung der Steuerüberweisungen (jetzt mit 100 Mill. vorgesehen) auf 50 Mill. zu beschränken, und die Länder und Gemeinden hätten aus der Kürzung der Gehälter ihrer Beamten und Angestellten etwa 135 Mill. zu erwarten.

## Geburtenrückgang und Bevölkerungsqualität

Von Prof. Dr. Berthold Josephy, Jena

*Während die Geburtenminderung als Gesamterscheinung mit den Lebensbedingungen des deutschen Volkes im Einklang steht und nicht beseitigt werden kann, ist es fraglich, ob die relative Geburteneinschränkung, die sich bestimmte Klassen der Bevölkerung in einem weit über den Durchschnitt gehenden Maße auferlegen, im Interesse der gesunden Erhaltung der Nation gutgeheißen werden kann. Es läßt sich jedoch nachweisen, daß die Vererbung der wertvollen Eigenschaften nicht allein durch die bestqualifizierten Individuen vollzogen wird und trotz deren Kinderarmut nicht als gefährdet anzusehen ist.*

Der Geburtenrückgang ist das bevölkerungspolitische Kennzeichen unserer Zeit, das als greifbarstes Ergebnis der Statistik weitesten Kreisen geläufig geworden ist. Der Geburtenrückgang ist zunächst ein *quantitatives* Problem; er verlangsamt nicht nur das Tempo der Volksvermehrung, sondern wird sogar in absehbarer Zukunft den Umfang des deutschen Volkes in absoluten Zahlen herabsetzen; innerhalb der Nation verschiebt der Geburtenrückgang das zahlen-

mäßige Verhältnis der einzelnen Altersklassen, eine Erscheinung, deren Folgen sich u. a. auf dem Gebiete des Schulwesens, der Erwerbstätigkeit, der Personalversicherung, des Wohnungswesens bereits deutlich fühlbar machen. Mit der quantitativen Problematik des Geburtenrückganges haben es die folgenden Ausführungen nicht zu tun.

Der Geburtenrückgang ist gleichzeitig ein *qualitatives* Problem und wird als solches heute ebenfalls



eifrig diskutiert. Der Geburtenrückgang soll — dies wird durch die vorliegende Problemstellung bedingt — nicht nur darauf Einfluß haben, *wieviele* Menschen in den kommenden Generationen leben werden, sondern auch *was für Menschen* diese Generationen zusammensetzen werden. Die landläufige, in Tageszeitungen und populären Darstellungen immer wiederkehrende Diskussion fußt, dies mag hier vorweggenommen werden, auf der empirischen Erkenntnis, daß der Geburtenrückgang die verschiedenen Qualitätsklassen der Bevölkerung in verschiedenem Grade erfaßt, so daß sich die Klassen nicht proportional zu ihrer gegenwärtigen Größe an der Fortpflanzung beteiligen. Das vermeintliche Ergebnis, welches hieraus regelmäßig gefolgert wird, stützt sich auf die Annahme, daß die Vererbungsaussichten bestimmter menschlicher Eigenschaften von der Fruchtbarkeit der Träger dieser Eigenschaften abhängen, und veranlaßt die Schlußfolgerung, daß die durch weniger fruchtbare Klassen vertretenen Menschentypen im Laufe der Zeit seltener werden müssen. Da weiterhin gerade die Angehörigen der höheren Berufe und die Vertreter der Intelligenz regelmäßig die niedrigste Kinderzahl aufweisen, glauben heute weite Kreise der Öffentlichkeit die Formen, in denen sich der Geburtenrückgang vollzieht, als eine Züchtung zur Minderwertigkeit beurteilen zu müssen. *Der Geburtenrückgang gilt als Ursache einer notwendigen Degeneration des Volkes.* Die bekannte Schlußfolgerung, die hier nur in wenigen Sätzen angedeutet worden ist, ist laienhaft voreilig und hält einer wissenschaftlichen Kritik nicht stand. Angesichts des Interesses, welches heute die Öffentlichkeit den Fragen der Qualitätsvererbung entgegenbringt, lohnt es sich, den Zusammenhängen zwischen Geburtenrückgang und qualitativem Bevölkerungsproblem näher nachzugehen.

### I.

Um die qualitativen Wirkungen des Geburtenrückgangs beurteilen zu können, muß man sich zunächst über den Vorgang selbst volle Klarheit verschaffen. Die Tatsache, daß die Zahl der Lebendgeborenen je 1000 Einwohner in Deutschland 40,9 im Jahre 1876 und 17,9 im Jahre 1929 betragen hat, ist zwar äußerst illustrativ, läßt uns jedoch über eine Reihe der wichtigsten Fragen vollkommen im Dunkeln. Man muß zunächst berücksichtigen, daß die Erzeugung eines Säuglings — nichts anderes bedeutet die Geburt — an und für sich überhaupt keinen positiven Wert hat; sie ist kein Selbstzweck, sondern nur das Mittel zur Heranziehung wertvoller Menschen; als wertvoll im objektiven Sinne kann jedoch ein Mensch erst dann gelten, wenn er eigene wertvolle Leistungen hervorbringt, also unter den heutigen Ausbildungs- und Berufsverhältnissen frühestens vom 20. Lebensjahre an. Wenn man bedenkt, daß 1872 von 100 geborenen Kindern 25,1 vor Vollendung des ersten Lebensjahres verstarben und daß infolge der Verbesserung der hygienischen Verhältnisse im Jahre 1928 nur noch 8,9 Kinder von 100 Geburten das Säuglingsalter nicht überlebten, dann sieht man, daß die einzelne Geburt nach ihrem objektiven Werte heute erheblich höher

bewertet werden muß als vor einem halben Jahrhundert. Wenn man weiter hinzufügt, daß im ersten Jahrzehnt nach der Reichsgründung durchschnittlich 59,3 % der geborenen Menschen das 20. Lebensjahr erreichten, in der Zeit von 1924 bis 1926 dagegen 83,3 %, so sieht man, daß der Anteil der als vergeblich im objektiven Sinne anzusprechenden Geburten innerhalb eines halben Jahrhunderts von 40 auf 17 % gesunken ist. Früher stellten die Geburten zum erheblichen Teile nur Wiederholungen früherer Geburten dar, die durch den Tod der Kinder in ihrem objektiven Erfolge vereitelt worden waren. Wenn man das 65. Lebensjahr als die normale Grenze der Erwerbstätigkeit unter heutigen Verhältnissen ansetzt, haben heute rund 53 % aller geborenen Menschen die Aussicht, diese Grenze zu erreichen, während im Jahrzehnt 1871/80 nur 24,8 % der Menschen die Anwartschaft auf das Erleben dieser Obergrenze hatten. All diese Daten zeigen, *daß heute erheblich weniger Geburten ausreichen*, um einen bestimmten objektiven Effekt auf dem Gebiete der Versorgung des Staates mit Menschenkraft zu erreichen.

Wenn auf der einen Seite die relative Geburtenziffer die herrschenden Fortpflanzungsverhältnisse zu schwarz erscheinen läßt, indem sie die erhöhte Lebenserwartung nicht einbezieht, so liegt in diesen Zahlen auf der anderen Seite ein beschönigendes Moment, welches die Schärfe des Geburtenabfalls zum guten Teil verhüllt: die pro tausend der Einwohnerschaft berechneten Relativzahlen berücksichtigen nicht die wechselnde Zusammensetzung dieser Einwohnerschaft, die bisweilen in hohem Grade aus Kindern und Greisen, bisweilen mehr aus Erwachsenen der mittleren Altersklassen besteht. *Der Altersaufbau der deutschen Bevölkerung ist gegenwärtig der Fortpflanzung außerordentlich günstig*, weil die ungewöhnlich starken Geburtsjahrgänge der Vorkriegszeit, die mit jährlich 2 Millionen Köpfen ins Leben getreten sind, jetzt in das Alter der höchsten Zeugungsfrequenz treten. Bei gleichbleibender Fruchtbarkeit der einzelnen Ehe müßte die Geburtenzahl je 1000 Einwohner in dem Maße ansteigen, wie sich unter diesen 1000 Einwohnern mehr junge Ehepaare befinden. Daß dieser Anstieg ausbleibt und statt seiner die Geburtenziffer dauernd sinkt, ist also ein zweifaches Zeichen der abnehmenden Fortpflanzungsenergie der Bevölkerung; insbesondere folgt hieraus, daß bei gleichbleibender Fruchtbarkeit der einzelnen Ehe in absehbarer Zukunft die relative Geburtenzahl weiter absinken wird, weil nämlich infolge der geringeren Besetzung der Kriegs- und Nachkriegsjahrgänge der Nachschub der für die Zeugung wichtigsten Altersklassen etwa von 1940 an nachlassen wird.

Der Geburtenrückgang ist also auf jeden Fall vorhanden; er hat seine mildernden Umstände; er besitzt gefährliche Wechsel auf zukünftige Termine, die er sicher einmal einlösen wird. Aber an seine wesentlichsten Probleme führt die Statistik nur auf Umwegen oder gar nicht heran. Um die Vorgänge zu beurteilen, müssen wir zunächst wissen, wie und wo sich der Geburtenrückgang vollzieht.



Der normale Weg der Fortpflanzung, dem heute rund 88 % der Kinder ihr Leben verdanken, geht über zwei Etappen: Eheschließung und Zeugung. Der Geburtenrückgang kann demnach zwei äußere Ursachen haben, je nachdem ob er sich bereits in der ersten oder erst in der zweiten Etappe geltend macht; die beiden Möglichkeiten sind Rückgang der Eheschließungen und Rückgang der Fruchtbarkeit in den Ehen. Fragen wir zunächst, ob ein *Rückgang der Eheschließungen* für den gegenwärtigen Geburtenrückgang verantwortlich zu machen ist, so haben wir diese Frage wenigstens für einen Teil des Phänomens unbedingt zu bejahen. Der flüchtige Betrachter der Bevölkerungsstatistik wird erstaunen, denn die Zahl der Eheschließungen ist heute erheblich höher als in den Jahrzehnten mit höherer Geburtenziffer; mit 9,2 je 1000 Einwohner war die Zahl der Eheschließungen im Jahre 1929 höher als in irgendeinem Vorkriegsjahr nach 1874 (Gründerzeit!). Gleichwohl sind die Eheschließungsverhältnisse heute der Fortpflanzung ausgesprochen ungünstig; einmal besagt die hohe relative Ziffer verhältnismäßig wenig in Anbetracht der hohen Zahl der im Heiratsalter stehenden Personen, die wir vorhin erwähnten; andererseits treffen die Eheschließungen nicht in genügender Frequenz in die Altersklassen, welche bei rechtzeitigem Eheschluß die wichtigsten Träger der Fortpflanzung zu werden pflegen. Die *Erhöhung des durchschnittlichen Heiratsalters* macht die Steigerung der Gesamtzahl der Eheschließungen wett, denn für die Fortpflanzungsfrage kommt es nur auf die *rechtzeitigen Ehen* an, bei denen eine Verschiebung des Durchschnittsalters um ein oder zwei Lebensjahre für die Fortpflanzungsaussichten um so mehr ausmacht, je stärker die beteiligten Personen vor der Eheschließung den physischen Wirkungen des Berufslebens und anderen Zivilisationseinflüssen des modernen Lebens ausgesetzt sind; bei der durchgängigen Berufstätigkeit der unverheirateten Frauen spielen diese Zusammenhänge eine erhebliche Rolle. Die unmittelbarste Wirkung der wirtschaftlichen Notlage auf die Fortpflanzungsintensität der Nation vollzieht sich auf dem Wege der Verzögerung der Eheschließungen namentlich bei den Angehörigen solcher Berufe, welche von den Folgen der Konjunktur bereits am Anfang der Laufbahn durch Anstellungsschwierigkeiten betroffen werden.

Der verringerten Frequenz rechtzeitiger Eheschließungen tritt heute die *verringerte Fruchtbarkeit der Ehen* zur Seite. Auch hier handelt es sich um eine Reihe artverschiedener Erscheinungen, keineswegs um eine proportionale Verringerung der Kinderzahl in allen Ehen. An erster Stelle ist die dauernd steigende Anzahl *kinderloser Ehen* zu nennen. Hier vollzieht sich der nach der qualitativen Seite typischste Vorgang, den es gibt: innerhalb der Gesamtheit der Ehen übernimmt eine Teilmasse die gesamte Fortpflanzungsleistung, während die restlichen Eheleute von der Fortpflanzung ausgeschaltet sind. Später Eheschluß, physische Zeugungsunfähigkeit von Mann und Frau, sei es durch Krankheit, sei es durch Einflüsse der Umwelt, wirtschaftliche Not-

lage, degenerative Scheu vor dem Kinde wirken in buntem Wechselspiel zusammen, um die Zahl der kinderlosen Ehen, namentlich in den Großstädten, in früher nicht gekanntem Maße ansteigen zu lassen.

Den kinderlosen stehen die *kinderarmen Ehen* gegenüber. Bei ihnen wirken wiederum zwei Erscheinungen zusammen: Die Widerstände gegen den Kinderreichtum können sich in der Form einer *ermattenden Zeugungsintensität* dokumentieren; die Erzeugung von Kindern wird begonnen, aber wieder eingestellt, sobald eine bestimmte Kinderzahl erreicht ist: auf diese Weise kommt es zu Ein-, Zwei-, Drei-Kinder-Systemen. Etwas anders liegen die Dinge dann, wenn sich *zuerst* die Widerstände äußern und hernach die Kinderzeugung einsetzt; in diesem Falle bleibt sozusagen das erste Kind ungeboren, und mit demjenigen, welches normalerweise das zweite sein müßte, wird die Zeugung begonnen. Eine solche *Hinausschiebung der Erstgeburt* spielt in der Gegenwart eine ganz große Rolle; außer wirtschaftlichen Gründen wirkt ohne Zweifel die erschwerte Ehegewöhnung bei den aus dem freien Berufsleben herkommenden Ehegatten erheblich mit; bei der modern entwickelten Frau erwacht der Mutterinstinkt langsamer zu der Stärke, mit der er die Entsagungen der Mutterschaft willig tragen kann.

## II.

Entscheidend ist die Frage, in welcher Weise sich die verschiedenen Formen der Geburtenminderung auf die einzelnen Volksschichten verteilen. Daß die Verteilung keine gleichmäßige in allen Schichten des Volkes ist, ergibt bereits ein flüchtiger Blick auf unsere Reichsstatistik, welche zwar die Ergebnisse der Bevölkerungsbewegung nur für lokale Bezirke und nicht für die einzelnen Gesellschaftsgruppen ermittelt, aber gleichwohl Rückschlüsse zuläßt, da sich die einzelnen lokalen Bezirke durch das Vorwiegen bestimmter Berufs- und Gesellschaftsklassen typisch voneinander unterscheiden; so besteht die Möglichkeit, die rein agraren Provinzen Ostdeutschlands mit den Industriebezirken des Westens und beide wiederum mit der Reichshauptstadt, den Hansestädten, der Gesamtheit der Großstädte usw. zu vergleichen. Die Unterschiede der Bezirke beruhen keineswegs restlos auf der verschiedenen Zusammensetzung ihrer Einwohnerschaft, können aber doch bei vorsichtiger Auswertung zu Rückschlüssen benutzt werden. Es ist freilich absolut unzulässig, nackte Zahlen, etwa von Ostpreußen und Berlin, in die Diskussion zu werfen und mit diesen irgend etwas beweisen zu wollen, wie es so häufig geschieht; da der Altersaufbau in den Vergleichsgebieten völlig verschieden ist, bedürfen die Daten, um verwertbar zu werden, einer kunstvollen Umrechnung, deren kompliziertes Verfahren jedoch ganz unerläßlich ist.

Unter Umgehung einer zahlenmäßigen Analyse kommt man den Dingen am nächsten, wenn man die Frage nach den *psychologischen Gründen* der Geburtenminderung stellt. In der üblichen Diskussion steht an erster Stelle die *wirtschaftliche Motivierung* der sinkenden Kinderzahl. Hieran ist



ebensoviel Richtiges wie Falsches. Der wichtigste Einfluß der wirtschaftlichen Notlage besteht darin, daß diese in sehr zahlreichen Fällen zur Hinausschiebung des Eheschlusses zwingt. In welchem Grade die Wirtschaftslage für die Verminderung der Kinderzahl in den bestehenden Ehen verantwortlich gemacht werden kann, ist eine sehr prekäre Frage: auf der einen Seite sind gewiß wirtschaftliche Mittel die Voraussetzung für die Aufziehung von Kindern, auf der anderen Seite steht das noch heute wahre Wort Diderots, daß nur das Elend einen Volkszuwachs herbeiführt. Beide Behauptungen stehen in einem scheinbaren Widerspruch, der dadurch aufzuheben ist, daß man eine *bedingt wirtschaftliche* Verursachung des Geburtenrückganges anerkennt, die sich gerade in unserer Zeit schlagend dokumentiert. Ein absolutes wirtschaftliches Fortpflanzungshindernis würde nur dann bestehen, wenn die Menschen durchaus und unter allen Umständen der Mittel zur Aufziehung von Kindern entraten; diese Voraussetzung trifft heute in so seltenen Fällen zu, daß sie bei einer summarischen Betrachtung ausgeschaltet werden kann. Aber in den Augen der lebenden Generation gelten die vorhandenen Mittel zum erheblichen Teil als anderweitig gebunden: man verlangt einen bestimmten, gehobenen Lebensstandard, Annehmlichkeiten des Daseins, Aufstiegsmöglichkeiten usw., deren Kosten gleichsam als erste Hypothek auf dem Einkommen liegen und nur den Rest, der sehr häufig gar nicht erst vorhanden ist, zur Bestreitung der Kinderaufziehung freilassen. Eine wirtschaftliche Unmöglichkeit vermehrter Kindererzeugung besteht heute fast ausnahmslos nur im Hinblick auf die gestiegenen Lebensanforderungen, welche freilich den breitesten Volksschichten fast zur Selbstverständlichkeit geworden sind. Man denke daran, daß die kinderreichen Familien der siebziger und achtziger Jahre in der Mehrzahl von Einkommen leben mußten, welche heute kaum zur Lebenshaltung von zwei Personen für genügend erachtet werden. *Die Einnahmen sind nicht in demselben Tempo wie die Lebensansprüche gestiegen; darin liegt das einzige wirtschaftliche Motiv des Geburtenrückganges, welches anerkannt werden kann.*

In diesem Sinne ist in erster Linie die als wirtschaftlicher Notstand gedeutete Hinausschiebung der Eheschließung wegen verspäteter Berufsanstellung zu interpretieren. Nicht ein absolutes Versagen der Beschäftigungskapazität unserer Volkswirtschaft verursacht die Schwierigkeiten, welche der heutigen Jugend das Unterkommen in den Berufen erschweren, sondern das einseitige Drängen fast aller Volkskreise nach den sog. „gehobenen“ Berufen, in denen ein konstantes Überangebot von Menschenmaterial erzeugt wird; man kennt das Abdrängen der Landkinder von der Landwirtschaft in die Industrie unter dem Namen der „Landflucht“, welche gleichzeitig die Siedlungsdichte der agraren Gebiete herabsetzt und die Erwerbslosigkeit der Industriearbeiterschaft vervielfacht; man spricht von *sozialem Aufstieg* und versteht darunter den Andrang weitester

Schichten namentlich des kleineren Mittelstandes, aber auch der Arbeiterschaft zu den akademischen und anderen gehobenen Berufen, insbesondere zu denjenigen, welche die begehrte Staatsanstellung mit gesicherter Altersversorgung eröffnen; die Folge ist ein immer längeres Wartenmüssen der jungen Anwärter und auf der anderen Seite die Auflösung der kleinbürgerlichen Vermögen, die eine handwerkliche u. ä. Existenz ermöglichen würden, aber für die hohen Ausbildungskosten verausgabt werden. Hieraus folgt das wichtige Resultat, daß gerade diejenigen Kreise der jungen Bevölkerung, welche sich bei der Berufswahl von dem Streben nach Fortkommen, Vorwärtskommen und Aufstieg leiten lassen, durch ungünstige Berufsaussichten spät zum Heiraten gelangen und sich schon in Anbetracht der geringeren Fruchtbarkeit spät geschlossener Ehen schwächer an der Fortpflanzung beteiligen als ihre Altersgenossen, die in niederen und unansehnlicheren Berufen verharren und dafür mit schwächerer Konkurrenz bei der Berufs begründung zu kämpfen haben.

Dieses Moment wirkt sich in verstärkendem Maße in den Ehen selbst aus. Eltern, welche den Aufstieg ihrer Kinder zu besseren Lebensbedingungen, als sie ihnen selbst zuteil wurden, erstreben, müssen sich in der Zahl ihrer Kinder stärker beschränken als andere Eltern, bei denen dieser Ehrgeiz keine Rolle spielt. Die enormen Ausbildungskosten der Gegenwart sind um so schwerer zu erschwingen, je tiefer der Beruf und damit das Einkommen des Vaters unter dem für den Sohn oder die Tochter erstrebten höheren Beruf liegt. Hier wirken die Kräfte der Geburtenminderung abermals einseitig zu Lasten der aufstiegs-eifrigen Schichten.

Hierzu kommt, daß die *nichtwirtschaftlichen Motive* des Geburtenrückganges die einseitige Belastung der eben genannten Volksschichten nicht ausgleichen, sondern verstärken. Die *subjektive Scheu vor den Lasten der Kinderaufziehung* ist im Durchschnitt bei denjenigen Menschen am größten, welche gewöhnt sind, die möglichen Zukunftsfolgen ihrer Handlungen und Entschlüsse vorweg zu bedenken und welche sich durch überlegtes Disponieren aus der Tradition des naturgegebenen Daseins erheben, um sich das Leben auf künstlichem Wege zweckentsprechender zu gestalten. Diese Menschen bilden jedoch im großen und ganzen dieselben Schichten, welche die Voraussetzungen und den Willen zum wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg mitbringen. Die rationalistische Veranlagung bestimmter Kreise bedingt auf der einen Seite die subjektive Scheu vor den Lasten des Kinderreichtums und auf der anderen Seite den Trieb zum Vorwärtskommen, welcher die wirtschaftlichen Mittel der Kindererziehung schmälert. Als entscheidendes Motiv des Geburtenrückganges ist deshalb zusammenfassend die *rationalistische Veranlagung* bestimmter Volkskreise zu bezeichnen, die auf verschiedenen Wegen eine Geburtenminderung im Gefolge hat.

Hierzu kommt weiter, daß die rationalistische Veranlagung nicht nur den Antrieb zur Geburtenminderung



Mit diesem Heft, das als Doppelnummer erscheint, schließt der erste Jahrgang der Neuen Folge unserer Zeitschrift. Den nächsten Jahrgang werden wir mit einem besonders reichhaltigen und umfangreichen Heft einleiten, das am 2. Januar zur Ausgabe gelangt.

Der Ausbau des „Magazins der Wirtschaft“ wird, wie im vorigen Heft angekündigt wurde, fortgesetzt. Neben der *Literaturrubrik*, deren Ausgestaltung bereits begonnen hat, sollen auch die anderen Teile unserer Zeitschrift eine Erweiterung und Vertiefung ihres Inhalts erfahren. Im *Artikelteil* werden wie bisher die Redaktion und hervorragende Mitarbeiter zu allen bedeutenden Fragen der Wirtschaft Stellung nehmen. Zu den Mitarbeitern des „Magazins der Wirtschaft“ zählen:

Altschul	Eulenburg	Lederer
Beckmann	Feiler	Neisser
Bernhard	Flechtheim	Nußbaum
Bollert	von Gayl	Palyi
Bonn	Grauert	Posse
Bortkiewicz	Hahn	Prion
Brandt	Hartmann	Ritschl
Briefs	Hoener	Röpke
Buchwald	Jastrow	Rüstow
Colm	Klepper	Soltau
Eucken	Lautenbach	Tarnow

Im *Glossenteil* werden kritisch, aber unparteiisch alle wichtigen wirtschaftlichen Ereignisse beleuchtet.

In der *Bilanzrubrik* erfahren die Abschlüsse aller Gesellschaften von Bedeutung eine eingehende Analyse.

In den *Marktübersichten* berichten Fachleute über den Geld- und Kapitalmarkt, die Warenmärkte und die Effektenmärkte und zeigen die Beweggründe für die Veränderungen auf, die sich dort vollziehen.

Der *statistische Teil* bringt in übersichtlicher Form das Zahlenmaterial über Produktion, Arbeitsmarkt, Außenhandel, Verkehr, Groß- und Einzelhandelspreise, Umsätze und Geschäftsgang, Geld- und Kapitalmarkt, Börse, Staatsfinanzen, Wanderungsbewegung sowie über die wichtigsten Welthandelswaren. Diese Statistiken werden rasch und in einer sonst in der deutschen Wirtschaftspresse nicht gebotenen Vollständigkeit veröffentlicht.



nung, sondern zum guten Teil auch die *Mittel* zu ihrer Bewerkstellung liefert. Soweit sich der Geburtenrückgang nicht in einer Abnahme der Ehefrequenz, sondern in einer verringerten Fruchtbarkeit der Ehen auswirkt, spielen die Mittel der Empfängnisverhütung und — der Strafandrohung zum Trotz — der Abtreibung in unserer Zeit eine immense quantitative Rolle. Es liegt auf der Hand, daß diese Mittel abermals vorzugsweise von denjenigen Bevölkerungsschichten gehandhabt werden können, welche sich durch rationalistische Denkart die Fähigkeiten dazu erworben haben. Im ganzen handelt es sich also, um die Koinzidenz zahlreicher an sich verschiedener Momente, welche *die rationalistisch veranlagten Volksschichten zu den prädestinierten Trägern des Geburtenrückganges machen.*

### III.

Die Kritik des Geburtenrückganges muß sich von primitiven Quantitätsvorstellungen freimachen; die Menge der erzeugten Menschen sagt über den Grad des Zeugungswertes außerordentlich wenig aus. Es kommt darauf an, *welche Mengen wertvoller Eigenschaften durch die Geburtlichkeit der lebenden Generation für die Zukunft erhalten und neu geschaffen werden.* Arbeitsfähigkeit, Intelligenz, kulturelle Schöpferkraft und erneutes Regenerationsvermögen soll es in der Zukunft geben, und die Geburtsverhältnisse der Gegenwart sind danach zu beurteilen, wie sie zur Erreichung dieser Ziele beitragen.

Daß ein mengenmäßiger Stillstand oder sogar eine Abnahme der Bevölkerungszahl die Gesamtqualität des Volkes irgendwie zu beeinträchtigen braucht, ist keineswegs ohne weiteres zu behaupten. Wenn auf der einen Seite bestimmte Länder zu gewissen Zeiten so dünn bevölkert sein mögen, daß sie eine Abnahme ihrer Bevölkerung ohne nachteilige Folgen für ihre Kultivierung nicht ertragen können, spielen auf der anderen Seite unter der Herrschaft der modernsten Technik gerade solche Verhältnisse eine hervorragende Rolle, unter welchen ein Weniger an Menschen nicht einmal den Intensitätsgrad der Gewerbe, die sich durch Maschinen Ersatz schaffen können, herabsetzt, geschweige denn die lebendige Grundlage der Kultur in einer irgendwie fühlbaren Weise beeinträchtigt. Die wirtschaftliche Rationalisierung hebt unmittelbar die Folgen des Geburtenrückganges zu einem erheblichen Teile auf.

Gerade für die deutschen Verhältnisse kann der absolute Geburtenrückgang — zunächst unter Abschaffung von den außenpolitischen Beziehungen — als durchaus harmlos bewertet werden. Es ist unwahrscheinlich, daß die rund 85 Millionen Einwohner, die bei einem unterbrechungslosen Anwachsen der Reichsbevölkerung im Tempo der Jahrhundertwende heute in Deutschland leben würden, einen höheren Grad der materiellen und geistigen Kultur ermöglichen würden, als unter gleichen Verhältnissen die 64 Millionen, die es heute gibt. Und was für die Gegenwart gilt, kann auch für die Zukunft in Anspruch genommen werden.

Ganz andere Angriffsmöglichkeiten findet die Kritik bei der Erscheinung des *relativen Geburtenrückganges der verschiedenen Volksklassen.* Es handelt sich nämlich um die Frage, ob durch die verschieden starke relative Geburtenfrequenz in den verschiedenen Volksklassen eine nachteilige Einseitigkeit der Vererbung bestimmter Volkseigenschaften und infolgedessen eine *Qualitätsverschlechterung der kommenden Generationen* verschuldet wird. Dies ist die schwerwiegende qualitative Problematik des Geburtenrückganges.

Voreilige Rückschlüsse liegen sehr nahe und werden, wie bereits gesagt, gern und häufig gezogen. Intelligenz, gehobene Berufe, aufstrebende Kreise sind kinderärmer als die ungebildeten Schichten, die ihr Los resigniert hinnehmen, und als alle diejenigen Kreise, welche bewußt oder unbewußt an den traditionell überkommenen Lebensformen festhalten. Was liegt da näher als zu folgern: der Geburtenrückgang besorgt eine Umzüchtung der Bevölkerung von der Intelligenz zum Stumpsinn, vom Fortschrittsgeist zur Stagnation, von der Bildung zur Unbildung?

Wir stehen nicht an, dieses Urteil von vornherein als *falsch* zu bezeichnen. Ihm liegt ein durch nichts begründeter Gedankensprung zugrunde, nämlich die Annahme, daß Menschen bestimmter Qualitätstypen eo ipso Nachkommen mit denselben Eigenschaften erzeugen, während die gleichen Typen unter der Nachkommenschaft anders veranlagter Elterngruppen nicht oder besonders selten zu erwarten sind. Diese Annahme ist jedoch durch nichts begründet als durch eine laienhafte Verstümmelung der Vererbungsgesetze und wird durch die Tatsachen vollständig desavouiert. Daß große Männer in der Regel mittelmäßige Söhne gehabt haben, lehrt die Geschichte. Es ist also äußerst unbedacht, die Kinderarmut der intelligentesten und fortschrittlichsten Kreise der Nation ohne weiteres im Sinne einer Degeneration zu deuten und, wie dies heutzutage so beliebt ist, entsprechende Remedien zu empfehlen.

Ein kritischer Betrachter sieht die Dinge ganz anders; er erkennt vor allem in dem großen natürlichen Zeugungsvermögen des Menschen an sich einen Hinweis darauf, daß *von Natur die Beteiligung aller Menschen an der Fortpflanzung nicht erforderlich ist.* (Dies ist übrigens das einzige praktische Ergebnis, welches sich aus der Lehre des Malthus übernehmen läßt.) Die zwangsweise oder freiwillige Ausschaltung bestimmter Teile der Bevölkerung von der Mitwirkung an der Fortpflanzung muß als durchaus naturgemäß erscheinen.

Wenn die Natur nun aber die einzelnen Menschen mit einem so starken Zeugungsvermögen bedacht hat, daß ein Teil von ihnen die erforderliche Fortpflanzungsleistung für die Gesamtheit übernehmen kann, muß dann die Auswahl der zur Fortpflanzung berufenen Exemplare innerhalb der einzelnen Qualitätsgruppen erfolgen, oder genügt es auch im Hinblick auf die Vererbung der verschiedenen wertvollen Eigenschaften, wenn sich bestimmte Teile des Volksganzen, ohne besondere Berücksichtigung der Typengruppen, der Fortpflanzung widmen? Die natürlichen



Analogien sprechen für die letzte Annahme: der Organismus der Pflanzen und Tiere pflanzt nicht die einzelnen Organe für sich, sondern nur spezielle Keimzellen fort; die Gehirne der Zeitgenossen stammen nicht von den Gehirnen der Vorfahren ab, sondern von ihren Geschlechtszellen; in den bekannten Koloniestöcken der Hohltiere vollzieht die Natur sogar eine Funktionsteilung zwischen den Individuen, bei denen auch die Zeugungsfunktion auf spezielle Exemplare beschränkt wird, deren Nachkommen aber sämtliche Funktionszweige ergänzen. Diese Tatsachen sind allgemein bekannt; niemand beklagt das „kinderlose“ Absterben des Laubes, weil jeder weiß, daß die Bastzellen unter der Baumrinde nicht nur sich selbst, sondern auch das Laub regenerieren. Über das Absterben der aufstrebenden Volkskreise wird aber soviel Wesens gemacht, als sei die Entstehung von Tatkraft und Intellekt ein einmaliger unwiederholbarer Schöpfungsvorgang, dessen Segnungen nur durch seine ersten Träger vererbt werden könnten.

Man muß den Gesichtswinkel durchaus anders wählen, um zu einem naturgemäßen Verständnis der Qualitätsvererbung und ihrer Zusammenhänge mit der Geburtenfrequenz zu gelangen. Wenn die Bevölkerung von Natur auf die Fortpflanzung eines Teils ihrer Mitglieder verzichten kann, dann ist die entscheidende Frage: *Welche Individuen sollen Regenerationsexemplare sein?* Die Antwort lautet: Diejenigen Menschen, welche die beste Nachkommenschaft zu liefern vermögen, sollen sich fortpflanzen. Daß diese zugleich diejenigen sind, welche sich durch besondere Leistungen im gesellschaftlichen und kulturellen Leben auszeichnen, ist eine absolut unzulässige Annahme; daß sich führende Gelehrte, Kaufleute, Techniker, Künstler usw. durch hervorstechende väterliche Qualitäten auszeichnen, wird weder durch die Theorie noch durch die Praxis bestätigt; daß ihre physische Beschaffenheit ihren Kindern ein besonders wertvolles somatisches Erbgut vermittelt, ist eine Annahme, welche jedenfalls im gegenwärtigen Stadium der zivilisatorischen Einflüsse auf Nervensystem und Keimdrüsen den Tatsachen diametral widerspricht. Es ist im Gegenteil anzunehmen, daß die Natur auch hier, wie überall, spezialisiert und ebenso, wie sie im Körper des einzelnen bestimmte Organe ausschließlich mit der Nahrungsaufnahme, Respiration usw. und andere ausschließlich mit der Fortpflanzung betraut, auch im Gesellschaftskörper, dessen Organe die Menschen sind, die einen als kulturelle, wirtschaftliche u. ä. Leistungsträger von erhöhter Potenz und andere als besonders qualifizierte Träger der Regeneration vorgesehen hat. In einer naturgemäß strukturierten Gesellschaft gibt es einen *natürlichen Mutterboden*, bestehend aus Individuen, welche sich selbst nicht durch Höchstleistungen auszeichnen, aber imstande sind, einen Nachwuchs zu liefern, aus dem immer aufs neue hochqualifizierte Exemplare hervorgehen.

Man hat nicht nur aus Analogiegründen auf eine derartige Spezialisierung der Regenerationsquellen zu schließen, sondern kann sich auch durch einfache

Überlegungen von ihrer Notwendigkeit überzeugen. Diejenigen Individuen, welche nach irgendeiner Richtung über das Durchschnittsniveau erheblich hervorragten, sind selbst Produkte einer weitgehenden Spezialisierung (dies gilt vor allem von den rationalistischen Talenten) und einseitig in ihren Anlagen; sie verdanken dieser Differenziertheit ihr erhöhtes Leistungsvermögen. Den Gegensatz zu ihnen bilden keineswegs die Minderwertigen, die im Gegenteil ebenfalls, wenn auch im negativen Sinne, spezialisiert sind, sondern die *Masse der komplex veranlagten Individuen*, welche gerade infolge der Komplexität ihrer Veranlagung auf keinem Spezialgebiete Höchstleistungen zutage fördern, aber aus ebendenselben Grunde sämtliche typischen Charakteranlagen auf ihre Nachkommen übertragen können. Es dreht sich nicht um Vererbung oder Nichtvererbung wertvoller menschlicher Anlagen; es handelt sich nur um die Frage, ob diese Anlagen durch Personen vererbt werden, welche als Spezialtypen jene Anlagen offen zeigen, oder aber durch Individuen, welche sie latent in der Verbindung mit anderen Eigenschaften besitzen; wenn die Vererbung durch die ersten infolge ihrer Kinderarmut ausbleibt, kann gleichwohl nicht von einer Nichtvererbung der betreffenden Eigenschaften gesprochen werden. Man sieht, wie stark das Urteil über den relativen Geburtenrückgang der gesellschaftlichen Klassen durch diese Erwägungen modifiziert wird.

Ein wichtiges Ergebnis ist damit erreicht: Nicht auf die persönliche Fortpflanzung bestimmt qualifizierter Personen kommt es an, sondern auf das Vorhandensein eines *breiten Vegetationsstammes*, der die Erbanlagen für alle erforderlichen Eigenschaften der Volksglieder, wenn auch latent, in sich trägt und weitervererbt. Das Dasein eines solchen Vegetationsstammes ist das wichtigste Kennzeichen eines gesunden Volkes. Infolge der Komplexität ihrer Anlagen stehen die Mitglieder des Vegetationsstammes zwischen den extremen Typen; ihre Nachkommenschaft weist eine bestimmte Streuung auf: das Große folgt unmittelbar den Eltern, während Plusvarianten und Minusvarianten in um so niedrigerer Zahl, je weiter sie sich vom Durchschnitt entfernen, nach der positiven und negativen Seite ausgestreut werden. Die Fortpflanzung erfolgt auch in der nächsten Generation durch die Mitte und nur in unbedeutendem Grade durch die Varianten; dies ist wichtig, weil die Varianten mutmaßlich nicht ihre eigenen Eigenschaften, sondern *Übertreibungen* von diesen vererben werden, ein Moment, das ganz besonders geeignet ist, die Kinderarmut der Intelligenten in einem anderen Lichte erscheinen zu lassen.

#### IV.

Zu einer positiven Kritik des Geburtenrückgangs kann man überhaupt nicht gelangen, wenn man nur die negative Tatsache des ausfallenden Nachwuchses bestimmter Volksschichten in Betracht zieht; die wesentliche Bedeutung des Geburtenrückgangs liegt darin, daß der freiwillige oder unfreiwillige Verzicht



jener Schichten auf Fortpflanzung nun der Nachkommenschaft anderer Schichten die Zukunft freigibt; darin liegt die *positive* Konsequenz des Phänomens, die für die qualitative Wertung grundlegend ist.

Es handelt sich in erster Linie darum, *welche* Menschen den sich fortpflanzenden Vegetationsstamm der Nation bilden. Es sind diejenigen, welche *sich fortpflanzen können*. Es ist nur eine äußerliche Tatsache, daß das (man ist versucht zu sagen: formelle) Zeugungsvermögen allen gesunden Individuen eigen ist; zum praktischen Zeugen-Können gehört nicht nur der Besitz reifer Zeugungsorgane, sondern ebenso das gewaltige Drum und Dran, das der heutige Mensch braucht, um wirklich Kinder, und vor allem viel Kinder, ins Leben zu setzen. Dabei soll man nun wieder nicht an erster Stelle an die materielle Notdurft denken, weil diese eben ein recht relativer Begriff ist, sondern an den *Willen* zur Kinderzeugung, der die Voraussetzung für das Können ist. Es handelt sich dabei positiv um das Festhalten an den traditionellen Lebensformen und Gewohnheiten, zu denen die Familiengründung als selbstverständlicher Bestandteil gehört, sowie negativ um das Fehlen überlegener Willenswiderstände, die sich dem Kinderreichtum in den Weg stellen, wie Genußsucht, Berufswechsel, sozialer Ehrgeiz usw. Nur der kann eine kinderreiche Familie gründen, der gewillt ist, ihre Lasten auf sich zu nehmen; diese Bedingung ist dem Manne als Vater und der Frau als Mutter gestellt. Die Geburteneinschränkung der Ehrgeizigen, der Streber und der Genußsüchtigen öffnet die Zukunft dem Nachwuchs der Traditionsmenschen, der Beharrlichen und Opferwilligen.

Mit diesen Sätzen ist wenig anzufangen, wenn man nicht einen bestimmten *Sinn* in sie hineinlegt. Die Natur des Menschengeschlechts hat offenbar etwas Bestimmtes vor, wenn sie die natürliche Züchtung in solche Bahnen lenkt; ihr Ziel gilt es zu erkennen. Das, worauf die natürliche Zuchtwahl der Völker hinausläuft, ist offenbar eine *Züchtung zur Kultur*. Man kann es nicht anders benennen, muß aber die Worte richtig verstehen. Kultur ist die Gesamtheit der Lebensformen, die sich eine bestimmte Gesellschaft geschaffen hat, sie bilden ihr Eigenprodukt in der täglichen Umwelt im Gegensatz zu dem Naturmilieu, an dessen Entstehung der Mensch nicht mitwirkt. Am vererbungsfähigsten erweisen sich diejenigen Menschen, welche am wenigsten aus dem Rahmen der überkommenen Lebensformen heraustreten, bei welchen sich das kulturelle Moment gegenüber rationalistisch-individualistischen Kräften am stärksten behauptet. Da diese Schichten an der Fortpflanzung verhältnismäßig am meisten beteiligt sind, arbeitet die Zuchtwahl für die Kultur.

Auch die Kehrseite muß mit Namen genannt werden: das Phänomen des relativen Geburtenrückgangs ist unzweideutig als eine *Abzüchtung des Individualismus und Rationalismus* zu deuten. Man mag dies begrüßen oder bedauern, es kann nicht anders sein. Wenn der mit dem Individualismus notwendig verbundene Egoismus auch vor dem lebenden

Kinde halt macht und seine Prinzipien verleugnet, dem noch problematischen Zukunftskinde bringt er seine hemmungslose Skepsis entgegen und lehnt es ab, wenn es irgendwie nicht in den individuellen Interessenkreis hineinpaßt. Der Rationalist sieht in allen Dingen der Umwelt nur Mittel für seine Ziele und genehmigt ein Kind nur, wenn es für ihn einen Zweck hat. Aus diesen Einstellungen kann keine Kinderfreudigkeit erwachsen.

Man kann nun einen Schritt weitergehen und aus der Einstellung der Zuchtwahl auf die Kultur umgekehrt die Bedingtheit der Kultur durch die Zuchtwahl folgern. Die Fortpflanzung des Menschengeschlechts ist nicht nur ein Kulturproblem, sondern ebenso die Kultur ein Fortpflanzungsproblem. Die Kultur ist der Komplex von Lebensformen, welche ihre Träger zu fortpflanzungsfähigen und fortpflanzungswilligen Individuen machen; die Vererbung der Kultur von der gehenden auf die kommende Generation, die für ihren Begriff wesensnotwendig ist, beruht eben auf ihrem Einfluß auf die ihr unterworfenen Menschen: diejenigen Lebensformen vererben sich, deren Träger sich fortpflanzen.

Der Geburtenrückgang, der den sich aus den überlieferten Verhältnissen loslösenden und nach individuellen Gesichtspunkten lebenden Bevölkerungskreisen eine sehr beschränkte Beteiligung an der Fortpflanzung einräumt, bewirkt eine *Selektion zugunsten der gebundenen Lebensformen*. Hierin liegt aber, soweit es sich um das Ergebnis handelt, keine neue Erscheinung vor; nur die Methode, die zu dem Resultate führt, ist neu. Bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts wurde eine ganz entsprechende selektive Einschränkung der Fortpflanzung durch eine Beschränkung der Ehemöglichkeit vorgenommen; der Bauer bedurfte zum Heiraten eines Konsenses seines Grundherrn, welcher nur erteilt wurde, wenn der Heiratskandidat eine ledige Bauernstelle übernahm; in der Stadt durften nur diejenigen Handwerker und Kaufleute Familien gründen, die in der traditionellen Wirtschaftsverfassung ihre gesicherte Nahrung gefunden hatten. Auf diese Weise haben Jahrhunderte die Selektion zugunsten der überlieferten Lebensformen durch das Mittel einer künstlichen Heiratsbeschränkung erreicht. Der siegreiche Liberalismus beseitigte die Ehehindernisse und machte den Eheschluß nur von formellen Voraussetzungen abhängig; das Rechtsempfinden der modernen Völker kann den Behörden weitergehende Befugnisse nicht mehr zubilligen. Die erste Folge des Liberalismus auf dem Gebiete der Bevölkerungsbewegung war ein nie dagewesenes Anschwellen der Volksmassen als Folge der Beseitigung der Ehehindernisse; nachdem die Rücksicht auf die überkommenen Lebensformen einmal fallen gelassen worden war, wurden diese durch die Brandung einer überflutenden Bevölkerung in kürzester Zeit fortgerissen. Als es eine Selektion zugunsten der formgebundenen Bevölkerungskreise nicht mehr gab, trat eine auffällige Vermehrung der rationalistisch denkenden und handelnden Elemente ein.



Dieser Entwicklung tritt jetzt gleichsam ein Naturgesetz entgegen und zwingt den Lauf der Dinge wieder in Bahnen zurück, die den früheren nicht gleich, aber analog sind. Irgendeine Selektion durch materielle Ehebeschränkungen kommt heute, wie gesagt, nicht mehr in Frage; die Selektion greift dafür an der zweiten Phase, die die reguläre Fortpflanzung aufweist, an, hier aber nicht mittels positiver Rechtsordnungen, sondern spontan, naturgesetzlich: die Kinderzahl der verschiedenen Bevölkerungsschichten sinkt um so stärker, je mehr sich die einzelnen Schichten von bestimmten Formen und Bindungen losgemacht haben. Die vorliberalistische Ära vollzog die Selektion in der ersten Generation, in der heutigen Zeit vollzieht sich die Selektion erst in der zweiten oder dritten Generation.

Wir haben damit den Schlüssel zu einer *sinnhaften Deutung des heutigen Geburtenrückgangs* gefunden, und zwar sowohl für seine quantitative wie für seine qualitative Bedeutung. Wenn man sich unter dem Geburtenrückgang der deutschen Bevölkerung einen Vorgang vorstellt, der nach dem Kulminationspunkt der Geburtenziffer im Jahre 1876 erstmals einsetzt und in jüngster Zeit durch die Wirkung irgendwelcher ganz moderner Faktoren ungeheuer beschleunigt worden ist, dann bleibt man in einer ahnungslosen Zahlenseligkeit befangen und kommt an ein Verständnis des Problems nicht heran. Die Notwendigkeit eines bevorstehenden Geburtenrückgangs lag bereits so unzweideutig in der Struktur der Bevölkerung der 70er Jahre, daß er nicht ausbleiben konnte; es waren, infolge der liberalistischen Rechtsordnung, Menschen zu kinderreichen Vätern geworden, welche — ihrer inneren Veranlagung und äußeren Situation nach — höchstens enkelarme Großväter und kaum noch Urgroßväter werden konnten. Das Schicksal hat im Beginn des 19. Jahrhunderts die selektive Zuchtwahl des Menschengeschlechts von dem Eheschluß der ersten auf die Zeugungsfrequenz der dritten und vierten Generation verschoben; innerhalb dieses selektionsfreien

Intervalls hat sich als einmaliger Vorgang die ungeheure Volksvermehrung und innere Umschichtung nicht nur des deutschen, sondern fast jeden europäischen Volkes etwa in der Zeit vom Wiener Kongreß bis zum Ausbruch des Weltkrieges vollzogen. Die naturnotwendige Geburtenselektion setzt im ausgehenden 19. Jahrhundert ein und beschleunigt im 20. Jahrhundert ihr Tempo immer schneller. *Der Geburtenrückgang ist kein Gegensatz zu der vorhergegangenen Geburtensteigerung, sondern ihre notwendige und natürliche Folge.*

Ebenso verfehlt ist es, das qualitative Problem des Geburtenrückgangs danach zu beurteilen, welche Individuen sich stark und welche sich schwach an der Fortpflanzung beteiligen. Die verschiedenen Klassen und Menschentypen sind keine isolierten Stammlinien, die sich gerade durch die Jahrhunderte fortpflanzen und um deren unwiederbringliches Erlöschen man bangen müßte; alle Klassen und Typen sprießen vielmehr unausgesetzt aus dem *Vegetationskern* der Bevölkerung hervor, dessen Erhaltung auch sie alle miterhält. Der Geburtenrückgang der hochentwickelten Schichten ist nur als ein Hinweis darauf zu werten, daß in gewissen peripheren Lagen die Regenerationsfähigkeit nachläßt und aufhört. Irgendwelche Schlüsse auf eine veränderte Zusammensetzung der künftigen Generation dürfen hieraus nicht gezogen werden. Insbesondere ist es absolut unzulässig, aus der abnehmenden Fruchtbarkeit der höheren Stände eine Abzüchtung oder Degeneration des Volkes zu folgern; der Vorgang ist vielmehr positiv als ein *Problem der Regeneration* zu werten, der Überlassung der Fortpflanzung an diejenigen Volksschichten, welche außer einer Fülle anderer Eigenschaften auch das Regenerationsvermögen sicher ihren Nachkommen vererben. Ein gesunder Vegetationskern mit einer reichhaltigen Mischung aller wertvollen, vererblichen Eigenschaften des Menschen leistet für die Erneuerung der höheren Qualitäten, deren Träger sich selbst nicht in genügendem Maße fortpflanzen, ausreichende Gewähr.

## Bilanzbereinigung durch Aktienrückkauf?

Von Prof. Dr. Julius Flechtheim

*Der Verfasser erörtert im Anschluß an den in Nr. 49 des MdW besprochenen Vorschlag einer deutschen Aktiengesellschaft die Möglichkeiten und Voraussetzungen der Bilanzbereinigung durch Rückkauf eigener Aktien. Eine Prüfung der Rechtslage führt zu dem Ergebnis, daß auch bei dieser Art der Bilanzbereinigung die Förmlichkeiten einer Sanierung erfüllt werden müssen. Es handle sich um ein in jeder Hinsicht bedenkliches Rezept.*

Unter dem Titel „Rentabilitätsverbesserung durch Aktienrückkauf“ hat das Magazin der Wirtschaft in Nr. 49, S. 2250 eine recht interessante Frage aus dem Gebiet der Bilanzbereinigung angeschnitten. Viele Gesellschaften, deren Aktienkurs erheblich unter pari liegt, verfügen infolge Einschrumpfung ihres Umsatzes über reichlich liquide Mittel. Diese Situation hat die Verwaltungen auf den Gedanken gebracht, eigene Aktien zum Börsenkurs anzukaufen

und den Unterschied zwischen dem Nennwert und dem Ankaufspreis zur Deckung von Bilanzverlusten oder zu außerordentlichen Abschreibungen oder Reservestellungen zu benutzen. Außerdem haben solche Ankäufe die weitere nicht unerwünschte Folge, den Kurs der Aktien zu stützen. Das MdW erkennt die Vorteile einer solchen Methode der Bilanzbereinigung an, weist aber auf das Bedenken hin, daß unter Umständen hierdurch die Gläubiger gefährdet werden.



Eine generelle Regel über die Zweckmäßigkeit einer solchen Methode lasse sich daher nicht aufstellen. Es müsse vielmehr von Fall zu Fall geprüft werden, ob die Gläubiger auch nach einem Aktienrückkauf noch ausreichend gesichert seien. Anderenfalls setze sich die Verwaltung einer Regreßpflicht aus.

Diese Ausführungen haben mich lebhaft interessiert, aber auch zum Widerspruch herausgefordert. Sie sind ausschließlich wirtschaftlich orientiert, und insofern läßt sich nichts gegen sie einwenden. Aber die *rechtliche Seite* kommt hierbei zu kurz. Das gilt aber nicht nur von den Ausführungen des MdW, sondern ich habe den Eindruck, daß auch ein Teil der Verwaltungen, die diesen Weg beschreiten wollen oder gar schon beschritten haben, sich nicht über die Rechtslage genügend klar geworden ist. Es ist deshalb wohl am Platze, auf diese Seite der Sache kurz hinzuweisen.

Die Verwaltungen wollen durch den Ankauf der Aktien unter dem Nennwert einen *Buchgewinn erzielen*, der zur Bereinigung der Bilanz benutzt werden kann. Das wird aber durch den bloßen Ankauf der Aktien unter pari noch nicht erreicht. Durch den bloßen Ankauf eigener Aktien wird das Aktienkapital nicht etwa um deren Nennwert reduziert. Es bleibt nach wie vor in voller satzungsmäßiger Höhe bestehen. Die erworbenen eigenen Aktien sind Aktiva wie alle anderen Vermögenswerte, insbesondere wie andere Aktien. Sie können jederzeit wieder verkauft werden. Auch ihre Bewertung in der Bilanz erfolgt nach allgemeinen Grundsätzen. Sie können unter keinen Umständen über ihren Anschaffungspreis angesetzt werden, und ist inzwischen der Kurs gefallen, so müssen sie sogar auf diesen herabgeschrieben werden (§ 261 Nr. 1 und 2 HGB). Die Gesellschaften geben sich einer gefährlichen Illusion hin, wenn sie etwa glauben, berechtigt zu sein, die erworbenen eigenen Aktien ohne Rücksicht auf den Erwerbspreis und den Börsenkurs zum Nennwert anzusetzen zu können. Über die Unzulässigkeit einer solchen Bilanzierung besteht in der Rechtsprechung und Rechtslehre keine Meinungsverschiedenheit (vgl. insbesondere die Entscheidung des *Reichsgerichts* in Leipzig. Zeitschr. 1910, S. 688, Anm. 30, *Staub-Pinner* § 226, Anm. 2). Um einen Buchgewinn zu erzielen, müßten vielmehr die Aktien endgültig vernichtet werden. Auch das MdW spricht von einer „Vernichtung“ der zurückgekauften Aktien; aber es stellt sich anscheinend diese Vernichtung als einen willkürlichen und formlosen Akt der Verwaltung vor, also etwa durch Zerreißen der Aktienurkunden.

Hier liegt der juristische Kardinalfehler. Die Vernichtung einer Aktie kann nur erfolgen im Wege der sogenannten Einziehung (auch Amortisation genannt). Diese Einziehung ist aber gerade im Interesse des Gläubigerschutzes an ganz bestimmte Voraussetzungen geknüpft. Sie ist formlos möglich, wenn die Einziehung *aus dem Reingewinn* erfolgt. In diesem Fall entsteht aber, wenigstens nach der herrschenden Rechtslehre, überhaupt kein frei verfügbarer Buchgewinn. Auch nach § 57 des Entwurfs eines neuen Aktiengesetzes ist in einem solchen Fall zwar das

Grundkapital um den Nennbetrag der eingezogenen Aktien zu ermäßigen, aber gleichzeitig der gleiche Betrag als Reserveposten unter die Passiven einzustellen. Es ist indes nicht notwendig, auf diese Streitfrage hier näher einzugehen, da ja in den Fällen, die uns interessieren, eine Einziehung aus dem verteilbaren Reingewinn, also auf Kosten der Dividende, nicht in Frage kommt. Von diesem Fall abgesehen, kann aber die Einziehung gemäß § 227 Abs. 2 HGB nur erfolgen „nach den für die Herabsetzung des Grundkapitals maßgebenden Vorschriften“. Das bedeutet aber, daß zunächst einmal die Herabsetzung von der Generalversammlung mit Dreiviertelmehrheit beschlossen wird (§ 288 HGB). Dann müssen die Gläubiger der Gesellschaft zur Anmeldung ihrer Forderung aufgefordert und befriedigt oder sichergestellt werden. Erst nachdem ein Jahr seit der Aufforderung (Sperrjahr) verstrichen ist und alle Gläubiger befriedigt oder sichergestellt worden sind, dürfen Zahlungen an die Aktionäre auf Grund der Herabsetzung des Grundkapitals erfolgen (§ 289 HGB). Das gilt insbesondere auch von Dividendenzahlungen auf das verringerte Kapital. Mit anderen Worten, *es müssen die Förmlichkeiten einer Sanierung erfüllt werden*. Davon wird die Gesellschaft auch nicht dadurch befreit, daß sie gleichzeitig mit der Herabsetzung des Kapitals dieses durch Ausgabe neuer Aktien wieder auf den früheren Betrag erhöht. Eine solche Transaktion ist von der Paradiesbetten-Fabrik M. Steiner & Sohn AG geplant. In der eingangs erwähnten Glosse wurde ausgeführt, daß gegen eine solche „Bilanzbereinigung ohne formale Sanierung“ vom Standpunkt der Gläubiger nichts einzuwenden sei. Aber auch für diesen Fall gibt weder das geltende Recht noch der Entwurf eine Erleichterung. Es lohnt sich wohl zu erwägen, ob nicht doch für einen solchen Fall erleichternde Bestimmungen am Platze wären. Es ist bemerkenswert, daß die Novelle zum englischen Aktiengesetz eine ähnliche Bestimmung enthält. Sie bezieht sich allerdings nur auf preferred shares. Hier ist die Kündigung und Einziehung in gleicher Weise zulässig, wenn sie aus dem Reingewinn erfolgt oder aus den Eingängen einer neuen Aktienemission.

In einem gewissen Zusammenhang mit der Frage der Kapitalherabsetzung steht auch die vom MdW mit Recht angeschnittene *Regreßpflicht der Verwaltung*. Nach § 226 HGB soll die Gesellschaft eigene Aktien im regelmäßigen Geschäftsbetrieb nicht erwerben. Wenn die Generalversammlung die Herabsetzung des Kapitals im Wege des Ankaufs unter pari beschlossen hat, so ist die Ausführung dieses Beschlusses, also der Erwerb solcher Aktien, ein Geschäft, das außerhalb des regelmäßigen Geschäftsbetriebes liegt und daher zulässig ist. Anders liegt es aber, wenn die Verwaltung ohne einen solchen Beschluß der Generalversammlung Aktien kauft, auch dann, wenn sie die Absicht hat, später der Generalversammlung die Einziehung dieser Aktien vorzuschlagen. Die Meinungen darüber, was unter dem „regelmäßigen Geschäftsbetrieb“ zu verstehen ist, gehen weit auseinander. Aber der Ankauf von Aktien lediglich aus dem Grunde, weil der Kurs niedrig



steht, ist jedenfalls noch kein außerhalb des regelmäßigen Geschäftsbetriebs liegender Erwerb. Im Gegenteil, hier ist das gesetzliche Verbot besonders am Platz, denn gerade dann, wenn der Aktienkurs unter *pari* steht, sind die Gläubiger natürlich am ehesten gefährdet. Allerdings ist ein gegen § 226 verstößender Erwerb voll eingezahlter Aktien nicht ungültig. Aber der Vorstand macht sich hierdurch schadensersatzpflichtig (§ 241 HGB) und gegebenenfalls auch der Aufsichtsrat, wenn er von diesen Käufen Kenntnis erhält und nicht einschreitet (§ 249 HGB). Es genügt,

daß gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßen wird. Die Schadensersatzpflicht tritt auch dann ein, wenn die Organe das Beste der Gesellschaft gewollt haben. Die Frage gewinnt vor allem dann praktische Bedeutung, wenn der Aktienkurs nach dem Erwerb noch weiter sinkt und die Gesellschaft infolgedessen genötigt ist, in ihrer nächsten Bilanz Abschreibungen auf den Erwerbspreis zu machen.

Aus alledem ergibt sich, daß die formlose Bilanzbereinigung durch Rückkauf eigener Aktien unter *pari* ein in jeder Hinsicht bedenkliches Rezept ist.

## Dividendenpolitik in der Depression

Von Prof. Georg Bernhard

*Noch vor kurzer Zeit bestand die Gefahr, daß Aktiengesellschaften eine niedrige Dividende festsetzten, um einen Teil ihres Gewinns zur Selbstfinanzierung zu benutzen. Gegenwärtig ist jedoch zu befürchten, daß die Verwaltungen aus Prestigegründen an einer hohen Dividende festhalten, obwohl die Gewinne dieses Jahres einen solchen Satz nicht rechtfertigen. Da das Ausland über die wirtschaftliche Situation Deutschlands sehr gut informiert ist und keine hohen Dividenden erwartet, muß selbst von jenen Gesellschaften, die stark an das Ausland verschuldet sind, eine ihrem tatsächlichen Status angepaßte Dividende gefordert werden.*

Die Jahresbilanz wird für jene Kapitalisten, die ihr Geld in Dividendenpapieren angelegt haben, traurig werden. Es ist ein schwacher Trost für die deutschen Kapitalanleger, daß ihr Schicksal diesmal solidarisch mit dem beinahe der ganzen Welt verbunden ist; denn die anderen haben wenigstens während der Zeit der Hochkonjunktur eine angemessene Verzinsung genossen, der deutsche Aktionär aber ist — von Ausnahmen abgesehen — auch in der vergangenen Zeit auf schmale Kost gesetzt gewesen. Die Diskussionen über Dividendenpolitik haben sich bisher in der Richtung bewegt, daß die immer weitverbreitete *Selbstfinanzierung* die berechtigten Verzinsungswünsche der Aktionäre vernachlässigte. Heute hat sich diese Grundlage der Diskussion verschoben. Der Rückgang der Dividenden ergibt sich aus der völlig anders gestalteten Konjunktur. Im Gegensatz zu früher wird die öffentliche Kritik jetzt darüber wachen müssen, daß nicht die Unternehmungen geschädigt werden, indem die Verwaltungen aus *Prestigegründen* Dividenden ausschütten, die sich aus der inneren Lage der Unternehmungen nicht rechtfertigen lassen.

Daß sich der Inhalt des Dividendenproblems geändert hat, bedeutet aber nicht etwa, daß früher die Problemstellung falsch war. Nach wie vor muß betont werden, daß die Verödung der Börsenmärkte und das unaufhaltsame Sinken der Aktienkurse zu einem erheblichen Teil auf die frühere Vernachlässigung des Aktionärs zurückzuführen sind. Die große Masse der Kapitalanleger hat das Vertrauen zur deutschen Aktie verloren. Viel größere Massen von Aktien als früher sind, statt über das Land verstreut Eigentum vieler Kapitalisten zu sein, in Paketen gesammelt, als deren Inhaber Spekulanten oder Notkonsortien fungieren. Mit Bankgeld aus dem Inland oder

dem Ausland wurden diese Pakete finanziert. Eine wirkliche Interventionstätigkeit ist deshalb, selbst wenn kleine Verkäufe längere Zeit andauern, nicht mehr möglich.

Dies ist aber nur *eine* Auswirkung der früheren Dividendenpolitik. Es zeigt sich jetzt erst deutlich, wie verfehlt es war, anstatt normale Dividenden an die Aktionäre zu verteilen und damit bei der Notwendigkeit von Kapitalerhöhungen die Kritik des Marktes einzuschalten, die Gewinne zu thesaurieren, um Neuinvestitionen nach dem Gutdünken der Verwaltungen vornehmen zu können. Zum Teil aus der so erworbenen eigenen Kraft, zum Teil leider auch mit Auslandskrediten, die sich jetzt als fehlgeschaltet erweisen, ist jene deutsche *Rationalisierung* vorgenommen worden, die nach einer kurzen Periode der Investitionskonjunktur die Arbeitslosigkeit vermehrte und die deutschen Waren verteuerte, weil der rationierte Betrieb im Falle der Produktionseinschränkung der unrationellste ist.

Über diese Dinge kann man diskutieren, aber man kann sie nicht mehr ungeschehen machen. Der Ertrag einer großen Zahl deutscher Aktiengesellschaften ist heute so, daß das Dividendenniveau nicht aufrecht erhalten werden kann. Das dürfte sogar für jene Unternehmungen zutreffen, deren Politik darauf abgestellt war, die Nominaldividende ihrer Aktien durch eine weise Sparvorsicht zu stabilisieren. Ein Teil der soliden deutschen Aktienunternehmungen hatte vor dem Krieg eine solche Politik verfolgt. Es wurden Reserven gesammelt, um auch beim Rückgang der Konjunkturkurse aus diesen Reserven einen Teil als Dividende ausschütten zu können. Da man den Kampf mit den Aktionären in der Generalversammlung scheute, so wurden diese Reserven *versteckt*. Auch da, wo man die versteckten Beträge zum



Zweck der *Selbstfinanzierung* wesentlich erhöhte, blieb der Grundgedanke, einen Dividenden-Ausgleichsfonds zu schaffen, bestehen. Man muß befürchten, daß diese Ziele gegenwärtig nicht mehr erreicht werden können. Das Maß des Konjunkturrückgangs übersteigt alle bisherigen Vermutungen. Es kommt hinzu, daß der Rückgang der Effektkurse den Konzernbesitz an den Beteiligungen zu einem illusorischen Aktivum macht. In einer ganzen Reihe von Industrien kann außerdem der Konjunkturrückgang noch nicht als abgeschlossen gelten. Das gilt namentlich für den größten Teil der *kartellierten Industrien*. Der Preisabbau hat sich mit Ausnahme der Textilindustrie zum größten Teil auf Veränderungen der Handelsspannen beschränkt. In der Textilindustrie haben die starken Rohstoffrückgänge wohl vielfach auch eine Veränderung in der Kalkulation der verarbeitenden Industrie zur Folge gehabt. Das ist aber in dem größten Teil der anderen Branchen nicht der Fall gewesen. Ich spreche nicht nur von der Eisenindustrie, wo die Produzenten das Versprechen der Preisermäßigung bisher nicht eingelöst haben; überall, wo Kartelle bestehen, hat man sich bemüht, ein bestimmtes Preisniveau innezuhalten. Es ist allerdings ein offenes Geheimnis, daß die Preisgebote der Kartelle von den Mitgliedern vielfach unterboten werden, und es scheint deshalb nur eine Frage der Zeit, wann einmal auch offiziell ein gewaltsamer Zusammenbruch des Preisniveaus erfolgt. So wünschenswert das für eine Bereinigung der wirtschaftlichen Gesamtlage auch sein wird, es bedeutet zunächst für die betroffenen Unternehmungen eine neue *Schädigung*. Man kann natürlich mit Recht den Vorwurf erheben, daß die Industrie sich selbst geschadet hat, indem sie sich nicht in allen Teilen auf ein anderes Preisniveau umstellte. Aber da sie es nicht getan hat, so muß man den Verwaltungen der Aktiengesellschaften geradezu anraten, in diesem Jahr besonders vorsichtig und mit vielen Reserven zu finanzieren.

Ich bin kein Freund eines übertriebenen Pessimismus. Ich bin sogar der Ansicht, daß die gegenwärtige allgemeine Hoffnungslosigkeit zu der Hoffnung berechtigt, daß es in nicht allzuferner Zeit wieder aufwärts gehen wird. Man muß den alten Grundsatz der Börsianer beachten, daß man kaufen muß, wenn es nur Baissiers gibt und verkaufen soll, wenn alles die Bäume in den Himmel wachsen sieht. Aber das hindert nicht zu erkennen, daß das letzte Stadium der Bereinigung noch nicht vorüber ist; die Industriellen haben es vorgezogen, dem Hund den Schwanz stückweise abzuschneiden. Da bleibt eben noch etwas zu tun übrig: Es wird sich erst jetzt bei denjenigen Unternehmungen, die sich erheblich ans Ausland verschuldet haben, erweisen, wie stark diese Schulden drücken. Wo man Obligationen ausgegeben hat, die eventuell in Aktien umgetauscht werden können, ist es gerade bei der jetzigen Sachlage zweifelhaft, ob nicht die hohe Rendite der Obligationen bei den niedrigen internationalen Kursen der Rentenwerte mehr reizt, den Obligationenbesitz aufrecht zu erhalten, als Aktien zu beziehen. Andererseits könnten gerade die

niedrigen Aktienkurse die alten Obligationenbesitzer wiederum bewegen, um der künftigen Kurschance der Aktien willen Aktien zu beziehen. Den Aktiengesellschaften selbst wäre es wahrscheinlich jetzt angenehmer, ein größeres Aktienkapital und eine geringere Obligationenschuld zu haben. Immerhin ist das eine Zukunftsfrage. Im Prinzip ist für die Höhe des Dividendenertrages gerade bei den gegenwärtigen Verdienstmöglichkeiten auch das vergrößerte Aktienkapital nicht günstig. Wenn es früher bei Industrieunternehmungen zu einem Teil üblich war, sich das Geld für die Ausschüttung der Dividende bei der Bankverbindung zu borgen, so ist es in diesem Jahr zweifelhaft, ob die Bankverbindung borgen kann und will. Für die *Banken* bedeutet die Dividende mehr als eine Vergütung an die Aktionäre. Es ist kein Zufall, daß die Banken in der Zeit der allgemeinen Dividendenzurückhaltung generell zu denjenigen Unternehmungen gehört haben, die sich als relativ freigebig gegenüber ihren Anteilbesitzern erwiesen; denn der Kurs einer Bankaktie gilt traditionell als Kreditmaßstab. Eine Bankaktie unter pari ist schlechthin unmöglich. Die Banken werden deshalb auch in diesem Jahr alle Anstrengungen machen, eine Dividende zu verteilen, die wenigstens dem gesunkenen Aktienkurs gerecht wird. Es braucht hier nicht auseinandergesetzt zu werden, daß gerade die Banken am leichtesten in der Lage sind, rein zahlenmäßig aus ihren Bilanzen eine Dividende herauszurechnen. Freilich hat man nie erfahren, wieweit die Methode der Nichtausweisung wesentlicher Gewinnanteile während der letzten Jahre dazu gedient hat, *Verluste* nicht erkennbar zu machen. Eine Reihe dieser Verluste kennt man oder man kann sie doch wenigstens ahnen; es handelt sich dabei um viele viele Millionen. Aus dieser Kenntnis allein kann man schon den Schluß ziehen, daß die Reservenstellungen der letzten Jahre zum Teil nicht übermäßig groß gewesen sind. Auf keinen Fall aber haben selbst die vorsichtigsten Bankdirektoren eine Situation vorausgesehen, wie die ist, in der sich die Banken jetzt befinden.

Die zuletzt veröffentlichten Zweimonatsbilanzen der Banken geben eher noch ein zu günstiges Bild von dem, was am Schluß des Jahres zu erwarten ist. Die Liquidität der Banken hat sich stark verschlechtert. Der Verminderung der Kreditoren müßte normalerweise — bei früheren Krisen war das der Fall — auch eine Verminderung der Debitoren gegenüberstehen. Daß es den Banken nicht möglich gewesen ist, ihr Aktivkreditgeschäft einzuschränken, kennzeichnet die Situation: Trotz der kritischen Geschäftslage beanspruchen noch immer zahlreiche Unternehmungen einen Kredit, der das Maß des normalen Geschäftsumfanges übersteigt. Vermutlich handelt es sich dabei zum erheblichsten Teil um die größere Bankkundschaft, also um eingefrorene Kredite, die vorläufig nicht ohne Schaden für die Bank und für die Unternehmungen zu realisieren sind. Wie lange die auf diese Weise entstandene Illiquidität dauert, hängt von der Dauer der schlechten Konjunktur ab. Eine wahrscheinlich erhebliche Zahl solcher Kredite wird



außerdem selbst bei besserer Geschäftslage nicht auf normalem Wege zurückgezahlt werden; man müßte sie durch Aktien oder Obligationen ersetzen.

Eine Steigerung weisen in den Bankbilanzen die *durch Effekten gedeckten Kredite* auf. Hier zeigt sich, daß die Banken in hohem Maße Effektenbestände der Kundschaft durchhalten müssen, um diese und sich vor Schaden zu bewahren. Das wäre vielleicht gar nicht so schlimm, wenn es sich dabei um eine große Anzahl von Kunden handelte, die relativ kleine Effektenmengen jetzt nicht mit Verlust verkaufen möchten. Wahrscheinlich aber kommt gerade in diesem Bilanzposten die Tatsache zum Ausdruck, daß ein großer Teil des deutschen Effektenmaterials in Konsortien gebunden ist, die von den Banken umfangreiche Kredite erhalten haben. Zum Teil mag es sich sogar um Interventionskonsortien handeln — man kann nicht wissen, in welchem Umfang es sich dabei sogar um Interventionsmaterial aus *Stützungskäufen für Bankaktien* handelt.

Vor kurzem ist eine Statistik über die deutsche *Auslandsverschuldung* veröffentlicht worden. Von der dort angegebenen erheblichen kurzfristigen Verschuldung Deutschlands ist eine beträchtliche Summe durch Vermittlung der deutschen Banken ins Land geflossen. Die Banken sind dem Ausland gegenüber *Garanten*. Nun wäre es unsinnig, sich den schlimmsten Fall vorzustellen, daß diese Auslandsgelder plötzlich in großer Menge den Banken abgezogen

würden. Abgesehen davon, daß vorläufig das Zinsgefälle noch immer stark zugunsten Deutschlands läuft, leugnet die praktische Erfahrung mit Recht das Eintreten der Umstände, die sich ein Theoretiker ausdenken kann. Aber die Banken selbst sind immer der Ansicht gewesen, daß ihre großen Auslandsverpflichtungen den Zwang zu besonderer Liquidität auferlegen; deshalb wird den Bankleitungen der gegenwärtige Zustand besonders unbequem.

Das Ausland kennt die deutsche Wirtschaftslage sehr genau. Es hat trotzdem bisher — und es liegt keine Veranlassung zu der Annahme vor, daß hier eine Veränderung eintreten könnte — der deutschen Bankwelt als Garant für ihre deutschen Ausleihungen ein ganz besonderes Vertrauen entgegengebracht. Jede Fassadenpolitik würde dieses Vertrauen eher zu erschüttern geeignet sein. Das Ausland erwartet nicht, daß unsere Banken große Gewinne ausweisen, wohl aber, daß der schwierigen Wirtschaftslage Rechnung getragen wird. Man wird es für selbstverständlich halten, daß die Banken in diesem Jahre soviel wie möglich *Rückstellungen* machen, um für alle Fälle gerüstet zu sein. Die Bankdividenden müssen deshalb in diesem Jahr geschmälert werden ohne Rücksicht darauf, welchen Eindruck das vielleicht hier und da im Inland macht. Mit einer künstlichen Dividendenpolitik könnten die Banken nicht einmal eine längere Börsenhausse hervorrufen, geschweige denn die Konjunktur ankurbeln.

## Die Expansion der International Telephone and Telegraph Co.

Von Dr. Bruno Kiesewetter

*Die International Telephone and Telegraph Co. hat einen weltumspannenden Nachrichtentrust aufgebaut, der Kabel-, Funk-, Radio-, Telefonbetriebsgesellschaften umfaßt und mit Fabrikationsstätten in fast allen Ländern der Erde vertreten ist. Die erstrebte Monopolstellung im internationalen Nachrichtenverkehr, die Lösung der Interessengemeinschaftsverträge mit der europäischen Schwachstromindustrie und ihr Eindringen in die deutsche Schwachstromproduktion haben schärfste Abwehr und eine Neuordnung der internationalen Vertragsverhältnisse herbeigeführt. In Verbindung mit der Wirtschaftskrise ist jedoch die finanzielle Lage der Gesellschaft durch die rasche Expansion ungünstig beeinflusst worden.*

Die Gründung der International Telephone and Telegraph Co. (ITT) fällt in eine Zeit, in der die amerikanische Regierung ihren ganzen Einfluß auf die Elektroindustrie der Vereinigten Staaten geltend machte, um das Eindringen des weltumspannenden englischen Marconi-Konzerns in das amerikanische Nachrichtenwesen zu verhindern. Sie forderte damals von der General Electric die Aufgabe der Verhandlungen, die Marconi mit ihr um den Erwerb der Alexanderson-Wechselstrommaschine führte, und verlangte die Gründung einer amerikanischen Gesellschaft für den Betrieb eines überseeischen drahtlosen Telegraphennetzes. Das Bestreben Amerikas, sich die während des Krieges errungene Stellung zu erhalten und seine Herrschaft auch auf diesem Gebiet durch

Ausschaltung jeden fremden Einflusses zu festigen, führte im Jahre 1919 zur Gründung der Radio Corporation of America (RCA). Der Zweck dieser neuen Gesellschaft war der Aufbau eines panamerikanischen funktelegraphischen Nachrichtennetzes mit Einschluß der transatlantischen und transpazifischen Verbindungen, die jedoch nur in Zusammenarbeit mit dem Marconi-Konzern herzustellen waren. Auf dem Gebiet des Telephons die Idee eines Nachrichten-Monopols zu verwirklichen, blieb der ITT vorbehalten, deren Name schon eine expansive Tendenz andeutet, die über den amerikanischen Kontinent hinausgreift. Bei der Lösung dieser Aufgabe besaß die ITT im Vergleich zu den anderen amerikanischen Nachrichtengesellschaften den wichtigen



Vorteil, außerhalb der Vereinigten Staaten durch keine Antitrustgesetze behindert zu sein, die eine zweckmäßige wirtschaftliche Entwicklung aus Furcht vor Monopolbildungen zu erschweren pflegen und eine Vereinheitlichung des Verkehrsnetzes, wie sie durch die technische Vervollkommnung des Nachrichtenwesens notwendig wird, behindern. Die ITT konnte von Anfang an alle Zweige der Nachrichtentechnik (Telephon, Telegraph, Funk und Radio) gleichzeitig betreiben; durch zweckmäßige Eingliederung dieser verschiedenen Betriebsarten in ihre Organisation vermochte sie günstige Grundlagen für ihre Rentabilitätsgestaltung zu schaffen. Wegen dieser Ungebundenheit der Betätigung erscheint die ITT als der eigentliche Wettbewerber auf dem internationalen Schwachstrommarkt.

Die ITT begann ihre Tätigkeit 1920/21 in Mittelamerika, wo sie die Porto Rico Telephone Co. und die Cuban Telephone Co. (Sprechstellenzahl 75 432) erwarb. Die lokalen Netze dieser beiden Gesellschaften wurden durch die Cuban American Telephone and Telegraph Co., welche die ITT von der American Telephone and Telegraph Co. (ATT) zur Hälfte erwarb, an das festländische Bellsystem der ATT angeschlossen. Ein Jahr später (1922) gründete sie zur Ausnutzung der in den Jahren 1919 bis 1921 stark entwickelten Möglichkeiten des Radios die Radio Corporation of Cuba und die Radio Corporation of Porto Rico; damit hatte sie diese Inseln in jeder Beziehung für den Nachrichtenverkehr mit den Vereinigten Staaten gewonnen. Die ITT hat sich besonders den einheitlichen Ausbau eines panamerikanischen Nachrichtendienstes zur Aufgabe gemacht. Schon in den ersten Jahren nach ihrer Gründung richtete sie aber über diesen engeren Aufgabenkreis hinaus ihren Blick auf Europa, wo sie die Konzession für den Ausbau des Telephonnetzes in Spanien und Spanisch-Marokko erhielt (1924). Zur technischen und finanziellen Unterstützung dieser spanischen Konzessionsgesellschaft, der Compañia Telefonica Nacional de España, gründete sie noch im gleichen Jahre die ITT (España). Damals schon bemühte sie sich als aussichtsreichste Bewerberin um die Reorganisation und Automatisierung des Pariser Telephonnetzes und erwarb im Jahre 1925 — da die französische Regierung eine Fabrikationsstätte in Frankreich zur Bedingung für die Erteilung dieses Auftrages machte — die Compagnie des Téléphones Thomson-Houston; Verkäuferin war die Compagnie Française pour l'Exploitation des Procédés Thomson-Houston, die zum Interessenkreis der amerikanischen General Electric Co. (GEC) gehörte. Damit wurde den Vorschriften der französischen Regierung Genüge getan, und gleichzeitig schuf sich die ITT eine eigene europäische Fabrikationsbasis. Das Fehlen einer solchen Basis hatte sich bei fortschreitender Expansion hindernd bemerkbar gemacht, da die Materialbelieferung der Telephon-Konzessionsgesellschaften für den Ausbau und die Erweiterung ihres Netzes aus eigenen oder fremden Fabriken sichergestellt werden mußte. Aus diesen Notwendigkeiten heraus kam ein Arrangement zwischen der ITT und

der ATT zustande, das die organische Verbundenheit der Interessen dieser zur Einflußsphäre des Bankhauses I. P. Morgan gehörigen Gesellschaften und das weitgesteckte Ziel der amerikanischen Nachrichtenverkehrs-Politik mit einem Schlage beleuchtet: die ITT kaufte 1925 von der ATT bzw. der Western Electric Co. die International Western Electric Co. unter Änderung ihres Namens in International Standard Electric Co.; sie sicherte gleichzeitig dieser Gesellschaft für die nächsten fünfzehn Jahre das alleinige Verkaufsrecht für Westernerzeugnisse im Ausland. Dadurch kam die ITT nicht nur in den Besitz von Fabrikationsstätten in (damals) zehn Ländern der Erde, sie drang auch in das europäische Vertragsnetz ein, das die International Standard mit den Schwachstromindustrien anderer Länder, besonders der Siemensgruppe, verband. Die damals (1925) vorhandenen Fabrikationstochtergesellschaften der International Standard Electric Co. waren folgende:

Bell Telephone Manufacturing Co. (Belgien)  
 China Electric Co. Ltd (China)  
 Compania Standard Electric Argentina (Argentinien)  
 Le Matériel Téléphonique (Frankreich)  
 Nippon Denki Kabushiki Kaisha (Japan)  
 Standard Elettrica Italiana (Italien)  
 Standard Electric AS (Norwegen)  
 Standard Telephones and Cables Ltd (England)  
 Standard Telephones and Cables Ltd (Australasia)  
 Télefonos Bell SA (Spanien).

In den Jahren 1926 und 1927 wurde ihr Kreis erweitert durch Erwerb der Vereinigte Telephon- und Telegraphenfabriks AG Czeija, Nissl & Co. in Wien und durch Gründung der Standard Villamossági Részvény Társaság, Budapest, in die die Telephonabteilung der (zum Interessenkreis der GEC gehörenden) Vereinigte Glühlampen- und Elektrizitäts-AG, Ujpest, eingebracht wurde. In Spanien trat an Stelle der liquidierenden Télefonos Bell SA die Standard Eléctrica SA. Der Kauf der International Standard Electric Co. durch die ITT änderte vorläufig nichts an den bestehenden Verhältnissen in Europa; die ITT trat vielmehr in den Vertrag mit der Siemens & Halske AG (sogenannter Western-Vertrag) ein und richtete bis 1929 ihr Hauptaugenmerk auf den südamerikanischen Telephonmarkt und den Ausbau des panamerikanischen Nachrichtennetzes.

Südamerika ist in besonderem Maße Interessengebiet des englischen Kapitals gewesen. In der Salpeterindustrie Chiles und dem chilenischen Handelsverkehr war England führend. In Brasilien lagen die großen Elektrizitätsinteressen zum Teil in belgischen Händen (Sofina). Die bedeutendste Telephongesellschaft des Landes, die Brazilian Telephone Co., war über die Brazilian Traction Light and Power Co. dem ehemaligen Loewenstein-Konzern angegliedert. Die Telephongesellschaften Argentinien, Uruguays, Boliviens und Chiles waren in englischem Besitz. Mit der zunehmenden wirtschaftlichen Durchdringung Südamerikas durch die Vereinigten Staaten (Elektrizitätswerke, Salpeter-, Kupferindustrie) entstand das Verlangen nach einer Beherrschung des südamerikanischen Nachrichtennetzes. Neben allgemein politischen Gründen (Monroedoctrin) sprach auch das



Bestreben mit, für die eigenen Fabriken ein möglichst großes Absatzfeld zu schaffen.

In *Mittelamerika* war es der ITT bereits im Jahre 1925 gelungen, die Mexican Telephone & Telegraph Co. zu erwerben, deren Netz Ende 1929 34 225 Sprechstellen umfaßte. In diesem Lande steht sie allerdings in Konkurrenz mit der schwedischen Telefon AB L. M. Ericsson, die in der Empresa de Telefonos Ericsson SA (Ende 1929; 40 719 Anschlüsse mit einem interurbanen Fernsprechnetz von 4000 km) eine ziemlich bedeutende Telephonkonzession besitzt. Das beleuchtet in eigenartiger Weise die besonderen Verhältnisse Mexikos, das der „friedlichen Durchdringung“ des Landes durch die Vereinigten Staaten (Petroleumindustrie) stets einen bemerkenswerten Widerstand entgegengesetzt hat. In Südamerika gingen in einem Jahre (1927) bedeutende Telephonkonzessionsträger an die ITT über, und zwar

in *Uruguay*: die Montevideo Telephone Co. Ltd und die Sociedad Cooperativa Telefonica Nacional (für den Fernverkehr),

in *Chile*: die Chili Telephone Co. Ltd,

in *Brasilien*: die Companhia Telefonica Rio Grandense (im Staate Rio Grande do Sul),

in *Argentinien*: die Compañia Telefónica Argentina (Telephonkonzession in der Stadt Buenos Aires), der im Jahre 1929 der Erwerb der United River Plate Telephone Co. Ltd, der größten argentinischen Telephongesellschaft, mit einer Zahl von etwa 216 000 Teilnehmern folgte.

Von den Konkurrenzgruppen sind die Strowger-Interessen durch die Siemens & Halske AG in der Cia. International de Telefonos mit Konzession in Paraguay und einigen Provinzen Argentinien und durch die Verbindung Automatic Electric Co.—Siemens-Brothers—Siemens & Halske in Columbien (Bogota Telephone Co.) vertreten. Auch Ericsson besitzt in Argentinien nördlich von Buenos Aires eine größere Telephonkonzession, die unter einheitlicher Leitung folgende drei Gesellschaften umfaßt: Compañia Argentina de Telefonos, Compania Entrepriana de Telefonos, Sociedad Telefonica de Santa Fé.

Der Erwerb der obengenannten Nachrichtengesellschaften durch die ITT wurde von langer Hand teils durch Verhandlungen, teils durch freihändigen Kauf der Majorität vorbereitet. Das zeitliche Zusammentreffen aller Transaktionen in einem Jahr beweist die Planmäßigkeit, mit der die ITT arbeitete. Da als eine der Hauptaufgaben die Angliederung des südamerikanischen Nachrichtennetzes an dasjenige der ATT galt, ergab sich die Notwendigkeit, diese Einzelnetze sämtlich untereinander und mit den Vereinigten Staaten zu verbinden. Dieses Ziel wurde — ebenfalls im Jahre 1927 — durch den Kauf der All America Cables Inc. erreicht, die von New York aus mehrere Kabel über die Westindischen Inseln an der Westküste Südamerikas entlang, bei Valparaiso die Anden und den Kontinent überquerend bis Montevideo besitzt und durch Ausläufer an der Ostküste aufwärtsgehend bis Rio de Janeiro den Kabelverkehr beherrscht. Die All America Cables stellt die Hauptverbindungsader im panamerikanischen Nachrichtennetz der ITT dar. Sie erweiterte

1929 ihre Interessen im Westindischen Inselgebiet durch Übernahme des Kabels New York—Cap Haitien von der United States and Hayti Telegraph and Cable Co. Außerdem übernahm sie den Betrieb der Kabel des französischen Antillen-Systems, die Kuba, Haiti, San Domingo, Porto Rico, St. Thomas, Curaçao und Venezuela verbinden; dieser Betrieb war von der Cie. Française des Câbles Télégraphiques für zwölf Jahre gepachtet worden. Unter der Herrschaft der ITT griff die All America Cables Inc., die bisher reine Kabelinteressen vertrat, auch auf andere Nachrichtenverkehrszweige über: Sie wurde Trägerin der Konzession für Radio-Telephonie und -Telegraphie in Peru und Columbien. Diese Entwicklung ist insofern interessant, als auf telephonischem Gebiet in Columbien die Siemens-Gruppe in der Bogota Telephone Co. die bedeutendste Telephongesellschaft des Landes besitzt, in Peru aber die Compañia Peruana de Telefonos Limitada 1930 in den Besitz der ITT übergang. In Columbien arbeiten also die beiden Konkurrenten nebeneinander. Die Bedeutung der Kabelverbindungen auf dem südamerikanischen Kontinent und ihr besonderer Wert für die Geschlossenheit der Nachrichtennetze geht übrigens auch aus einer Aktion der Siemens & Halske AG hervor, die sich zur Abrundung ihres Konzessionsgebiets ebenfalls südamerikanische Kabelinteressen angliederte, indem sie aus dem Besitz der Deutsch-Atlantischen Telegraphen-Gesellschaft die Anteile der Co. Telegrafico-Telefonica del Plata (rund 160 km Kabel) übernahm. Das war für sie um so wichtiger, als der andere Weg über die Radiotelephonie und -telegraphie bereits 1928 von der ITT außer in Peru und Columbien auch in den ABC-Staaten belegt war. Die ITT betreibt dort folgende Unternehmen:

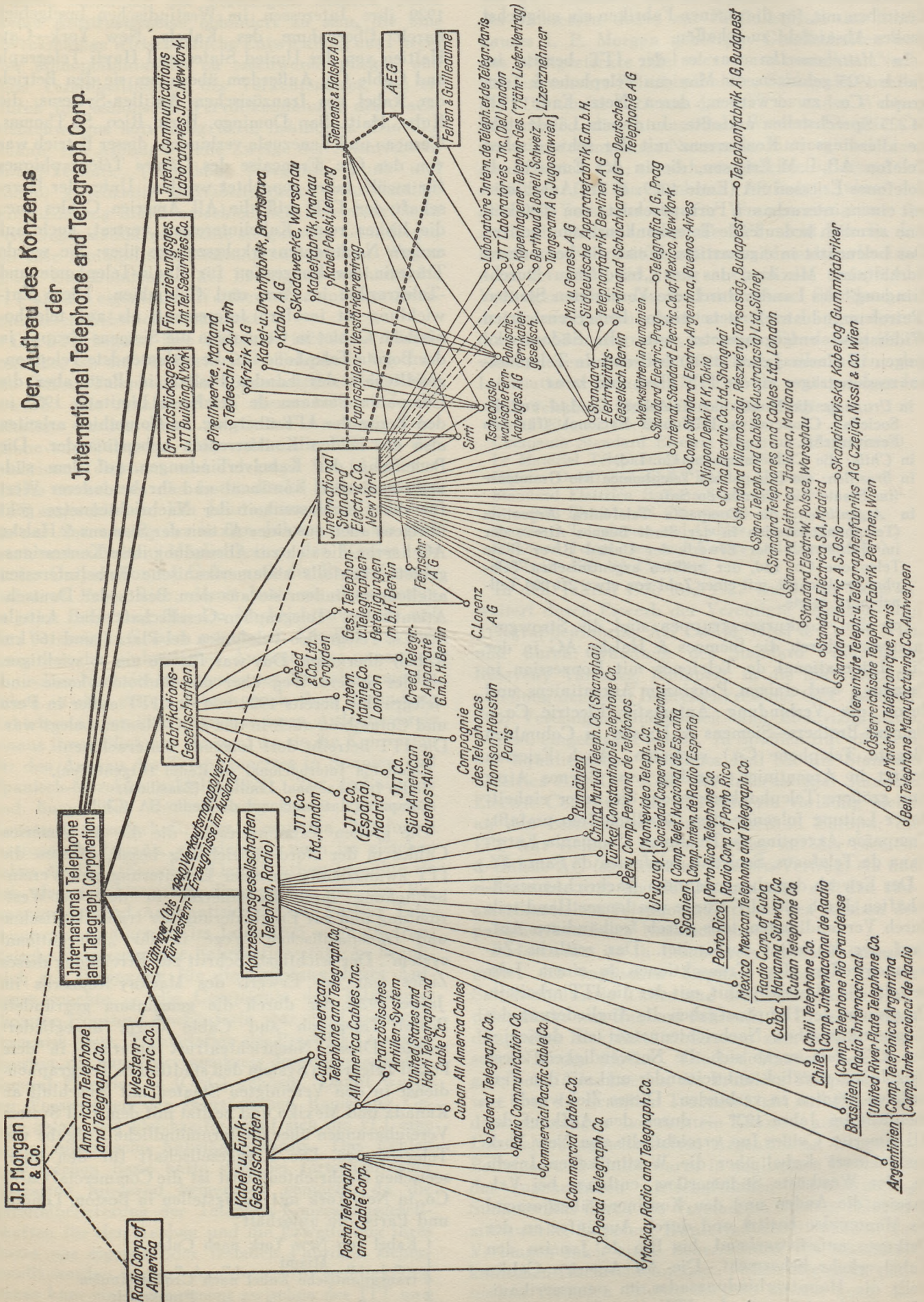
Compañia Internacional de Radio (Argentinien),  
Radio Internacional Limitada (Brasilien),  
Compañia Internacional de Radio SA (Chile).

Die großen Kabelinteressen, die die All America Cables in der Nord-Südrichtung besaß, führten die ITT zwangsläufig zu einer Erweiterung und Vereinheitlichung ihres Kabelnetzes in der Ost-Westrichtung und zur Eingliederung der transatlantischen und transpazifischen Wege in ihr „international system“. Der wichtigste Schritt zur Erreichung dieses Zieles war der Erwerb des Mackay-Konzerns im Jahre 1928, der durch die gemeinsam gegründete Postal Telegraph and Cable Corp. angegliedert wurde. Dieser Nachrichtentrust unterhält in dem Postal Telegraph System den städtischen Telegraphendienst in den Vereinigten Staaten mit Anschluß an Kanada und Mexiko und besitzt mit dem Bell System Vereinbarungen über die fernmündliche Aufgabe von Telegrammen. Die Kerngesellschaft für den überseeischen Nachrichtendienst ist die Commercial Cable Co. in New York mit Zweigstellen in Boston, London und Paris. Sie unterhält

1	Kabel von New York nach Cuba
1	„ „ Miami „ „
4	transatlantische Kabel nach Großbritannien
2	„ „ „ Frankreich
2	„ „ „ Azoren.



# Der Aufbau des Konzerns der International Telephone and Telegraph Corp.





Auf den Azoren ist der Anschluß an die Kabel der Deutsch-Atlantischen Telegraphen-Gesellschaft gegeben. Auf der transpazifischen Seite besitzt sie in ihrer Tochtergesellschaft, der Commercial Pacific Cable Co., das große Kabel S. Franzisko—Sandwichinseln — Midwayinseln — Guam — Philippinen — Shanghai mit Abzweigung von Guam nach den Bonin-Inseln, auf denen ein japanisches Staatskabel nach Tokio anschließt. Auf diese Weise beherrscht die ITT gegenwärtig ein überseeisches Kabelnetz von rund 65 000 Sm, d. h. 120 380 km oder ein Sechstel des Weltkabelnetzes; sie ist an die Kabel folgender Gesellschaften angeschlossen:

Canadian Pacific Railway Co. 's-Telegraph  
 Eastern Telegraph Gruppe  
 Great Northern Telegraph Co.  
 Deutsch-Atlantische Telegraphengesellschaft  
 Italian Cable Co.  
 Newfoundland Government Postal Telegraphs.

Durch die Entwicklung des überseeischen Radionachrichtenverkehrs waren die Mackay Gesellschaften schon frühzeitig in Verbindung mit der Radio Corporation of America (RCA) getreten, die z. B. die radiotelegraphische Weiterleitung der im Netz der Postal Telegraph Co. aufgegebenen Telegramme besorgte. Im Jahre 1927 erwarb Mackay den bedeutendsten Außenseiter der RCA, die Federal Telegraph Co. of California, die einen drahtlosen Nachrichtendienst im Stillen Ozean betreibt und gleichzeitig Fabrikationsgesellschaft für Funkausrüstungen ist. In Gemeinschaft mit der Federal Telegraph Co. hatte die RCA früher versucht, im Nachrichtendienst Chinas Fuß zu fassen, war aber auf die Gegnerschaft Englands und Japans gestoßen. Die Entstehung eines zweiten großen Funkkonzerns in der Mackay-Organisation führte bald zu einem Zusammengehen mit der RCA, der größten Funkbetriebsgesellschaft der Vereinigten Staaten, in der gemeinsam gegründeten Mackay Radio & Telegraph Co., die von Mackay den transpazifischen Dienst (Philippinen, Havaii) übernahm und von der RCA an ihren Rechten in Übersee und Europa beteiligt wurde. Der Mackay-Sender in Sayville verkehrt mit Schiffen im Atlantischen Ozean und den Großfunkstellen der ITT in Europa und Amerika, während die RCA Verträge mit der ATT über die Weiterleitung von drahtlosen Telefongesprächen nach Europa besitzt. Die Mackay Radio and Telegraph Co. ist als Verbindungsgesellschaft der beiden Konzerne geeignet, ebenso zur Trägerin eines zukünftigen internationalen Radionachrichtenverkehrs zu werden, wie die ITT es für die Internationalisierung des Telefons bereits heute ist, vorausgesetzt, daß es nicht zu der erstrebten Vereinheitlichung des gesamten Nachrichtenwesens kommt.

Der Kauf des Mackay Konzerns durch die ITT war für die Entwicklung der amerikanischen Nachrichtenverkehrspolitik von entscheidender Bedeutung. Er vereinigte die beiden Nachrichtenbetriebsarten Kabel und Funk in einer Hand und vermittelte außerdem noch weitere Beziehungen zu den anderen Gesellschaften. Als von der Konkurrenzgruppe, der RCA, die Eröffnung eines eigenen funktelegraphischen

Dienstes innerhalb der Vereinigten Staaten beabsichtigt wurde, der die Unterlegenheit des Kabels gegenüber dem Funk betonen und die Rentabilität der Draht-Telegraphie beeinträchtigen konnte, kam es zu einer Annäherung der Western Union Telegraph Co., der größten amerikanischen Kabelgesellschaft, an die RCA in Form von Vereinbarungen, da eine Fusion der Gesellschaften durch die Antritrustgesetze verhindert wurde. Die ITT hatte die Zweckmäßigkeit des gemeinsamen Betriebes aller Nachrichtenmittel erwiesen. Dieses Problem, das technisch und wirtschaftlich gelöst ist, begegnet gegenwärtig nur noch politischen Schwierigkeiten in der entgegenstehenden Gesetzgebung. Man erstrebt die Zentralisierung des gesamten internationalen Nachrichtenverkehrs der Vereinigten Staaten bei der ITT, so daß diese Gesellschaft auch die Western Union Telegraph Co. mit einem Kabelnetz von 55 900 km (nicht ganz die Hälfte des ITT-Netzes) und dazu den ganzen Funkdienst der anderen Gesellschaften übernimmt, soweit er dem reinen Nachrichtenverkehr dient. Diese Vereinheitlichung wird von allen führenden Männern der Nachrichtentechnik für eine nationale Frage erster Ordnung gehalten, da sie angesichts der Konzentration des englischen Nachrichtendienstes in der Cable and Wireless Co. Ltd für die Zukunft eine Abhängigkeit von England befürchten. Die Diskussion darüber ist noch nicht abgeschlossen.

Inzwischen waren die Verhältnisse in Europa zu einer gewissen Entscheidung herangereift: der „Westernvertrag“, der die Interessengebiete zwischen der Siemens & Halske AG und der International Standard (früher Western) Electric Co. aufteilte und bei seiner Erneuerung im Jahre 1921 auch die Automatic Electric Co. umfaßte, wurde für gebrochen erklärt. Damit waren sämtliche Bindungen gelöst, die der gegenseitigen Konkurrenz Zügel anlegten. Die Gründe für diese Entwicklung sind wohl darin zu suchen, daß die ITT den Vertrag für ihre Expansionsbestrebungen hinderlich empfand und durch ihr selbständiges Vorgehen in einzelnen europäischen Ländern neben der International Standard Electric Co. als formellem Vertragspartner in Widerspruch zu einzelnen Vertragsbestimmungen geriet. Die Kündigung des Vertrages war eine Kampfansage der ITT an die europäische Schwachstromindustrie und speziell die Siemensgruppe. Siemens & Halske hatten noch in demselben Jahre (1928) mit Siemens Brothers & Co. Ltd, mit der ein Aktienaustausch erfolgte, und unter Einbeziehung der Automatic Electric Co. einen umfassenden Gemeinschaftsvertrag geschlossen, der als Gegenaktion eine Einheitsfront der Strowger-Interessen gegen die Rotary-Interessen schuf. Dieser Schritt war um so wichtiger, als mit der Lösung des Westernvertrages die International Standard Electric Co. die ihr bisher untersagte fabrikatorische Betätigung in Deutschland aufnahm. Zu diesem Zweck erwarb sie im vorigen Jahre die Majorität der Ferdinand Schuchardt AG und gliederte sich in schneller Folge im ersten Halbjahr 1930 die Mix & Genest AG, Telephonfabrik Berliner AG und die Süddeutsche



Apparate-Fabrik GmbH (Nürnberg) an, die sie in ihre deutsche Tochtergesellschaft, die Standard Elektrizitäts-Gesellschaft (SEG), einbrachte. Die Mehrheit der C. Lorenz AG, die im Zusammenhang mit den Patentstreitigkeiten Philips-Telefunken ebenfalls in ihren Besitz übergang, wurde bis zu einer endgültigen Konsolidierung der deutschen Fabrikationsinteressen an die neugegründete Gesellschaft für Telephon- und Telegraphenbeteiligungen mbH gegeben, da das Tätigkeitsfeld der C. Lorenz AG über das ursprünglich für die SEG allein vorgesehene Telephongebiet weit hinausging und wegen vertraglicher Bindungen des einen Gründers (AEG) von ihr nicht ohne weiteres übernommen werden konnte. In der Fernschreiber AG, die von Siemens & Halske und Lorenz gemeinsam gegründet wurde, sind Berührungspunkte zwischen der ITT und Siemens & Halske gegeben. Durch die Konzentration dieser Schwachstromfirmen ist es der ITT gelungen, die den Gesellschaften gehörige Quote von etwa 50 % im „Postgeschäft“ zu erlangen und darin als einziger Partner der Siemens & Halske AG zu fungieren. Der Wert, den die Postquote in diesem Zusammenhange besaß, erklärt wohl auch z. T. die hohen Übernahmeurse, welche die ITT den Aktionären der Gesellschaften bot (bei Berliner 70 %, bei Lorenz 189 %). Außer den genannten Gesellschaften besitzt die ITT noch in Deutschland die Creed Telegraphenapparate GmbH, eine Tochtergesellschaft ihrer englischen Gründung, der Creed & Co. Ltd (Croydon).

In anderen europäischen Ländern erweiterte die ITT ebenfalls ihre Interessen. Sie erwarb die Constantinople Telephone Co. Ltd, schloß mit der Kopenhagener Telephongesellschaft einen siebenjährigen Liefervertrag und gliederte sich in Norwegen die Draht- und Kabelwerke Skandinaviska Kabel- og Gummifabriker an. In den verschiedensten Ländern Europas besitzt sie Fabriken oder Patent-Stützpunkte; sie ist in den Fernkabelgesellschaften Italiens, Polens und der Tschechoslowakei vertreten, die für den Ausbau ihres Nachrichtenwesens bereits im Jahre 1923 das Western(Standard)-System angenommen hatte. Besonders scharf wurde der Konkurrenzkampf um die Telephonkonzessionen in den südeuropäischen Ländern geführt. In *Italien* scheiterte ein großzügiges Angebot der ITT für die vierte Zone (Tirrena), das auf eine völlige Verdrängung von Siemens & Halske berechnet war, an dem Widerstand der italienischen Regierung. In *Griechenland* fiel die Entscheidung zugunsten von Siemens & Halske aus, die hier zum erstenmal in Gemeinschaft mit der Telefon AB L. M. Ericsson auftrat und auch diese noch außerhalb stehende Firma in die gemeinsame Front gegen Sosthenes Behn (Chairman der ITT) eingliederte. In *Rumänien* erhielt nach langwierigen Verhandlungen zuletzt doch die ITT die Konzession. Die letzte große Transaktion der ITT war der Kauf der Mutual Telephone Co. in *Shanghai*, die im internationalen und französischen Viertel Shanghais tätig ist.

Die gewaltige Entwicklung, welche die ITT in den acht Jahren ihres Bestehens genommen hat, wird

durch einige Angaben der Gesellschaft in ihrem Bericht für das Jahr 1929 illustriert. Danach stiegen von Ende 1921 bis Ende 1929 die Gesamtaktiven von 32 563 394 \$ auf 535 203 589 \$; die Belegschaft erhöhte sich in derselben Zeit von 1552 auf 94 939. Das beschäftigte Personal übersteigt also weit dasjenige der Western Electric Co. (84 848). Die Bedeutung der ITT liegt nicht in der Zahl der von ihr beherrschten Telephonanschlüsse, die nicht ganz 600 000 erreicht (Sprechstellen in den Vereinigten Staaten Ende 1929: etwa 20 Millionen), sondern in der Ausdehnung ihres Einflusses über die ganze Welt (das „international system“ ist mit 86 % der Weltanschlüsse verbunden), in der betriebstechnischen Verbindung aller Nachrichtenmittel und in der großen internationalen Organisation ihrer Fabrikationsinteressen. Das methodisch Neuartige an der ITT-Expansion war der im großen Stil durchgeführte Erwerb von Betriebsgesellschaften für Telephon, Radio, Funk. der neben einer Vergrößerung des Absatzmarktes für amerikanische Schwachstromerzeugnisse durch geschickte Einschaltung in das internationale Nachrichtennetz zugleich eine gewisse Kontrolle des Nachrichtenverkehrs gestattete, die unter der Bezeichnung „amerikanisches Nachrichtenmonopol“ in verschiedenen Ländern bereits auf stille Ablehnung gestoßen ist. Dazu kommt, daß neuerdings im Zusammenhang mit der Bewerbung um Telephonkonzessionen nach dem Vorbild der schwedischen Zündholzmonopole von finanziell schwachen Staaten oft Anleiheaufnahmen oder andere wirtschaftliche Vorteile erstrebt werden, die im größeren Ausmaß nur von einem kapitalkräftigen Konzessionär gewährt werden können. Man denke z. B. an die mit der Telephonkonzession verbundene Agraranleihe Rumäniens, bei der deutlich die Expansionstendenz des hinter der ITT stehenden amerikanischen Bankkapitals bemerkbar wurde. In dem board of directors der ITT sitzen zwei Vertreter des Hauses I. P. Morgan & Co. und Charles E. Mitchell, der chairman der mit Morgan verbundenen National City Bank of New York. Der Kapitalmangel der *deutschen Wirtschaft* hinderte die deutsche Schwachstromindustrie, die traditionsgemäß ihre Aufgabe lediglich in der Fabrikation und dem Verkauf von Schwachstromerzeugnissen sah, den gleichen Weg zu beschreiten, den auch die Ericsson-Gesellschaft bereits früher gegangen war. Erst jüngst ist sie im Wettbewerb um die Erlangung von Telephonkonzessionen (Griechenland, Rumänien) aktiver hervorgetreten.

Die gewaltige Expansion der ITT, die sich auf den kurzen Zeitraum von fünf Jahren zusammendrängt, ist nicht ohne Einfluß auf die *finanziellen Verhältnisse* der Gesellschaft geblieben, wie der Kurssturz ihrer Aktien von 149 \$ pro Stück (September 1929) auf 25 \$ (9. Oktober 1930) beweist. Die im Februar und März dieses Jahres schnell hintereinander erfolgende Bondemission und Kapitalerhöhung und das Sinken des Reingewinns trotz steigender Bruttoeinnahmen läßt die Schwierigkeiten erkennen, die durch spekulative Fehlinvestitionen in Südamerika und durch die Weltwirtschaftskrise



herbeigeführt wurden. Der Rückgang des Nachrichtenverkehrs zwang sogar zu einer Senkung der Kabeltarife. Man hat den Eindruck, daß die ITT mit dem Erwerb zahlreicher Konzessionen eine zu

weitgehende Kapitalfestlegung betrieben hat, die infolge des nur allmählich fortschreitenden Ausbaus der Verkehrsnetze für die ersten Jahre kaum eine ausreichende Rentabilität erwarten läßt.

## Glossen

### Keine Privatisierung der Golddiskontbank?

Durch die Notverordnung vom 1. Dezember ist das neue Golddiskontbankgesetz in Kraft gesetzt worden; damit wurde die Voraussetzung für die Durchführung des Abfindungsangebots an die Anteilseigner der Reichsbank geschaffen. Die Generalversammlung der Reichsbank hat dieses Angebot (*Gratisbezug* von 100 RM neuen Reichsbankanteilen und 10 £ Golddiskontbankaktien auf je 400 RM alte Anteile) schon im Februar 1950 genehmigt. Inzwischen hat sich aber die Börsenlage gründlich geändert. Dr. Schacht durfte damals damit rechnen, daß die Golddiskontbank-Aktie trotz einer Dividende von nur 5–6 % auf Grund ihrer hohen Reserven etwa zu pari bewertet werden würde. Inzwischen sind aber die Reichsbankanteile selbst von etwa 330 auf 230 % zurückgegangen; sie würden sich also, wenn man die Golddiskontbank-Aktien wirklich mit 100 % einführen wollte, nach Abgang des Gratisbezugsrechts und der Dividende nur noch auf etwa 125–150 % stellen. Auf die Dauer kann aber der Reichsbankanteil mit seinem viel besser gesicherten Ertrag und einer Standarddividende von 12 % schwerlich nur 25 % höher bewertet werden als die Aktie der „gemeinnützigen“ Golddiskontbank, deren Dividende nach den bisherigen Ankündigungen auch auf längere Sicht nicht wesentlich über 5–6 % hinausgehen wird. Wahrscheinlich würde eine so geringe Spanne zum börsenmäßigen Tausch von Golddiskontbank-Aktien gegen Reichsbankanteile Anlaß geben. Die Reichsbank müßte dann entweder den Golddiskontbank-Kurs unter Vermeidung von Interventionen *wesentlich unter pari* zurückgehen lassen (womit sie den Anteilseignern eine erhebliche Enttäuschung bereiten würde, da ihnen seinerzeit ein Kurs von mindestens 100 % in Aussicht gestellt worden war), oder sie müßte zu etwa 100 % den größten Teil der gerade ausgeschütteten Golddiskontbank-Aktien wieder aufnehmen. Um dem vorzubeugen, scheint die Reichsbank den Anteilseignern an Stelle der Golddiskontbank-Aktien wahlweise ein *Barangebot* machen zu wollen. Die Reichsregierung hat bereits zugestimmt, und streitig ist wohl nur noch, ob 105 oder 110 % geboten werden sollen. Da die meisten Anteilseigner von dem Barangebot Gebrauch machen dürften, wird die ursprünglich beabsichtigte *Teilprivatisierung der Golddiskontbank wahrscheinlich nicht durchgeführt*. Die Reichsbank wird vielmehr den größten Teil der 200 Mill. RM Aktien auch weiterhin in Händen haben. Erfreulich ist dieser Zustand keineswegs. Es war mit guten Gründen seit langem gefordert worden, daß sich die Reichsbank von diesem Tochterinstitut möglichst distanzieren solle. Zwar ist die äußere und personelle *Unabhängigkeit der Golddiskontbank* in ihrer neuen Funktion der Exportförderung nun gesetzlich festgelegt; aber es ist trotzdem ein Unterschied, ob die deutsche Währungsbank sozusagen alleiniger Aktionär eines Instituts bleibt, dem

im Gegensatz zu ihr fast jede bankgeschäftliche Betätigung erlaubt ist, oder ob sie sich dabei der Kontrolle unabhängiger Aktionäre ausgesetzt sieht. Die gegenwärtigen Leiter der Reichsbank und die vorgesehenen Direktoren der Golddiskontbank bieten freilich die Gewähr, daß die Geschäfte dieses Tochterinstituts auch weiterhin vorsichtig und nur in den vorgesehenen Grenzen geführt werden. Aber können *personelle Garantien* in diesem Fall genügen?

### Ergebnisse der Banken-Enquête

Der Enquête-Ausschuß veröffentlicht eine Untersuchung über den „Bankkredit“, die eine Ergänzung des früher erschienenen Bandes über die Reichsbank darstellt. Der Bericht gibt eine genaue *Beschreibung* der verschiedenen Bankarten und der Funktionen der Kreditmärkte, wobei die Verflechtung mit den ausländischen Geldmärkten besonders eingehend behandelt wird. An mehreren Stellen finden sich zudem wirtschaftspolitische *Empfehlungen* — meist in der im Enquête-Ausschuß üblichen vorsichtigen Form. Zu der wichtigen Frage der Kreditverteilung durch die Banken wird bemerkt, es sei „durchaus denkbar, daß durch *größere Planmäßigkeit und gegenseitige Fühlungnahme* manche Fehlinvestitionen vermieden werden könnten.“ Der Bericht glaubt nämlich feststellen zu können, daß sich die Kreditverteilung weniger planmäßig als *zwangsläufig* gestalte; sie hänge stark von dem Standort und der regionalen Ausbreitung der Banken (Filialnetze) sowie von traditionellen Umständen ab; auch Konkurrenz- und Prestige Gründe spielen bei der Kreditverteilung eine bedeutende Rolle. Der Spielraum für die Anwendung allgemeiner wirtschaftspolitischer Erwägungen sei dagegen in der Praxis außerordentlich eng. Es bestehe auf Grund des Zwanges, die bankwirtschaftlichen (und Rentabilitäts-) Gesichtspunkte in den Vordergrund zu rücken, im allgemeinen viel *weniger wirtschaftspolitische oder industriepolitische Führung* durch die Banken, als man gewöhnlich annehme. Im einzelnen bestätigt der Bericht, daß die *Kleinkredite* (bis zu 10 000 RM), die bei den Sparkassen eine entscheidende Rolle spielen, für das Geschäft der Filialgroßbanken ohne Bedeutung sind; Ende 1928 machten diese Kredite bei drei Großbanken der Zahl nach zwar 70 %, dem Betrag nach aber nur 4,2 % der Gesamtkredite aus. Auf Kredite über 100 000 RM entfielen dagegen bei den drei untersuchten Großbanken nicht weniger als 72 % der Gesamtkreditsumme. Andererseits sind die Großbanken bekanntlich seit einigen Jahren bemüht, die *Spareinlagen* auch der kleinen Leute heranzuziehen. Darin hatten sie jedoch nach den Stichproben, die der Ausschuß in Halle und Stuttgart vornahm, Ende 1928 noch kaum Erfolge zu verzeichnen. Das mag sich inzwischen etwas gebessert haben. Die vom Ausschuß vernommenen Sachverständigen haben *übereinstimmend* die Auffassung vertreten (offenbar



noch vor der neuerlichen Verschlechterung!), „daß sowohl die Barliquidität wie auch die Gesamtiliquidität der Kreditinstitute gegenüber der Vorkriegszeit stärker zurückgegangen sei, als es auf die Dauer erwünscht erscheinen könne“; eine Besserung lasse sich jedoch nur allmählich herbeiführen. Interessant sind auch die Ausführungen über die *Illiquidität der Börsenreports*. Bei den ersten Vernehmungen, die vor mehr als drei Jahren stattfanden, hatten die Sachverständigen übereinstimmend erklärt, daß gerade die mit der Restriktion von 1927 gemachten Erfahrungen die Liquidität dieser Anlage bewiesen hätten. „Inzwischen hat sich aber bei den Banken die Auffassung durchgesetzt, daß der Liquiditätsgrad der Reportgelder nicht nur unter dem Gesichtspunkt der reibungslosen technischen Abwicklung zu beurteilen sei. Sie gaben der Auffassung Ausdruck, daß die Reportgelder in gewisser Hinsicht eine verhältnismäßig illiquide Anlage seien, weil deren Zurückziehung oder Herabsetzung die Lage an der Börse leicht erschüttern könne und die betreffende Firma sich unter Umständen einer Erörterung ihrer Beweggründe aussetze. Die Banken könnten sich deshalb unter Umständen auch dann zur Aufrechterhaltung ihrer Ausleihungen in Reportgeldern veranlaßt sehen, wenn ihnen eine Herabsetzung der Ausleihungen erwünscht sei.“ Für die Technik von Kreditrestriktion sind diese Erkenntnisse von großer Bedeutung.

---

#### Einheitliche Aufwertung der Sparguthaben!

---

Die Frage, ob der Aufwertungssatz von Sparkassenguthaben *einheitlich* für ein größeres Gebiet festzulegen ist oder sich nach den *individuellen* Verhältnissen der einzelnen Sparkassen bestimmen soll, ist — kurz bevor man die endgültige Regelung der Sparkassenaufwertung durch die preußische Regierung erwartet — noch einmal aufgerollt worden. Der Oberbürgermeister von Wanne-Eickel hat in scharfer Form gegen einen generellen Aufwertungssatz Stellung genommen, da die ihm unterstehende Sparkasse dadurch stark benachteiligt würde: Sie muß mehrere Millionen an den Ausgleichsfond abführen, falls ein Einheitssatz für ganz Preußen festgelegt wird. Darin erblickt der Oberbürgermeister ein Unrecht gegenüber seinen Sparern. Dieser Standpunkt läßt sich jedoch schwerlich rechtfertigen. Niemals haben die Sparer ihr Geld bei einer bestimmten Sparkasse eingezahlt, weil sie gerade dieses Institut für besonders sicher hielten; ihre Absicht war lediglich, das Geld „zur Sparkasse“ zu bringen, und die Auswahl eines bestimmten Instituts ergab sich lediglich aus den Zufälligkeiten des Wohnorts. Auch die Ursache der Guthaben-Entwertung, die *Inflation*, war eine generelle Erscheinung, unter der nach der Logik die Sparer im ganzen Reiche gleichmäßig leiden sollten. Daß die für die Aufwertung verfügbaren Teilungsmassen bei den einzelnen Kassen starke *Unterschiede* aufweisen, hängt von Zufälligkeiten ab, die niemandes Verdienst und niemandes Schuld sind. Mit einem gewissen Recht wird man sogar sagen können, daß gerade die tüchtigen Sparkassenleiter, die in richtiger Erkenntnis der Geldentwertung eine Teil ihrer Hypothekenforderungen relativ frühzeitig gekündigt haben (um eine wertbeständige Anlage für diese Gelder zu suchen), verhältnismäßig schlecht abschneiden, weil ihnen der Vorzug der nachträglichen Hypothekenaufwertung

weniger zugute kommt als jenen Kassen, die ihre Hypothekenbriefe trotz der dauernden Inflation im Portefeuille behielten. Es ist bedauerlich genug, daß aus verwaltungstechnischen Gründen nicht ein einheitlicher Aufwertungssatz der Sparkassenguthaben für das ganze *Reich* festgesetzt wurde. Um so mehr muß gefordert werden, daß wenigstens innerhalb der einzelnen Länder keine Unterschiede in der Aufwertung gemacht, sondern daß die verfügbaren Gelder gleichmäßig verteilt werden (bekanntlich reichen sie im Durchschnitt zu einer weit höheren Aufwertung als den ursprünglich vorgesehenen 12½—15 % aus). In Preußen würde dieses System allerdings dazu führen, „daß Ostpreußen an Berlin zahlt“: Dank der hohen Hypothekenaufwertung sind nämlich u. a. die ostpreußischen Sparkassen in der Lage, auch ihrerseits hoch aufzuwerten; für sie würde sich also die Notwendigkeit einer Zahlung an den Ausgleichsfond ergeben. Nun kann man gewiß der Ansicht sein, daß *Ostpreußen* einer Subvention bedürfe. Dann sollte man aber die Subventionen offen zahlen. Unverständlich wäre es, wollte man auf vernünftige Lösungen schwieriger Probleme nur deshalb verzichten, weil zufällig Ostpreußen zu jenen Gebieten gehört, die unter dieser Lösung leiden können. Mit dem Plan, unter Rücksicht auf Ostpreußen einen einheitlichen Aufwertungssatz nicht für ganz Preußen, sondern für die einzelnen *Provinzen* festzusetzen, können wir uns keineswegs befreunden; wir vermögen nicht einzusehen, weshalb die Inflation die Bürger verschiedener Provinzen verschieden stark treffen, weshalb dem Sparer in Essen eine andere Aufwertung zuteil werden soll als seinem Nachbarn in Gelsenkirchen. Die Grenzen der preußischen Provinzen sind so sehr historisch bedingt und so wenig den wirtschaftlichen Grenzen angepaßt, daß eine Aufwertung nach Provinzen zu den merkwürdigsten Konsequenzen führen müßte. Eine *individuelle* Aufwertung der einzelnen Sparkassen aber wäre sinnlos und ungerecht.

---

#### Die Verwendung des Kommunalkredits

---

Das Statistische Reichsamt hat einige instruktive Übersichten über die Verwendung der von den Gemeinden aufgenommenen Kredite veröffentlicht („Wirtschaft und Statistik“ Nr. 23). Aus diesen Übersichten kann man natürlich nur erkennen, welche Anlagen von den Gemeinden aus Kreditmitteln bestritten wurden. Darüber, ob die Finanzwirtschaft der Gemeinden sparsam oder verschwenderisch geführt wird, vermögen sie nichts auszusagen; vor allem bleibt die Frage offen, in welchem Umfang etwa unwirtschaftliche oder vermeidbare Anlagen aus laufenden Etatsmitteln finanziert wurden. Am 31. März 1929 betrug die Summe der von den Gemeinden und Gemeindeverbänden seit der Währungsstabilisierung aufgenommenen Kredite insgesamt rund 6,5 Milliarden RM, von denen etwa 89 % aus dem Inland, 11 % aus dem Ausland stammten. Das Verhältnis läßt deutlich erkennen, wie wenig begründet die vom ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht vertretene Meinung war, man könne durch Kontrolle der Auslandskredite der Gemeinden einen wirksamen Einfluß auf ihre Finanzgebarung ausüben. Ebenso zeigt sich aber auch, daß die Verwendung des Kommunalkredits im allgemeinen keineswegs den Vorstellungen von einer ungeordneten verschwende-



rischen Investitionstätigkeit entspricht, die noch heute weit verbreitet sind. Es sind im wesentlichen (mit 87,2 %) die folgenden Bedürfnisse, die aus Anleihemitteln bestritten wurden:

	Mill. RM
Wohnungsbau . . . . .	1445,9
Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke . . . . .	966,2
Straßen- und Wasserstraßenbau . . . . .	965,6
Verkehrsunternehmungen . . . . .	511,7
Kassenkredite . . . . .	430,9
Bildungswesen (zu über 90 % Schulbauten) . . . . .	305,8
Heilanstalten . . . . .	237,7
Kanalisation . . . . .	192,2
Erwerb von Grundvermögen . . . . .	638,2
<b>Insgesamt . . . . .</b>	<b>5694,2</b>

Der Rest von 850 Mill. RM verteilt sich auf eine große Anzahl kleinerer Zweige kommunaler Betätigung; rund 40 % dieses Betrages entfallen noch auf kommunale Unternehmungen, die nicht den Versorgungsbetrieben zuzuzählen sind. Der Kreis von Betrieben, der hier für die sogenannte „kalte Sozialisierung“ in Frage kommt, hat in den fast 5½ Jahren seit der Währungsstabilisierung, die am Erhebungsstichtag verflossen waren, im ganzen 180 Mill. RM, also noch nicht 3 % der gesamten Schuldenaufnahme, absorbiert. Was für die vielzitierten Sportplätze, Grünanlagen und den übrigen kommunalen Luxus, den Dr. Schacht verdammt, übrig bleibt, ist eine Summe, die erheblich unter dem letztgenannten Betrage liegen dürfte, eine Summe, die je Steuerpflichtigen und Jahr weniger als 1 RM beträgt. Die Arbeit des Statistischen Reichsamts hat hoffentlich der Legende von der verschwenderischen kommunalen Anleihewirtschaft für immer ein Ende bereitet.

**Fast 40 Milliarden  
Investitionen in fünf Jahren**

In dem letzten Vierteljahrsheft zur Konjunkturforschung (5. Jahrg., Heft 3, Teil A) wurden

die ersten Gesamtergebnisse einer Untersuchung des Instituts für Konjunkturforschung über die Investitionen der letzten Jahre veröffentlicht. Danach hat die deutsche Wirtschaft von 1924 bis 1928 insgesamt 39,5 Milliarden RM investiert. 26,8 Milliarden entfallen davon auf *Neuanlagen*, die hauptsächlich in den Jahren 1927 und 1928 erstellt wurden, und 12,7 Milliarden auf eine *Vermehrung der Vorräte*, die zum größten Teil in den Jahren 1924 und 1925 erfolgt ist, während sie in den späteren Jahren starken Schwankungen unterlag. Eine genaue Würdigung der von dem Institut ermittelten Zahlen ist erst möglich, wenn die angekündigte Sonderpublikation erschienen ist, in der die Quellen, die Schätzungsmethoden, der Übertragungsschlüssel usw. mitgeteilt werden sollen. Sehr auffällig ist die *Verteilung der Investitionen für Neuanlagen* auf die einzelnen Wirtschaftsgruppen. Von den 26,8 Milliarden RM entfallen 5,6 auf die öffentliche Verwaltung, 5,4 auf die Wohnungswirtschaft, 4,4 auf den Verkehr, nur 3,7 auf die Industrie und 2,6 Milliarden auf die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung; Investitionen in der Land- und Forstwirtschaft, in Gartenbau und Molkereiwirtschaft werden mit 2,4 Milliarden angenommen, also mit einem Betrag, der im Vergleich zu dem Anwachsen der Agrarverschuldung bis zu diesem Zeitpunkt winzig ist und das Ausmaß der *Kapitalfehlleitung* in der Landwirtschaft offenbart. Nach welchen Methoden das Institut die *industriellen Investitionen* ermittelt hat, ist einstweilen nicht bekannt. Es scheint, fast ausgeschlossen, daß diese Investitionen lediglich 3,7 Milliarden betragen haben. Diese niedrige Schät-

zung ist wahrscheinlich damit zu erklären, daß die Industrie einen Teil ihrer Neuanlagen als *Abschreibungen* bezeichnet hat, sofern sie überhaupt in der Unkostenrechnung zu Tage treten. Damit stimmt es überein, daß bei den vom Konjunkturinstitut ebenfalls ermittelten *Ersatzanlagen*, die sich bei den erfaßten Gruppen auf 26,2 Milliarden belaufen, der Anteil der Industrie mit 7,6 Milliarden weitaus an der Spitze steht. Die Ergebnisse der Investition und Ersatzanlage-Tätigkeit für 1929 liegen noch nicht vor. Das Institut nimmt aber an, daß die industriellen Neuanlagen bereits 1929 und erst recht 1930 erheblich zurückgegangen sind, daß in verschiedenen Industriegruppen nicht einmal mehr Ersatzinvestitionen in voller Höhe der Abschreibungen gemacht wurden. Beim *Handel* habe sich 1929 und 1930 eine Tendenz des *Lagerabbaus* feststellen lassen, an der sich nach Ansicht des Instituts auch für die nächste Zeit ebensowenig etwas ändern wird wie an der geringen Investitionstätigkeit der *Landwirtschaft*. In der öffentlichen *Verwaltung* ist 1930 erstmalig eine erhebliche Einschränkung der Anlagetätigkeit durchgeführt worden, und für 1931 wird auf Grund der Voranschläge mit einer weiteren Schrumpfung gerechnet. Dasselbe gilt für die öffentliche Versorgungswirtschaft, wo eine Reihe großer Bauvorhaben, insbesondere von Wasserkraftwerken, zum Abschluß gekommen ist und sich wahrscheinlich auch die Erweiterung der Überlandnetze verlangsamten wird. Ebenso ist mit einer starken Drosselung der *Verkehrsinvestitionen* zu rechnen. Wegen der Kürzung der Wohnungsbaukredite erwartet das Institut ferner eine verstärkte Schrumpfung der *Wohnungsbautätigkeit*. In der nächsten Zeit kann also keinesfalls mit einer Belebung der Investitionstätigkeit gerechnet werden. Erst später wird nach Ansicht des Instituts eine „Aufstauung“ des Bedarfs an Ersatzinvestitionen und Neuanlagen eintreten. Dieser Gedankengang übersieht allerdings, daß die Investitionstätigkeit in hohem Grade von der Bewegung des Zinsfußes bestimmt wird; nur im Falle einer Ermäßigung des Zinsfußes kann eine umfassendere Wiederbelebung der Investitionstätigkeit erwartet werden.

Uns wird geschrieben:  
 Eine „neue“ Theorie der Preisbewegung  
 „Das Berliner Institut für Konjunkturforschung hat die besondere Stellung, die es unter den verschiedenen privaten und halbamtlichen Konjunkturbeobachtungsstätten der Welt von jeher einnimmt, in den beiden letzten Jahren sehr zu befestigen gewußt. In dem Maße, in dem es deutlich wurde, daß die der Vorkriegszeit entstammenden Methoden des Harvard-Instituts, des Pioniers auf dem Gebiet systematischer statistischer Konjunkturbeobachtungen, den Nachkriegsverhältnissen nicht angemessen waren, stieg das Ansehen des Berliner Instituts, das eigene Wege wandelte und durch seine enge Verbindung mit dem Statistischen Reichsamts in der Lage war, auf zahllosen Gebieten, die der nationalökonomischen quantitativen Erforschung bisher verschlossen waren, die *statistischen Unterlagen* für eine wissenschaftliche Beurteilung der Konjunktursituation zu liefern. Große Fortschritte hat auch die *literarische Zusammenfassung* dieses umfangreichen Materials in den beiden letzten, besonders gelungenen Vierteljahrsheften für Konjunkturforschung gemacht. Dies heißt nicht, daß man



mit allen Sätzen, insbesondere mit allen theoretischen Schlußfolgerungen des Instituts einverstanden sein muß, aber auch hier läßt sich beobachten, wie die ursprüngliche Neigung des Instituts zu vorschnellem Theoretisieren und, wenn auch stets anregenden, so doch nicht genügend durchgearbeiteten Gedanken einer soliden Arbeit Platz gemacht hat. Und nur gelegentlich finden sich Rückfälle in die frühere theoretische Arbeitsweise, Rückfälle, die wohl nur dadurch zu erklären sind, daß einzelne Mitglieder des Instituts mit der einschlägigen wissenschaftlichen Literatur nicht vertraut sind, und daß es dem Institutsleiter unmöglich ist, die gesamte, ungeheuer angewachsene Arbeit in allen Einzelheiten zu kontrollieren. Einen solchen Rückfall stellt die neueste Theorie über den Zusammenhang von Goldpreisen und Konjunktur im Wochenbericht vom 3. Dezember dar. Das Institut kommt zu dem Ergebnis, daß sich die übliche Ursachenverknüpfung zwischen Gold und Preis nicht mehr aufrechterhalten lasse, weil erstens die Kreditmenge der Weltwirtschaft von der Goldversorgung nur wenig beeinflusst werde, und weil zweitens die Goldgewinnung in dem Sinne von den Preisen abhängig sei, daß sie nach den neuesten Beobachtungen bei sinkenden Weltmarktpreisen eine Steigerungstendenz aufwiese, die sich aus der mit dieser Preissenkung verbundenen Minderung der Produktionskosten des Goldbergbaus erkläre. Beide Feststellungen sind sowohl nach der empirischen wie nach der theoretischen Richtung der Wissenschaft längst, zum Teil seit mehr als einem Jahrhundert bekannt; nur hat sie vermieden, daraus die falschen Konsequenzen zu ziehen, zu denen das Berliner Konjunkturinstitut jetzt zu neigen scheint. Niemals ist behauptet worden, daß das Kreditvolumen der Welt *allein* von seiner Goldbasis abhängig sei und in strenger Gesetzmäßigkeit mit ihr variere. Man hat nur darauf hingewiesen, daß, so elastisch dieses Kreditgebäude bei einer Betrachtung auf kurze Sicht erscheinen möge, es doch in seinem Gesamtumfang jeweils in einer bestimmten Proportion durch die Goldbasis *begrenzt* sei und daß folglich das Preisniveau direkt vom Kreditvolumen, *indirekt* aber bis zu einem gewissen Grade auch von der Goldbasis abhängig sei. Bekanntlich hat auch Cassel gezeigt — wie derselbe Wochenbericht ohne Einwände berichtet! —, daß, echt quantitativtheoretisch, für die Periode von 1850 bis 1910 eine deutliche Übereinstimmung zwischen der *langen Welle* der Preisentwicklung und der Entwicklung der Goldproduktion — *ceteris paribus* — besteht. Noch älter als die Erkenntnis des Zusammenhangs zwischen Kreditvolumen, Goldmenge und Preisniveau dürfte aber die Feststellung sein, daß mit sinkendem Preisniveau und folglich sinkenden Kosten wiederum eine Tendenz zur *Steigerung* der Goldproduktion ausgelöst wird. Auf diese a priori einleuchtenden Zusammenhänge haben die Klassiker die sogenannte Grenzkostentheorie des Goldwertes aufgebaut; nur ist es ihnen mit Recht nicht eingefallen, daraus eine Widerlegung der Quantitätstheorie ableiten zu wollen: in Wirklichkeit sind beide Theorien durchaus vereinbar, weil es sich hier um ein System von *Wirkung und Gegenwirkung* handelt. Wie liegt denn der Zusammenhang? Steigende Goldproduktion z. B. löst eine Tendenz zur Preissteigerung aus, und die Preissteigerung hemmt wieder *ceteris paribus* die Goldproduktion selbst. Es wäre verfehlt, daraus den

Schluß zu ziehen, daß diese Rückwirkung steigender Preise auf die Goldproduktion das Preisniveau wieder auf *den alten Stand* bringen müsse; denn das hängt erstens von dem Verhältnis der vorhandenen Goldmenge zur jährlichen Goldproduktion ab und zweitens von der Struktur der *technischen* Kosten in der Goldproduktion, die, zum Unterschied von den Geldkosten, durch die geologische Situation, die Aufbereitungsverfahren usw. bestimmt werden. Ebenso besteht die Möglichkeit, daß eine Senkung der Warenpreise die Goldproduktion anstachelt; nur wäre aus dem angegebenen Grunde der Schluß irrig, daß selbst *ceteris paribus* das Preisniveau wieder auf den früheren Stand sinken müsse, ganz abgesehen davon, daß diese erhoffte Rückwirkung für die Frage des Zusammenhangs zwischen Goldproduktion und Konjunkturbewegung unerheblich ist, weil die Wiederbelebung der Goldproduktion erst eintritt, nachdem jahrelang eine Warenpreissenkung und Depression vorausgegangen ist. Außerdem ist es ganz unberechtigt, die übrigen den Umfang der Goldproduktion bestimmenden Faktoren als unveränderlich zu behandeln, wenn man empirische Situationen beurteilen, nicht theoretische Zusammenhänge analysieren will. Auch bei steigendem Preisniveau *kann* sich die Goldproduktion ausdehnen, wie die Jahre von 1890 bis 1914 gezeigt haben, wenn nämlich neue Goldfunde gemacht werden und aus diesen wie anderen Gründen die technischen Kosten zurückgehen; der gesamte Geldkostenaufwand *sinkt* dann, obwohl bei steigendem Preisniveau die *Einheit* der technischen Kosten einen größeren Geldaufwand erfordert als früher. Solche Veränderungen sind unter konjunkturpolitischem Gesichtswinkel von besonderer Wichtigkeit, weil sie ihren Einfluß auf die Golderzeugung im Gegensatz zur Preisbewegung schon ausüben können, *bevor* das Unglück, die gefürchtete allgemeine Warenpreissenkung, geschehen ist. Aus diesem Grunde legt der Bericht des Völkerbundes mit Recht der Möglichkeit der Senkung der technischen Kosten in den nächsten Jahren eine besondere Bedeutung bei. So dankenswert eine Vermittlung der einschlägigen statistischen Tatsachen und theoretischen Zusammenhänge über Goldproduktion und Preisentwicklung durch die Wochenberichte des Konjunkturinstituts ist, so wenig angebracht ist es, nach alledem vorschnell theoretische Gedanken revolutionärer Art zu publizieren, an denen das Neue nicht richtig und das Richtige nicht neu ist.“

---

#### Opposition gegen den Eisenbericht der Enquête

---

„Die Stellung der Wirtschaft zum Enquête-Ausschuß ist nicht leicht zu ergründen. Die Haltung der einzelnen Wirtschaftsgruppen war nicht einheitlich, positive und negative Tendenzen gingen vielfach durcheinander, und auch zeitlich hat sich die Einstellung der Wirtschaft verändert“ — mit diesen Worten kennzeichneten wir die Beziehungen zwischen der Wirtschaft und der Enquête (vgl. Nr. 40, S. 1853). Je länger die Untersuchungen dauerten, je mehr Anforderungen an die Mitarbeit der Wirtschaft gestellt wurden, je klarer sich die vernommenen Sachverständigen darüber wurden, daß ihre Aussagen im Laufe der Zeit veralten konnten, je weiter die allgemeine Wirtschaftsdepression fortschritt und zu einer gewissen Nervosität der Industrie führte, um so schwieriger gestaltete sich die Zusammenarbeit der



Wirtschaft mit dem Enquête-Ausschuß. Ein offener Konflikt war aber bisher von beiden Seiten mit Erfolg vermieden worden. Es blieb der *Eisenindustrie* vorbehalten, als erste ihre Unzufriedenheit mit den Enquête-Arbeiten zu einem kleinen öffentlichen Skandal zu steigern: Sie hat nichts Geringeres als die Zurückziehung des bereits vom Gesamtausschuß genehmigten und gedruckten Bandes über „Die deutsche eisenerzeugende Industrie“ verlangt, und als ihrem Wunsche nicht nachgegeben wurde, berief sie rasch eine Pressebesprechung ein, um ihren Standpunkt darzulegen. Die Gründe zu diesem ungewöhnlichen Verhalten hat Dr. Reichert, das geschäftsführende Hauptvorstandsmitglied des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, in langen schriftlichen und mündlichen Ausführungen dargelegt. Seine Äußerungen sind jedoch so stark polemisch, seine Art des Zitierens ist so mangelhaft — auch der kurze Zeitraum, der ihm zur Verfügung stand, kann das nicht entschuldigen —, daß man auf diese Erörterungen kaum einzugehen brauchte. Eigenartig ist nur der Streit um eine Tabelle auf S. 120 des Enquête-Berichts. Die Berechnungsmethode dieser (im Statistischen Reichsamt zusammengestellten) Tabelle ist bisher nicht bekannt. Unterstellen wir, daß wirklich in ihr „jede Zahl falsch“ ist, daß „die Fehler die Milliardenhöhe überschreiten“. Die Tabelle sollte darauf hinweisen, daß die Eisenindustrie einen Teil ihrer Neuanlagen mit kurzfristigen Krediten finanziert hat. Dr. Reichert erblickte hierin einen schweren Vorwurf, den Vorwurf einer unsoliden Finanzierungspraxis. Wir möchten nicht solche weitgehenden Folgerungen aus diesen Feststellungen der Enquête ziehen; daß man den Bau von Anlagen mit kurzfristigen Geldern finanziert und die Kredite erst nach Fertigstellung der Anlagen endgültig konsolidiert, ist eine Finanzierungsmethode, gegen die — wenn sie mit Maß angewendet wird — nicht viel zu sagen ist. Nun ging aber dieser Schluß aus der erwähnten Tabelle — einer Addition der Bilanzen großer Eisenwerke — gar nicht eindeutig hervor, und die Formulierung des Enquête-Ausschusses war entsprechend vorsichtig. Dr. Reichert, der die Fehler in der Tabelle fand, ließ sofort eine neue Berechnung anstellen, die er in einer Pressekonferenz vorlegte. Das, was die Tabelle des Statistischen Reichsamts *nicht* bewies, beweisen nun aber die Zahlen von Dr. Reichert mit großer Sicherheit: Entweder hat die Eisenindustrie einen Teil ihrer Anlagen mit kurzfristigen Krediten finanziert, oder sie hat in den letzten Jahren beträchtliche *Gewinne* in neuen Anlagen investiert. Von 1925/26 bis 1928/29 haben sich die Anlagen bei den achtzehn größten Eisenwerken um 358, die Beteiligungen und Effekten um 135 Mill. RM vermehrt. Zur Finanzierung dieses Zuwachses standen zur Verfügung: erstens das Eigenkapital, das jedoch um 28 Mill. RM abnahm; zweitens langfristige Verbindlichkeiten, die aber nur um 153 Mill. RM stiegen; drittens kurzfristige Verbindlichkeiten, die sich um 453 Mill. RM erhöhten. Wenn Dr. Reichert unter diesen Umständen behauptet, daß die Eisenindustrie keinen Pfennig kurzfristige Kredite investiert habe, so muß man annehmen, daß die nachweislich *investierten Gewinne*, die vierte Quelle der Anlagenfinanzierung, während der letzten vier Jahre bei achtzehn Werken der deutschen Eisenindustrie über 360 Millionen RM betragen: eine wichtige Erkenntnis.

---

#### Die Fehlinvestitionen der Eisenindustrie

---

Daß die Feststellungen des Enquête-Ausschusses in bezug auf die deutsche Eisen erzeugende Industrie dieser Industrie selbst nicht willkommen sind, ist verständlich. Denn sie bestätigen die Berechtigung der Kritik, die schon seit langem an der Eisenindustrie geübt wird. Die Trennung der Eisenindustrie des neuen Reichsgebiets vom Minettebezirk war der erste Anlaß zu *Fehlinvestitionen*, zu denen später die Monopolmacht der Kartelle weitere Gelegenheit gab. Der in den letzten Jahren forcierte Ausbau der Hochofenwerke entsprach zwar zum Teil wärmewirtschaftlichen Rücksichten; doch wurde damit „ein allgemeiner Entwicklungsvorgang der Vorkriegszeit, nämlich die Zuwanderung der Roheisenerzeugung zu den Fördergebieten der Eisenerze, in starkem Maße rückgängig gemacht und einer maßgeblichen Standortbedingung für Hochofenwerke nicht entsprochen“. Da „die Kosten des Möllers zu sehr großem Teil . . . dem Einflußbereich der deutschen Werke entzogen sind“, besteht dauernd die „Gefahr einer wenig wettbewerbsfähigen Versorgung mit Rohstoffen“. Die Größenordnung dieser Gefahr wird u. a. dadurch gekennzeichnet, daß etwa 60 % der Roheisenkosten (ausschl. der allgemeinen Unkosten) von den Möllerkosten (Einsatzkosten außer Koks) gebildet werden. Infolgedessen sind „die Teile der Gesamtkosten verhältnismäßig begrenzt, in denen die ausgleichenden Ersparnisse erfolgen müssen.“ Um so größere Bedeutung kommt der *Rationalisierung* zu. In Übereinstimmung mit dem hier mehrmals vertretenen Standpunkt stellt der Enquête-Ausschuß fest, daß die Fortschritte, die erzielt wurden, „nur einen verhältnismäßig geringfügigen Kapitalbedarf verursachten. Zu einem Teil bestand die technische Entwicklung in Verbesserungen der Betriebsorganisation, die Kapitalerfordernisse kaum verursachte“. Der Erfolg der Rationalisierung, so groß er im einzelnen auch war, wurde buchmäßig durch die Abschreibungspolitik fast auf Null herabgedrückt. Bei freiem Wettbewerb würde der Erlös eine Abschreibung der stillgelegten Werke nicht erlauben. „Sollen aber die Verzinsung und Tilgung des verlorenen Kapitals weiter durch die arbeitenden Werke mitgetragen werden“, so verlieren letztere entweder die eigene Lebensfähigkeit, oder „die gesamte Wirtschaft verliert, wenn auf sie diese Lasten mittels Handelspolitik nach innen und außen abgewälzt werden, ihre Widerstandsfähigkeit im internationalen Wettbewerb.“ Nicht die Rationalisierung, sondern die Ausweitung oder Neuerrichtung von Anlagen und damit die Ausweitung der Kapazität verursachte den umfangreichen Kapitalbedarf der Eisenindustrie. War auch im Ausland die Kapazitätssteigerung noch größer, so war das Ausland doch kostenmäßig (Erz) sehr im Vorteil. Da der Steigerung der Leistung allgemein die Entwicklung der heimischen Märkte nicht entsprach, verschärfte sich der Wettbewerb auf dem Weltmarkt. In Deutschland z. B. wurde im Jahre 1929 nahezu der gesamte Zuwachs an tatsächlicher Leistung seit 1925 exportiert. In Übereinstimmung mit den im MdW geführten Untersuchungen über die internationalen Eisenpreise (vgl. 4. Jahrg., 1928, Nr. 19, S. 725) wird festgestellt, daß die den Mindererlös im Exportgeschäft ausgleichenden deutschen Inlandspreise „in zahlreichen Fällen auch über dem englischen Preis für Walzwerkserzeugnisse lagen.“



Bei Berechnung der sich hieraus ergebenden zusätzlichen Belastung der Eiseninvestitionen der deutschen Wirtschaft gelangt der Enquête-Ausschuß zu einer u. E. zu niedrigen Summe; die deutschen Eisenverbraucher müssen nach dem Bericht im Jahr mindestens 150 Mill. RM zusätzlich aufbringen, während wir seinerzeit 1¼ Milliarde errechnet haben (5. Jahrg., 1929, Nr. 49, S. 1856). Das schlimme ist, daß die Eisenindustrie trotz dieser Verbrauchsbelastung selbst in günstigsten Konjunkturperioden „nicht mehr als die allgemeine übliche Instandhaltung der Anlagen und Verzinsung des Kapitals“ herausgewirtschaftet hat. Sie könnte also ohne ihr Inlandsmonopol und ohne die damit bewirkte inländische Preisverteuerung mit gleichem Gewinnergebnis wie jetzt nur einen Teil ihrer jetzigen Erzeugung absetzen. Der Ausschuß deutet an, daß der Gegenwert der Eisenübersteuerung teilweise den ausländischen Erzlieferanten zufließt, soweit er nicht innerhalb der Eisenindustrie und vor allem des Handels, der als notwendige Folge der Marktorganisation auf dem Eisenmarkt unwirtschaftlich arbeitet, aufgezehrt wird. Da nach Ansicht des Ausschusses die Möglichkeiten, die Kosten zu senken, „gemessen an den Bedürfnissen des Wettbewerbs begrenzt und zu einem großen Teil bereits ausgenutzt sind“, wäre eine wesentliche Senkung des deutschen Eisenpreisniveaus nur durch Einschränkung der Ausfuhr und damit der Gesamtbeschäftigung möglich, „wenn nicht die Nachfrage am Inlandsmarkt bei niedrigen Preisen einen Ausgleich für die bisher am Weltmarkt gefundene Beschäftigung bietet.“ Dieser Bericht der Enquête ist ein Warnungssignal für alle Wirtschaftspolitiker, die das Heil von einer monopolistischen Beherrschung der Märkte erwarten.

---

**Eisen- und Stahlwaren:  
eine vielseitige Industrie**

---

Die Verhältnisse der Eisen erzeugenden Industrie sind zwar von jeher umstritten und umkämpft, aber in ihren Grundzügen der Öffentlichkeit bekannt. Anders steht es mit der *Eisen- und Stahlwarenindustrie*, der früher sogenannten „Kleisenindustrie“. Hier handelt es sich um einen großen Komplex von Industriegruppen, über dessen Bedeutung im Rahmen der Eisen verarbeitenden Industrien Deutschlands, im Rahmen der Erzeugung Deutschlands und der Welt und im Rahmen des deutschen Exports bisher wohl nirgends volle Klarheit bestand. Eine neue Veröffentlichung des Enquête-Ausschusses, „Die Deutsche Eisen- und Stahlwarenindustrie“, versucht, dieses höchst vielgestaltige Gebilde als ein Ganzes aufzufassen und gleichzeitig die verschiedenartigen Probleme einzelnen Sparten zu erörtern. 450 000 Arbeiter sind in diesem Gewerbe tätig; der Produktionswert beträgt rund 2½ Milliarden RM, davon wird über 1 Milliarde — also mehr als ein Drittel — exportiert; innerhalb der Welterzeugung an Eisen- und Stahlwaren steht Deutschland hinter den Vereinigten Staaten an zweiter Stelle; im Welthandel nimmt es sogar die erste Stelle ein. Mit solchen Rekordzahlen stelle die Eisen- und Stahlwarenindustrie die größte Verfeinerungsindustrie Deutschlands dar. Dabei weist ihre Produktion eine Zersplitterung auf, wie sie in keinem anderen Industriezweig zu finden ist: Die Zahl ihrer Hauptprodukte beträgt 3500 (Geldschranke und Fingerhüte, Rosenkränze und Heizkörper, Eisenbahnoberbaumaterialien, Schreibfedern usw.), und jedes dieser Hauptprodukte umfaßt eine

Unzahl von Größen, Formen und Qualitäten. Die Industrie besteht aus 27 000 Betrieben, unter denen der Zahl nach die Kleinbetriebe mit weniger als fünf Beschäftigten, der Produktion nach aber die Großbetriebe mit über 50 Beschäftigten überwiegen. Obwohl es sich um eine verarbeitende Industrie handelt, die einer Kartellierung wenig zugänglich ist, bestehen 150 mehr oder minder festgefügte Preisverbände. Derart komplizierte Verhältnisse sind vortrefflich geeignet, die deutsche Statistik auf ihre Brauchbarkeit zu prüfen. Man gewinnt aus dem Enquêteband den Eindruck, daß sie das Examen besteht: Sowohl die Gewerbe- wie die Außenhandelsstatistik ermöglichen einen Einblick in dieses vielseitige Gebilde; nur die unglückselige Position 799f des Außenhandels-Verzeichnisses macht eine Ausnahme: Hier stehen Milchkannen neben Eisenbahngleisen, Stahlmagnete neben Lampen und Laternen, Sägezahnkratzen usw. neben „anderen bearbeiteten Eisenwaren“. Diese groteske Zusammensetzung der Position 799f ist u. W. kein Zufall. Die Einteilung stammt aus der Vorkriegszeit; sie wurde mit Absicht so undurchsichtig wie möglich gefaßt, um den Außenhandel in Kanonen zu verschleiern — Kanonenrohre und Geschosse werden nach dem alphabetischen Warenverzeichnis auch heute noch der statistischen Nummer 799f zugerechnet. Handelte es sich um eine kleine Position mit unbedeutenden Umsätzen, so könnte man über dieses merkwürdige Requisite der Vorkriegszeit hinweggehen. Tatsächlich umfaßte aber diese Position im Jahre 1928 über 17 % der Ausfuhr und 22,3 % der Einfuhr von Eisen- und Stahlwaren; es ist deshalb in der Tat „eine der dringendsten Forderungen auf statistisch-technischem Gebiet“, daß diese Position in geeigneter Weise aufgegliedert wird. — Im übrigen hält sich der Enquête-Ausschuß mit Empfehlungen zurück. Nur bei der Schilderung des Avi-Abkommens weist er mit Nachdruck darauf hin, daß zwar der Export von Eisenwaren durch Berechnung der niedrigen Weltmarktpreise für Eisen stark gefördert wird, daß aber die Schädigung des Inlandsabsatzes, die durch die hohen Eisenpreise im Inland entsteht, durch das Abkommen keineswegs beseitigt wird. Die Zölle auf Eisenwaren dienen mindestens ebensowehr der Eisen erzeugenden wie der Eisen verarbeitenden Industrie; denn erst sie ermöglichen einen nennenswerten Absatz von Eisen zu dem hohen Inlandspreis. Dabei muß jedoch beachtet werden, daß der Zollschutz für die Fabrikate der Eisen- und Stahlwarenindustrie etwa 15 % beträgt, während er für Rohmaterialien im Durchschnitt bei 17 % liegt. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die der Kleisenindustrie zugute kommen können, liegen fast ausschließlich auf dem Gebiet der Außenhandelspolitik. Abbau der Rohstoffzölle und Senkung der ausländischen Fabrikatzölle sind die wichtigsten Mittel zum Ausbau der Eisen- und Stahlwarenindustrie.

---

**Änderung der  
Kohlen-Zwangswirtschaft**

---

Anläßlich der letzten Preissenkungsbeschlüsse für Kohle hat der Große Ausschuß des Reichskohlenrats den Syndikaten freigestellt, „innerhalb der vor dem 1. Dezember 1930 gültigen ‚Reichsanzeiger-Preise‘ ihre ‚Reichsanzeiger-Preise‘ der Marktlage anzupassen. Sie dürfen zu diesem Zweck und innerhalb dieses Rahmens Preisänderungen nach oben und un-



ten vornehmen und hierbei auch Verschiebungen in den Sortenpreisen durchführen.“ Derartige Preisänderungen sollen in Zukunft nur noch der Genehmigung des Reichskohlenverbandes, also einer Erzeugerorganisation, bedürfen. Damit ist praktisch die *Höchstpreisvorschrift des Kohlenwirtschaftsgesetzes gefallen*. Vorbehaltlich des Vetos des Reichswirtschaftsministers besteht für die Kohlensyndikate die Möglichkeit, die Preissenkung vom 1. Dezember, die obendrein in ihrem Ausmaße unzureichend war, wieder rückgängig zu machen. Dieser Beschluß bedeutet die *Ausschaltung der Verbraucher* aus der Preisfestsetzung für Kohle. Mit der Wahrnehmung ihrer Interessen durch das Reichswirtschaftsministerium können sie kaum rechnen; für sie ist das Kohlenwirtschaftsgesetz uninteressant geworden. Damit wird aber dies Gesetz selbst in höchstem Maße problematisch; denn was von ihm übrigbleibt, ist ein einseitiger Schutz des Produzenteninteresses durch Vollmachten, die dem Reichswirtschaftsminister gesetzlich für die Durchführung der Zwangssyndizierung des Bergbaus erteilt sind und von denen er bisher noch stets in großzügiger Weise Gebrauch gemacht hat (zweimal ist der Zusammenbruch des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats nur durch seinen Eingriff verhindert worden). Mit dieser Preisgabe des Interessenausgleichs von Erzeugern und Verbrauchern hat das Kohlenwirtschaftsgesetz vollends seine Berechtigung verloren; deshalb sollte es schleunigst beseitigt werden. Mit ihm müßten freilich auch das *Einfuhrverbot* für Kohle, das gerade jetzt zu neuen handelspolitischen Verwicklungen mit der Tschechoslowakei zu führen scheint, und die *Zwangssyndizierung des Bergbaus* fallen. Denn Zwangswirtschaft zur Erhaltung *hoher Preise*: das ist jetzt der Inhalt des Kohlenwirtschaftsgesetzes. Er liegt keineswegs auf dem offiziell proklamierten Wege unserer Wirtschaftspolitik.

---

#### Die Verluste der VEW

---

Unsere Vermutung, daß die kommunalen und staatlichen Aktionäre der Rheinisch - Westfälische Elektrizitätswerke AG (RWE) die Fusion mit der Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen GmbH (VEW) nur mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis nehmen würden, hat sich bestätigt (vgl. Nr. 50, S. 2302). Gleichwohl hat schließlich der Aufsichtsrat einem Umtausch von 3 VEW- in 2 RWE-Aktien zugestimmt. Diese Transaktion beansprucht 40 Mill. RM RWE-Aktien. Daß das Kapital des RWE um 87 Mill. RM erhöht wird, hängt wohl damit zusammen, daß die Bankengruppe, die im Sommer die Finanzierung der VEW übernahm (vgl. Nr. 26, S. 1228), ihr Darlehen an die VEW in RWE-Aktien umzutauschen bereit ist. Offenbar bedeutet dieser Umtausch für die Banken praktisch die Übernahme eines nicht unerheblichen Anteils am Verlust der VEW, und die Reise Direktor Kehls von der Deutschen Bank nach Amerika hat wohl den Zweck, festzustellen, ob es möglich ist, die amerikanischen Partner des seinerzeit abgeschlossenen Kreditgeschäftes ebenfalls am Verlust zu beteiligen, oder ob sich die deutsche Bankengruppe allein mit ihm abfinden muß. Der Sanierungscharakter des Umtauschs tritt deutlich in Erscheinung, wenn man sich die Konstruktion des damaligen Geschäfts vergegenwärtigt. Die Banken gewährten den VEW ein Darlehen von 66 Mill. RM, das am

1. Januar 1934 in 60 Mill. RM VEW-Aktien umgewandelt werden sollte. Der Auszahlungskurs belief sich auf 92 %, so daß etwa 61 Mill. RM für die VEW bereitstanden. Dagegen haben die jetzt einzutauschenden RWE-Aktien einen Kurswert von etwa 50 bis 55 Mill. RM. Statt eines rund 9 % einbringenden Darlehens erhalten die Banken also bei einem Kapitalverlust von mehr als 10 % künftig nur noch eine Realverzinsung von knapp 8 % auf das verringerte Kapital. Aufklärungsbedürftig ist, warum sich die Banken so großzügig an der Sanierung der VEW beteiligen. Im übrigen läßt die Verringerung der Kapitalwerte auf der Passivseite der VEW-Bilanz deutlich erkennen, daß wir das Abschreibungsbedürfnis des Unternehmens noch zu niedrig ansetzten, als wir es auf 35 Mill. RM schätzten. Denn der Umtausch des kommunalen und des Bankenkapitals der VEW in RWE-Aktien dürfte Abschreibungen in Höhe von 46 Mill. RM ermöglichen, und diesen Betrag hätten die Beteiligten zweifellos nicht freigegeben, wenn der Verlust nicht mindestens diesen Umfang erreichte. Um so seltsamer ist es, daß man in Kreisen der bisherigen Verwaltung der VEW nach wie vor an der Behauptung festhält, das Unternehmen sei nicht sanierungsbedürftig, es habe vielmehr nur mit Liquiditätsschwierigkeiten zu kämpfen. Fürchtet man etwa eine allzu eingehende Prüfung der bisherigen Geschäftsführung?

---

#### Freie Forschung?

---

Vor einigen Monaten ist ein interessantes Buch über „Das Geld in der Politik“ veröffentlicht worden. Es wäre nicht minder interessant, einmal die Rolle des Geldes in der Wissenschaft zu untersuchen. Der moderne Wissenschaftsbetrieb erfordert Summen, die der Staat allein nicht aufbringen kann. Die Finanzierung der Wissenschaft ist deshalb zum großen Teil auf die Wirtschaft übergegangen. Das zeigt sich in immer stärkerem Maße in den technischen Wissenschaften, aber auch auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaft werden zahlreiche Forschungsinstitute von der Wirtschaft subventioniert, in vielen Fällen sogar von dem Wirtschaftszweig, den das betreffende Institut durch seine Forschungsarbeit fördern soll. Dagegen ist nichts einzuwenden, solange die Unabhängigkeit der Forschung unangetastet bleibt. Es können aber auch Abhängigkeiten entstehen, die die Freiheit der Forschung gefährden, Abhängigkeiten, die übrigens nicht nur auf materieller Unterstützung, sondern oft auch auf der Materiallieferung usw. beruhen. An diese Zusammenhänge wurde man in der vergangenen Woche durch einen Vorgang erinnert, der zwar nicht grundsätzliche, aber doch symptomatische Bedeutung hat. Die *Forschungsstelle für den Handel, Berlin* hatte in Nr. 3 ihrer Mitteilungen eine Untersuchung über „Einheitspreisgeschäfte in Deutschland und Amerika“ veröffentlicht, in der sich höchst widerspruchsvolle Bemerkungen über den Reingewinn der Einheitspreisunternehmen fanden. Auf Grund von Kalkulationsangaben wurde für ein deutsches Unternehmen ein durchschnittlicher Bruttonutzen von 36 % vom Verkaufspreis angegeben, der ungefähr auch der Durchschnittskalkulation amerikanischer Firmen entsprechen soll. An anderer Stelle wurde von einem Bruttogewinn „der deutschen Firmen“ von 35 bzw. 23 % des Umsatzes gesprochen, denen Unkosten von



höchstens 24 % bzw. 18 % gegenüberstünden. Daraus wurde ein Reingewinn von 11 % errechnet (der doch nur für den ersten Fall zutreffen kann). Diese Angabe erregte mit Recht Aufsehen und machte schnell die Runde durch die Tagespresse. Seit der Versendung des Berichts an die Presse waren aber noch nicht 24 Stunden vergangen, als durch das Wolff'sche Telegraphenbüro eine „Ergänzung“ verbreitet wurde. Darin heißt es, der Bruttogewinn vom Umsatz der beiden größten deutschen Einheitspreisunternehmungen (Epa und Ehape) erreiche noch nicht 23 %. „Nach Abzug der für die Verzinsung des Fremdkapitals und für die zur Verfügungstellung der Einkaufsorganisationen der Muttergesellschaften entstehenden Unkosten, Steuern und Abschreibungen betrage der verbliebene Reingewinn auf Grund der letzten vorliegenden Bilanzen nicht ganz 1½ % des Umsatzes.“ Die Forschungsstelle für den Handel hat sich also einen deutlichen Verweis erteilen lassen müssen. Dabei liegt es auf der Hand, daß die „Ergänzung“ den Sachverhalt ebensowenig richtig wiedergibt wie der Bericht des Instituts. Daß der Reingewinn auf Grund der letzten Bilanzen nicht ganz 1½ % des Umsatzes beträgt, ist keine Neuigkeit. Es fragt sich nur, wie groß er in Wirklichkeit ist. Beliefe er sich tatsächlich nur auf 1½ % vom Umsatz, so müßte man die Expansion der Einheitspreisläden als eine der großartigsten Fehlinvestitionen bezeichnen — denn dann würde sich das investierte Kapital vielleicht mit 6—8 % verzinsen —, und diesem Vorwurf werden sich Männer wie Kommerzienrat Schöndorff und Leonhard Tietz, die Promotoren des Einheitspreisgeschäfts in Deutschland, gewiß nicht aussetzen wollen. Daß die Forschungsstelle diese Berichtigung, die keine ist, ohne weiteres hinnahm, ist höchst bedauerlich. Dabei hatte das Institut in einem von der Presse weniger beachteten Teil des Berichts auf die bilanzmäßig ausgewiesenen Reingewinne der Epa und Ehape ausdrücklich hingewiesen und dargelegt, daß sie die tatsächliche Rentabilität der deutschen Einheitspreisunternehmungen nur unvollkommen zum Ausdruck bringen. Man dürfe vermuten, daß „nicht nur die starke Expansion beider Firmen ausschließlich aus ihrem Reingewinn finanziert worden ist, sondern daß sie darüber hinaus ihren Muttergesellschaften“ (der Karstadt AG und der Leonhard Tietz AG) „noch namhafte Beträge zugeführt haben“. Wir hätten der Forschungsstelle für den Handel gegenüber ihren Gönnern mehr Zivilcourage, für ihre sachliche Arbeit größere Klarheit gewünscht.

#### Die Aussichten des Einheitspreisgeschäfts

Von dem „Unfall“ abgesehen, der ihr bei der Errechnung des Reingewinns widerfuhr, gibt die Forschungsstelle für den Handel in ihrer Untersuchung der Einheitspreis-Unternehmungen sehr interessantes Material über den Aufschwung und die Aussichten dieser neuen Betriebsform. Das Einheitspreisgeschäft ist dadurch gekennzeichnet, daß es aus den verschiedenen Handelszweigen hauptsächlich solche Waren auswählt, die besonders häufig verlangt werden und bei denen sich der Verkaufsvorgang leicht und schnell abwickelt. Es entzieht also dem sonstigen auf Sortiment angewiesenen Einzelhandel bis zu einem gewissen Grade die Artikel mit den niedrigsten Vertriebskosten und dem höchsten Umschlag. Auf Grund

dieser Vorzüge hatten die Einheitspreis-Unternehmen in Deutschland binnen weniger Jahre einen erstaunlichen Aufschwung zu verzeichnen. Für das Jahr 1930 macht das Institut folgende Angaben:

	Umsätze in Mill. RM	Zahl der Läden
Ehape . . . . .	ca. 60	71
Epa . . . . .	ca. 100	55
Woolworth . . . . .	ca. 42	65
Wohlwert . . . . .	ca. 25	51
	ca. 227	242

Die Ehape unterhält außerdem noch 46 Spezial-Lebensmittelläden. Während die drei erstgenannten Firmen allgemein bekannt sind, ist die Entwicklung der Wohlwert GmbH nicht so sehr beachtet worden. Dabei stellt dieses Unternehmen eine besonders interessante Kombination von selbständigem Einzelhandel und gemeinsamer Einkaufsorganisation dar. Die Wohlwert GmbH ist von einem der größten Textileinkaufsverbände, der „Grohag“ errichtet worden. Die angeschlossenen Händler müssen zur Finanzierung bestimmte Beträge aufbringen und sind auch im übrigen — abgesehen vom Einkauf, von der Einrichtung und organisatorischen Bindungen — in ihrer Geschäftspolitik relativ unabhängig. Der Einkaufsapparat, der in diesem Fall für eine Anzahl selbständiger Händler in der Grohag zusammengefaßt wurde, ist für das Einheitspreisgeschäft von entscheidender Bedeutung. Der Massenbedarf ermöglicht Großaufträge an die Industrie und die Heranzüchtung von „Typen“. Trotz weitgehender Typisierung führen allerdings noch die Epa 4000, die Ehape etwa 2500 und die deutsche Woolworth-Gesellschaft 1500 Artikel. Die Bruttoaufschläge sind nach den Untersuchungen der Forschungsstelle nur in einzelnen Fällen geringer als bei den Fachgeschäften. Der niedrige Einkaufspreis ermöglicht dennoch die Berechnung von Verkaufspreisen, die dem regulären Sortimentshandel schwere Sorge bereiten. Auf Grund eines Vergleichs mit den amerikanischen Einheitspreisläden und im Hinblick auf die stürmische Entwicklung, die das Einheitspreisgeschäft bisher in Deutschland zu verzeichnen hatte, kommt die Forschungsstelle zu einer sehr günstigen Prognose für diesen Geschäftszweig — eine Prognose, die natürlich auch für die Beurteilung der Muttergesellschaften der Epa und Ehape wichtig ist.

#### Vor der Aufhebung des Preisschutzes für Autoreifen

Wenn die Regierung in ihrem Kampf gegen die Preisbindung von Markenartikeln wirklich einen beachtlichen Erfolg erzielt hat, dann bei der Gummireifen-Wirtschaft. Zweifellos wird der Preisschutz für Autoreifen, wie er in dem sogenannten Reifenvertrag zwischen Industrie und Handel seit 1919 vereinbart ist, im Jahre 1931 fallen. Die Gutachten der von Industrie und Handel befragten Juristen über die Zulässigkeit solcher Verträge sind nämlich überwiegend negativ ausgefallen. Das Risiko, einen rechtlich anfechtbaren Preisschutz-Vertrag zu schließen, wollen aber weder Industrie noch Handel auf sich nehmen. Diese Tatsache hat die durch die bisherige Konvention verkleisterten Interessengegensätze innerhalb der Gummireifen-Industrie eklatant zum Vorschein kommen lassen. Auf das Angebot der Industrie an die Händler, in eine vom Reichswirtschaftsministerium angeregte Reduktion



der 1930 erhöhten Händlerspanne zu willigen — unter gleichzeitiger Regelung der Fabrikpreise —, haben die Händler mit Gegenforderungen geantwortet. Sie wollen nur dann in diese Bedingungen willigen, wenn die Industrie eine Änderung der Lieferungen an Großverbraucher und der Konditionen im Sekundäreifen-Geschäft konzidiert. Die Belieferung der Großverbraucher ist tatsächlich ein dunkles Kapitel in der Reifenwirtschaft. Die Autoindustrie erhielt einen fast doppelt so hohen Rabatt wie die Händler (40 %); außerdem war der Kreis der Großverbraucher außerordentlich weit und willkürlich gezogen. Der Handel stellt sich auf den Standpunkt, daß eine Ermäßigung der Rabatte für ihn nur dann tragbar sei, wenn der größte Teil des Reifenabsatzes durch seine Hände ginge. Diese Forderung hat eine Krise der Reifenvereinigung heraufbeschworen, die unter Umständen sogar zu einem Aufliegen dieses Kartells führen kann. Das Interesse an einer neuen Regelung in der Großverbraucher-Lieferung ist bei den einzelnen Fabriken verschieden groß. Die Firmen mit beträchtlichem Absatz an Großverbraucher, weigern sich, erhebliche Konzessionen an den Handel zu machen. Wieweit zu dieser Haltung auch der Wunsch nach einer Wiederherstellung der *freien Konkurrenz* beigetragen hat, läßt sich nicht übersehen. Sicher ist, daß die Absatzkrise im deutschen Reifengeschäft den Kampf um den Kunden erheblich verschärft hat, und daß gerade einzelne Großproduzenten ihren Absatzmarkt selbst mittels Preiszugeständnissen gerne erweitern möchten. Der Wunsch wird begreiflich, wenn man sich die *Fehlrationalisierung* der großen Reifenfabriken vor Augen führt, die z. T. die tatsächlichen Absatzmöglichkeiten völlig außer acht gelassen hat. Auch der Gegensatz zwischen *in- und ausländischen Fabriken* hat die Krise der Vereinigung verschärft. Die Ausländer, die in Deutschland schon lange produzieren, haben im letzten Jahr Terrainverluste erlitten, die sie um so eher wettmachen wollen, als neue französische und belgische Konkurrenz in Deutschland aufgetaucht ist. Noch gehen die Verhandlungen innerhalb der Industrie hin und her; aber die Aussichten auf eine Verständigung sind nicht allzu hoch einzuschätzen. Gelingt es nicht, die ganze Industrie zu vereinigen, so ist jeder Verständigungsvertrag wertlos; denn schon wenige Außenseiter genügen, um das Kartell der übrigen Produzenten zu sprengen. Ein Kampf aller gegen alle würde natürlich auch den *Reifenhandel* stark tangieren und den Ausleseprozeß innerhalb dieses übersetzten Wirtschaftszweiges — es gibt 15 000 bis 16 000 Reifenhändler — endlich in Gang bringen.

---

#### Bat'a produziert in Deutschland

---

Mit gewohnter Ruhe geht man in Wien allmählich daran, das Abkommen mit Deutschland über die deutschen Schuhzölle im österreichischen Reichsrat zu behandeln. Man kann erwarten, daß dieses Abkommen, das von Deutschland längst unterschrieben ist, bald auch durch Österreich ratifiziert werden wird. Dann wird endlich der heißeste Wunsch der deutschen Schuhfabrikanten, die *Erhöhung der Schuhzölle* für die wichtige Position 556c (Lederschuhwerk im Paargewicht unter 600 g), verwirklicht; denn bisher war die Erhöhung dieses Zollsatzes von 180 auf 420 RM je Doppelzentner nicht wirksam

geworden, weil die meistbegünstigten Länder, vor allem die Tschechoslowakei, von der Bindung des alten Satzes gegenüber Österreich profitierten. Für den tschechischen Schuhindustriellen Bat'a, dessen scharfe Konkurrenz auf dem deutschen Markt den Anlaß zu der Zoll-Kampagne gab (vgl. Jahrg. 1929, Nr. 50, S. 1871), könnte die Zollerhöhung einen schweren Schlag bedeuten, wenn er nicht den entscheidenden Schritt: *das Eindringen in die deutsche Produktion*, zu tun bereit wäre. Fast durch das ganze Jahr 1930 hindurch sind immer wieder Nachrichten aufgetaucht, daß Bat'a mit deutschen Industriellen oder Großagrariern über den Ankauf einer Schuhfabrik oder eines geeigneten Fabrikgeländes verhandle (vgl. Nr. 41, S. 1911). Diese Gerüchte durfte man teilweise auf eifrigen Gebrauch der Reklametrommel zurückführen — man mußte sich wundern, daß Bat'a zu einer Zeit, in der zahlreiche Schuhfabriken zum Verkauf standen, kein passendes Objekt finden konnte. Jetzt endlich bestätigt sich die Meldung, daß er in Oberschlesien (in der Nähe der Tschechoslowakei und dicht an der Oder) ein Gut erworben hat, auf dem er in kurzer Zeit seine Fabriken errichten will. Es handelt sich um das angeblich 700 ha große *Gut Ottmuth bei Krappitz*, das er von dem Grafen Sponeck zu einem unbekanntem Preis erworben hat. Zweifellos wird Bat'a, wenn er wirklich eine Fabrik in Schlesien baut, mit bedeutend *höheren Kosten* arbeiten als in der Tschechoslowakei. Selbst wenn die Lebenshaltungskosten an dem neuen Fabrikationsort bisher niedrig sind, wird der Zentraltarifauschuß der Deutschen Schuhindustrie vermutlich diesen Ort binnen kürzester Frist in eine hohe *Lohnklasse* einreihen; denn weder die Arbeitgeber noch die Arbeitnehmer haben ein Interesse daran, daß Bat'a niedrige Löhne zahlt. Bat'a's Leistungsfähigkeit beruht aber durchaus nicht nur auf den — im Vergleich zu den deutschen Sätzen — niedrigen Löhnen, sondern auch auf seiner eigenartigen Betriebs- und Absatzorganisation. In Deutschland wird er allerdings diese Organisation nur teilweise verwirklichen können, da die sozialpolitischen Bestimmungen eine Übernahme des ganzen Systems nicht erlauben. Trotz dieser Hemmungen scheint Bat'a zur Produktion in Deutschland entschlossen zu sein; er ist also von der Überlegenheit seiner Fabrikation gegenüber der deutschen Schuhindustrie fest überzeugt. Vielleicht wird es sich tatsächlich erweisen, daß die deutschen Fabrikanten noch mehr von ihm zu lernen haben als bisher. Für die nächsten Wochen, bis zur tatsächlichen Erhöhung des Zollsatzes, ist eine stark wachsende Einfuhr von Schuhwerk zu erwarten; schon jetzt wird davon geredet, daß ganze Züge von Bat'a-Schuhen über die Grenze kommen und in dem neu eingerichteten Zwischenlager in Ratibor — in den großen Hallen der stillgelegten Böhler-Stahlwerke — aufgespeichert werden.

---

#### Moratorium für den Fürsten Pleß

---

Ziemlich unerwartet ist mit dem Moratoriumsgesuch der Fürstlich Pleßschen Verwaltung ein neuer Konzernzusammenbruch beträchtlichen Ausmaßes bekanntgeworden. Zwar weiß man seit einiger Zeit, daß die polnisch-oberschlesischen Steinkohlengruben des Fürsten Pleß mit politischen und steuerlichen Schwierigkeiten kämpfen, daß der riesige



landwirtschaftliche Besitz des Fürsten unter der Agrarkrise und den rückläufigen Holzpreisen leidet, und daß vor allem die niederschlesischen Steinkohlengruben der Gruppe seit langem unrentabel sind. Aber andererseits wußte man auch, die Besitzungen des Fürsten Pleß sind so gewaltig, daß man sich schwerlich vorstellen konnte, ein Komplex so bedeutenden Ausmaßes werde nicht in der Lage sein, durch Abverkäufe oder Beleihungen etwaige Finanzbedürfnisse auszugleichen. Wieso dies nicht gelungen ist, ist auch jetzt nicht klar. Immerhin hat man erfahren, daß der Fideikommiß-Charakter des Hauptbesitzums rechtzeitige Liquidationsmaßnahmen erschwert hat, und daß sich der Fürst vor allem durch *Neuerichtung von Stickstoff-Fabriken* in ein Risiko eingelassen hat, das seine Kräfte überstieg. Die Bestrebungen nach besserer Nebenproduktverwertung in der Kohlenindustrie haben den Fürsten Pleß zu dem Versuch veranlaßt, in Polen, besonders aber in Niederschlesien, das Kokereigas auf Stickstoff und Schwefelsäure zu verarbeiten. Er baute in Gemeinschaft mit der *Finanzgruppe Neumeyer-Nürnberg* eine kleine Stickstofffabrik in Polen und eine größere in Waldenburg. Zur Errichtung dieser zweiten Fabrik wurde mit etwa 8 Mill. RM Kapital (davon etwa 5 Mill. RM einbezahlt) die *Stickstoffwerke AG Waldenburg* gegründet, die unter Inanspruchnahme von etwa 11 Mill. RM Hypothekarkredit und etwa 9 Mill. RM ungesicherten Krediten den Bau durchführte. Es wurde nun aber nicht eine mit der Errichtung solcher Anlagen vertraute Gesellschaft mit der Bauausführung beauftragt, sondern nach Angaben irgendwelcher technischen Büros wurden die Anlagen von einzelnen Maschinenfabriken zusammengestellt. Das Ergebnis war, daß sich der Bau verzögerte, und daß eine Explosion eintrat, während andererseits durch die finanzielle Krise die Aufnahme neuen Kapitals mißlang. Bei der polnischen Fabrik mögen sich die Dinge ähnlich abgespielt haben, so daß schließlich die *Zahlungseinstellung der beiden Stickstoffwerke* unvermeidlich war. Infolge der engen Konzernverflechtung gelang es aber nicht, die Schwierigkeiten zu lokalisieren. So kam es, daß auch die *Waldenburger Bergwerks AG* (Kapital 22 Mill. RM), welche die niederschlesischen Kohlengruben umfaßt, für ihre 12 Mill. RM langfristigen und 8 Mill. RM kurzfristigen Passiven ein Moratorium nachsuchen mußte. Auch für die direkten Verpflichtungen der Pleßschen Verwaltung erscheint ein ähnliches Gesuch unvermeidbar, nachdem Stützungsversuche ergebnislos blieben. Man nimmt an, daß ein Moratorium genügen wird, um der Schwierigkeiten Herr zu werden, und daß die Gläubiger in Anbetracht der hohen Aktiven auf lange Sicht keine Verluste zu befürchten brauchen. Der Aktivsaldo wird mit 60 Mill. RM angegeben, aber die Aktiva sind gegenwärtig kaum realisierbar. Ob die Hoffnung auf Vermeidung von Verlusten berechtigt ist, hängt entscheidend davon ab, ob eine ruhige Abwicklung gewährleistet wird, und ob die allgemeine Wirtschaftslage in absehbarer Zeit eine Liquidierung von Aktiven ermöglicht. Die Aussichten sind also noch sehr unsicher. Zudem haben die Gläubiger der Stickstoffwerke bisher nur einem ganz kurzfristigen Moratorium bis Anfang Januar zugestimmt. Die Gläubiger der Bergwerksgesellschaft und die direkten Gläubiger des Fürsten Pleß haben zu dem Moratoriumsgesuch noch nicht Stellung genommen.

---

### Billiger Roggen — für die Brennereien

---

Der Preis für Brotroggen steigt, der Preis für Eosinroggen wird ständig erhöht, dagegen bedarf der Preis für Brennereiroggen natürlich dringend einer Verbilligung. Brennereien sind keine „industriellen“ Betriebe wie die Schweinemästereien der nordwestdeutschen Bauern, deren wirtschaftliche Grundlage durch die gegenwärtige Agrarpolitik zerstört wird, und wenn auch der Schnaps durch den billigen Brennereiroggen nicht verbilligt wird, so ist er doch im Unterschied zum Brot so lebenswichtig, daß man seine Herstellung unbedingt erleichtern muß. Der Reichsernährungsminister und der Reichsgetreidekommissar haben denn auch eine Konstruktion gefunden, die eine billige Roggenversorgung der Brennereien, die bisher Mais verarbeiteten, ermöglicht. Man liefert ihnen grün gefärbten Brennroggen und Kartoffelflocken (im Verhältnis von 2:1) zu einem Preis von 170 RM je Tonne für das Gemisch frei Mannheim, Regensburg oder Kanalstation. Dieser Preis versteht sich aber nur nominell. Es werden nämlich auf „Malachitroggen“ und Kartoffelflocken Gerstenbezugscheine erteilt, von der Getreide-Handels-Gesellschaft einbehalten und den Beziehern mit 55 RM je Tonne auf das Roggen-Flocken-Gemisch vergütet, so daß sie effektiv nur 115 RM je Tonne zahlen. Sogar die Säcke, in denen die Ware geliefert wird, werden den Beziehern ohne Leihgebühr zur Verfügung gestellt. Die Verteilung der Gerstenbezugscheine wird, wie es in der Verordnung über diese Maßnahme heißt, besonders geregelt werden. Mehr dürfte man bei den bekannten Methoden des Reichsernährungsministeriums von diesen Gerstenbezugscheinen wohl nicht hören; wahrscheinlich wird man sie unter der Hand verteilen. Im Handumdrehen ist hier ein neuer kleiner Subventionsfonds gewonnen worden.

---

### Unsichtbare Reichszuschüsse für die Roggenstützung

---

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, der mit Recht Aufsehen erregte. Seine Durchführung würde eine weitere Drosselung der nordwestdeutschen Schweinemast bedeuten und außerdem der Roggenstützung eine zusätzliche Verlustmöglichkeit von rund 40 Mill. RM verschaffen. Dazu hat der Antrag noch die merkwürdige Eigenschaft, einem Kabinettsbeschuß zu entsprechen! Er fordert, die Reichsregierung solle den Gerstenzoll so festsetzen, daß sich das Gemisch von Futtergerste, Eosinroggen und Kartoffelflocken durchschnittlich nicht teurer stellt als 170 RM je Tonne. Bei diesem Preis ist das nordwestdeutsche Getreidemastgebiet nicht mehr mit der ostdeutschen Kartoffelmast wettbewerbsfähig. Dem sozialdemokratischen Antrag ist unmittelbar eine Preiserhöhung für Eosinroggen um 10 RM je Tonne gefolgt, denn er verschaffte ja der Politik des Reichsernährungsministers die erforderliche Legitimation. Abgesehen von der wirtschaftspolitischen Wirkung müßte der Antrag bedenkliche finanzpolitische Folgen haben. Er ist auf den Gerstenzoll abgestellt; die Festsetzung des Eosinroggenpreises ist aber formell der Getreide-Handels-Gesellschaft, also einem unter Reichsaufsicht stehenden privaten Unternehmen, überlassen. Diese würde es demnach in der Hand haben, durch Erhöhung des Eosinroggenpreises den Reichsfinanz-



minister zum teilweisen oder vollen Verzicht auf die Einnahmen aus dem Futtergerstenzoll zu zwingen. Gelingt es wirklich, 700 000 t Eosinroggen abzusetzen, so kann durch entsprechende Preiserhöhung für dieses Quantum mit Hilfe des sozialdemokratischen Antrags der Reichsfinanzminister zur völligen Aufhebung des Gerstenzolls gegen den Gerstenbezugschein der DGH gezwungen werden. An Stelle des Finanzministeriums würde die DGH über beträchtliche Geldmittel verfügen. Das würde praktisch bedeuten, daß im Zuge der Roggenstützung rund 42 Mill. RM jährlich mehr verpulvert werden könnten als bisher. Statt der ungeheuerlichen sichtbaren Kostenrechnung dieses Unternehmens hätten wir einen nur für den Sachkenner erkenntlichen Einnahmeverlust des Reichs zu verzeichnen. Die DGH könnte vielleicht sogar auf Kosten des Reichs und

der nordwestdeutschen Bauern ihre durch leichtfertige Geschäftspolitik erlittenen Verluste tilgen. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist von der „Frankfurter Zeitung“ aufgefordert worden, diesen Antrag zurückzuziehen. Leider hat sie sich dazu nicht geäußert. Anscheinend begreift die Sozialdemokratie noch immer nicht, wie töricht die Agrarpolitik ist, zu der sie vom Reichsgetreidekommissar Dr. Baade verleitet wird. Diese Politik droht uns für das Ende des Erntejahres eine Brotpreis-Steigerung um etwa 50 % und für das Wirtschaftsjahr 1932/33 ein neues Überangebot an Roggen zu bringen, denn die in diesem Jahr erfolgte Einschränkung des Anbaus wird wohl bei den überhöhten Roggenpreisen, die im nächsten Wirtschaftsjahr erreicht werden können, wieder rückgängig gemacht werden.

### Ermäßigung einiger Posttarife

Durch Senkung der *Paketgebühren*, durch Ermäßigung der seit der letzten Tarifsteigerung überhöhten *Telegrammgebühren* und durch Ermäßigung des Tarifs für *dringende Ferngespräche* um 33% % sucht die Deutsche Reichspost einen an sich schwachen Verkehr anzureizen. Da sie damit hauptsächlich das Prinzip, „Großer Umsatz, kleiner Nutzen“ verwirklichen wird, werden diese Tarifsenkungen wahrscheinlich wenig in einem Einnahmenrückgang zum Ausdruck kommen. Etwas anders steht es mit der Ermäßigung der Gebühren für *Drucksachen und Wurfsendungen*; diese Senkung ist um so mehr zu begrüßen, als die Minderung der Reklamekosten in der Depression besonders fühlbar ist. Sie paßt vorzüglich in das Programm der Reichsregierung, das den Preisabbau als ein Mittel der *Wirtschaftsbelebung* ansieht. Von namhafter finanzieller Tragweite sind freilich auch diese Maßnahmen nicht. Große finanzielle Opfer können aber auch im gegenwärtigen Augenblick von der Post nicht verlangt werden, denn im Gegensatz zu einer wiederholt offiziös vertretenen Auffassung ist der Postverkehr sehr stark *konjunkturrempfindlich*.

### Internationale Zuckerkonvention vorläufig gescheitert

Anfang dieser Woche sind die deutschen Vertreter der Zuckerindustrie aus Brüssel abgereist, ohne irgendwelche Bindungen einzugehen, die Deutschland in das Gefüge der vorgeschlagenen internationalen Zuckerkonvention eingliedern. Die Rohrzuckerproduzenten hatten von den europäischen Erzeugern — außer Rußland natürlich — verlangt, daß sie ihre Zuckerausfuhr gegenüber dem Stande des Zuckerjahres 1929/30 um 15 % einschränken (vgl. Nr. 50, S. 2500). Dieser Forderung wollten Polen, die Tschechoslowakei und die übrigen europäischen Länder Rechnung tragen. Nur Deutschland forderte zunächst eine Vervielfachung seiner Ausfuhr gegenüber 1929/30 und verlangte schließlich mindestens das Doppelte. Begreiflicherweise lehnten die Vertragspartner diese Wünsche ab, obwohl man sich schließlich bereit fand, Deutschland eine Vorzugsstellung vor seinen europäischen Wettbewerbern einzuräumen. Die Reichsregierung sollte nun das ihre tun, um das Zustandekommen einer internationalen Verständigung, wie sie von allen Zuckerländern außer Rußland und Deutschland gewünscht wird, zu erleichtern. Durch die hier wiederholt geforderte Preissenkung für Zucker (etwa im Ausmaß von 3 RM je 50 kg) wären die Schwierigkeiten, den deutschen Produktionsüberschuß auf dem Binnenmarkt unterzubringen, wahrscheinlich überwunden und die Differenzen, die sich in Brüssel ergaben, aus der Welt geschafft. Es wird sich dann wohl auch erübrigen, zur Kartellierung der Zuckerindustrie irgendwelche Zwangsmaßnahmen zur Anwendung zu bringen, wie sie die Notverordnung vom 1. Dezember vorsieht.

### Erweitertes Wettbewerbsabkommen der Kreditinstitute

Zwischen dem Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband und dem Reichsverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften sind neue Abkommen zustande gekommen, durch die übermäßige Zinsgebote für Termineinlagen ausgeschlossen werden sollen und die bekannten Wettbewerbsabkommen ergänzt werden. Leider hält man die Vereinbarungen im Gegensatz zu den früheren geheim. Sehr groß scheint ihre Tragweite nicht zu sein. Was das *Zinsabkommen* betrifft, so werden bekanntlich seit Monaten in den regionalen Verbänden Verhandlungen über die Begrenzung der Debetzinsgewährung geführt. In Ostpreußen ist ein solches Abkommen bereits für alle Gruppen zustande gekommen; in Rheinland-Westfalen, Hessen-Nassau und Mitteldeutschland sind Teilvereinbarungen zwischen Sparkassen und Genossenschaften getroffen worden. Diese regionalen Verhandlungen sollen weitergeführt werden, und man scheint damit zu rechnen, daß allgemein der Höchstzins für Kündigungsgelder nicht über 6—7 % hinausgeht; zwischen Sparkassen und Genossenschaften wird dabei noch in der Weise differenziert, daß die Genossenschaften mangels Mündelsicherheit  $\frac{1}{2}$ —1 % mehr verdienen dürfen. Genaue Einzelheiten sind auch hierüber einstweilen nicht bekannt. Eine Begrenzung der Debetzinsen ist jedenfalls nicht erfolgt. Die Ausgestaltung des *Wettbewerbsabkommens* betrifft nach dem, was darüber bekanntgeworden ist, besonders ein Verbot der Zinsreklame. Lediglich die Sparkassen dürfen die satzungsgemäßen Bekanntmachungen über Zinsveränderungen vornehmen, während im übrigen Bekanntmachungen durch Aushang oder Inserate unterbleiben sollen. Den im Wettbewerbsabkommen von 1928 eingerichteten Schlichtungsstellen soll eine erweiterte Kompetenz eingeräumt werden. Offenbar besteht die Absicht, Schiedssprüche dieser Schlichtungsstellen auch gegenüber den bisher nicht beteiligten Staatsbanken und Berufsbanken etwa in der Weise Geltung zu verschaffen, daß man im Falle von krassen Zuwiderhandlungen die Untersagung des Geschäftsbetriebs auf Grund des neuen Depotgesetzes der zuständigen Behörde nahelegen will.

### Ein Bankkrach in den Vereinigten Staaten

Die *Bank of the United States* war einem Run, der am 10. Dezember auf ihre Kassen einsetzte, nicht gewachsen. Sie hatte anscheinend beträchtliche langfristige Darlehen gegen Grundbesitz gewährt und war infolgedessen illiquid geworden; mehrfach hatte sie sich um Stützung bemüht und bis zuletzt eigene Shares und solche ihrer Effektingesellschaft, der *Bank of United States Corporation*, bei ihren Kunden untergebracht. Fünf Wochen vor der Insolvenz war die Bank noch im Zusammenhang mit einem



großen Fusionsplan genannt worden, der die Manufacturers Trust Co., die Bank of United States, die Public National Bank & Trust Co. und die International Trust Co. (früher International Germanic Trust Co.) vereinigen sollte. Kein geringerer als der Vorsitzende des Board der Federal Reserve Bank von New York, Case, der Nachfolger M. C. Garrahs, hatte die Absicht seines Rücktritts geäußert, um die Leitung der neuen Bank zu übernehmen. Schon dieser Fusionsplan, der schließlich daran gescheitert ist, daß man sich über das Austauschverhältnis nicht einigen konnte, hatte den Charakter einer Notmaßnahme (vgl. den New Yorker Börsenbericht in Nr. 50). Es ist charakteristisch, daß trotz der Bedeutung der Bank of the United States, deren Depositenstand zuletzt 203 Mill. \$ betrug und sich auf 400 000 Konten verteilte, keine Möglichkeit bestand, eine Zahlungseinstellung zu vermeiden. Selbst eine Nachsitzung bei der Federal Reserve Bank von New York, an der Morgan und die großen Depositenbanken teilgenommen hatten, blieb ohne Ergebnis, und es gelang nur, die Clearingbanken zu einer Bevorschussung der Depositen mit 50 % zu bewegen. Da die Aktien, die zur Zeit der Bekanntgabe des Fusionsplans mit 30 \$ notiert wurden, noch mit 3 \$ gehandelt werden, scheint eine gewisse Hoffnung auf *volle Befriedigung der Einleger* und auf die Erhaltung eines Teils vom Kapital zu bestehen. Die Insolvenz blieb natürlich nicht ohne Wirkungen auch auf *andere Banken*, nachdem schon seit Oktober eine Reihe von Bankunternehmungen insolvent geworden war. Der Ende September erfolgte Zusammenbruch der Bankfirma I. A. Sisto & Co. war das erste bedeutende Fallissement seit dem Börsenkrach. Es folgte die Zahlungseinstellung der New Yorker Brokerfirma Prince & Whitley, und daran schloß sich eine Reihe kleinerer Insolvenzen in New York und anderswo. Die Schwierigkeiten der alten und bedeutenden Firma Kidder, Peabody & Co. waren noch durch Eingreifen von Morgan & Co. und der Chase National Bank behoben worden. Als nun die Insolvenz der Bank of United States bekannt wurde, mußte eine große Zahl von Provinzbanken infolge von Runs die Schalter schließen. Natürlich wurden auch die übrigen Partner für den inzwischen gescheiterten Fusionsplan in die Diskussion gezogen. Hinsichtlich der Manufacturers Trust Co. und der Public National Bank & Trust Co. gelang es, durch Aufnahme in die New York Clearinghouse Association, deren Zulassungsbestimmungen äußerst streng sind, und durch eine Erklärung des State Superintendent for Banking Beruhigung zu schaffen, und diese Beruhigung kam auch der International Trust Co. zugute, die sich anscheinend besonders liquid gehalten hatte. Es fragt sich nun, ob es gelingt, die Unruhe einzudämmen. Andernfalls könnte die Insolvenzwelle für den weiteren Verlauf der Konjunktur in den Vereinigten Staaten, die in letzter Zeit Symptome einer Erholung zeigte, noch ernste Bedeutung erlangen.

#### Zusammenschluß amerikanischer Privatbanken

Nachdem vor einiger Zeit schon bekanntgeworden war, daß sich die Firmen H. Cassel & Co. und Strupp & Co. in New York mit Wirkung vom 1. Januar 1931 an unter der Firma Cassel, Strupp & Co. vereinigen, ist noch ein zweiter, bedeutenderer Zusammenschluß von Privatbankiers erfolgt. Es handelt sich um die Firmen W. A. Harriman & Co., Inc., Harriman Brothers & Co. und Brown Brothers & Co., die sich ebenfalls vom 1. Januar 1931 an zu der Firma *Brown Brothers Harriman & Co.* zusammenschließen. Von den beiden Häusern Harriman widmete sich das eine, W. A. Harriman & Co., Inc., dem Emissions- und Beteiligungsgeschäft. Es hat auch in Deutschland Transaktionen durchgeführt. Bei den Emissionen der Deutsch-Atlantischen Telegraphengesellschaft und der Gute-Hoffnungshütte hatte es die Führung; es ist ferner bald nach dem Kriege durch den Vertrag mit der *Hapag* bekanntgeworden, der zunächst einen Gemeinschaftsverkehr mit der Harriman-Schiffahrtsgesellschaft und später einen Verkauf der Harrimandampfer und die Übernahme von Hapag-Aktien vorsah.

W. A. Harriman & Co. Inc. hatte auch seinerzeit die polnischen Gruben von Giesches Erben übernommen, sie in die Silesian American Co. überführt und die Majorität der Laura-Hütte, der Bismarck-Hütte und der Kattowitzer Bergwerksgesellschaft in die Consolidated Silesian Steel eingebracht. Das laufende Geschäft wird von der Firma *Harriman Brothers & Co.* geführt, deren Teilhaber die beiden Söhne des vor etwa zwanzig Jahren verstorbenen Eisenbahnmagnaten sind. Noch heute bestehen wichtige Eisenbahninteressen und Beziehungen zu Großbanken. Im deutschen Geschäft ist auch der andere Fusionspartner, die Firma Brown Brothers & Co., tätig, die seit mehr als hundert Jahren besteht und u. a. die Anleihen der Mansfeld AG aufgelegt sowie verschiedene europäische Aktien zur New Yorker Börse gebracht hat. Es handelt sich also um zwei bedeutende Firmen und um einen Zusammenschluß, der auch für Deutschland nicht uninteressant ist.

#### Förderung des italienischen Exports nach Russland

Die „Gazetta Ufficiale“ veröffentlichte kürzlich ein Dekret des Finanzministeriums mit dem folgenden Inhalt: „Die Höhe der neuen Exportkredite, deren Versicherung der Staat übernimmt, kann für das Budgetjahr 1930/31 die Gesamtsumme von 200 Mill. Lire nicht überschreiten. Gegenüber einem einzelnen Land ist die Höchstgrenze der Exportkreditversicherung auf 150 Mill. Lire festgesetzt. In früheren Budgetperioden bewilligte Kredite, die für die Exportkreditversicherung nicht ausgenutzt wurden, gelten als annulliert.“ Diese Verordnung stellt zweifellos eine Auswirkung der Zusammenkunft von Grandi und Litvinoff in Mailand dar. Sie gibt eine klare Vorstellung davon, wie weit die italienische Regierung der Sowjetwirtschaft im Rahmen des am 2. August geschlossenen Handelsvertrags finanziell entgegenkommen will. Der im Juni 1927 beim Nationalen Versicherungsinstitut eingereichte Exportkredit-Versicherungsdienst zum Schutz gegen Geschäftsrisiken politischer Natur im Ausland hat seither die von dem Gutachten des Finanzministeriums abhängige, jedoch auf 200 Mill. Lire jährlich beschränkte Höhe der staatlichen Versicherungskredite noch niemals voll in Anspruch genommen. Der vom Staat garantierte Anteil der Risikodeckung war auf 65 % fixiert worden, und der Motivenbericht zur Gründung der italienischen Exportkreditversicherung empfahl, die Kreditrisiken auf möglichst zahlreiche Staaten zu verteilen. Während der Plafond von 200 Mill. Lire unverändert bleibt, hat die italienische Regierung die Grenze ihrer Deckungsgarantie auf 75 % des Ausfuhrwertes erhöht. Dies und das Höchstmaß der staatlichen Verpflichtungsübernahme von 150 Mill. Lire beim Export nach einem einzigen Land sind deutliche Zeichen für den Willen Italiens, den Handelsverkehr *speziell nach Rußland* zu begünstigen. Nach verlässlichen Informationen ist eine weitere Folge der Begegnung von Grandi und Litvinoff die Zusage Italiens, den Sowjets bei dem Bau der *russischen Handelsflotte* zu helfen. Die Konstruktion soll auf italienischen Werften erfolgen, wohin russische Ingenieure und Arbeiter zur Ausbildung und Unterstützung der Arbeiten schon im Januar gesendet werden sollen (vgl. Nr. 39, S. 1816).

#### Personalia

Der Begründer des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Geheimrat Prof. Dr. jur. Dr. rer. pol. h. c. *Jakob Riesser*, hat den Vorsitz des Verbandes, den er 30 Jahre hindurch führte, niedergelegt; die Generalversammlung wählte ihn einstimmig zum Ehrenpräsidenten. An die Stelle von Geh. Riesser tritt Dr. *Georg Solmssen*, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft.

Der Direktor des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins, Filiale der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Köln, *Hermann Wolff*, tritt mit Ende des Jahres in den Ruhestand. Direktor Wolff wird seine Aufsichtsratsposten



beibehalten und soll in den rheinisch-westfälischen Ausschuß der DD-Bank berufen werden.

Auf Grund der am 15. d. M. vorgenommenen Ergänzungs- bzw. Ersatzwahlen zum *Berliner Börsenvorstand*, Abteilung *Wertpapierbörse*, wurden folgende Herren wieder- bzw. neugewählt: Die Bankiers Paul Bergmann, Ernst Friedmann, Dr. Jakob Goldschmidt, Siegfried Lichtenstern, Paul von Mendelssohn-Bartholdy, Georg Mosler, Leo Perl, Georg Wolfsohn und als Vertreter des Maklergewerbes Max Jacob, Friedrich Klimitz und Alfred Kohle. — Der Vorstand der Abteilung *Produktenbörse* setzt sich aus nachstehenden Herren zusammen: Gustav Eckstein, Leonhard Neumann, Max Rawack, Kurt Kampffmeyer, Direktor Ludwig Freudenheim, Max Buggisch und Max Grodzinsky.

Am 16. Dezember starb im Alter von 59 Jahren Geheimer Baurat Ministerialrat *J. E. Otto Köpcke*, der mehreren Aufsichtsräten der öffentlichen Verkehrsunternehmungen sowie

der Elektra AG und der Sächsische Elektrizitäts-Lieferungs-AG angehörte.

Im Zusammenhang mit der Einflußnahme Preußens auf die Thüringer Gasgesellschaft, Leipzig, wurden Ministerialrat *Wilhelm Roemer* und Generaldirektor Dr. ing. e. h. *Robert Frank* (beide von der Preußische Elektrizitäts-AG) in den Aufsichtsrat des Unternehmens gewählt.

Am 8. Dezember verstarb das Aufsichtsratsmitglied der Ilse Bergbau-AG, Regierungsrat a. D. Dr. jur. *Otto von Rhein*.

Die Generalversammlung der AG Charlottenhütte wählte den Geh. Landesbaurat Dipl. ing. *Eugen Böhringer*, Generaldirektor der Eisenwerkgesellschaft Maximilianshütte, in den Aufsichtsrat.

An der Berliner Technischen Hochschule habilitierte sich Dr. ing. *Oertel* für das Maschinen- und Arbeitsverfahren der Textilindustrie.

## Briefe an den Herausgeber

### Vom Besprechungswesen

z. Z. Frankfurt a. M., 16. Dezember 1930

Ihren Leitartikel in Nr. 50, der in der Presse (vgl. „Frankfurter Zeitung“, Abendblatt vom 16. d. M.) und anderwärts viel Beachtung gefunden hat, habe ich mit großem Interesse gelesen. Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang auf die Ausführungen eines englischen Publizisten hinweisen, die zeigen, daß auch im Ausland, und zwar selbst in dem wegen der Unabhängigkeit seiner Presse oft gerühmten England, hinsichtlich der Buchkritik ähnliche Verhältnisse bestehen, oder wenigstens bestanden haben, wie bei uns. *Frank Harris*, über dessen Persönlichkeit zwar sehr verschieden geurteilt wird, dessen publizistischer Mut aber unbestritten ist, erzählt in seinen Erinnerungen (deutsche Ausgabe unter dem Titel: „Jahre der Reife“, Berlin 1930, S. 215 f.):

„Als ich die ‚Saturday Review‘ umzugestalten begann, traf ich zuerst auf eine starke Opposition. . . . Aber der Umsatz begann sich sofort zu heben, worüber ich sehr froh war, da bald ein Zusammenstoß mit der Oxford University Press kam.

Professor Churton Collins brachte mir eines Tages die Besprechung eines Buches, das im Verlage der University Press erschien — und er wies in seiner Kritik nach, daß die University Press mit ihrem Namen ein Buch gedeckt hatte, das mehr als 300 ernste Tatsachenfehler enthielt. Ich veröffentlichte die Besprechung, die einen unerhörten Staub aufwirbelte, da die Beweisführung einfach vernichtend war. Die University Press schrieb mir daraufhin einen schroffen Brief, in dem sie mir mitteilte, daß sie ihre Anzeigen zurückziehe. Sie hatte sich auf drei Jahre hinaus eine Seite in der ‚Saturday Review‘ reserviert und zahlte pünktlich die Rechnung am Ende jedes Jahres. Ich schrieb der University Press zurück, daß, falls sie auf die Wahrheit überhaupt Wert legen sollte, sie mir und dem Kritiker dankbar sein müßte, aber falls sie den Mächten der Finsternis und der Lüge zugerechnet werden wolle, ich mit der Kündigung der Anzeigen einverstanden wäre, die auch bald darauf erfolgte.

Einige Zeit später bekam ich einen Brief von Longman, der sich über die Kritik eines griechischen Buches, das in seinem Verlag erschienen war, beklagte. Die Kritik war von dem maßgebendsten Mann Englands, Sir Richard Jebb, geschrieben. Longman schrieb in seinem Brief, die Kritik stamme wohl aus der Feder eines Ignoranten, und nachdem bereits die University Press die Verbindung mit mir gelöst hätte, würde er ihrem Beispiel folgen.

Ich war von der gewissenlosen Frechheit der Oxford University Press wie vom Donner gerührt, und als ich noch obendrein Longmans Brief bekam, ging ich selbst zu ihm hin. Ich hatte einmal einen Einführungsbrief an

ihn von Froude bekommen, der sehr viel von ihm hielt. Ich suchte daher Charles Longman persönlich auf. Er sagte, die Kritik sei sicherlich von einem unfähigen und neidischen Menschen geschrieben. Nachdem mir Professor Jebb die Erlaubnis gegeben hatte, seinen Namen zu nennen, teilte ich ihn Longman vertraulich mit, und wir trennten uns allem Anschein nach als gute Freunde. Longman versprach mir, sich die ganze Sache noch einmal zu überlegen. Nach einer Woche schrieb er mir jedoch, ich hätte den Charakter der Zeitschrift von Grund aus verändert, deshalb billige er das Verhalten der University Press und wolle auch seine Anzeigen zurückziehen.

Andere Verlagshäuser folgten seinem Beispiel. In jedem einzelnen Fall gab ich den Narren die Erlaubnis, ihre Anzeigen zu kündigen. . . .“

Dr. H. Bürger

### Exzesse der Technik

Frankfurt a. M., 24. November 1930

Unter dem Titel „Exzesse der Technik“ veröffentlicht Prof. *Georg Bernhard*, der frühere Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“, in Nr. 40 des MdW einen Aufsatz, der den Kreis der Beschuldigungen gegen den Techniker zu schließen scheint. Nachdem man bekanntlich dem Techniker und der Technik gewohnheitsmäßig alles Ubel der Welt in die Schuhe geschoben hat, die Mechanisierung der Menschen, den Krieg, die Inflation und was es sonst noch gibt, kommt Bernhard jetzt auf den Gedanken, dem Techniker auch die Arbeitslosigkeit zum Vorwurf zu machen. Der Techniker sei den Armen des Kaufmanns entschulps, und dadurch sei natürlich auch dieses Ubel in die Welt gekommen.

Bernhard geht von dem Wettbewerb um das Blaue Band des Ozeans aus, das zuletzt die Bremen-Europa-Klasse des Norddeutschen Lloyd errungen hat. Man rüstete in England zum Bau eines Konkurrenzschiffes durch die Cunard-Line, aber die Versicherungsgesellschaften weigerten sich, das Risiko von 80 Mill. RM für die Versicherung des Schiffes zu tragen. Auch die englische Regierung lehnte eine Beteiligung an der Versicherung ab, und so ist vorläufig der Bau des Schiffes zweifelhaft geworden. Der Grund, aus dem die englischen Versicherungsgesellschaften die Rekordschiffe nicht mehr bauen wollen, soll der sein, daß die Kosten dieser Luxussschiffe in keinem Verhältnis zur *Verzinsungsmöglichkeit* stehen. Schon der Luxuskabinenraum werde nicht voll ausgenutzt, und es zeige sich dasselbe, was bei modernen Hotels vielfach zu finden ist, nämlich ein nicht mehr zu rechtfertigender Komfort, der von keinem mehr bezahlt werden kann.

Es ist nach Bernhard die *Rekordsucht* auf allen Gebieten, die die Krankheit unserer Zeit darstellt, ähnlich wie es beim



Sport ist, und daran hat eben der Techniker schuld, was Bernhard auf die Formel zurückführt: „Herrschaft der Techniker über die Vernunft der Wirtschaftler“. Die Phantasie des Wissenschaftlers stürmt ungehemmt vorwärts, und die Ingenieure, die in ihrer Phantasie und ihrem Können volle Freiheit hatten, stellten Fabriken hin, die Meisterwerke der Technik waren. Hinterher stellte sich aber die Enttäuschung durch Dividendenlosigkeit heraus. — Auch die Periode der *Rationalisierung* hat den Techniker über den Kaufmann siegen lassen, so daß die festen Kosten die Renten der Produktion auffressen.

Das sind so ungefähr die Gedankengänge, die Bernhard in seinem Aufsatz verfolgt und die in dem Ausspruch zipfeln: „Der Techniker ist dienendes Glied der Wirtschaft, die vom Kaufmann regiert werden muß. Die Wirtschaftlichkeit ist im kapitalistischen Betrieb oberstes Gesetz. Wo man dieses Grundgesetz mißachtet, tritt Arbeitslosigkeit über Gebühr ein, ohne daß in naher Zukunft liegende Entwicklungsmöglichkeiten Ausgleich schaffen. ‚Wir müssen uns zur Sparsamkeit zurückfinden‘, so lautet die allgemeine Parole. Aber die wirkliche Sparsamkeit ist nicht bloß Einschränkung der Lebenshaltung und Verbilligung durch Lohnsenkung, sondern auch Zurückdrängung der Rekordsucht, Unterstellung des Technikers unter die Herrschaft des Kaufmanns.“

Wir sehen wieder einmal, was wir Techniker doch eigentlich für schlechte Menschen sind. Jahrzehntlang haben wir darüber geklagt, daß die leitenden Stellungen in Industrie und Wirtschaft nicht dem Techniker, sondern dem Kaufmann und Juristen zugeteilt sind, und die Techniker haben alle Anstrengungen gemacht, um sich in der Führung der Wirtschaft die leitenden Stellungen zu erobern. Jetzt, wo sie nach Bernhard dieses Ziel erreicht haben, schlagen sie natürlich über die Stränge und ruinieren mit ihren phantastischen Plänen und übertriebenen Luxusbauten unsere ganze Wirtschaft und werfen einen großen Teil der Arbeiter auf die Straße! Da wird es doch wohl Zeit, dem Techniker die Zügel anzulegen und ihm zu diktieren, was er zu tun hat, bis zu welcher Geschwindigkeit er gehen darf und wo die Grenze liegt, die er nicht überschreiten darf.

Wer die Verhältnisse in Industrie und Wirtschaft wirklich kennt, weiß genau, daß es *gerade umgekehrt* ist. Er weiß, daß die Übertreibungen, die Exzesse der Technik, nicht von dem Techniker herrühren, sondern von Leuten, die das Heft seit altersher in der Hand haben und sich hüten, es dem Techniker abzutreten. Luxuskabinen und Luxushotelzimmer werden zwar vom Techniker gebaut, aber er ist nicht der Besitzer des Dampfers oder des Hotels, sondern er arbeitet nur im Auftrage und auf Bestellung der Herren, die am grünen Tisch sitzen und die Fäden in der Hand haben. Auch das, was mit den Werken der Technik verdient wird, fließt nicht in die Tasche des Technikers; sondern der Herrscher in der Technik ist immer noch der Kaufmann oder, richtiger gesagt, der *Geldmann*, der die Aufgaben stellt und den Techniker für seine Arbeit mehr oder weniger schlecht belohnt, den Hauptgewinn aber selbst in die Tasche steckt. Man sehe sich einmal die Liste der maßgebenden Herren unserer Großindustrie, der großen Schifffahrtsgesellschaften wie der großen Hotels mit ihren Luxuseinrichtungen an! Man wird finden, daß nur sehr wenig wirklich technisch ausgebildete Leute an der Spitze stehen, genau so wenig, wie wir Techniker in unseren öffentlichen Parlamenten oder gar auf Ministersesseln haben. Es war von jeher ein Fehler des Technikers, daß er sich in die untergeordnete Stellung des lediglich Ausführenden hat drängen lassen und in dieser Stellung auch ganz aufging, da er ja seinen technischen Schöpferdrang in ihr betätigen konnte. Die Früchte der Arbeit sind ganz woanders hingewandert, vornehmlich in solche Kreise, die in der Technik und ihren Maschinen lediglich Geldverdienmaschinen sahen und heute noch sehen, ohne die technische Arbeit also solche als Teil der gesamten Kulturarbeit zu erfassen und zu werten. Das war in den Entwicklungszeiten der Industrie so und ist es noch heute zum allergrößten Teil. Nicht der Techniker regiert den Kaufmann,

sondern umgekehrt, der Kaufmann regiert den Techniker und die Technik, und sucht aus der technischen Arbeit herauszuholen, was sich herausholen läßt, ohne sich viel um diese Arbeit selbst als Kulturgut der Menschheit zu kümmern. Daß der Mensch in der Technik eine so minderwertige Rolle gespielt hat und heute noch spielt, ist eben auf diese Verständnislosigkeit für die Arbeit selbst zurückzuführen. Für den Kaufmann gilt der alte Grundsatz: billig einkaufen, billig fabrizieren, teuer verkaufen — und er findet nur in der Konkurrenz seine Grenzen.

Aber Bernhard wirft auch verschiedene Dinge durcheinander, die getrennt zu betrachten sind. Wenn die Technik das Bestreben hat, schnellere Dampfer als bisher zu bauen, so dient sie damit dem Verkehr und nicht nur dem einzelnen, der den Dampfer benutzt. Daß der schnelle Dampfer mit der übertriebenen Luxuskabine ausgerüstet wird, hat mit seiner Schnelligkeit nichts zu tun. Außerdem ist niemand gezwungen, den schnelleren Dampfer zu wählen, genau so, wie er nicht gezwungen ist, in rasender Fahrt mit seinem Kraftwagen durch die Straßen zu jagen. Wenn das Automobil für Schnelligkeitsrekorde mißbraucht wird, so ist der Vorwurf nicht dem Techniker zu machen, der den Wagen baut, sondern dem, der durch den schnelleren Wagen den Konkurrenten schlagen will. Die Rekordsucht wurde nicht durch die Technik aufgebracht, sondern durch die, welche die Technik für ihre Zwecke mißbrauchen.

Soviel ist sicher: Hätte Bernhard mit seinen Ausführungen recht, daß der Techniker über den Wirtschaftler herrsche, so wäre manches heute besser und vieles nicht so geworden, wie es geschehen ist. Die technische Arbeit und der Arbeiter in der Technik wären ganz anders gestellt und bewertet worden, wenn das durch die technische Ausbildung und Tätigkeit geübte objektive und rein sachliche Denken in der Öffentlichkeit und in der von ihr beeinflussten Industrie und Wirtschaft mehr zur Geltung gekommen wäre. Wie sehr die Wirtschaftler vornehmlich auch in ihren wissenschaftlichen Theorien versagt haben, wissen wir aus der Kriegszeit und Inflationszeit am allerbesten.

Deshalb sollten sie etwas bescheidener gegenüber dem Techniker auftreten, als dies in dem Bernhardschen Aufsatz geschieht. Für den Techniker aber soll dieser Aufsatz wieder einmal eine Lehre dafür sein, daß er um sein gutes Recht auf Leitung in Technik und Industrie besteht und sich nicht von dem immer mehr andrängenden Strom der Volkswirtschaftler in diesem Recht schmälern läßt. Die Zukunft gehört der Technik und nicht dem Kaufmann!

Dipl.-Ing. Carl Weihe

Verband Deutscher Diplom-Ingenieure e. V.

#### Schlußwort von Prof. Georg Bernhard

Der Sinn meines Artikels war klar: Die wirtschaftliche Anwendung der Technik muß ihre Grenze in der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens finden. Die schönste Rationalisierung, auch wenn sie ein technisches Wunderwerk ist, nützt nichts, solange für den rationalisierten Betrieb der Absatz fehlt. Außerdem kommt es darauf an, die Errungenschaften der Technik der Allgemeinheit zugänglich zu machen und nicht, wie das in vielen Fällen leider geschieht, den technischen Fortschritt in Luxus zu verwandeln, der nur wenigen zugute kommt. Ich glaube, daß so weit jeder Techniker mit mir geht, und ich bin der Meinung, daß diese Gedanken einmal ausgesprochen werden mußten. Das bedeutet weder eine Herabsetzung der Technik, noch der Techniker. Aber ich gebe zu, daß sich meine Kritik vielleicht an die falsche Adresse gerichtet hat. Es ist selbst für den, der mit den persönlichen Verhältnissen in der deutschen Industrie einigermaßen vertraut ist, nicht immer leicht, genau zu wissen, welche Generaldirektoren aus dem technischen und welche aus dem kaufmännischen Lager stammen. Wer soll immer auseinanderhalten, ob der Dr.-Ing., der fast alle industriellen Namen schmückt, rite oder honoris causa erworben wurde? Ich kann mich der besseren Kenntnis der um ihre Stellung kämpfenden Techniker nicht verschließen. Es ist mir recht, daß die Jacke denen angezogen wird, denen sie paßt.



## Literatur

### Die Wirtschaftsliteratur des Jahres 1930

Die folgende Übersicht strebt das Ziel an, den Leser darüber zu unterrichten, welche beachtenswerten Neuererscheinungen das ablaufende Jahr auf den wichtigsten Arbeitsgebieten brachte. Das bedeutet, daß auf hundertprozentige Vollständigkeit verzichtet wird; es soll keine bibliographische Aufstellung, sondern eine kritische Auswahl geboten werden. Im übrigen behalten wir uns vor, eine größere Anzahl der aufgeführten Bücher, soweit sie nicht bereits besprochen worden sind, noch eingehend rezensieren zu lassen.

#### Methodologie und Wirtschaftstheorie

Der ökonomisch-theoretischen Forschung wird jetzt vielfach der Vorwurf gemacht, daß in ihr die *methodologischen* Untersuchungen einen unverhältnismäßig breiten Raum einnehmen. Die Literatur des letzten Jahres trifft dieser Vorwurf jedenfalls nicht. Es ist auf diesem Gebiet nur ein bedeutungsvolles Buch erschienen, *Sombarts* Werk „Die drei Nationalökonomien“ (Duncker & Humblot), das hier noch eingehend besprochen werden soll. Sombarts Gedanke, daß der bisherigen rationalistischen Volkswirtschaftstheorie enge Grenzen gezogen seien und daß die Aufgabe, das wirtschaftliche Geschehen nicht nur in einzelnen mechanischen Abläufen, sondern als Ganzheit zu erfassen, nur von einer intuitiven „verstehenden“ Ökonomik gelöst werden könne, ist viel diskutiert worden. Im übrigen ist Sombarts Buch in hohem Maße methodische Sicherung und Rechtfertigung seines eigenen Lebenswerks. In diesem Sinne sagt er am Schluß einer kleinen Schrift „Nationalökonomie und Soziologie“ (Kieler Vorträge Nr. 53, Fischer, Jena): „In methodischen Fragen . . . haben nur die Gekreuzigten ein Recht mitzusprechen“. Was in diesem Jahr sonst an methodologischen Untersuchungen erschien, strebt — soweit es nicht vorwiegend terminologischen Charakter trägt, wie die Schrift von *Giulio Scagnetti*: „Produzione della ricchezza e ripartizione del reddito nelle imprese“ (Rom), welche die Begriffe der grundlegenden wirtschaftlichen Sachverhalte prüft — eine Klärung methodischer *Sonderprobleme* an, stellt also nicht die traditionelle Methodik selbst in Frage. So wird in der Arbeit von *E. Oppler*: „Der Begriff des Wirtschaftsgesetzes in der Volkswirtschaftslehre“ (Helios-Verlag, Münster i. W.) das Problem des Wirtschaftsgesetzes dogmengeschichtlich untersucht. Oppler steht ebenso wie *H. Koepke* in ihrer Untersuchung: „Der Konkurrenz- und Monopolbegriff bei Adam Smith und seine methodologischen Folgerungen“ (Ebering, Berlin) auf dem Boden der heutigen Methodologie.

Aus einer Reihe von Monographien besteht auch die Ausbeute auf dem Gebiet der *Dogmenhistorik*. *W. Casper* stellt die theoretischen Grundansichten des englischen Merkantilisten Charles Davenant dar (Fischer, Jena) dar. *E. Thier* schildert die ökonomisch-soziale Problematik der drei Staatssozialisten Rodbertus, Lassalle und Adolph Wagner im Zusammenhang mit deren geschichtsphilosophischen Ideen (Fischer, Jena). *H. Kröner* bemüht sich um eine Einordnung von John R. Commons' Lebenswerk in die herrschenden theoretischen Strömungen (Fischer, Jena). Beachtenswert ist die Arbeit von *H. Fernholz* („Walter Rathenau als Nationalökonom“, Carl Heymanns Verlag), der die ökonomischen und sozialreformatoren Ideen Rathenaus untersucht. Gegenüber der Tendenz zu berichtender Darstellung in den genannten Schriften hat die Monographie von *E. Maschke* über Spann („O. Spanns wirtschaftstheoretische Grundauffassung und ihr Verhältnis zur Grenznutzentheorie“, Stilke) in höherem Maße kritischen Charakter: sie ist der Widerlegung von Spanns

Kritik an der Grenznutzenschule und dessen positiver Wirtschaftstheorie gewidmet.

Neben diesen monographischen, dogmenhistorischen Arbeiten ist eine Reihe von Schriften erschienen, die sich mit der Untersuchung der *wirtschaftlichen Grundprobleme* befassen. *A. Salz* wirft die wichtige Frage: „Macht und Wirtschaftsgesetz“ auf (Teubner), die seit Böhm-Bawerks grundlegender Untersuchung die Wissenschaft immer wieder beschäftigt hat. Salz stellt die Frage nicht so sehr im Hinblick auf die ökonomische Theorie als auf die ökonomische Wirklichkeit, und damit wird das Problem: Macht und wirtschaftliche Gesetzlichkeit für ihn zu einer Frage nach den Grenzen staatlicher Intervention in der liberalistischen Wirtschaft der Gegenwart. Das Unternehmertum in der gegenwärtigen Wirtschaft ist der Erkenntnisgegenstand der Schrift von *J. Gerhardt*: „Unternehmertum und Wirtschaftsführung“ (J. C. B. Mohr). Gerhardt kommt in seiner Untersuchung zu dem Ergebnis, daß die von ihm kritisierte marktlose Wirtschaft des Sozialismus der Demokratie als System der Wirtschaftsführung prinzipiell entgegengesetzt sei und daß es im Sozialismus nur Leiter, aber nicht Unternehmer als Wirtschaftsführer geben könne.

Unter den Schriften über die theoretischen Grundfragen sind zunächst einige ausländische Werke hervorzuheben. *R. Foignets* „Manuel élémentaire d'économie politique“ (Paris) bietet eine Dogmengeschichte und behandelt daneben in elementarer Form Fragen der Produktion und Produktionspolitik sowie geldtheoretische Probleme. Demgegenüber ist der erste Band des auf drei Bände berechneten Lehrbuchs der Ökonomik des bekannten italienischen Gelehrten *G. Del Vecchio* „Lezioni di economia pura“, (Padua) zunächst nur den Fundamentalproblemen, vor allem der Kosten- und Monopoltheorie und der Geldtheorie gewidmet. (Eine Reihe geldtheoretischer Abhandlungen desselben Gelehrten erschien soeben — verdeutscht von *O. Weinberger* — unter dem Titel „Grundlinien der Geldtheorie“ bei J. C. B. Mohr.) Die genannten Lehrbücher stellen die theoretische Nationalökonomie im wesentlichen von bisher allgemein anerkannten, traditionellen Gesichtspunkten dar. Unter einem Sonderaspekt, der in Deutschland bisher wenig Anerkennung gefunden hat, nämlich dem mathematischen, behandelt *O. Weinberger* in seiner Einführung „Mathematische Volkswirtschaftslehre“ (Teubner), die Ökonomik. Weinberger kommt das unbestreitbare Verdienst zu, das erste mathematisch-ökonomische Lehrbuch in deutscher Sprache geschrieben zu haben; seine stark dogmengeschichtliche Orientierung mag darin ihre Rechtfertigung finden. Daß es für den Anfänger zu hohe mathematische Kenntnisse voraussetzt und auch kritischen Einwänden ausgesetzt ist, ändert nichts daran, daß der Versuch beachtenswert ist. Von einem anderen speziellen Gesichtspunkt aus, nämlich dem der gewerkschaftlichen Praxis, behandelt der Gewerkschaftstheoretiker *Alfred Braunthal* das Thema „Die Wirtschaft der Gegenwart und ihre Gesetze“ (E. Laub, Berlin). Er versucht in dieser Arbeit, wie er betont, eine „marxistische Theorie“, nicht aber eine Theorie des Marxschen Systems zu geben. Als das nicht-marxistische theoretische Element in Braunthals Lehrbuch dürfte vor allem die Grenznutzentheorie angesehen werden. Sehr problematisch sind *A. P. Bocks* „Grundlagen einer Wirtschaftstheorie vom Ingenieurstandpunkte“ (Rohrer). Bock ist mehr auf metaphysische und erkenntnismäßige als auf gegenständliche Probleme gerichtet. Eine leicht faßliche, für Laien bestimmte „Einführung in die Volkswirtschaftslehre“ bietet das Buch von *P. Pflüger* (Orell Füssli), das wirtschaftliche Grundbegriffe und Kenntnis des gegenwärtigen, vor allem des schweizerischen Wirtschaftslebens vermitteln will.

Die geldtheoretische Literatur dieses Jahres ist recht ergiebig. *A. Hahns* „Volkswirtschaftliche Theorie des



Bankkredits“ erschien in 3. Auflage (J. C. B. Mohr); sie bringt eine Verfeinerung der ehemals stark zugespitzten Kreditschöpfungstheorie Hahns.

Praxis und Theorie auf dem Gebiete des Geld- und Kreditwesens konfrontiert R. B. Käppeli, indem er die Notenbankausweise untersucht („Der Notenbankausweis in Theorie und Wirklichkeit“, Fischer, Jena). Er umreißt in einem theoretischen Teil die von der Theorie an den Notenbankausweis zu stellenden Forderungen (Publizität usw.) und zeigt in einem zweiten empirischen Teil an Hand der Ausweise der neun bedeutendsten Notenbanken, wie weit diesen Forderungen Rechnung getragen wird. Von der ausländischen Literatur ist vor allem J. M. Keynes' neues Werk: „A Treatise on Money“ zu nennen, das hier noch eingehend besprochen werden soll. Der Franzose H. Hornbostel steht in seinem Buch „La Vitesse de circulation de la monnaie et les variations de son pouvoir d'achat. Contribution à l'étude d'une théorie réaliste“ (Paris) auf dem Standpunkt der Fischerschen und Keynes'schen Quantitätstheorie und ihrer Stabilisierungspolitik. Daß diese Position aber vielfach schon wieder aufgegeben wird, beweisen zwei umfassende Darstellungen der Geldtheorie: das Lehrbuch von R. Gonnard: „Précis d'économie monétaire“ (Paris) und von A. Pose: „De la théorie monétaire à la théorie économique“ (Paris). Gonnard, der sich außer mit dogmengeschichtlicher Darstellung viel mit der Goldwährung beschäftigt, lehnt Fishers Indexmethode und Stabilisierungspläne ab; Pose, der sich in gleicher Weise mit Fisher und Cassel auseinandersetzt, tritt für eine Überwindung von deren Theorie durch eine psychologisch unterbaute und dynamische Theorie ein, die er aber nur in ihren Grundzügen andeutet.

In enger Beziehung zu den Grundlagen ökonomischer Theorie steht das groß angelegte neueste Werk von I. Fisher: „Theory of Interest“ (New York). Es ist eine Erweiterung und Vertiefung seines 1907 erschienenen Buches „The Rate of Interest“ und hat — von den Theorien Böhm-Bawerks und Raes ausgehend — eine Synthese subjektiver Werttheorie und objektiver Profittheorie zum Ziele. Obwohl sich das Buch nach Fishers Bestimmung an Wirtschaftsführer wendet, verzichtet er nicht auf Heranziehung mathematischer Hilfsmittel und sucht seine Ergebnisse an einem reichen statistischen Material zu verifizieren. Um die Bestimmung des Unternehmereinkommens bemüht sich auch G. Otte („Das Differentialeinkommen im Lichte der neueren Forschung“, Ebering, Berlin), doch ist es nur die begriffliche Bestimmung und Abgrenzung gegen den Monopolbegriff, die hier zur Diskussion steht. Das in der Tages- und Zeitschriftenliteratur viel diskutierte Problem der Arbeitslosigkeit hat unter rein theoretischen Gesichtspunkten A. Hahn in seiner Schrift: „Ist Arbeitslosigkeit unvermeidlich?“ („Schriften des Magazins der Wirtschaft, Heft 2) behandelt. Als Ursache der großen Nachkriegsarbeitslosigkeit wird von Hahn die Lohnpolitik in Verbindung mit der von Unternehmerseite betriebenen monopolistischen Marktpolitik angesehen. H. Rittershausen sucht dagegen die Erklärung für die Arbeitslosigkeit in der Kapitalbildung und ihren Hemmungen durch die gegenwärtige Bankenverfassung („Arbeitslosigkeit und Kapitalbildung“, Fischer, Jena). Daraus ergibt sich ihm als notwendige Forderung eine bessere Kreditversorgung der Volkswirtschaft durch ein reformiertes Bankwesen.

Aus dem sozialistischen und marxistischen Problemkreis sind vor allem einige französische Schriften zu nennen. Zunächst zur Geschichte des französischen Sozialismus die historische Darstellung von J. Delefsky: „Les Antinomies socialistes et l'évolution du socialisme français“ („Etudes économiques et sociales“, Nr. 27, Paris) der den französischen Sozialismus von seinen „heroischen“ Anfängen bis zur Wirklichkeitsarbeit der Gegenwart verfolgt, und die Kritik von G. Sorel an der französischen Gewerkschaftspraxis („Die Auflösung des Marxismus“, deutsch von E. H. Posse, Fischer, Jena). Der Herausgeber Sorels, E. H. Posse, hat selbst eine Epoche des französischen Sozialismus dargestellt: „Der Marxismus in Frankreich

1871—1903“ (Prager). In die theoretische Problematik des Marxismus führt die dogmengeschichtliche Studie von L. Laurat: „L'Accumulation du capital d'après Rosa Luxembourg“ (Bibliothèque générale d'économie politique, Paris), die das Akkumulationsproblem von Rosa Luxembourg bis Sternberg darstellt. Die jüngste Diskussion auf Grund des Buches von Großmann wird noch nicht einbezogen.

Mit dem praktischen Marxismus in seiner russischen Gestalt setzt sich auseinander M. Bauermeister: „Die russische kommunistische Theorie und ihre Auswirkung in den Planwirtschaftsversuchen der Sowjetunion“ (Fischer, Jena); die Widersprüche der marxistischen Theorie, die im evolutionären Sozialismus verdeckt würden, träten im revolutionären Sozialismus in Erscheinung, wie das Beispiel Rußlands beweise. In ähnlicher Weise lehnt S. Béracha („Rationalisation et révolution“, Bibliothèque économique universelle, Paris) vom syndikalistischen Standpunkt die russische Planwirtschaft ab. Das Buch behandelt im wesentlichen die kapitalistische Rationalisierung in Europa und Amerika.

Die Literatur zur Konjunkturforschung hat im letzten Jahr fast nur Monographien aufzuweisen, eine Tatsache, die in der Entwicklungsrichtung dieses Forschungszweigs gelegen ist. Das Vorwiegen methodischer Literatur ergibt sich aus der statistischen Orientierung der Konjunkturbeobachtung, deren Methoden einer Verfeinerung bedürfen. Einen solchen Ausbau mathematisch-statistischer Methoden für die Trendberechnung unternimmt K. Jordan in seiner ungarisch und deutsch geschriebenen Studie: „Berechnung der Trendlinie auf Grund der kleinsten Quadrate“ (Mitteilungen der Ungarischen Landeskommission für Wirtschaftsstatistik und Konjunkturforschung, Nr. 1, Budapest). Seine komplizierte Methode, die vor allem die Probleme der zeitlichen Intervalle berücksichtigt, versucht A. Sipos auf konkrete Fälle anzuwenden („Praktische Anwendung der Trendberechnungsmethode von Jordan“, Ebenda, Nr. 2). Doch ist diese technische Verfeinerung nur eine Seite in der differenzierenden Entwicklung der Konjunkturbeobachtung; die andere ist die wirtschaftstheoretische Unterbauung der bisher auf Grund empirischer Erwägungen angewandten Verfahren. Diese theoretische Arbeit gerade für das Trendproblem leistet der amerikanische Konjunkturforscher S. Kuznets in seiner Studie „Wesen und Bedeutung des Trends“ (Veröffentlichungen der Frankfurter Gesellschaft für Konjunkturforschung, Heft 7, Schroeder, Bonn), in der er unter Heranziehung dogmengeschichtlicher Betrachtung die Berechtigung der Trendberechnung untersucht. Das Bestreben, von der ökonomischen Problematik her bestimmte Methoden in der Konjunkturstatistik zu verwenden, hat zur Untersuchung sogenannter Nachfragekurven geführt. Welche Wege zu beschreiten sind, um dabei auch konjunkturelle, also dynamische Probleme, zu lösen, erörtert der Chicagoer Nationalökonom H. Schultz in seiner Monographie „Der Sinn der statistischen Nachfragekurven“, (ebenda, Heft 10). In derselben Richtung bewegt sich die Studie von M. Ezekiel: „Preisvoraussage bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen“, (ebenda, Heft 9), in der der Verfasser die von ihm in früheren Arbeiten ausgebauten Berechnungsmethoden in ihrer Anwendbarkeit auf die Preisbestimmung einzelner agrarischer Produkte zeigt.

Sieht man davon ab, daß das bedeutende Krisenwerk von M. Bouniatian: „Les Crises économiques“ in zweiter Auflage erschienen ist (Bibliothèque international d'économie politique, Paris) und manche Vertiefung in der Wert- und Preistheorie, aber auch eine eingehendere Untersuchung der zwischen Konjunktur und Kredit bestehenden Beziehungen bringt, so ist kein namhaftes synthetisches Werk über Konjunkturtheorie zu nennen. Wohl aber ist eine Reihe guter Sonderuntersuchungen erschienen. V. Timoshenko hat in seiner Arbeit „The rôle of agricultural fluctuations in the business cycles“ (Michigan Business Studies, Vol. 2, Nr. 9) die Beziehungen von Ernteschwankungen und Konjunktur untersucht und für die statistisch fest-



gestellte Korrelation zwischen Preisschwankungen für Agrarprodukte und Industrieprodukte eine theoretische Erklärung unternommen. Den Zusammenhang von städtischer Grundrente und Konjunktur klärt K. Pribram in seiner Studie „Die städtische Grundrente im Konjunkturverlauf“ (Veröffentlichungen der Frankfurter Gesellschaft für Konjunkturforschung, Heft 6), und trägt dabei einiges zur Theorie der städtischen Grundrente bei, vor allem zur Erklärung der absoluten Rente städtischer Mietshäuser, die er in konjunkturellen Bewegungen begründet glaubt.

### Gewerbepolitik

Die gewerbepolitische Literatur wurde im vergangenen Jahr weniger durch lehrbuchartige Gesamtbetrachtungen als durch zahlreiche Monographien über einzelne Industriezweige bereichert. Das ganze Gebiet der Industriepolitik wird lediglich in Herbert von Beckeraths Werk „Der moderne Industrialismus“ behandelt, das als Band 11,1 der „Grundrisse zum Studium der Nationalökonomie“ (Fischer, Jena) erschien. Der Titel ist umfassender als der Inhalt des Buchs: Die moderne Industriegewirtschaft wird zwar geschildert, aber nicht in ihrer Eigenart anderen Wirtschaftssystemen gegenübergestellt, und die Frage, wie die Phänomene der Konjunkturschwankungen, der sozialen Bewegung und der imperialistischen Strömungen mit dem modernen Industrialismus des 19. und 20. Jahrhunderts verknüpft sind, findet keine Erörterung (wahrscheinlich sollen diese Fragen in anderen Bänden der Grundriß-Sammlung behandelt werden). Statt dessen gibt das Buch ein Bild von dem Triebwerk der modernen Industriegewirtschaft, von den Formen, in denen sich Rohstoffbezug, Produktion und Absatz vollziehen und von den zahlreichen Einzelfragen, die hiermit verbunden sind. Die internationalen Vergleiche und der Überblick über zahlreiche wichtige Industriezweige geben dem Buch ein umfassendes Gepräge.

Die übrige Literatur, fast ausschließlich Untersuchungen über einzelne Gewerbezweige, konzentriert sich dieses Jahr auf die Veröffentlichungen des *Enquête-Ausschusses* (Mittler & Sohn). Zwei Unterausschüsse haben sich mit der Industriegewirtschaft beschäftigt, der dritte Unterausschuß (Dernburg), der einige wichtige Rohstoffindustrien bearbeitete, und die fünfte Arbeitsgruppe des ersten Unterausschusses (Harms), die sich mit mehreren verarbeitenden Industrien befaßte und nur in einigen Ausnahmefällen (Leder- und Ölmühlenindustrie) auch die Verhältnisse der Rohstoffindustrien untersuchte.

Der *dritte Unterausschuß* hat in diesem Jahr seine früheren Veröffentlichungen über die Kohlenwirtschaft, die Kaliindustrie und die Rohstoffversorgung der Eisen erzeugenden Industrie durch drei neue Untersuchungen ergänzt: Er hat ausführliche Berichte über die Elektrizitätswirtschaft, die chemische Industrie und die Eisen erzeugende Industrie erstattet. Diese drei Bände sind im MdW besprochen worden (Nr. 12, S. 558; Nr. 37, S. 1712; und Nr. 51/52, S. 2355); sie enthalten wichtige Materialien für die Beurteilung dieser Industriezweige. Der *Enquête-Ausschuß* hat besonders in dem Band über die Eisenindustrie auch sehr umstrittene Fragen der Industriepolitik ausführlich behandelt; seine Stellungnahme wird zweifellos für die Wirtschaftspolitik der nächsten Jahre von großer Bedeutung sein.

Aus den Veröffentlichungen über die *Verfeinerungsindustrien* tritt deutlich hervor, daß die Arbeit des *Enquête-Ausschusses* ein Torso bleiben mußte. So, wie die vier umfangreichen Bände über „Das deutsche Handwerk“, als ein fast vollständiger Grundriß der Handwerkswirtschaft anzusprechen sind und damit die bisher einzige umfassende Untersuchung der Handwerksprobleme seit den Veröffentlichungen des Vereins für Sozialpolitik von 1895 bilden (vgl. MdW Nr. 13, S. 609 und Nr. 25, S. 1163), wäre auch eine Gesamtdarstellung der verarbeitenden Industrien eine dankbare Aufgabe für die *Enquête* gewesen. In der breiten Öffentlichkeit sind die Verhältnisse der großen Rohstoffindustrien weit genauer bekannt als die der Fertigungsindustrien,

die wegen ihrer starken Zersplitterung niemals so sehr das Interesse der Schriftsteller und — was weit schlimmer ist — auch nicht das Interesse der Wirtschaftspolitiker gefunden haben. Die Literatur über die verarbeitenden Industriezweige erstreckte sich bisher fast ausschließlich auf eine Unzahl von Dissertationen recht verschiedener Güte. Leider gehen aber die Arbeiten des *Enquête-Ausschusses* keinen *vollständigen* Überblick über die Verfeinerungsindustrien; sie beschränken sich vielmehr auf einige wichtige Industriezweige. Dabei wird die Gruppe der Leder erzeugenden und verarbeitenden Gewerbe mit besonderer Ausführlichkeit dargestellt (sechs Bände: Die Deutsche Leder-, Schuh-, Hausschuh-, Lederwaren-, Treibriemen-, Lederhandschuhindustrie). Außerdem liegen eingehende Berichte über die Ölmühlen- und die Margarineindustrie, über die Eisen- und Stahlwarenindustrie, das Uhrgewerbe, die Spielwarenindustrie und über die Großmusikinstrumenten-Industrie vor.

Erfreulicherweise sind alle diese Untersuchungen nach einem einheitlichen Plane vorgenommen worden, so daß derjenige, der sich für bestimmte Einzelprobleme — z. B. für die Rationalisierungserfolge, für den Produktionsumfang, die Organisation des Absatzes usw. — interessiert, durch Vergleich der entsprechenden Kapitel in den einzelnen Bänden leicht einen Einblick in diese Fragen gewinnen kann. Besonderes Gewicht wurde bei den Untersuchungen auf die Bedeutung des Weltmarkts für die einzelnen Industrien gelegt. Hierbei konnte endlich ein *zahlenmäßiger* Einblick in die an sich längst bekannte Tatsache gewonnen werden, daß während der Kriegs- und Nachkriegszeit im Ausland wichtige Konkurrenzindustrien entstanden sind, die durch Zölle und andere protektionistische Maßnahmen der Regierungen mit Erfolg geschützt wurden. Infolge der unexakten Angaben der Interessenten sind hierüber in der deutschen Öffentlichkeit oft übertriebene Vorstellungen verbreitet; sie werden durch die Untersuchungen des *Enquête-Ausschusses* auf das richtige Maß reduziert: Auch so bleibt noch genügend Anlaß zur Klage — und zum Lob für jene Gewerbe, die trotz der verschärften Konkurrenz ihren Export vergrößern konnten.

Von der sonstigen Buchliteratur aus dem Gebiet der Gewerbepolitik sind — neben zahlreichen Jahrbüchern, statistischen Zusammenstellungen und Monographien einzelner Verbände und Unternehmungen — folgende Werke zu erwähnen: J. Müller gibt in dem Buch über „Die thüringische Industrie“ (Fischer, Jena) eine zusammenfassende Darstellung der einzelnen Industriezweige Thüringens und ihrer besonderen Betriebsformen. Mehr historischen Charakter tragen drei Arbeiten aus dem Gebiet wichtiger Rohstoffindustrien: O. Goebel stellt die „Deutsche Rohstoffwirtschaft im Weltkrieg“ dar (Deutsche Verlags-Anstalt); er schildert ausführlich die Bewirtschaftung von Kohle, Eisen, Stahl, anderen Metallen, Spinnstoffen und chemischen Rohstoffen während des Krieges. Mit dem „Wiederaufbau der Großeisenindustrie an Rhein und Ruhr“ befaßt sich Hans J. Schneider (Hobbing). Er legt die Bedeutung des Versailler Vertrags für die westdeutsche Eisenerzeugung dar und zeigt, wie sich die Industrie aus diesen Schwierigkeiten herausgeholfen hat. K. Loose untersucht „Vorgeschichte, Gestaltung und Auswirkung des Kohlenwirtschaftsgesetzes vom 23. März 1919“ (Schroeder); er behandelt den Aufbau und die Tätigkeit der Kohlensyndikate, des Reichskohlenverbandes und des Reichskohlenrats während des zehnjährigen Bestehens dieser Organisationen. Einen Überblick über die Absatzverschiebungen, die in Zukunft für den Kohlenbergbau zu erwarten sind, wenn der Mittellandkanal fertiggestellt ist, gibt H. J. Altmann in der Arbeit „Die Kohlenversorgung Groß-Berlins und der Mittellandkanal“ (Springer, Berlin).

Eine Spezialuntersuchung über den Ablauf der Konjunktur im Baugewerbe bietet die Arbeit von K. Hunscha „Die Dynamik des Baumarkts“ (Hobbing). In diesem Buch — einem Sonderheft der „Vierteljahrshäfte zur Konjunkturforschung“ — erfaßt Hunscha die Zeitspanne, um die der Konjunkturablauf des Baumarkts der sonstigen indu-



striellen Konjunktur voranzugehen pflegt. Besonders vor dem Krieg war ein zeitlicher Abstand der Bewegungen deutlich festzustellen, da die Bautätigkeit in besonders starkem Umfang von dem Zinsniveau abhängt. Die verschiedenen Bauarten: Wohnungsbauten, gewerbliche und öffentliche Bauten, weisen hierbei charakteristische Unterschiede auf.

Auf Anregung des Reichswirtschaftsministeriums hat O. von Miller ein „Gutachten über die Reichselektrizitätsversorgung“ abgegeben (VDI-Verlag), in dem er einen großangelegten Plan zur Vereinheitlichung des deutschen Elektrizitätsnetzes entwirft. Seine Berechnungen stießen in Fachkreisen vielfach auf Widerstand; vor allem wird die Rentabilität seines Projekts bezweifelt. Unter besonderer Berücksichtigung der württembergischen Verhältnisse stellt H. Büggeln „Die Entwicklung der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft in Deutschland“ dar (Kohlhammer); er empfiehlt dabei die Gründung gemischt-wirtschaftlicher Gesellschaften. Die „Rechtsgrundlagen der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft in Deutschland“ werden von drei der Praxis nahestehenden Verfassern (E. Henke, H. Müller und F. Rumpf) geschildert (Springer, Berlin).

Auf dem Gebiet der Verkehrspolitik erschienen in diesem Jahre zwei Gesamtdarstellungen der verkehrswissenschaftlichen Probleme: J. Hellauer schildert in einem Sonderband aus dem Werk „Die Handelshochschule“ den „Nachrichten- und Güterverkehr“ (Spaeth & Linde), und Kurt Wiedenfeld veröffentlichte unter dem Titel „Transportwesen“ einen wichtigen Beitrag zum „Grundriß der Sozialökonomik“ (Mohr). Es ist sehr zu begrüßen, daß nunmehr zwei umfassende Darstellungen über das Verkehrswesen vorliegen, in denen auch die zahlreichen neu aufgetauchten Verkehrsprobleme (Ferngas- und Ölleitungen, Ausbreitung des Kraftwagenverkehrs usw.) berücksichtigt werden. Zu der aktuellen Frage des Autoverkehrs erschienen u. a. die Denkschrift des Studienausschusses „Eisenbahn und Kraftwagen“ beim Deutschen Industrie- und Handelstag (Heymann), in der wichtiges Material über die Konkurrenzverhältnisse beider Verkehrswege zusammengestellt ist (vgl. auch die gleichnamige Broschüre des Reichsverbandes der Automobilindustrie). Die Reichsbahn äußerte sich zu diesem Thema in der Schrift „Reichsbahn und Kraftwagenverkehr“, in der sie ihren bekannten Vorschlag einer Konzessionierung des Lastkraftwagenverkehrs begründet. Die eng mit dem Problem des Automobilverkehrs zusammenhängenden Fragen des Straßenbaues werden hauptsächlich in der Denkschrift der Studiengesellschaft für die Finanzierung des deutschen Straßenbaues („Finanzierung des deutschen Straßenbaues“, als Handschrift gedruckt, Berlin) untersucht. Einen Vergleich mit den amerikanischen Straßenbauverhältnissen bieten die Arbeiten von H. Lening „Die Landstraßen in den Vereinigten Staaten, ihre Verwaltung und Finanzierung“ (Hobbing) und „Die Finanzierung des Straßenbaus“ von A. J. Brosseau, die als Gutachten für die Internationale Handelskammer verfaßt wurde (Paris). — Mit den Verhältnissen der Rheinschifffahrt befaßte sich das umfangreiche Gutachten der Rhein-Kommission „Die deutsche Rheinschifffahrt“ (Hobbing), das nach einer Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der deutschen und ausländischen Rheinschiffer praktische Vorschläge für wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Hebung des deutschen Schiffsverkehrs auf dem Rhein macht.

## Kartellwesen

Die Bewältigung der Kartellliteratur ist nicht nur deshalb schwierig, weil auf diesem Gebiet eine Fülle von Neuerscheinungen vorliegt, sondern weil sich die ökonomische und juristische Problematik ständig überschneidet. Zudem sind die aktuellen wirtschaftlichen Kartellprobleme relativ neu; Rechtsordnung und Rechtsprechung hatten noch nicht genügend Zeit, ihnen in rechtlichen Normen adäquaten Ausdruck zu verleihen. Ähnliches liegt höchstens auf dem Gebiete des Arbeitsrechts und des Aktienrechts vor, allerdings nicht in so starkem Maße wie beim

Kartellrecht, wo die Probleme besonders jungen Datums sind. Kein Wunder, daß im größten Teil der Kartellliteratur juristische und wirtschaftliche Fragen gemeinsam behandelt werden. Läßt doch jede wirtschaftliche Analyse bestimmte Rückschlüsse oder Forderungen für die Gestaltung des heftig umstrittenen Kartellrechts zu — umgekehrt liegt jeder juristischen Stellungnahme eine bestimmte Einstellung zur wirtschaftlichen Seite des Kartellproblems zugrunde. So wird man z. B. die *Entscheidungen und Gutachten des Kartellgerichts* (herausgegeben von der Kartellstelle des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Berlin; im abgelaufenen Jahre erschienen Nr. 127 bis 150), die einen der wichtigsten Bestandteile der Kartellliteratur bilden, niemals unter rein juristischen Gesichtspunkten betrachten dürfen.

Der Herausgeber der „Kartellrundschau“ und Richter am Kartellgericht, S. Tschierschky, ist im abgelaufenen Jahr mit einem neuen Buche hervorgetreten, in dem er die einzelnen Faktoren der Kartellpolitik für die Wirtschaftsgestaltung analytisch prüft, aber nicht werten will. Er nennt es deshalb „Kartellpolitik. Eine analytische Untersuchung“. (Carl Heymanns Verlag). Den Aufbau seines Gedankengebäudes und damit auch die Verständlichkeit seines Buches erschwert sich Tschierschky dadurch, daß er methodisch neue Wege zu gehen sucht, die in der bisherigen Literatur noch nicht betreten wurden. Diese Neigung ist überhaupt in den grundsätzlichen Arbeiten über Kartellfragen immer mehr anzutreffen. Eine derartige Komplizierung ist aber gerade bei der Behandlung der *wirtschaftlichen* Kartellfragen nicht erforderlich; denn in der Theorie des Monopolpreises, die in der nationalökonomischen Literatur schon hinreichend geklärt worden ist, finden sich eigentlich alle wichtigen Elemente. Natürlich kann man nicht erwarten, daß von ihnen Gebrauch gemacht wird, wenn das Monopol als wesentliches Merkmal des Kartells vernachlässigt oder bewußt abgelehnt wird, wie dies neben Tschierschky (der früher eine andere Ansicht vertrat) noch manche Schriftsteller tun. Eine Kompromissstellung hinsichtlich des Monopolmerkmals nimmt O. Klug in seinem Buch „Das Wesen der Kartell-, Konzern- und Trustbewegung. Ein wirtschaftliches und soziologisches Problem“ (Fischer, Jena) ein. Auch er setzt uns ein methodisch neu aufgezogener Gedankengebäude vor. Allerdings finden sich auf diesen Seiten ebenso wie bei Tschierschky außerordentlich wertvolle Urteile über Einzelfragen des Kartellwesens. Daneben stehen aber bei beiden Verfassern auch bedenkliche Schiefheiten. Sie finden sich besonders reichlich in dem Buch von E. Ertel „Internationale Kartelle und Konzerne der Industrie“ (Poeschel).

Zur Orientierung über den Charakter der internationalen Kartellierung sei die soeben erschienene Denkschrift empfohlen, die von vier industriellen Sachverständigen aus Italien, Deutschland, Frankreich und Luxemburg ausgearbeitet wurde. C. Lammers, der von deutscher Seite an dieser Ausarbeitung beteiligt war, hat jetzt auch die deutsche Ausgabe besorgt und unter dem Titel „Internationale Industrie-Kartelle“ herausgegeben (Carl Heymanns Verlag).

Solide und anregend ist die Arbeit von Richard Passow, „Kartelle“ (Fischer, Jena). Sehr wertvoll ist der vom Verein für Sozialpolitik unter Verantwortlichkeit von E. Lederer herausgegebene Band „Das Kartellproblem. Beiträge zur Theorie und Praxis“ (Duncker & Humblot). Besondere Beachtung verdient der darin enthaltene Beitrag von G. Halm, „Die Wirkung der Besteuerung des Kartellgewinnes“. Hier sind auf der Grundlage der Theorie des Monopolpreises die Erfassungs- und Überwälzungsmöglichkeiten bei einer Besteuerung der Monopolgewinne in klarer Weise dargestellt. Halm geht davon aus, daß eine Steuer, die den Monopolgewinn wirklich erfaßte, tatsächlich unüberwältbar wäre.

Neben solchen grundsätzlichen Arbeiten sind im abgelaufenen Jahre verschiedene Publikationen erschienen, die sich mit Spezialfragen des Kartellwesens beschäftigen. Beachtlich ist die Schrift von G. Lucae, „Außenseiter von





# Neue Literatur aus dem Verlage von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

Soeben erschien in zweiter, völlig neu bearbeiteter Auflage:

## **BANKPOLITIK** von Dr. Felix Somary, Bankier in Zürich

**Ein Buch für Bankleiter und solche, die es werden wollen**

**Broschiert M 12.—, in Ganzleinen geb. M 15.—**

Das Buch hat sich die Aufgabe gestellt, unter Berücksichtigung der Lehren und Erfahrungen der Vergangenheit ein Bild der internationalen Banksituation zu entwerfen, das nicht bloß für den Augenblick Geltung hat. Es unternimmt den Versuch, die Entwicklungstendenzen zu erfassen und die Wirkungen der Volkswirtschaft auf die Banken darzustellen.

Die zweite Auflage des seit langem vergriffenen Werkes ist völlig neu gearbeitet unter Berücksichtigung der internationalen Erfahrungen der letzten 15 Jahre bis in die unmittelbare Gegenwartskrise. Teils völlig neu, teils überwiegend umgearbeitet sind die Kapitel über die Bestimmung der Zinssätze, die Grenzen der Diskontpolitik, die Wirkung der Banken auf die Konjunktur und der Konjunktur auf die Banken, die Grenzen der Geldschaffung der Kreditbanken, das Scheitern der Preisstabilisierungsbestrebungen, die Relation zwischen Londoner Bank und New Yorker call Rate, die Struktur der Kapitalmärkte und die volkswirtschaftliche Bedeutung der Banken, wobei die Erfahrungen in vollsozialisierten Staaten miterücksichtigt werden. Eingehende Darstellung erfahren die verschiedenartige Stellung der Notenbank in den einzelnen Ländern — Gegenpole Union und Frankreich —, die Inflationsmöglichkeiten und ihre Grenzen und die völlige Neugestaltung des internationalen Geldmarktes.

### **Weltwirtschaft**

Felix Somary, Wandlungen der Weltwirtschaft seit dem Kriege.

8,— RM, in Ganzleinen geb. 10,— RM.

Somary beschreibt weniger und denkt mehr in entwicklungsgeschichtlichen Gesichtspunkten, wobei er die wirtschaftspolitischen Fragen in die Zusammenhänge höherer Ordnung, u. a. auch in solche ausgesprochen soziologischer Natur einbettet. Die solcherart gewonnenen Überblicke sind überaus reizvoll. Und gerade darum, solche Überblicke zu gewinnen, handelt es sich bei diesem Buche wohl in erster Linie...  
*Deutsche Literaturzeitung.*

Elemér Hantos, Die Rationalisierung der Weltwirtschaft. (Recht und Staat 71.)

1,80 RM, in der Subskription 1,50 RM.

### **Rußland und Amerika**

Paul Haensel, Die Wirtschaftspolitik Sowjet-Rußlands.

8,— RM, in Ganzleinen geb. 10,— RM.

Ein ausgezeichnetes Buch, das die weiteste Verbreitung verdient. Außerordentliche Vertrautheit mit dem Material, Reichhaltigkeit der statistischen Angaben, Objektivität und Verständlichkeit der Darstellung bilden im Verein mit streng wissenschaftlicher Analyse die Vorzüge dieses Buches.  
*Schönere Zukunft.*

Charlotte Lütken, Staat und Gesellschaft in Amerika. Zur Soziologie des amerikanischen Kapitalismus.

8,— RM, geb. 10,— RM.

Es gibt unseres Wissens kein Buch, das so neu und so konsequent vom sozialistischen Standpunkt aus die Legende vom kapitalistischen Paradies in USA. zerschlägt. Es gibt unseres Wissens kein Buch, das in so glücklicher und zugleich freier Weise die materialistische Soziologie zur Erforschung wichtiger wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sachverhalte verwendet.  
*Hamburger Echo.*

### **Sozialpolitik**

Adolf Weber, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in Deutschland. 5., verbesserte und erweiterte Auflage.

24,50 RM, in Ganzleinen geb. 28,— RM.

Jakob Marschak, Die Lohndiskussion. (Recht und Staat 75.)

1,80 RM, in der Subskription 1,50 RM.

Eduard Heimann, Soziale Theorie des Kapitalismus. Theorie der Sozialpolitik. Mit 1 Figur im Text.

9,— RM, in Ganzleinen geb. 12,— RM.

### **Zur Lehre von Geld und Kredit**

Gustavo del Vecchio, Grundlinien der Geldtheorie. Übersetzt und eingeleitet von Dr. Otto Weinberger in Wien. (Beiträge z. ökonomischen Theorie 1.)

Im Einzelverkauf 11,— RM, in Ganzleinen geb. 13,— RM.  
In der Subskription 10,— RM,  
in Ganzleinen geb. 12,— RM.

Arthur Nußbaum, Das Geld in Theorie und Praxis des deutschen und ausländischen Rechts.

10,50 RM, in Ganzleinen geb. 13,— RM.

L. Albert Hahn, Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits. 3., neubearbeitete Auflage.

9,— RM.

— — Geld und Kredit. (Gesammelte Aufsätze.)

5,— RM.

Inhalt: Vorwort / I. Handelsbilanz, Valuta, Güterpreise / II. Statische und dynamische Wechselkurse / III. Kredit / IV. Depositenbanken und Spekulationsbanken / V. Zur Theorie des Geldmarktes / VI. Zur Frage des sogenannten „Vertrauens in die Währung“.

— — Geld und Kredit. Neue Folge.

10,80 RM.

Inhalt: Vorwort / I. Zur Einführung der Rentenmark / II. Unsere Währungslage im Lichte der Geldtheorie / III. Bankenliquidität und Reichsbankpolitik / IV. Goldvorteil und Goldvorurteil / V. Die konjunkturelose Wirtschaft / VI. Schutzzoll und Handelsbilanz / VII. Die junkturelose Währung vor und nach der Stabilisierung / VIII. „Kapitaldeutsche Währung und Konjunktur / X. Der Steuerabzug vom Kapitalertrag / XI. Zur Frage des volkswirtschaftlichen Erkenntnisinhalts der Bankbilanzfiguren / XII. Börsenkredite und Industrie / XIII. Kapital-Zoll. Zum Streit um den Kapitalertragssteuerabzug / XIV. Warum Erhöhung der Reichsbank-Giroguthaben? / XV. Kreditprobleme der Gegenwart / XVI. Aufgaben u. Grenzen der Währungspolitik. Eine Kritik der deutschen Währungspolitik seit der Stabilisierung.

### **Öffentliche Hand und Unternehmer**

Manuel Saitzew, Die öffentliche Unternehmung der Gegenwart.

4,50 RM.

Arnold Köttgen, Die erwerbswirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand und das öffentliche Recht. (Recht und Staat 59.)

1,80 RM, in der Subskription 1,50 RM.

Johannes Gerhardt, Unternehmertum und Wirtschaftsführung.

12,60 RM.



Kartellen“, ferner ein sehr umfangreiches Buch von *W. Hammesfahr*: „Die Kartellbeteiligungsziffer“ (Carl Heymanns Verlag). Hier sind allerdings die grundsätzlichen Dinge nicht so klar gesehen wie in der knapperen Arbeit von *Lucae*; wertvoll ist jedoch die Fülle von Material, die über die Handhabung von Quoten in kartellierten Industrien zusammengetragen wurde.

An rein juristischen Arbeiten ist zu nennen *A. Aschoff*, „Die Rechtsnatur des Lieferungsvertrages im Verkaufsyndikat“ (Carl Heymanns Verlag), in der die Auffassung vertreten wird, daß der Kartellvertrag eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts begründet. Ein wertvoller Kommentar zu der Kartell-Verordnung vom Jahre 1923 hat *W. Hempfing* herausgebracht (Franz Vahlen, Berlin). Auch für die Notverordnung vom Sommer dieses Jahres, soweit sie in die Kartellwirtschaft eingreift, liegt bereits ein Kommentar vor: „Die Kartell-Notverordnung mit Ausführungsverordnung“ von *R. Wolff* (Carl Heymanns Verlag). Besonders zu begrüßen ist innerhalb der juristischen Kartellliteratur die Sammlung der bisherigen Entscheidungen des Kartellgerichts, die der Kartellrichter *H. Klinger* in seinem Buch „Die Rechtsprechung des Kartellgerichts“ (Carl Heymanns Verlag) herausgegeben hat. Hier sind auch Urteile ordentlicher Gerichte sowie des Reichsgerichts berücksichtigt, soweit sie sich mit Kartellfragen befassen. Für diese rein referierende Arbeit wird der vielgeplagte Leser der Kartellliteratur besonders dankbar sein.

Schon vor Beginn des Jahres 1930 erschien das von dem Geschäftsführer des Reichsverbandes der Deutschen Industrie *J. Herle* und dem Kartellspezialisten des Reichsverbandes *M. Metzner* gemeinsam herausgegebene Buch „Neue Beiträge zum Kartellproblem“ (Hobbing), der Titel hätte wohl besser gelautet „Alte Beiträge zum Kartellproblem“; denn das Buch enthält kaum etwas anderes als die besonders von schwerindustrieller Seite her bekannte Apologetik des Monopolismus unter falscher Verwendung des Schlagwortes von der freien Wirtschaft. Interessanter ist die Ergänzung zu dieser Publikation, das Heft 5 der Schriftenreihe der Kartellstelle des Reichsverbandes, die unter dem Titel „Produktionsförderung durch Kartelle“ (Selbstverlag der Kartellstelle) erschien. Das darin veröffentlichte — sehr dürftige — Material hat auch als Unterlage gedient für die Referate von *Flechtheim* und *Reichert*, die bereits früher veröffentlicht wurden. Damals äußerte sich bekanntlich *Flechtheim* über die Rolle der Kartelle als Förderer der Rationalisierung recht skeptisch.

Unter den Schriften der Kartellstelle des Reichsverbandes verdient außerdem besonderes Interesse das im Mai 1930 erschienene Heft 7, in dem ein Vortrag des Kartellrichters *Wiedersum* über die Rechtsprechung des Kartellgerichts in der Frage des Sperrbegriffs wiedergegeben wird. Dieser Vortrag erregte damals besonders deshalb Aufsehen, weil er die Schwenkung des Kartellgerichts in der Genossenschaftsfrage, die durch das bekannte Zementgutachten des Kartellgerichts vom März des Jahres vorgenommen wurde, zu begründen suchte. Inzwischen hat das Kartellgericht in einer neuen Entscheidung seinen damaligen Standpunkt abermals revidiert (vgl. MdW, Nr. 45, S. 2074). Außerdem enthält das Heft einen Vortrag von *W. Vershofen* über die Kalkulation in Kartellen.

Fragen des internationalen Kartellrechts behandeln: ein Vortrag von *R. Wolff* „Entwicklungstendenzen im europäischen Kartell- und Konzernrecht“ (R. L. Prager, Berlin), die Schrift von *U. Maase* „Die gesetzliche Regelung der wirtschaftlichen Machtstellungen in Deutschland, den Vereinigten Staaten und Norwegen (Welzel, Köln); diese befaßt sich jedoch nur mit den drei Ländern, in denen es besondere Kartellgesetze gibt. Wesentlich ergiebiger ist deshalb die Untersuchung des *Wirtschaftskomitees des Völkerbunds*, in der sämtliche Länder der Erde Berücksichtigung erfahren. Von deutscher Seite hat *S. Tschierschky* mitgearbeitet, außerdem der Amerikaner *R. E. Olds* und der Franzose *Decugis*. Die bisher noch nicht in deutscher Sprache erschienene Schrift hat den Titel „Etude sur le Régime Juridique des Ententes Industrielles“ (Schriften des Völker-

bunds). Das interessante Ergebnis an dem hier angestellten internationalen Kartellrechtsvergleich ist, daß gerade in den Ländern, in denen es keine Sonderbestimmungen gibt, die Rechtslage für die Kartelle auf Grund allgemeiner Bestimmungen des Straf- oder Zivilrechts oft viel schwieriger und gefährlicher ist als in den Ländern mit Sondergesetzen, wie z. B. Deutschland. Für die immer dringlicher werdende Neugestaltung und Neufassung des deutschen Kartellrechts ist diese Zusammenstellung, deren Übersetzung ins Deutsche zu begrüßen wäre, von besonderem Wert.

## Agrarpolitik

Die allgemeine Krise der Landwirtschaft hat die Literatur über Agrarfragen begreiflicherweise besonders stark anschwellen lassen. Unter den Neuerscheinungen des Jahres 1930 befindet sich eine bemerkenswert große Anzahl grundsätzlich wichtiger Untersuchungen. An erster Stelle sei die Arbeit von *N. Jasny* über „Die neuzeitliche Umstellung der überseeischen Getreideproduktion und ihr Einfluß auf den Weltmarkt“ genannt (Hobbing), die den Einfluß der Mechanisierung und der Fortschritte betriebswirtschaftlicher Art (dry-farming usw.) eingehend untersucht. Der Verfasser hat diesem, vom Institut für Konjunkturforschung herausgegebenen Werk ein weiteres über „Die Zukunft des Roggens“ folgen lassen, das zu recht pessimistischen Ergebnissen kommt. „Die Umstellung des deutschen Getreidebaus“ hat ein Gutachten von *Roemer* zum Gegenstand, das vom Reichsernährungsministerium herausgegeben wurde (Parey, Berlin). *Roemer* regt eine Teilumstellung auf Weizen und Gerste an (von Roggen und Hafer); leider kommt diese Umstellung nur langsam in Gang. *M. Sering* untersucht in einem großen Werk „Agrarische Umwälzungen im außerrussischen Osteuropa“ (de Gruyter) mit einer Anzahl von Mitarbeitern die Folgen des Krieges und der russischen Agrarrevolution auf die Landwirtschaft des großen Bruchgrabens, der von der Memel bis zur unteren Donau reicht. Mit den allgemeineren Wirkungen dieser Vorgänge befaßt er sich in einem Vortrag „Agrarrevolution und Agrarreform in Ost- und Mitteleuropa“ (de Gruyter). *Schöndorf* vom Breslauer Osteuropa-Institut stellt in einem Sammelwerk „Das landwirtschaftliche Pachtrecht in den europäischen Ländern“ (Parey) die rechtlichen und tatsächlichen Grundlagen des landwirtschaftlichen Pachtwesens in dem gesamten Gebiet zwischen Irland und dem Ural, zwischen dem Nordkap und dem Mittelmeer dar. Mit der Agrarwirtschaft der Zukunft im selben Gebiet befaßt sich *S. Strakosch* in seinem Werk über „Das Agrarproblem im neuen Europa“ (Parey). Er kommt dabei bei aller Würdigung bäuerlicher Arbeit zu einer bemerkenswert günstigen Beurteilung des Großgutes. *Z. Husain* berichtet über „Die Agrarverfassung von Britisch-Indien“ (Parey), über eine Frage also, die neben ihrer wirtschaftlichen auch hohe politische Bedeutung beanspruchen darf.

Einzelfragen aus außerdeutschen Gebieten behandeln u. a. auch die folgenden Werke: *H. Köhler* „Von der Landwirtschaft in Südungarn“ (Ausland und Heimat, Stuttgart), „Untersuchungen betreffend die Rentabilität der schweizerischen Landwirtschaft“ (Bern), *I. Frost* „Die holländische Landwirtschaft“ (Springer), *C. Worliczek* „Das Recht des Landwirtes in der tschechoslowakischen Republik“ (Korkisch, Prag) sowie schließlich eine gemeinsame Untersuchung der landwirtschaftlichen Fachausschüsse der deutsch-österreichischen Arbeitsgemeinschaft über „Deutsch-österreichische Agrarfragen“ (Parey). Diese Untersuchung behandelt insbesondere die Rechtsverhältnisse und die Ergänzungsmöglichkeiten der beiden Länder.

Die Neuaufgabe der „Agrarpolitik“ von *J. Gruntzel* gibt eine kurze Zusammenfassung der gegenwärtigen Lage der Landwirtschaft und der sich daraus ergebenden Probleme (Hölder-Pichler-Tempsky, Wien-Leipzig). Viel stärker auf den Tag und seine Nöte ausgerichtet ist die Schrift „Landwirtschaft von heute“ von *H. Schlange-Schöninghen*



# VERÖFFENTLICHUNGEN DER FRANKFURTER GESELLSCHAFT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG

Herausgegeben von Eugen Altschul

## Zur Problematik der empirisch-statistischen Konjunkturforschung

Kritische Betrachtung der Harvard-Methoden  
von *Oskar ANDERSON* RM. 2,85

## Wesen und Bedeutung des Trends

Zur Theorie der säkularen Bewegung  
von *Simon KUZNETS* RM. 2,50

## Die sozia'len Auswirkungen der Konjunkturschwankungen

von *Josef SOUDEK* RM. 3,60

## Die Korrelationsrechnung in der Konjunkturforschung

Ein Beitrag zur Analyse von Zeitreihen  
von *Oskar ANDERSON* RM. 8,—

## Grenzen der Statistik in der Konjunkturforschung

Ein Beitrag zur Kritik der Wirtschaftsprognose  
von *Hans PETER* RM. 3,60

## Die städtische Grundrente im Konjunkturverlauf

von *Karl PRIBRAM* RM. 1,—

## Die Analyse von Nachfragekurven in ihrer Bedeutung für die Konjunkturforschung

von *Hans STAEHLE* RM. 2,40

## Konjunktur und Steuern

von *Fritz NEUMARK* RM. 2,85

## Preisvoraussage bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen

von *M. EZEKIEL* RM. 2,—

## Der Sinn der statistischen Nachfragekurven

von *Henry SCHULTZ* RM. 5,50

Die Schriftenreihe wird fortgesetzt

Die meisten dieser Schriften beschäftigen sich mit den *mathematischen* Grundlagen der Konjunkturforschung und der *Verfeinerung des statistischen Verfahrens*. Gleichzeitig aber — und das ist der eigentliche Zweck der Sammlung — soll versucht werden, diese Verfahren nicht nur vom *mathematisch-technischen* Gesichtspunkte aus zu bearbeiten, sondern sie unter besonderer Berücksichtigung der *wirtschaftstheoretischen Forschung* einer kritischen Sichtung zu unterziehen und sie den konkreten Aufgaben einer *positiven Konjunkturforschung* anzupassen. (Schweizerische Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Arbeitsgestaltung)

## WICHTIGE NEUERSCHEINUNGEN AUS DEM GEBIET DER VOLKSWIRTSCHAFT UND POLITIK

### Der Konjunkturzyklus (Business Cycles)

Das führende Werk über Konjunkturforschung  
von *Wesley C. MITCHELL*,  
herausgegeben von *Eugen Altschul* RM. 28,—

### Strukturwandlungen des deutschen Außenhandels nach dem Weltkrieg

von *Josef SAAL* RM. 8,—

### Inflation und Stabilisierung in Frankreich 1924-1928

von *Josef SCHMITZ* RM. 11,—

### Reparationsagent und deutsche Wirtschaftspolitik

Eine programmatische Kritik der deutschen Wirtschaft der Gegenwart  
von *Herbert BECKERATH* RM. 2,50

### Die Lebensschicksale der Aktiengesellschaft in theoretischer Beleuchtung

von *Josef ALFTER* RM. 5,20

### Die staatsrechtliche Stellung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika

von *Fritz LINN* RM. 4,50

### Vorgeschichte, Gestaltung und Auswirkung des Kohlenwirtschaftsgesetzes vom 23. März 1919

von *Kurt LOOSE* RM. 14,—

### Deutsche Geschichte vom Frankfurter Frieden bis zum Vertrag von Versailles, 1871—1919

von *Fritz HARTUNG* 3. Auflage RM. 14,—

Interessenten stehen Prospekte über diese und andere Verlagswerke kostenlos zur Verfügung

# KURT SCHROEDER · VERLAG · BONN & LEIPZIG



(Parey), ein Buch, das in seinem wesentlichen Teil etwa einen praktischen Leitfaden für den Betriebsführer darstellt, in seiner Grundlegung aber nur agrarpolitisch und volkswirtschaftlich verstanden werden kann. Der Verfasser stellt die Marktsicherheit des früheren landwirtschaftlichen Betriebs der Marktunsicherheit des heutigen gegenüber, will den Landwirt zum freien Unternehmer erziehen, ihm aber trotzdem — ein ungelöster Widerspruch — weitgehende Staatshilfe angeheißen lassen. Auch *P. Hesse* „Die Verwertung der Hauptbodenerzeugnisse und die Bodennutzung in den deutschen Wirtschaftsgebieten“ (Parey) behandelt im wesentlichen Marktfragen und die Rückwirkung der Marktverschlebung auf die günstigste Bodennutzung. Die sehr gründliche Untersuchung geht aber nicht überall von richtigen Voraussetzungen aus; das zeigt sich schon in den ersten Zeilen des Vorwortes, in denen die allgemeine Wirtschaftskrise als Folge der „Schwächung der Kaufkraft unserer Landwirtschaft“ bezeichnet wird. Ähnliche Fragen behandeln, hauptsächlich von politischen Gesichtspunkten aus, *O. Weissenberger*, „Der Existenzkampf der deutschen Landwirtschaft“ (Christians, Berlin), *Th. Häbich* „Deutsche Latifundien“ (Graefe & Unzer, Königsberg), *H. Wilbrandt* „Agrarkrise und Rationalisierung“ (Parey), *K. Kolwey* „Das Roggenproblem und die Gerstenzollfrage“ (Schünemann, Bremen). *W. Hahns* Dissertation über „Probleme der Getreideimportpolitik“ (Heider, Bergisch-Gladbach) klingt mit einer warmen Empfehlung aus, die Einfuhr zu verstaatlichen, läßt aber dabei die Frage des „politischen Preises“ völlig außer acht. „Die Wirkung der deutschen Brotgetreidezölle auf die Preisbildung von Weizen und Roggen in den Jahren 1926/28“ untersucht *I. Brune* (Fischer, Jena), um schließlich zu dem Ergebnis zu kommen, daß diese kurze Spanne ein sicheres Urteil noch nicht zulasse. *G. Solmssen*, der die Landwirtschaft für die deutschen Großbanken entdeckt hat, legte den „Entwurf eines Reichsgesetzes zur Regelung des Lagerhauswesens für landwirtschaftliche Erzeugnisse“ vor (Parey) und half damit eine tatsächlich außerordentlich große Lücke im deutschen Wirtschaftsrecht ausfüllen. Bisher hat seine Anregung noch keine praktischen Folgen gehabt. Solmssen ließ im selben Verlage auch sein Referat über „Young-Plan und Agrarpolitik“ erscheinen, in dem er eine Steigerung des politischen Gewichts der Landwirtschaft fordert, diese selbst aber zu planmäßiger Selbsthilfe anregt.

Dem klassischen, aber jetzt fast ein Menschenalter alten Werke von *Otto C. Fischer*, „Die wirtschaftliche Entwicklung des Warrant-Verkehrs“ schickt *von Arnswaldt* eine Darstellung der gegenwärtigen Verhältnisse unter dem Titel „Der handelbare Orderlagerschein“ nach (Carl Heymanns Verlag), in der nach einer Schilderung der Rechtslage die Vor- und Nachteile eines ausgebauten Lagerscheinwesens und die wichtigsten Rechtsfragen untersucht werden.

Der *Enquête-Ausschuß* hat die Lage der deutschen Landwirtschaft und deren Möglichkeiten nach den verschiedensten Richtungen hin untersucht. Seinen früheren Veröffentlichungen ließ er in diesem Jahr folgen: „Untersuchungen zur Lage der Landwirtschaft in den Provinzen Pommern, Niederschlesien, Oberschlesien und Grenzmark“, „Die Arbeitsleistung in landwirtschaftlichen Betrieben und ihre Abhängigkeit von Arbeitszeit, Arbeitslohn und anderen Faktoren“, „Das ländliche Siedlungswesen nach dem Kriege“ — das leider die letzten Jahre nicht mehr umfassen konnte — sowie „Die Struktur der deutschen Getreidemühlen-Industrie und ihre Stellung im Rahmen der deutschen Wirtschaft“ (sämtlich erschienen bei Mittler & Sohn). Über „Die bisherigen Wirkungen des Reichssiedlungsgesetzes“ berichtet auch *K. Maxion* (Parey), etwa in der gleichen Linie bewegt sich die Untersuchung von *B. Menzel* „Die sozialen Lasten der deutschen Landwirtschaft“ (Greifswald), die insbesondere die Unterschiedlichkeiten im Aufbau zwischen Landwirtschaft und Gewerbe herausarbeitet. Hier wären auch die Werke anzuschließen, die sich mit den Kreditproblemen der Land-

wirtschaft befassen, insbesondere die Untersuchung von *Freiherrn von Bissing* „Der Realkredit der deutschen Landwirtschaft“ (de Gruyter) und die Arbeit von *K. Berkel* „Die Verschuldung der pommerschen Landwirtschaft“ (Landwirtschaftskammer) sowie schließlich die bekannte Denkschrift über „Die Not der preußischen Ostprovinzen“ (Königsberg).

Landwirtschaftliche *Marktforschung* und *Preisvorhersage* sind einer breiteren Öffentlichkeit zum ersten Male durch die Arbeit von *A. Hanau* über „Die Prognose der Schweinepreise“ (Hobbing) nahegebracht worden. Im Anschluß hieran ist auch die allgemeinere Untersuchung von *M. Ezekiel* „Preisvoraussage bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen“ (Schröder, Bonn) zu nennen, sowie die weit ausgreifende Arbeit von *K. Ritter* über „Weltproduktion und Welthandel von Molkereierzeugnissen“ (Parey). Ritter spricht, wenn man ein Schlagwort des Großgewerbes auf die Landwirtschaft übertragen will, dem „Gemischtbetrieb“, dem Fleisch-Milch-System, wie er es nennt, die Zukunft zu. „Die Schäden der deutschen Milchwirtschaft“ behandelt *K. Brandt* (Nr. 3 der Schriften des Magazins der Wirtschaft). Das gesamte Gebiet der Marktforschung wird von den seit Mitte des Jahres erscheinenden bearbeitet (Herausgeber *Brandt* vom Institut für landwirtschaftliche Marktforschung).

Vom bevölkerungspolitischen Standpunkt untersucht *K. Nawratzki* die Agrarfragen. Er behandelt den „Bevölkerungstiefstand als Wirtschaftsproblem unter besonderer Berücksichtigung der Landwirtschaft“ (Beuth-Verlag, Berlin) und kommt zu dem Ergebnis, daß der Altersaufbau in der Landwirtschaft, auf längere Sicht gesehen, noch ungünstiger sei als im allgemeinen Durchschnitt. Schon heute ruhe die Hauptlast auf der Arbeit der älteren Frauen.

Sonderfragen verschiedener Art behandeln die folgenden Werke: *G. Mikusch*, „Kuba, Haiti und Louisiana als Zuckerländer“ (Parey), *K. Crisolli* „Reform der Landpacht“ (Stilke, Berlin), „Fünfzig Jahre deutscher Fischhandel“ (Wiegand & Grieben, Berlin), „Hundert Jahre Chile-Salpeter“ (Berlin), *R. Rockhausen* „Das landwirtschaftliche Grundeigentum in Sachsen und seine Beeinflussung durch die Landwirtschaft“ (Deichert, Leipzig), *W. Hoster* „Die Flurregulierung“.

## Finanzwissenschaft

Von den zahlreichen *Lehr- und Handbüchern* der Finanzwissenschaft, die im Jahre 1930 veröffentlicht wurden, sei an erster Stelle die (bei Fischer, Jena) als 16. Band der bekannten Diehl-Mombertschen „Grundrisse“ erscheinende „Finanzwissenschaft“ *F. Terhalles* genannt. Das umfangreiche Werk verbindet in glücklicher Weise theoretische und empirische Betrachtungsweise und stellt die Zusammenhänge zwischen Staatsfinanzen und Volkswirtschaft eingehend dar. Es ist in der Schilderung der Tatsachen grundsätzlich auf das „Aktuelle“ beschränkt und ergänzt insoweit die vorwiegend historisch orientierte, wohlbekannte „Finanzwissenschaft“ von *W. Lotz*, die in zweiter, neubearbeiteter Auflage erscheint (Mohr-Siebeck). Ein größeres „Lehrbuch der Finanzwissenschaft“ hat ferner *B. Moll* veröffentlicht (Hobbing). Die weniger voluminöse „Finanzwissenschaft“ *W. Röpkes* (Spaeth & Linde) bietet eine vorzügliche Einführung, die besonders auf die Herausarbeitung der volkswirtschaftlich-theoretischen Gesichtspunkte Gewicht legt. Beachtenswert ist der Versuch *W. Andreaes*, auf dem Boden des Spannischen „Universalismus“ eine „Grundlegung einer neuen Staatswirtschaftslehre“ (Fischer, Jena) vorzunehmen; das Ergebnis dieses Versuches ist freilich zahlreichen kritischen Einwänden ausgesetzt. *K. T. von Eheberg*, der sein früher weitverbreitetes „Lehrbuch“ vor mehreren Jahren durch einen knapperen „Grundriß der Finanzwissenschaft“ (Deichert, Leipzig) ersetzte, hat diesen in neuer Fassung herausgegeben (5.—6. Auflage). Schließlich sei noch erwähnt, daß von den auch in Deutschland bekannten und geschätzten „Istituzioni di Scienza delle Finanze“ *A. Gra-*



zianis (2. Auflage, Torino 1911) eine weitgehend überarbeitete Neuauflage erschienen ist.

Nicht zu den eigentlichen Lehrbüchern, sondern eher zu einer zweiten Gruppe von Schriften, die *allgemeine Probleme der Finanztheorie* mehr oder minder umfassend behandeln, gehört die bedeutsame Arbeit eines anderen italienischen Finanzwissenschaftlers: die (bei Milani, Padova, erschienenen) „Prinzipii di Politica, Diritto e Scienza delle Finanze“ B. Griziottis, deren Methode besondere Aufmerksamkeit verdient. Eine Bereicherung unseres theoretischen Schrifttums stellt auch der interessante Versuch O. Pfeiderers „Die Staatswirtschaft und das Sozialprodukt“ (Fischer, Jena) dar, und schließlich ist in diesem Zusammenhang auf die Studie F. K. Manns „Die Staatswirtschaft unserer Zeit“ (ebenfalls bei Fischer, Jena) hinzuweisen. Mann untersucht die neueren Wandlungen der Staatswirtschaft im Rahmen der allgemeinen strukturellen Veränderungen unserer Wirtschaftsverfassung auf Gehalt, Motive und Wirkungen hin.

Von den *Sonderuntersuchungen theoretischen Charakters* sei vor allem die zweibändige, von Colm und Neisser herausgegebene Veröffentlichung der *Friedrich List-Gesellschaft* über „Kapitalbildung und Steuersystem“ (Hobbing) erwähnt, die, in Wiedergabe von mündlichen und schriftlichen Referaten namhafter Gelehrter und Praktiker, dieses wichtige Problem einer gründlichen, umfassenden Behandlung unterzieht. Der Frage „Auslandskredite und Auslandsverschuldung“ hat F. Gutmann eine Studie gewidmet (Junker & Dünnhaupt). Als erste Hefte einer neuen, von H. Ritschl herausgegebenen Schriftenreihe (Schroeder, Bonn) erschienen Arbeiten von H. Körner über „Die allgemeine Vermögenssteuer in der deutschen Wirtschaftsentwicklung“ und von F. Dettmer über „Die Gewerbesteuer in Deutschland im System der Geldwirtschaft und der Kapitalwirtschaft“. F. Neumark hat in

einer Schrift über „Konjunktur und Steuern“ (gleichfalls bei Schroeder erschienen) die einzelnen Steuern nach Art und Stärke ihrer konjunkturellen Abhängigkeit untersucht und damit einen beachtenswerten Vorstoß in ein bisher unbearbeitetes Gebiet unternommen.

Die schwebenden *Fragen der Finanz- und Steuerreform* haben in zahlreichen größeren und kleineren Abhandlungen eine kritische Würdigung erfahren. Relativ weitgespannt ist der Untersuchungsrahmen in der Schrift O. Mosts „Zur Finanz- und Steuerreform“ (Fischer, Jena), während im übrigen meistens nur Spezialfragen untersucht werden. Besonders eingehende Behandlung hat die Tabaksteuerreform gefunden, mit der sich nicht weniger als vier (sämtlich von Fischer, Jena, verlegte) Arbeiten befassen: H. Groß, „Tabakmonopol und freie Tabakwirtschaft“ — ein lehrreicher und gründlicher Vergleich der österreichischen Tabakregie und der deutschen Tabakwirtschaft —, H. Gehrig, „Reichs-Tabakmonopol?“, A. Flügler, „Tabakindustrie und Tabaksteuer“ — eine umfassende Untersuchung der deutschen Tabakwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Zigarette — und K. Bräuer, „Reichs-Tabak-Monopol oder Tabak-Verbrauchssteuer?“ — eine theoretisch fundierte, eingehende Darstellung der Geschichte, Formen und Hauptprobleme eines Reichstabakmonopols. Aus dem reichen, der Ertragsteuerreform gewidmeten Schrifttum sei die Arbeit H. Sudaus über „Die geplante Reichsrahmenregelung der Grund- und Gewerbesteuer“ (Stilke) hervorgehoben. Aufmerksame Beachtung verdient ferner die interessante kleine Schrift des Direktors im Statistischen Reichsamte F. Burgdörfer „Bevölkerungsfrage und Steuerreform“ (Dümmler, Berlin-Bonn), die bedeutsamen, bisher etwas vernachlässigten Gedankengängen nachgeht; ihre Zielsetzung wie ihre Ergebnisse werden freilich grundsätzlicher Kritik begegnen. Natürlich hat auch die in Aussicht genommene Neurege-



## Neue Bücher aus dem Societäts-Verlag, Frankfurt am Main



Soeben erschienen:

### Der internationale Geburtenstreik

Umfang, Ursachen, Wirkungen — Gegenmaßnahmen?

von ERNST KAHN,

Mitherausgeber der „Wirtschaftskurve“ u. Verfasser des Buches „Wie liest man den Handelsteil einer Tageszeitung?“

Preis: Kart. Mk. 4.80, Ganzl. Mk. 6.—

### Bildbücher:

**Die Pflanze als Lebewesen.** Eine Biographie in 200 Aufnahmen von Ernst Fuhrmann.  
Preis: Geb. Mk. 8.50

**Aus der Frühzeit der Photographie (1840 bis 1870).** Ein Bildbuch nach 200 Originalen von H. Th. Bossert und H. Guttmann.  
Preis: Geb. Mk. 8.50

### Romane:

**Das Mädchen an der Orga Privat.** Ein kleiner Roman aus Berlin von Rudolf Braune.  
Preis: Kart. Mk. 3.80, Ganzl. Mk. 5.—

**Gefangene unter der Sonne.**  
Von Norbert Bauer.  
Preis: Kart. Mk. 3.80, Ganzl. Mk. 5.—

LENKA VON KOERBER:

### Menschen im Zuchthaus

Preis: Kart. Mk. 4.50, geb. Mk. 6.—

Als Geschenke empfehlen wir außerdem: Sieburg „Gott in Frankreich“, Ganzl. Mk. 10.— / Arthur Feiler „Das Experiment des Bolschewismus“, Ganzl. Mk. 6.50 / Kracauer „Die Angestellten“, Mk. 3.— / Rudolf Kircher „Wie's die Engländer machen“, Ganzl. Mk. 6.50

Verlangen Sie unsere Sonderprospekte



lung des *Finanzausgleichs* wieder zahlreiche Autoren veranlaßt, sich mit dieser verwickelten Materie zu befassen. Erwähnt seien vor allem *J. Popitz*, „Der Finanzausgleich und seine Bedeutung für die Finanzlage des Reichs, der Länder und Gemeinden“ (Selbstverlag des Reichsverbands der Deutschen Industrie), daneben die beiden Schriften von Ministerialdirektor *von Leyden*: „Probleme und Möglichkeiten eines preußischen Finanzausgleichs“ und „Der künftige Finanz- und Lastenausgleich“ (beide erschienen bei Carl Heymanns Verlag).

Mit den *Finanzverhältnissen des Auslandes* beschäftigen sich — abgesehen von einzelnen der unten erwähnten Arbeiten des Statistischen Reichsamts — zwei neue Hefte (Nr. 17 und 18) der bekannten Bräuerschen Sammlung „Finanzwissenschaftlicher und volkswirtschaftlicher Studien“ (Fischer, Jena): „Das einheitliche Staatsbudget der U. d. S. S. R.“ von *Dobbert* und *Witt* — zur Ergänzung dient *Dobberts* „Der Zentralismus in der Finanzverwaltung der U. d. S. S. R.“ (ebenfalls bei Fischer, Jena) —, und die Schrift von *Theill* über „Die Einkommensteuern der großen Britischen Dominions“. Daneben ist die gute Einführung *Heyers* in „Das britische Finanzsystem“ (Fischer, Jena) und die Studie *E. Balthasars* über „Die Staatsfinanzen der Tschechoslowakei 1918—1928“ (*Dux*) zu erwähnen. Abschließend sei auf die umfassende Untersuchung der „Histoire des finances extérieures de la France pendant la guerre (1914—1919)“ *L. Petits* (*Payot*, Paris) hingewiesen.

Von *finanzrechtlichen* Neuerscheinungen — das steuerrechtliche Schrifttum muß hier außer Betracht bleiben — sind außer den gründlichen Kommentaren *Schulze-Wagners* zur „Reichskassenordnung“ und „Reichsrechnungslegungsordnung“ (*Stilke*) die vier ersten Hefte einer neuen, von *Schultzenstein* herausgegebenen Reihe „Finanzrechtlicher Zeitfragen“ zu nennen: *Schultzenstein*: „Die Reichsschuldenverwaltung“; *Saemisch*: „Der Reichssparkommissar“; *Mook*: „Vom Kreditwesen des Reichs“; *Kühnemann*: „Haushaltsrecht und Reichetat“ (*W. Christians*, Berlin). Von aktuellem Interesse ist auch die Schrift *H. Trumplers* „Zur Neuregelung des Haushaltsrechts in den preußischen Großstädten“ (*Carl Heymanns Verlag*).

Schließlich sei darauf hingewiesen, daß die *finanzstatistischen* Untersuchungen des Statistischen Reichsamts im abgelaufenen Jahre zu verschiedenen sehr aufschlußreichen Publikationen geführt haben, von denen neben den „Einzelschriften 9—13 zur Statistik des Deutschen Reichs“ vor allem das ausgezeichnete statistische Handbuch „Finanzen und Steuern im In- und Ausland“ hervorgehoben sei (sämtlich bei *Hobbing* erschienen).

## Reparationspolitik

Die Reparationsfrage ist ein politisches Problem. Diese Feststellung schließt die Unmöglichkeit in sich ein, den Streit durch „unpolitische Sachverständige“ beenden zu lassen, und zieht die Grenze für das, was wissenschaftlich zur Lösung geboten werden kann. Sie macht auch Entgleisungen im Tonfall verständlich, die hier häufiger vorkommen als auf ruhigeren Gebieten der Wirtschaftspolitik. Natürlich gibt es selbst dort eine neutrale Zone mit wenig Raum für prinzipielle Auseinandersetzungen; wir denken an die Veröffentlichungen, die nur reines Tatsachenmaterial enthalten. In dieser Hinsicht ist im letzten Jahr mehrfach Neues geboten worden; einmal hat das Statistische Reichsamt seine (für die Pariser Konferenz ausgearbeiteten) Zusammenstellungen über „Die internationalen Schulden im Youngplan“ (*Hobbing*) veröffentlicht, die besonders wichtig sind, seitdem die Verbindung zwischen den interalliierten Schuldenzahlungen und der deutschen Reparationsschuld zustande gekommen ist. Zweitens sind die internationalen öffentlichen Schulden vom amerikanischen Standpunkt aus in dem amtlichen Bericht des Schatzsekretärs über „Obligations of Foreign Governments, receipts from Germany and the Young Plan, and Treasury Administration of Alien and Mixed Claims“ (*Washington*)

erneut behandelt worden. Schließlich ist als Heft 1 der „Schriften des Magazins der Wirtschaft“ in tabellarischer Form eine Übersicht über die Annuitäten nach dem *Dawes-Plan* und dem *Neuen Plan* mit rechnerischem Vergleich der Kapitalwerte erschienen, eingeleitet durch eine Darstellung der Hauptbestimmungen des *Young-Plans* und der Resultate der beiden *Haager Konferenzen* von *Bonn* und ergänzt durch eine Analyse *Soltaus* über den Wohlstandsindex. Eine populäre Darstellung des Inhalts des *Young-Plans*, die sich an breitesten Schichten wendet, bietet *L. Riderer* in seinem „ABC des *Young-Plans* und der *Haager Gesetze*“ (*Hobbing*).

Natürlich ist trotz des politischen Einschlags des Problems die Meinung von Sachverständigen nicht unerheblich. Dieser Gesichtspunkt ist für das Buch von *M. J. Bonn* „Der Neue Plan als Grundlage der deutschen Wirtschaftspolitik“ (*Duncker & Humblot*) ausschlaggebend, das nebenbei auch einen Beitrag zur Frage des Verhältnisses der zünftigen Nationalökonomien zur praktischen Politik liefert. Es befaßt sich mit Vorgeschichte, Aufbau und Funktionieren des *Neuen Plans*, und gelangt zu einer Reihe von Folgerungen und Forderungen, die sich auf eine Neuordnung der deutschen Wirtschaft und vor allem der Finanzpolitik richten. Daß dem *Neuen Plan* eine neue Finanzpolitik folgen müßte, ist auch die Meinung von *K. Bergmann*, der die Textausgabe des *Young-Plans* mit einer längeren Einführung versehen hat („Deutschland und der *Young-Plan*“, *Christians*). Auch *F. Raab* („Der Neue Plan“, *Hobbing*) legt Gewicht auf Anpassung der Finanzpolitik an die neuen Erfordernisse. „Le Plan Young“ (*Paris. Les Editions Internationales*) von *Pépy* versucht eine Rechtfertigung der neuen Reparationsordnung vom französischen Standpunkt. Der Rest an Schriften allgemeinen Inhalts ist ganz überwiegend „Revisionsliteratur“, mit dem von vornherein deutlich ausgesprochenen Ziel, die ökonomische Leistungsfähigkeit Deutschlands oder die politische Unmöglichkeit der neuen Regelung zu beweisen. *J. W. Reicherts* „*Youngplan*, Finanzen und Wirtschaft“ (*Hobbing*) ist noch vor der Ratifizierung abgeschlossen worden und gipfelt in Warnungen vor der Annahme. Der interessanteste Vertreter dieser Kategorie ist *E. Salin*, dessen Schrift über „Die deutschen Tribute“ (*Hobbing*, Berlin 1930) eine seltsame Mischung von theoretischer Darstellung und politischer Kampfschrift bildet.

Es bleibt die Literatur über Spezialfragen. Bisher stand das Transferproblem im Mittelpunkt. Diesmal konzentriert sich die Debatte in der Hauptsache auf die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (abgesehen von der Untersuchung von *J. Hupperz* über „Die Sachlieferungen nach Frankreich“; *Carl Heymanns Verlag*), nachdem die Bank in der Konstruktion des *Neuen Plans* die Stelle geworden ist, auf die eine Anzahl ungeklärter Fragen abgeschoben werden konnte. Für *P. Mendès-France* („La Banque Internationale“, *Librairie Valois*, Paris) ist sie das Produkt einer zwangsläufigen Entwicklung. Er schreibt vom Standpunkt des guten Europäers mit dem Wunsch, die Bank als eine Art Kristallisationszentrum der Vereinigung des Kontinents erscheinen zu lassen. *A. Cabiati* behandelt gleichfalls die Frage der *BIZ* in größerem Rahmen („Der Widersinn der Reparationen und die Internationale Bank“, *Klett*, Berlin). Die Tendenz des Buches geht aus dem Titel deutlich hervor. Die Darstellung von *H. D. Gideouse* (*Rutgers University Bulletin* VI, Nr. 11) gibt neben einem Überblick über die Wirksamkeit der Bank einen Bericht vom Stand der öffentlichen Meinung über sie in den hauptbeteiligten Ländern. *P. Einzigs* Schrift „The Bank for international Settlements“ (*MacMillan*, London) ist bezeichnend für die Haltung der City: viel Reserve gegenüber den Finanzidealistern, einige Angst vor unerwünschten politischen Einflüssen und auch vor der Möglichkeit der Störung des Londoner Geldmarkts, eine Warnung vor Kreditinflation und zum Schluß die Bemerkung, daß das Urteil über die Bank nicht von ihren Statuten abhängen könnte, sondern von der Politik, die sie treibt.



## Sozialpolitik

Die mannigfachen sozialpolitischen Fragen, die durch die gegenwärtige Depression ausgelöst worden sind, haben in der sozialpolitischen Literatur des vergangenen Jahres noch kaum Beachtung gefunden. Erst in der allerletzten Zeit beginnt sich auch die sozialpolitische Wissenschaft mit den Problemen der Arbeitsstreckung, der Lohnkürzung usw. zu beschäftigen, ohne daß aber bisher größere Veröffentlichungen vorliegen.

Eine Ausnahme macht das Arbeitslosenproblem. Die mehrfach Änderungen, die das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung erfuhr, haben Neuausgaben und Ergänzungen der bereits vorliegenden Erläuterungswerke notwendig gemacht. So sind zu dem wohl am meisten verbreiteten Kommentar, den unter Leitung von *Weigert* Mitglieder des Arbeitsministeriums und der Reichsanstalt herausgeben, zwei Ergänzungsbände erschienen, von denen der erste die Novelle vom Oktober 1929, der zweite die Notverordnung behandelt (Bücherei des Arbeitsrechts Band VI d: Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in der Fassung vom 12. Okt. 1929. Erläuterungen zu den neuen Vorschriften und Wiedergabe des gesamten Textes. Band VI e: Die Notverordnung über die Arbeitslosenversicherung. Erläuterungen zu den Abänderungsvorschriften und Wiedergabe des Wortlauts der Notverordnung [Hobbing]). Auch die Kommentare von *Fischer* (Kohlhammer, Stuttgart), *Adam-Neuburger-Jäger* (Heß, Stuttgart) und *Hernstadt* (Carl Heymann) sind ergänzt worden. Bemerkenswert sind ferner der Kommentar zur Krisenfürsorge und das den Änderungsgesetzen gewidmete Handbuch von *Kühne* und *Rapicz* (Gustav Schenk Nachf., Berlin), da sie die Vorschriften nicht nur nach der rechtlichen Seite, sondern unter Beibringung reichen statistischen Materials auch in ihrer volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Bedeutung würdigen. Die Rechtsprechung und das Schrifttum zur Arbeitslosenversicherung sind so umfangreich geworden, daß ihre Sammlung in besonderen Werken notwendig wurde. Diesem Zweck dienen u. a. das Halbjahrbuch der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, herausgegeben von *Weigert*, *Lehfeldt*, *Berndt* (Hobbing), und die in der Taschenbücherei der Arbeitsfürsorge herausgegebene Sammlung von *Fischer* „2 Jahre Spruchsenat für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ (Kohlhammer). Eine im selben Verlag erschienene kleine Schrift von *Sjöberg* und *Simon* bringt einen sehr anschaulichen Vergleich zwischen der Arbeitslosenversicherung in Deutschland und England. Ein noch weiteres Blickfeld umfaßt eine Publikation des *Internationalen Arbeitsamts*: „Das Problem der Arbeitslosigkeit in internationaler Betrachtung 1920 bis 1928“. Sie enthält einen Bericht über die Arbeitskonferenz von 1929 und untersucht namentlich die Abhängigkeit der Arbeitslosigkeit von den Schwankungen der Kaufkraft des Geldes, die Arbeitslosigkeit im Kohlenbergbau und in der Textilindustrie sowie die Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und internationalen Wanderungen.

Die alten, gewissermaßen klassischen Zweige der Sozialversicherung werden in der Literatur in zunehmendem Maße unter sozialpolitischen, wirtschaftspolitischen und finanziellen Gesichtspunkten gewürdigt. Dazu hat *G. Hartz* mit seinen maßlosen Angriffen gegen das gegenwärtige System der Sozialversicherung, das die Verteidiger auf den Plan gerufen hat, sicherlich beigetragen. Er setzt sich mit seinen Widersachern in einer neuen Schrift „Eigentum oder Rente?“ (August Scherl) auseinander, die kaum etwas Neues bringt. Die Ausgabenposten des Reichshaushalts für Zwecke der Sozialversicherung untersucht *H. Bürger* (Carl Heymanns Verlag). *Knoll* macht den Versuch, die Notwendigkeit einer Ausdehnung der Unfallversicherung auf sämtliche Arbeitnehmer in einer Schrift „Grundlagen und Grundfragen der Unfallversicherung“ (Reimar Hobbing) rechtlich und historisch zu begründen; gegen ihn wendet sich *Stahl* in einer Broschüre „Die Rechtsnatur der Reichsunfallversicherung“ (Carl Heymanns Verlag).

Der Abschnitt der letzten Notverordnung über die Krankenversicherung hat trotz der kurzen Zeit, seit der die Notverordnung in Kraft ist, bereits eine Reihe von Kommentierungen gefunden. Hier sei wegen ihrer bedeutsamen sozial- und wirtschaftspolitischen Ausführungen nur die Schrift von Ministerialdirektor Dr. *Grieser* und seinen Mitarbeitern erwähnt (Rechts- und Wirtschaftsverlag, München).

Die Reihe der wissenschaftlichen Gesamtdarstellungen des Arbeitsrechts ist durch eine Schrift von *Nikisch* (Georg Stilke) bereichert worden, der auf 200 Seiten eine sehr fesselnd geschriebene Einführung in das Rechtsgebiet (mit Einschluß der Sozialversicherung) gibt. Von dem großen Lehr- und Handbuch des Arbeitsrechts von *Hueck* und *Nipperdey* ist nunmehr die letzte Lieferung erschienen, in der *Nipperdey* das Recht der Betriebsvereinbarung, das Schlichtungsrecht und das Arbeitsverbandsrecht behandelt (J. Bensheimer). Von Sammelwerken sei an erster Stelle das Jahrbuch des Arbeitsrechts von *Höniger-Schulz-Wehrle* (J. Bensheimer) genannt, das in seinem vorliegenden zehnten Band auch der Sozialpolitik einen besonderen Abschnitt widmet. Während das *Hönigersche* Jahrbuch in der Hauptsache bibliographischen Charakter hat, bringt das Jahrbuch der Sozialpolitik von Staatssekretär Dr. *Geib* Aufsätze über den gegenwärtigen Stand des Arbeitsrechts und der Sozialpolitik aus der Feder bekannter Fachleute (Heling'sche Verlagsanstalt, Leipzig).

Sehr reich ist wiederum die Literatur über einzelne Teilgebiete des Arbeitsrechts. Zur rechten Zeit erscheint eine Neuauflage des *Weigertschen* Kommentars zur Stilllegungsverordnung, herausgegeben von *J. Richter* (Reimar Hobbing). *F. Sitzler* und *H. Goldschmidt* erläutern in der bekannten *Vahlenschen* Taschenausgabe das Kündigungsschutzgesetz für Angestellte. Das Tarifvertragsrecht behandelt eine große wissenschaftliche Arbeit von *Molitor* (Julius Springer). Die Reform des Schlichtungswesens war Gegenstand der

### NEUERSCHEINUNGEN 1930

## John D. Rockefeller

Ein Ölporträt von John K. Winkler

In Leinen RM 6.—

Ein lebensvolles „Ölgemälde“ dieses legendären Ölmagnaten hat hier ein amerikanischer Reporter mit Kritik, Witz und Bewunderung geschrieben.

## Von Drew bis Morgan

Die Geschichte der Wallstreet-Milliardäre von R. I. Warshaw

Mit Bildern. In Leinen RM 7.50

Das Buch gibt mit seinen robusten Tatsachen dem Mythos um die Wallstreet-Milliardäre einen neuen, ungewohnten Aspekt und läßt uns ein anderes, kaum gekanntes Amerika sehen, das Land der „unbegrenzten Möglichkeiten“ an der Börse.

## Der Spekulant

Aufstieg und Sturz des amerikanischen Weizenkönigs von Edward J. Dies

In Leinen RM 7.50

Das Buch setzt dem Geist des amerikanischen Börsenspekulanten ein Denkmal, und für das Studium der in Amerika wirkenden Kräfte bedeutet es ein Dokument. Zeitschrift für Geopolitik

TRANSMARE VERLAG BERLIN



Mannheimer Tagung der Gesellschaft für Soziale Reform, über die nunmehr ein gedruckter Bericht vorliegt (Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, Heft 85). In den gleichen Gedankenkreis gehört die Schrift des Münchener Privatdozenten Dr. W. Weddigen „Einigungs- und Schiedsgrundsätze“ (Duncker und Humblot).

Auf dem Gebiet des Koalitionswesens liegen sowohl auf Arbeitgeber- wie auf Arbeitnehmerseite zahlreiche Jahresberichte von Spitzenverbänden und Fachgruppen vor. Der Bericht der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (Selbstverlag) umfaßt die Zeit von 1927 bis 1929. Er wird ergänzt durch ein im selben Verlag erschienenenes Buch des langjährigen Geschäftsführers der Vereinigung, F. Tänzler, der die Entwicklung der Arbeitgeberverbände und ihrer Aufgaben von 1904 bis 1929 darstellt. Der Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer legt neben seinem Geschäftsbericht für die Jahre 1926 bis 1928 eine Untersuchung über die Lebenshaltung des Landarbeiters vor, der die Wirtschaftsrechnungen von 150 Landarbeiterfamilien als Unterlage gedient haben (Landvolkverlag). Eine ähnliche Erhebung über die Lage der weiblichen Angestellten hat der Zentralverband der Angestellten unternommen (Selbstverlag); sie betrifft nicht nur die Lebensverhältnisse, sondern auch die sozial- und wirtschaftspolitische Situation. Die Lebensfragen der berufstätigen Frau behandelt auch das vom Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten im Selbstverlag herausgegebene Jahrbuch der Frauenarbeit, von dem bereits der sechste Band vorliegt.

In die allgemeinen Probleme der Gewerkschaftsbewegung führt das Handbuch der Deutschen Gewerkschaftskongresse von S. Schwarz ein (Verlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds). Vom Standpunkt der freien Gewerkschaften werden unter 60 Stichworten die auf den Gewerkschaftskongressen des ADGB behandelten Fragen dargestellt. Ein noch weiteres Ziel hat sich L. Heyde mit seinem „Internationalen Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens“ gesteckt, das er zusammen mit A. Erkelenz, J. Sassenbach, A. Stegerwald, A. Thomas und Lord Passfield herausgibt (Werk und Wirtschaft). Das Buch, von dem vorläufig erst die erste Lieferung vorliegt, soll ein Bild von den Zusammenhängen zwischen den soziologischen und ökonomischen Problemen des Gewerkschaftswesens und den wichtigsten Erscheinungen der Politik, Wirtschaft und Kultur vermitteln. In erster Reihe werden die deutschen Verhältnisse berücksichtigt; es sollen aber auch die wichtigsten Parallelscheinungen im Ausland zur Darstellung kommen.

## Aktienrecht

Die aktienrechtliche Literatur des Jahres 1930 ist noch mehr als in den vergangenen Jahren Literatur über die Aktienrechtsreform. Als ihr wichtigstes Dokument ist deshalb der Entwurf eines Gesetzes über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien anzusehen, den das Reichsjustizministerium veröffentlicht hat (de Gruyter), denn er gibt der Diskussion über die Aktienrechtsreform die gesetzgeberische Grundlage. Der Entwurf ist in Nr. 35 des MdW eingehend gewürdigt worden; ferner wird ihn Bruno Buchwald zu Beginn des nächsten Jahres in einer Reihe von Aufsätzen besprechen. Hier sei nur vermerkt, daß es sich um eine Neukodifizierung des gesamten Aktienrechts handelt, die — wie man auch im einzelnen zu den Lösungen stehen mag, die darin gefunden sind — eine der besten gesetzgeberischen Arbeiten des letzten Jahrzehnts darstellt.

Die Kritik an dem im August veröffentlichten Entwurf hat bisher in der Buchliteratur noch kaum einen Niederschlag gefunden. E. Welter hat seine in der „Frankfurter Zeitung“ erschienenen kritischen Betrachtungen in einem Sonderdruck zusammengefaßt, nachdem er schon vorher ein ausführliches, sehr weitgehendes Reformprogramm entwickelt hatte („Erneuerung des Aktienrechts“, Frankfurter Societäts-Druckerei). Im übrigen beschränkt sich der

Widerhall des Gesetzentwurfs vorläufig auf die juristische und die Wirtschaftspresse. Es seien erwähnt die Aufsätze im „Bank-Archiv“ von Sintenis (Nr. 23 vom 1. September 1930), dem der Entwurf besonders in den Fragen des Stimmrechts und der Publizität zu weit geht, von Max von Schinckel (Nr. 1 vom 1. Oktober 1930) — ein bedenkenloses Plädoyer für die Herrschaftsaktien oder, wenn man will, für die Herrschaftsaktien der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft — und von F. Hauffmann (Nr. 4 und 5 vom 15. November und 15. Dezember). Eine ausführliche Darstellung des Gesetzentwurfs hat ferner M. Hachenburg in der „Deutschen Juristen-Zeitung“ gegeben (Heft 22, 23, 24). Beachtung verdienen auch die Aufsätze einiger bekannter Aktienjuristen wie Flechtheim, Homburger, Hachenburg, die in der „Kölnischen Zeitung“ erschienen sind. Für das Verständnis des Entwurfs sind schließlich von großer Bedeutung die Äußerungen Ministerialdirektor Schlegelbergers, des Vaters des Gesetzentwurfs, und seiner Mitarbeiter in Heft 34/35 der „Juristischen Wochenschrift“.

Ebenso wie die Kritik spielte sich auch die publizistische Vorbereitung des Gesetzentwurfs vorwiegend in der Tages- und Fachpresse ab. Die meistens recht umfangreichen und für eine Beurteilung des Entwurfs unentbehrlichen Antworten auf die Fragebogen, die das Reichsjustizministerium im Jahre 1929 an die interessierten Gremien versandt hatte, sind fast durchweg nicht im Buchhandel erschienen, sondern als Denkschriften herausgegeben oder in der Fachpresse veröffentlicht worden. Es seien die Antworten des Deutschen Anwaltvereins, des Industrie- und Handelstags, des Verbandes Deutscher Bücherrevisoren und der Vereinigung Berliner Handelsredakteure genannt.

Hinter der Fülle der Anregungen, die von diesen Antworten und von der sonstigen Bearbeitung aktienrechtlicher Fragen in den Fachzeitschriften ausgehen, bleibt die Wirkung der aktienrechtlichen Buchliteratur dieses Jahres weit zurück. Sie enthält, soweit sie das deutsche Aktienrecht behandelt, nur wenige Publikationen von dauerndem Wert. Der Enquête-Ausschuß hat seinen Generalbericht über die „Wandlungen in der aktienrechtlichen Gestaltung der Einzelunternehmen und Konzerne“ veröffentlicht (Mittler & Sohn. Sachbearbeiter Rechtsanwalt Dr. M. Schmulewitz). Die Bedeutung dieses Berichts liegt in der zusammenfassenden Darstellung aller das Recht und die Wirtschaft der Aktiengesellschaft berührenden Probleme und in der Berücksichtigung der gesamten Literatur. In der Stellungnahme zu diesen Problemen ist die Arbeitsgruppe des Enquête-Ausschusses sehr zurückhaltend. Leider läßt der Band die lebendige Darstellung vermissen, durch die sich die erste, im Jahre 1928 erschienene aktienrechtliche Veröffentlichung des Enquête-Ausschusses auszeichnet. Der Abdruck der Vernehmungen zahlreicher Wirtschaftsführer und Juristen hatte dieser Veröffentlichung bei allen sachlichen Mängeln einen großen Reiz gegeben; sie hat inzwischen in R. Passow einen scharfen und temperamentvollen Kritiker gefunden („Der Strukturwandel der Aktiengesellschaft im Lichte der Wirtschaftsenquête“, Fischer, Jena). Passows Kritik ist, insbesondere was die unsystematische Anlage der Enquête-Untersuchungen betrifft, berechtigt.

Unter einem eigenartigen Aspekt wird die Aktienrechtsreform von dem Jesuitenpater O. v. Nell-Breuning betrachtet („Aktienreform und Moral“, Carl Heymanns Verlag); er sieht sie als eine wichtige Aufgabe der Moralpädagogik an und kommt von diesem Gesichtspunkt aus zu Forderungen, die sich im ganzen mit denen entschiedener Aktienrechtsreformer decken. Bemerkenswert sind seine offenerherzigen Äußerungen über die Rolle des juristischen Artistentums in der aktienrechtlichen Praxis. Im Gegensatz zu der Arbeit des Jesuitenpaters weist die Schrift von Justizrat Dr. L. Heilbrunn („Zur Reform des Aktienrechts“, Carl Heymanns Verlag) wenig originelle Gedankengänge auf. Von der Durchführung seines Vorschlags, nach dem Vorbild der Genossenschaften neben der



Generalversammlung und dem Aufsichtsrat die Institution der „Vertreter-Versammlung“ zu schaffen, kann man sich keinen Erfolg versprechen. Die „Grundlinien der Machtverteilung zwischen Verwaltung und Aktionär“ behandelt Rechtsanwalt Dr. W. Nord (Franz Vahlen) im Sinne entschiedener Aktiendemokratie, ohne daß neue Argumente oder Lösungen gegeben werden.

Spezialprobleme sind von F. Kaernbach („Die wirtschaftliche Bedeutung der Legitimationsübertragung, C. E. Poeschel) und Justizrat H. Kolsen („Form und Inhalt des Protokolls der Generalversammlung der Aktiengesellschaft“, Hans Soldau-Stiftung) bearbeitet worden. Kaernbach wendet sich gegen ein allgemeines Verbot der Legitimationsübertragung, tritt aber dafür ein, daß der heute schon von manchen Banken geübte Brauch, bei Erwartung ernsthafter Opposition oder bei bedeutsamer Tagesordnung dem Depotkunden besondere Mitteilung zu machen, legalisiert wird. Instruktiv ist der Anhang dieser Arbeit über die Praxis des Bankstimmrechts im Ausland. Die Schrift von Kolsen soll dem Notar für die Protokollführung Richtlinien geben.

Von den Veröffentlichungen über *ausländisches Aktienrecht* seien das groß angelegte Werk von Rechtsanwalt Dr. R. Rosendorff („Die Reform des englischen Aktienrechts“, Carl Heymanns Verlag) und die Arbeit von Schacher-Adam („Der Gründeranteil des französischen Aktienwesens“, Ferdinand Encke) genannt. Beide Arbeiten werden hier noch gewürdigt werden.

### Betriebswirtschaftslehre

Im abgelaufenen Jahre ist von den betriebswirtschaftlichen Sammelwerken das groß und gut angelegte Unterrichtswerk: „Die Handelshochschule“ (Spaeth & Linde), das auch volkswirtschaftliche, juristische und wirtschaftsgeographische Teile enthält, fast vollständig der Öffentlichkeit übergeben worden. Verschiedene betriebswirtschaftliche Kapitel sind wissenschaftlich recht bemerkenswert, z. B. die eingehende Darstellung der Selbstkostenfragen durch Schmidt; andere Beiträge füllen fühlbare Lücken im betriebswirtschaftlichen Schrifttum aus. Eine kurzgefaßte, vollständige Darstellung der Finanzierung, wie sie z. B. Kalberam hier gibt, fehlte bisher. Auch die Beiträge aus den nicht betriebswirtschaftlichen Stoffgebieten verdienen Beachtung.

Der „Grundriß der Betriebswirtschaftslehre“ (Gloeckner) macht langsamere Fortschritte. In diesem Jahr erschienen die Bände: „Die kurzfristige Erfolgsrechnung“ (von Th. Beste), „Der Güter- und Personenverkehr“ (von Reuter, Fischer und Mayer) und „Der Industriebetrieb“ (von A. Isaac). Die Gefahr trockener Systematisierung ist nicht immer vermieden worden. Es erweist sich, wie schon beim „Grundriß der Sozialökonomie“, als schwer, die richtige Mitte zwischen allzu spezialistischen Untersuchungen und dürftig umkleideten Dispositionen innezuhalten.

Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit hat in seinem „Handbuch der Rationalisierung“ (Spaeth & Linde) einen für die breite Öffentlichkeit bestimmten Rechenschaftsbericht verfaßt, der neben der Schilderung der technischen Arbeiten auch die betriebswirtschaftlichen Leistungen darstellt. Von Fachseite werden Bedenken gegen Auslese und Systematik erhoben. Für den Außenstehenden ergibt sich aber ein eindrucksvolles Bild der geleisteten Arbeit, die auf manchen Teilgebieten — so insbesondere auf dem des industriellen Rechnungswesens — recht ergiebig gewesen ist.

Ausgedehnt ist die neue *Organisationsliteratur*. Die umfangreichste Neuerscheinung ist das „Organisationslexikon“ (Hobbing) von le Coutre-Thoms, in welchem die Büromaschinen sehr gründlich bearbeitet sind, während die Stichworte über die reinen Organisationsfragen vieles zu wünschen übrig lassen. Bei der raschen Entwicklung auf diesem Gebiet ist übrigens die feste Buchform nicht zweckmäßig. Das Buch von H. Herches über den „Bürobetrieb“ (Stilke) enthält manchen neuartigen Gesichtspunkt. Eine



In unserer Schriftenfolge erschien:

*Die Schriften des Magazins der Wirtschaft/1*

## Deutschlands Reparationslast

Ein Vergleich zwischen Dawes-Plan  
und Young-Plan

M. J. Bonn: Die Bestimmungen des Neuen Plans  
Ministerialrat Dr. Soltau: Der Wohlstandsindex-  
die Bedeutung seines Fortfalls. Annuitäten und  
Kapitalwert auf Grund des Dawes-Plans und  
des Young-Plans.

Umfang 100 Seiten / Preis kartoniert 3,60 RM

*Die Schriften des Magazins der Wirtschaft/2*

## Ist Arbeitslosigkeit unvermeidlich?

Von Prof. Dr. L. Albert Hahn, Frankfurt a. M.

Umfang 56 Seiten / Preis kartoniert 2,40 RM

*Die Schriften des Magazins der Wirtschaft/3*

## Die Schäden der deutschen Milchwirtschaft

Von Prof. Dr. Karl Brandt,  
Direktor des Instituts für landwirtschaftliche  
Marktforschung, Berlin

Umfang 52 Seiten / Preis kartoniert 1,60 RM

**Magazin der Wirtschaft**

Verlagsgesellschaft mbH

Berlin W 62 / Kurfürstenstraße 131

Postscheckkonto: Berlin 149 296



fließige Arbeit ist *R. Baums* „Neuzeitliche Buchhaltungsmethoden unter Berücksichtigung der Maschinenbuchhaltung“ (Wichert, Berlin). Durch gute Illustrationen und zuverlässige technische Beschreibungen zeichnet sich die zweite Auflage des „Grundriß der maschinellen Buchhaltung“ von *W. Prelinger* (Poeschel) aus. Eine praktisch brauchbare Anleitung zur Anwendung von Lochkartenmaschinen ist *R. Boesels* Schrift „Die Lochkarte im Fabrikbetrieb“ (Carl Heymanns Verlag). Auch *A. Schad*: „Das Lochkartenverfahren im industriellen Rechnungswesen“ (Poeschel) ist erwähnenswert. Eine grundlegende wissenschaftliche Untersuchung über die Anwendbarkeit von Buchhaltungsmaschinen hat *H. Wegener* unter dem Titel „Wirtschaftlichkeit von Buchungsmaschinen usw.“ (Springer) veröffentlicht.

Auf dem Gebiet der *allgemeinen Betriebswirtschaftslehre* ist nicht viel erschienen. Von der neuen und sehr erweiterten Auflage der „Wirtschaftlichen Betriebslehre“ von *H. Nicklisch* steht noch die letzte Lieferung aus. Eine äußerst sorgfältig disponierte, mit Anschauungsmaterial gut belegte Studie über die „Krankheitserscheinungen und Krankheitsursachen“ der notleidenden Unternehmen legt *Fleeger-Althoff* (Poeschel) vor. In seiner Nürnberger Rektoratsrede „Rationalisierung und Sozialpolitik“ hat *M. R. Lehmann* die betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise auf sozialpolitische Probleme in interessanter Weise angewandt (Krische & Co., Nürnberg).

Unter der *Bilanzliteratur* ist die Neubearbeitung des zweiten Bandes von *Reisch-Kreibitz*: „Bilanz und Steuer“ durch *L. Mayer* und *P. Petrucha* (Manz, Wien) an erster Stelle zu nennen. Die Bearbeiter haben den Umfang auf das Doppelte erweitert und dadurch Raum für eine sehr gründliche Berücksichtigung der neuzeitlichen internationalen Gesetzgebung und des betriebswirtschaftlichen Schrifttums gewonnen. Das Werk kann als derzeit wichtigste betriebswirtschaftliche Informationsquelle auf dem Bilanzgebiet bezeichnet werden. Eine gut disponierte Behandlung der mit der Aufstellung des Status zusammenhängenden Fragen bietet die Arbeit: „Der Status der Unternehmung“ von *K. Fluch* (Poeschel).

Die bevorstehende Einführung der Zwangsrevision hat das Interesse diesem Gebiet stärker zugewendet. Eine umfassende Zusammenstellung des Materials enthält das von *W. Voss* verfaßte „Handbuch für das Revisions- und Treuhänderwesen“ (Poeschel). *Meltzers* „Deutscher Revisoren-Spiegel“ (Weiß, Berlin) konnte bereits — stark erweitert — in zweiter Auflage erscheinen. Über „Die Aufgaben des Treuhänders und die Treuhänderausbildung“ informiert kurz eine Schrift von *A. Isaac* (Krische & Co., Nürnberg).

Nicht sehr umfangreich ist das Schrifttum über die *Finanzierung*. Eine deduktive Untersuchung von *K. Sandig* stellt die Grenzen der „Finanzierung mit Fremdkapital“ (Poeschel) fest. „Die neuesten Versuche zur Versorgung der Mittel- und Kleinindustrie mit langfristigem Kredit“ erörtert *E. Thieß* (Oskar Müller, Köln), dessen betriebswirtschaftliche Kritik auf den Kernpunkt der Frage zielt. Thieß betont die Notwendigkeit, kurz- und langfristige Kreditgewährung beisammenzuhalten. An Hand des amerikanischen Schrifttums schildert die Eigenart der amerikanischen Finanzierung gründlich *K. Dresel*: „Die amerikanische Finanzierungsliteratur“ (Oskar Müller, Köln).

Stark bearbeitet wurde das Gebiet der *Selbstkosten- und industriellen Betriebsrechnung*. In der Neuauflage von *E. Schmalenbachs* „Grundlagen der Selbstkostenrechnung und Preispolitik“ hat sich der Umfang dieser grundlegenden Arbeit verdreifacht. Der Raumzuwachs ist in erster Linie praktischen Beispielen und Ausführungen über die Tendenz der Kostengestaltung zugute gekommen. Auch *F. Leitners* „Industrielle Selbstkostenrechnung“ (Sauerländer, Frankfurt a. M.), die sich durch die Fülle praktischer Beispiele auszeichnet, ist 1930 neu aufgelegt worden. Als hervorragende systematische Behandlung des Gebietes ist *Th. Bestes* Schrift „Die kurzfristige Erfolgsrechnung“ (Glockner) zu nennen. *G. Fischers Arbeit*: „Die kurz-

fristige Abrechnung“ (Poeschel), ist ein knapperer Abriss. Die Neuauflage des „Grundplan der Selbstkostenrechnung“, die der „Ausschuß für wirtschaftliche Verwaltung“ herausgebracht hat, wird von den Fachleuten als eine saubere, wohlgedachte Arbeit gerühmt. „Die Budget-Kontrolle in industriellen Unternehmungen“ hat *H. Ludwig* sehr lesbar, anschaulich und anregend auf Grund der bei den Horchwerken gewonnenen Erfahrungen dargestellt (Weiß). Die zweite Auflage des „Wirtschaftsplan der Unternehmung“ von *M. Lohmann* (Weiß) ist etwas ausgebaut. Eine sorgfältige Auswertung der Literatur (insbesondere der amerikanischen) über „Marktanalyse und industrielle Absatzorganisation“ enthält die Schrift von *K. Herzfeld* (Boysen, Hamburg). Das „Rechnungswesen im Maschinenbau“ behandelt eine wertvolle Studie von *H. Peiser* (V. D. I. Verlag, Berlin).

Auf dem Gebiet des *Warenverkehrs und der Absatzfragen* sind an erster Stelle die von *Seyffert* herausgegebenen „Schriften zur Einzelhandelsforschung“ zu nennen. Das zweite Heft: *A. Meier*, „Die Probleme des gemeinschaftlichen Einkaufs der Einzelhändler usw.“, ist als Musterbeispiel einer ins einzelne gehenden betriebswirtschaftlichen Analyse zu rühmen. Aber auch die Untersuchungen von *M. Fitch* über die „Modebildung in Damenstoffen“ und von *V. Kahn* über die „Werbung des Schuh-einzelhändlers“ sind wertvolle, gründliche Einzeluntersuchungen. „Die Mode als betriebswirtschaftliches Problem“ hat *E. Schiermeyer* systematisch zu behandeln versucht. Von *K. Marbe* ist zu der umstrittenen Frage der Wertreklame ein Beitrag „Psychologie der Wertreklame“ (Poeschel) veröffentlicht worden, in dem Marbe die Wertreklame verteidigt. Am Schluß sei auf die „Funktionen- und Risikenlehre des Warenhandels“ von *K. Oberparleiter* (Spaeth & Linde) hingewiesen, dessen wohlgedachte Arbeit eine systematische Ordnung des umfangreichen Gebiets anstrebt.

Die im Jahre 1930 erschienene Literatur über das *Bankwesen* ist nicht umfangreich. Die wichtigsten Erscheinungen sind neue Auflagen, nicht neue Werke. An erster Stelle sei die 3. Auflage von *A. Hahns* „Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits“, erwähnt, die bereits an anderer Stelle, auf S. 2365 aufgeführt wurde. Die Neuauflage von *F. Somarys* „Bankpolitik“ (J. C. B. Mohr) hat Disposition und Gedankengänge der alten Auflage mit wenigen Ausnahmen aufrechterhalten können, ein Zeichen für die Qualitäten dieses klugen Buches. Die moderne Entwicklung ist — nicht überall so eingehend, wie man es wünschen würde — berücksichtigt. Neu ist der Anhang, der einmal den Inhalt der Notenbankgesetze systematisch darstellt und zweitens aus *Palyis* Feder einen instruktiven Überblick über das internationale Schrifttum, soweit es den Geld- und Kapitalmarkt behandelt, bietet. Neu aufgelegt wurden das „Geld-, Bank- und Börsenwesen“ und das umfangreiche zweibändige Werk „Das Bankgeschäft“ von *G. Obst* (Poeschel).

Nur ein Vortrag, aber ein interessanter Vortrag, der zu vielen bedeutungsvollen Bankproblemen der Gegenwart Stellung nimmt, liegt *G. Solmssens* Schrift „Entwicklungstendenzen und weltwirtschaftliche Aufgaben der deutschen Großbanken“ zugrunde (de Gruyter). Aus dem dünnen Schrifttum über die einzelnen Zweige des Bankwesens ist wegen seines Materials das Buch von *W. Schlick* „Beamtenbanken“ (C. F. Müller, Karlsruhe) erwähnenswert. Es stellt im ersten Teil die badische Beamtenbank dar und greift im zweiten Teil auf die Beamtenbank im Reich über.

*W. Prion* hat unter Benutzung der ebenfalls in Buchform veröffentlichten Untersuchungen von *E. Horwitz* über die Preisbildung auf dem Aktienmarkt in der Nachinflationzeit seine „Preisbildung an der Wertpapierbörse“ neu aufgelegt (Duncker & Humblot). Die allgemeinen Ausführungen werden auch hier im wesentlichen übernommen. Die grundsätzlichen Darlegungen über die Kursbildung sind mehrfach angreifbar. Zu dem Zentralproblem — die Beziehungen zwischen Kurs und Dividende — wird nicht



klar und eingehend genug Stellung genommen. Auch in der Arbeit „Die Preisbildung an den Effektenmärkten“ von *K. Meithner* (Springer) treten diese Grundprobleme zurück. Meithner widmet seine gründlichen Untersuchungen in erster Linie der Preisfeststellung im technischen Sinne und greift hierfür etwas breit auf Böhm-Bawerks Theorie der Grenzpaare zurück. Zwei Vorträge von *H. Goepfert*, dem ehemaligen Staatskommissar an der Berliner Börse, behandeln das Thema „Börse und Publikum“ (Springer).

*P. Quittners* Buch „Investment“ (Springer) behandelt die Kapitalanlage, über die in Deutschland auffällig selten geschrieben wird. Der wissenschaftliche Wert des Buches, das die Gesichtspunkte der amerikanischen Literatur verwendet, ist gering. Die Disposition ist recht salopp, und auch die einzelnen Ausführungen sind, selbst für eine populäre Darstellung, vielfach zu oberflächlich.

## Zeitungskunde

Die seit einigen Jahren an zahlreichen Universitäten und Instituten eifrig betriebene Zeitungskunde hat im letzten Jahr eine Reihe von Werken und Abhandlungen hervorgebracht, die sich mit der Zeitung als soziologischem oder kulturellem Problem, als Faktor des öffentlichen Lebens, als Geschichtsquelle, als Wirtschaftsunternehmen beschäftigen. Die Gesamtheit dieser Publikationen beweist, wie wichtig und notwendig es ist, daß sich die Wissenschaft mit der Presse befaßt, sie beweist aber auch, daß es unmöglich ist, aus der Zeitungskunde eine einheitliche, in sich geschlossene Disziplin zu machen. Sie ist — ihrem innersten Wesen nach — *Hilfswissenschaft*. Die Universalität der Zeitung bedingt die Unbegrenztheit und Uneinheitlichkeit der Wissenschaft, die sich mit der Presse als Gesamterscheinung beschäftigt. Nationalökonomie und Privatwirtschaftslehre, historische Fächer, Soziologie, Völkerkunde, Technik und Jurisprudenz greifen in der Zeitungswissenschaft ineinander, für sie alle ist sie als Hilfswissenschaft von unschätzbare Bedeutung, obwohl — oder gerade weil sie sich nicht in die enge Begrenztheit einer einzelnen Disziplin hineinzwängen läßt. Aus diesem universalen Charakter der Wissenschaft von der Zeitung ergibt sich, daß sich auch die zeitungswissenschaftliche Literatur einem einheitlichen Wissensgebiet nicht unterordnen läßt. Sie wird zur Einheit nur durch die gemeinsame Materie, die Zeitung, die sie von den verschiedensten Gesichtspunkten aus betrachtet und behandelt.

Die erste und bisher einzige zeitungswissenschaftliche Publikation, die es sich zur Aufgabe macht, ein „System der Zeitungskunde“ zu entwickeln — *O. Groths* vierbändiges Werk „Die Zeitung“ (Bensheimer), das jetzt vollständig vorliegt —, beweist am deutlichsten die Unmöglichkeit dieses Versuchs: „Es geht nicht an, den Forschungsgegenstand, der nun einmal universell, Exponent der Gesamtkultur ist, in das Prinzip einer dieser Wissenschaften einzuspannen“, heißt es in dem Vorwort des Werkes selbst, das eine bewundernswert erschöpfende und vollständige Materialsammlung, keineswegs aber ein „System der Zeitungskunde“ geworden ist.

Die übrigen zeitungswissenschaftlichen Neuerscheinungen sind Spezialabhandlungen, die durch die Untersuchung von Einzelproblemen zur wissenschaftlichen Erforschung der Presse als Gesamterscheinung beitragen. Es wird selbstverständlich noch Jahrzehnte dauern, ehe alle Lücken geschlossen sind, welche die Nichtbeachtung der Presse durch die Wissenschaft bisher verursacht hat; aber es ist schon ein großer Fortschritt, daß wenigstens durch die Untersuchung einzelner — wenn auch nicht immer der wichtigsten — Probleme das Material für eine erschöpfende wissenschaftliche Erforschung des Zeitungswesens zusammengetragen wird.

Von den Abhandlungen, welche die Zeitung als wirtschaftliches Unternehmen untersuchen, verdient *O. A. Kohuts* Arbeit „Zeitungen und Zeitschriften als Handelsgut“ (Waldheim-Eberle, Wien) an erster Stelle genannt zu werden, die zum erstenmal die Bedeutung der Vertriebsarbeit innerhalb

des Zeitungsunternehmens eingehend behandelt, aus der Praxis heraus und in erster Linie für den Praktiker geschrieben. Mit dem Anzeigengeschäft beschäftigt sich *H. Born* in seiner „betriebswirtschaftlichen Abhandlung“ „Das Anzeigengeschäft der Tageszeitung“ (J. H. Born, Wuppertal-Elberfeld), deren Wert mehr in der Zusammenstellung von Literatur und bekannten Gesichtspunkten als in der Aufzeigung neuer praktischer oder wissenschaftlicher Erkenntnisse liegt. *H. Biegel* zeigt in einer kleinen Schrift „Die Eigenanzeige der Tageszeitung“ (Reimann & Co., Hamm), wie die Zeitungen durch eigene Anzeigen Bezieher und Inserenten werben können. *W. Hellwig* untersucht die „Unternehmungsformen der deutschen Tagespresse-GmbH und AG“ (Reinicke, Leipzig) und stellt die Besonderheiten der zeitungswirtschaftlichen Unternehmungsformen gegenüber den sonstigen Industrieunternehmungen dar, ohne wesentlich Neues zu bieten. *H. Heinemanns* Dissertation (Leipzig) „Die Auflagenhöhe der deutschen Zeitungen“ enthält aufschlußreiches statistisches Material; *H. Stratz* rührt mit seiner Arbeit über „Das Konzentrationsproblem der deutschen Presse“ (Freiburger Dissertation) an eine der wichtigsten Fragen des deutschen Zeitungswesens, ohne über die vielfach irreführenden Quellen hinauszugelangen und ohne auch nur den Versuch zu machen, von sich aus den Konzentrationsprozeß in der deutschen Presse zu untersuchen.

Mit zeitungswirtschaftlichen Fragen befaßt sich die Arbeit „Das Recht der Reklame“ von *F. Wolff* und *K. A. Crisolli* (Walter de Gruyter & Co.), welche die rechtliche Seite des Anzeigengeschäfts erschöpfend behandelt. In dasselbe Gebiet gehört *A. Ebners* Schrift „Das Anzeigenrecht“, die in dritter, vollkommen modernisierter Auflage vom Verein deutscher Zeitungsverleger herausgegeben wurde, ferner die Kieler Dissertation von *H. W. Harms* „Das deutsche Plakatrecht“, die ein bisher kaum beachtetes Teilgebiet des Presserechts unter besonderer Berücksichtigung der Landesgesetzgebung erschöpfend behandelt. *Heinz Blechens* Versuch, das überaus interessante und dringend einer umfassenden Darstellung bedürftige Problem „Der zivilrechtliche Rechtsschutz des Zeitungsinhalts“ (Harrassowitz, Leipzig) zu klären, muß als mißlungen bezeichnet werden, weil der Verfasser offenbar den internen Zeitungsbetrieb zu wenig kennt und vom Studiertisch aus praktische Vorschläge zu machen versucht, die geringen Wert haben. Auch die Abhandlung „Die rechtlichen Garantien für die Unabhängigkeit des Redakteurs“ (Loewenthal, Berlin) von *Max Wolff*, beweist, daß es im Zeitungswesen höchst gefährlich ist, rein theoretisch und ohne genügende Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse aktuelle Probleme zu erörtern oder gar Forderungen aufzustellen. Der Reform des Preßrechts dient die kurze Zusammenfassung der reformbedürftigen Probleme in *K. Meyers* „Die Reform des deutschen Preßrechts“ (Otto Liebmann, Berlin) sowie die von *V. Bruns* und *K. Haentzschel* in Verbindung mit dem Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Berlin und der *Fédération Internationale des Journalistes* herausgegebene Sammlung „Die Preßgesetze des Erdballs“ (Stilke), in der in schneller Folge monographische Darstellungen der Preßgesetze sämtlicher Länder der Erde erscheinen.

Die Zeitung als Geschichtsquelle behandeln einige Monographien, von denen *E. Baaschs* „Geschichte des Hamburgischen Zeitungswesens von den Anfängen bis 1914“ (Friedrichsen, de Gruyter & Co., Hamburg), *W. Zimmermanns* Arbeit „Der Friedens- und Kriegs-Kurier“ (Verlag des Fränkischen Kuriers) sowie *H. Zeissigs* „Eine deutsche Zeitung. 200 Jahre Dresdner Anzeiger. Eine zeitungswissenschaftliche und kulturhistorische Festschrift“ (Dresden) hervorgehoben zu werden verdienen.

Pädagogischen Zwecken dient *H. A. Münsters* „Probleme des Zeitungswesens“ (Teubner), eine ausgezeichnete Quellenkunde für den zeitungswissenschaftlichen Unterricht, sowie *K. Bömers* „Bibliographisches Handbuch der Zeitungswissenschaft“ (Harrassowitz), in dem die wichtigste zeitungswissenschaftliche Hilfsliteratur nicht in Form einer



nüchternen Aufzählung, sondern in zusammenfassender und die Probleme kurz und übersichtlich herausarbeitender Darstellung geboten wird.

Schließlich sind noch einige ausländische Werke zu nennen, z. B. das „Annuario della Stampa 1929/30“ (Milano), das nicht nur ein Verzeichnis sämtlicher italienischer Zeitungen enthält, sondern auch eine aufschlußreiche Darstellung der Theorie und Praxis des italienischen Journalismus. Die Anfänge des italienischen Zeitungswesens behandelt *F. Fatterelli* in „Le origini del giornalismo in Italia“ (Udine). Als wichtiges Handbuch für die englische Presse ist „The British Press, a survey, a directory and a who's who“ (London 1929) zu nennen, *Paul de Sury d'Aspremonts* „La Presse à travers les ages“ (Paris) erfüllt nicht die Erwartungen, die man an eines der ersten Bücher knüpft, die von der französischen Presse handeln. Der Verfasser, Professor des

Journalismus an der Universität Freiburg in der Schweiz, versucht einen Überblick über die Entwicklung der Presse nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland, England und Amerika zu geben und erweitert sein Thema dergestalt, daß er im einzelnen versagt.

In letzter Zeit sind schließlich noch wichtige Publikationen im Rahmen zeitungswissenschaftlicher Schriftenreihen erschienen: „Eugen Richter als Publizist und Herausgeber“ von *L. Ullstein*, in der von *E. Eperth*, dem Leiter des Leipziger Zeitungs-Instituts, herausgegebenen Sammlung „Das Wesen der Zeitung“ (Reinicke, Leipzig); ferner die beiden ersten Bände der vom Deutschen Institut für Zeitungskunde in Berlin herausgegebenen Schriftenreihe „Zeitung und Zeit“: *A. W. Just* „Die Presse der Sowjet-Union“ und *E. Meunier* und *H. Jessen* „Das deutsche Feuilleton“ (Carl Duncker, Berlin).

## Wirtschaft als Schicksal und Aufgabe<sup>1)</sup>

Von Prof. Dr. Kurt Singer

Das Urteil über das vorliegende Buch muß verschieden lauten, je nachdem man sich an das hält, was es sein möchte, oder an das, was es in der Tat ist. Der Verfasser, der als Verbandspraktiker, Wirtschaftspublizist und akademischer Lehrer zu den lebendigsten Köpfen seines Fachs gehört, hat sich keine geringere Aufgabe gesetzt, als ein „Laienbrevier“ der Nationalökonomie zu schreiben, ausgehend von dem Gedanken, wir seien „der Wirtschaft gegenüber in der Lage eines Halbzivilisierten, dem ein Dynamo zur Bedienung anvertraut wurde, und der die notwendigsten Handgriffe zu dieser Verrichtung gelernt hat, ohne vom Wesen dieses Energieumformers, geschweige denn von der erzeugten Energieform, der Elektrizität, etwas zu verstehen“. Das Urteil mag stimmen, abgesehen davon, daß das Gleichnis nicht stimmt, denn die Wirtschaft ist sehr weit davon entfernt, eine Maschine zu sein; sie ist nach der eigenen Formulierung des Verfassers, die Irrationales und Rationales in Einheit zu fassen versucht: Schicksal, organisch gewachsene Form und Aufgabe, Gegenstand unserer mehr gärtnerischen als ingenieurhaften Pflege. Fraglich ist nur, auf welchem Wege die Einsichten der führenden Wirtschaftsdenker in politische Tat und öffentliche Meinung zu transformieren sind. Dagegen ist nicht fraglich, daß jeder Versuch einer Popularisierung ebensoviel Schaden wie Nutzen stiftet.

Es gibt zur Nationalökonomie so wenig wie, nach dem euklidischen Wort, zur Geometrie einen Königsweg, das heißt eine Heerstraße. Ein für alle Mal muß der in den Salons des Dix-Huitième entstandene Wahn aufgegeben werden, als sei es möglich, Ergebnisse der Forschung zu überliefern, zu verstehen und zu diskutieren, ohne daß der Aufnehmende den ganzen strengen Weg der Forschung geht. Die Zeit leidet nicht an einem Zuwenig, sondern an einem Zuviel volkswirtschaftlicher Halbbildung, und es verschlägt wenig, ob es mißverständlicher Adam Smith, Friedrich List oder Karl Marx ist, der die wirtschaftspolitischen Debatten der Straße, der Versammlung, des Parlaments mit dem unerträglichen Geruch abgestandener Halbwahrheiten füllt. (In Parenthese: Die Lehre, die dabei am meisten entstellt und mißbraucht wird, ist die klassische Theorie — indem nämlich die zahlreichen, selten in ihrer Totalität verwirklichten Bedingungen mißachtet werden, unter denen die Fundamentaltheoreme der Preisbildung und Einkommensverteilung allein gelten können.)

Was uns hier not tut, ist in erster Linie ein Aufbau des Staates, der die wirtschaftspolitischen Entscheidungen in die Hand von Männern legt, die volkswirtschaftlich hinreichend gebildet sind; in zweiter Linie eine zweckmäßigere Gestaltung des volkswirtschaftlichen Unterrichts; und das bedeutet allerdings auch ein wenig mehr Nachdenken über die Art, wie der Anfänger in diese Wissenschaft einzuführen ist, nicht im Wege einer Popu-

larisierung, die nur dilettantische Ansprüche nähren kann, sondern im Sinn einer Erziehung zu wissenschaftlichem Denken. „Laienbreviere“ setzen eine Art von Theologie voraus. Die Nationalökonomie ist nicht selten in Gefahr gewesen, sich diesem Typus des Denkens anzunähern. Die Spuren der Miß Martineau schrecken genug.

Kann also die Vershofensche Schrift nicht die Ziele erreichen, die sie sich gesteckt hat, weil diese Ziele selbst widerspruchsvoll sind, so begrüßen wir sie doch als einen kühnen und kräftigen Versuch, die Wirtschaftsprobleme der Gegenwart in historischen, soziologischen und analytischen Betrachtungen an einigen wichtigen Punkten aufzuhellen. Der Verfasser gibt nicht eigentlich ein Einführungsbuch, wie es Edwin Cannan für England in seinem „Wealth“, gemäß der Art und den Grenzen der englischen Nationalökonomie in bewundernswerter Klarheit vorgelegt hat, sondern die philosophische Skizze einer historischen Soziologie der Marktwirtschaft.

Er gibt sie mit der energisch zupackenden Unbekümmertheit des Mannes, für den keine Zunftstrahlen da sind, oft mit farbiger Anschaulichkeit verwickelte Zusammenhänge in Bilde gestaltend, das Einzelproblem immer im Zusammenhang der Gesamtproblematik des Lebens sehend, fast gänzlich von zeitgebundenen Vorurteilen frei. Das Buch ist kein Brevier, eher eine Konfession. Es wagt, alle letzten Urteile an eine bestimmte Idee des Menschenwesens zu knüpfen, und liefert seine besten Einsichten dort, wo die seelisch-geistigen Voraussetzungen der Wirtschaft in Frage stehen. So mag es auch einer ersten Orientierung über die Problemkreise dienen, denen die spezifisch marktökonomischen eingebunden sind. Aber was nationalökonomisches Denken ist, wird aus dem Buch auch dann nicht mit hinreichender Bestimmtheit zu entnehmen sein, wenn man mit dem Rezensenten darunter nicht die Analytische Mechanik des Güterkreislaufs versteht, sondern die Lehre von einer spezifischen Gestaltungsform des menschlichen Zusammenlebens. Dafür ist die Behandlung zu rhapsodisch-aphoristisch, die Begriffsbildung zu wenig systematisch und bestimmt, die Gedankenführung zu andeutend. Worte werden eingeführt, ohne erläutert zu werden, die Grenze zwischen idealtypischer Konstruktion und historischer Schilderung wird nicht immer beachtet, wichtige Lehrsätze der älteren Schriftsteller, die seit geraumer Zeit mit sehr guten Gründen und wachsendem Erfolg bestritten werden, finden sich hier in einer Form überliefert, die von dem Anfänger als Zeichen ihrer allgemeinen Gültigkeit aufgefaßt werden muß: so die These, daß keine girale Geldschöpfung über das Maß notaler Geldschöpfung hinaus möglich sei, und die Deutung der Konjunkturen als Folgen eines Zurückbleibens des Arbeitseinkommens hinter dem Kapitaleinkommen. Viele Einzelheiten der Schilderung des Entstehens von Markt, Handel und Staat werden dem Widerspruch auch der theoretisch gebildeten Wirtschaftshistoriker finden, selbst wenn die Aufgabe einer „ideell-typischen Genesis der Gesellschaft vom wirtschaftlichen Standpunkt“ als abweichend von der einer Geschichte der Wirtschaft an-

<sup>1)</sup> Vershofen, Wilhelm: *Wirtschaft als Schicksal und Aufgabe*. Darmstadt 1930, Otto Reichl, Verlag, X, 343 Seiten. Preis brosch. 9 RM.



erkannt wird. Horribel ist der Mißbrauch der Einsteinschen Relativitätstheorie zwecks Stützung eines an sich richtigen und fruchtbaren Gedankens von dem gleichen perspektivischen Recht organologischer und mechanologischer Betrachtungsweise.

Ein Teil der Einwendungen, die gegen das Buch zu erheben wären, sind nicht ihm selbst zur Last zu legen, sondern dem unfertigen und zerspaltenen Zustand der theoretischen Nationalökonomie. Der Verfasser hat sich hier in der Weise geholfen, wie sich ein Soldat im Feld verhalten muß, wenn die Befehlskette gerissen ist: er hat nach eigenem Ermessen gehandelt, und nicht selten zum Vorteil der Wissenschaft. Die ganz späte Behandlung der sogenannten Preisgesetze, die Benutzung der Weberschen Lehre von den approbierten Chancen, der verständige Gebrauch der staatlichen Theorie des Geldes, die Schilderung der markteingengenden Tendenzen der Gegenwart, die Behandlung von Risiko und Ressentiment im Marktverkehr, die Bedeutung des Geltungswillens für Bedarfs- und Einkommensgestaltung bezeichnen Neuerungen gegenüber der landläufigen Darstellungsweise, die sich Beachtung verschaffen werden. Und sehr heilsam scheint uns die radikale Abwendung von jeder Spielart des ökonomischen Optimismus, sowohl der fortschrittlich-liberalistischen wie der maschinell-sozialistischen. Langsam, sehr langsam erhebt sich vor dem Blick des Verfassers eine neue Gestaltungsform der Wirtschaft, mehr verwaltend als unternehmend, sich auswirkend durch ein lebendiges Geflecht von Verbänden und anderen Formen der Gesellung, unter der Aufsicht eines der von Fall zu Fall eingreifenden Staates als des obersten Organs der Gesamtheit, die auf dieser Stufe die zerstörenden Wirkungen des Marktes in einer neuen Gemeinschaftsbildung aufzuheben trachten muß, so wie es die Vision des Tönniessen Jugendwerkes vorausverkündet hat. Einstweilen aber herrscht der Markt, Freiheiten schaffend, die mit dem Maß die Freiheit des Menschen vernichten, bis ein neuer geistiger Wille noch die äußersten Ränder der Wirtschaftswelt durchdringt.

*Peiser, Generaldirektor Herbert: Rechnungswesen im Maschinenbau.* Berlin 1930, V. D. I. Verlag, V, 114 Seiten mit 19 Abbildungen. — Preis 5 RM.

Walter Rathenau hat einmal von der Literatur über das Aktienwesen gesagt, daß diejenigen, welche darüber schrieben, nichts wüßten, dagegen die, welche wüßten, nichts schrieben. Wer die heutige handelsrechtliche und insbesondere betriebswirtschaftliche Literatur verfolgt, wird diese — natürlich überspitzte — Behauptung in manchen Fällen auch auf diesen Gebieten teilweise bestätigt finden: Die Praktiker schreiben, wenn überhaupt, vielfach ohne Kenntnis und Berücksichtigung der betriebswirtschaftlichen Forschungsergebnisse, die Theoretiker erschöpfen sich zum großen Teil in ausgeklügelten, der Praxis unverständlichen Begriffsspaltereien unter Nichtbeachtung der zur dringlichen Lösung stehenden praktischen Probleme. Eine gewisse Lücke wird hier immer bestehen bleiben, soweit sich nicht die Praktiker theoretische Denkschulung und Kenntnis der wichtigsten Literatur aneignen und die Theoretiker eine regelmäßige enge Anlehnung an die Praxis finden und ihre Denkarbeit durch praktische Anschauung weitgehend befruchten.

Ein grundsätzlicher Vorzug des Peiserschen Buches ist es, daß der dargelegte Gegensatz bei ihm in außerordentlich glücklicher Weise ausgeglichen ist: Seit vielen Jahren ist Peiser in einem Großunternehmen des Maschinenbaus als erster kaufmännischer Leiter tätig und nimmt auf der anderen Seite auch im betriebswirtschaftlichen Schrifttum, insbesondere dem Rechnungswesen im Maschinenbau, eine hervorragende Stellung ein. Es war deshalb tatsächlich, wie der Obmann des Ausschusses für industrielles Rechnungswesen beim Verein deutscher Ingenieure im Vorwort mit Recht betont, ein großer Vorteil, daß ein anerkannter Fachmann sich der schwierigen Aufgabe unterzog, ge-

meinsame Grundsätze für das Rechnungswesen im Maschinenbau aufzustellen, die zum Teil auch für andere innenorganisatorisch meist einfachere Industriezweige befruchtend wirken können.

Peiser hat es geflissentlich vermieden, an Hand eines praktischen Beispiels, eines Rezeptes, ein festes, starres System aufzustellen, Vielmehr versucht er zunächst, den Leser unter Klarlegung der Hauptbegriffe und der Kernfragen in die tieferen Zusammenhänge des industriellen Rechnungswesens einzuführen und ihm die Möglichkeiten, Bedingtheiten und Folgewirkungen der verschiedenen einschlagbaren Wege vor Augen zu halten. Erst auf dieser Grundlage kommt er zu gewissen Organisationsgrundsätzen und zu einem Rahmen, in welchem nur die Oberbegriffe festgelegt sind, alle Einzelheiten aber den besonderen Bedürfnissen des jeweiligen Unternehmens angepaßt werden können.

Er gliedert das Rechnungswesen nach *Kostenarten, Kostenstellen* und *Kostenträgern* und stellt drei Ziele auf:

- a) eine Gliederung zum Zwecke der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung,
- b) eine Gliederung zum Zwecke der Betriebsüberwachung und -kontrolle,
- c) eine Gliederung zum Zwecke des Kalkulationswesens.

Dabei bildet die Gliederung zum Zwecke der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung den Ausgangspunkt, mit dem die Zahlenanordnungen der Betriebsüberwachung und des Kalkulationswesens stets in einem zwangsläufigen, organischen Zusammenhang stehen müssen. Etwaige Unterschiede sollen klar in Erscheinung treten. Dieser Grundgedanke, daß die *kaufmännische Buchhaltung mit ihrer Zwangsläufigkeit zum Rückgrat des industriellen Rechnungswesens* zu machen ist, beherrscht die gesamten Ausführungen und wird von jedem begrüßt werden, der aus der Praxis her die Unzuträglichkeiten kennt, die durch

Da vereinzelt noch Zuschriften, Bestellungen und Geldbeträge, die für das Magazin der Wirtschaft bestimmt sind, an die Firma Verlag Wirtschaft und Geschäft GmbH oder zu Händen des früheren Herausgebers Leopold Schwarzschild gesandt werden, legen wir Wert auf die Feststellung, daß das Magazin der Wirtschaft seit dem 1. Januar d. J. weder mit der Verlag Wirtschaft und Geschäft GmbH, noch mit dem früheren Herausgeber Leopold Schwarzschild in irgendwelcher Verbindung steht. Wir bitten dringend, für das Magazin der Wirtschaft bestimmte Sendungen nicht an den früheren Herausgeber oder den früheren Verlag zu richten, sondern nur an die Redaktion oder den neuen Verlag (Magazin der Wirtschaft Verlagsgesellschaft mbH).

Redaktion und Verlag des  
MAGAZINS DER WIRTSCHAFT  
BERLIN W 62, KURFÜRSTENSTR. 131



das Auseinanderklaffen der gesonderten Rechnung des Ingenieurs und des Kaufmanns hervorgerufen wurden.

In den weiteren Ausführungen Peisers sind besonders diejenigen über *Beschäftigungsgrad* und *planmäßige Zuschläge* zeitgemäß. Zur Klarstellung der so bedeutsamen Einwirkung des Beschäftigungsgrads auf Selbstkostengestaltung und Rentabilität schreibt er eine planmäßige ideale Zuschlagsziffer vor, die auf Grund von bei voller Leistungsfähigkeit einer Werkstatt gewonnenen Zahlen gebildet wird. Durch Gegenüberstellung mit den tatsächlichen Zuschlagskosten erkennt man den Unterschied, der durch Unter- oder Überbeschäftigung hervorgerufen wird und sich im ersten Falle als nicht beanspruchte Kosten der Betriebsbereitschaft darstellt. Der einzelne Auftrag soll — unabhängig von den Schwankungen des Beschäftigungsgrads und damit der Höhe der Kosten — nur mit dem „planmäßigen“ Zuschlag belastet werden.

Andere Zwecke werden demgegenüber mit der *Budget-Rechnung* und den *Richtkosten* verfolgt. Die Budget-Rechnung, die nur für Unternehmen mit einem für eine bestimmte Zeit im voraus festlegbaren Programm in Frage kommt, nimmt eine Vorschätzung vor und vergleicht dann diese vorveranschlagten Soll-Zahlen mit den nachträglichen Ist-Zahlen. Sie kommt für den Maschinenbau, der meist sehr stark von wenig beeinflussbaren äußeren Faktoren, wie dem unbestimmten Eingang von Aufträgen, abhängig ist, kaum in Frage. Dagegen ist gerade für den Maschinenbau die Verwendung von Richtzahlen wiederum unentbehrlich. Hierunter versteht Peiser für jeden Beschäftigungsgrad bzw. jede Beschäftigungsstufe anerkannte Standardkosten. Sie dienen vor allem der nachträglichen Betriebsüberwachung.

Zum Schluß gibt Peiser dann seinen Vorschlag für den *Kontenrahmen* und die *kurzfristige Erfolgsübersicht* sowie eine Veranschaulichung des *Ganges der Buchungen*. Selbstverständlich sind beim Kontenrahmen nur die Oberbegriffe angegeben, die für die beim Betriebsvergleich angestrebten Zwecke durchaus genügen. Entsprechend seiner Trennung des industriellen Rechnungswesens nach „Fertigung“ und „Verkauf“ empfiehlt er für die monatliche Erfolgsübersicht eine entsprechende besondere Gewinn- und Verlustrechnung der *Fertigung* und des *Verkaufs*.

Das empfohlene Kontenschema ist so wohl durchdacht, daß sich kaum etwas Kritisches dazu sagen läßt. Höchstens könnte man auf Grund praktischer Erfahrungen bei Einführung von Organisationen empfehlen, zunächst ein etwas einfacheres Schema als Ausgangspunkt zu wählen, jedoch dergestalt, daß die Möglichkeit des organischen Ausbaus und der Verfeinerung im Sinne des Peiserschen Vorschlages je nach den Sonderbedürfnissen des einzelnen Unternehmens von vornherein gewährleistet ist.

Berlin

Dr. Wilhelm Adler

*Die interalliierten Schulden. Ihre Entstehung und ihre Behandlung im Young-Plan.* Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs Nr. 11, Berlin 1930, Verlag von Reimar Hobbing, 202 S. — Preis 9 RM.

Die deutschen Reparationszahlungen sind durch den Young-Plan schlüsselmäßig fest mit den „Interalliierten Schulden“ verknüpft worden, müssen zu einem bestimmten Teil zu deren Verzinsung und Tilgung verwandt werden und fallen gegebenenfalls in schlüsselmäßig bestimmter Höhe mit diesen weg. Die interalliierten Schulden ihrerseits sind mit den inneren Staatsschulden verbunden, die das amerikanische Schatzamt auf dem amerikanischen Markt aufgenommen hat, um das Kapital für die Kreditgewährung an die Interalliierten zu beschaffen. Die interalliierten Annuitäten decken bisher die Annuitäten, die das amerikanische Schatzamt selbst zu zahlen hat, nur zu einem Teil. Jede Verminderung der Schulden des amerikanischen Schatzamtes rückt die Möglichkeit einer Reduzierung der Reparationslasten fast automatisch näher, da sich Amerika — ebenso wie England — aus den interalliierten Schulden und damit wieder aus den Reparationen nicht bereichern will. Die Vereinigten Staaten haben diese Absicht bisher

nicht offen ausgesprochen, sie folgt aber aus der Entstehung der amerikanischen Schulden, und ihr entspricht bisher die amerikanische Haltung. In den letzten Jahren haben die Vereinigten Staaten aus ihrem Steuerüberschuß regelmäßig eine Verminderung ihrer eigenen Kriegsschulden vorgenommen. Konvertierungen gestatten in den nächsten Jahren wahrscheinlich einen weiteren Abbau. Bei dem bisherigen Tilgungstempo wird allerdings noch eine Reihe von Jahren vergehen, bis die „interalliierten“ Annuitäten die inneramerikanischen Annuitäten überschreiten und damit die automatische Revision gegeben ist.

Über die große praktische Bedeutung der interalliierten und der amerikanischen, aus dem Kriege stammenden Schulden für die Höhe und Dauer der Reparationszahlungen ist man sich in den Fachkreisen in den letzten Jahren klar geworden, die breite deutsche Öffentlichkeit weiß noch immer wenig davon. Das Statistische Reichsamt (Bearbeiter Dr. Koenning) hat sich durch die Veröffentlichung des umfangreichen Materials, seine Ordnung und seine rechnerische Bearbeitung ein Verdienst erworben. Vier Gruppen von Material sind in die Publikation einbezogen:

1. die interalliierten Guthaben der Gläubigerländer, deren Entstehung, bisherige Entwicklung, Fundierungsarten und daraus entspringende Zahlungsverpflichtungen und -erleichterungen ausführlich dargestellt sind.

2. die Behandlung der interalliierten Schulden im Young-Plan mit einer Darstellung der rechnerischen Probleme und einer wertvollen Ausrechnung der zahlenmäßigen Ergebnisse.

3. eine vergleichende Darstellung der gesamten internationalen, politischen Verschuldungen, die einschließlich der Reparationszahlungen sämtlich auf Barwerte zurückgeführt sind, und

4. wichtige Dokumente aus den bisherigen Verhandlungen über die interalliierten Schulden, unter denen sich auch die für das Verständnis der amerikanischen Haltung so wichtigen Antworten des Schatzsekretärs Mellon auf das Manifest der Professoren der Princeton-Universität und die dazu gehörende englische Aufklärungsnote befinden.

Wer sich mit den Problemen der Revision der Reparationszahlungen befassen will, wird diese Veröffentlichung nicht entbehren können, die in so glücklicher Weise die Reihe wertvoller Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts in jüngster Zeit — wir erinnern an das Standardwerk über „Die Wirtschaft des Auslandes“, die Darstellung über die Steuer- und Zolleinnahmen in Deutschland und dem Ausland u. a. — fortsetzt. Man bedauert nur, daß sie nicht schon vor den Young-Verhandlungen oder spätestens während derselben erschien, und daß die den interalliierten Schulden zugrunde liegenden inneramerikanischen Staatsschulden keine ausführliche Behandlung erfahren haben. Vielleicht läßt sich mit einer zweiten Auflage eine Erweiterung in dieser Richtung verbinden.

Berlin

Dr. Ernst Stern

*Fleissig, Andreas: Paneuropa.* München 1930, Verlag von Duncker & Humblot. 171 S. — Preis 7,50 RM.

Dies Buch ist als Musterbeispiel dafür anzusehen, zu welchen Fehlschlüssen und unhaltbaren Vorschlägen die Autoren kommen, die es nicht für notwendig halten, sich an Hand der bisher erschienenen Literatur über die Problemstellung und über die aufgezeigten Lösungen zu orientieren, die glauben, aus „der Tiefe des Bewußtseins“ heraus große Programme entwickeln zu können. Das Buch ist eine Schrift gegen den „unbegründeten Optimismus“ von Coudenhove, ohne daß aber Fleissig der Coudenhoveschen Auffassung in allen Punkten gerecht wird. Zwar ist es wahr, daß Coudenhove die wirtschaftliche Seite des paneuropäischen Problems vernachlässigt, aber es ist viel einseitiger, wenn Fleissig glaubt, die politische Seite unberücksichtigt lassen zu können. Neben diesen Bedenken treten noch wesentliche Einwände gegen sein wirtschaftspolitisches Programm. Er schildert ausführlich die Entwicklung des liberalen Kapitalismus zum gebundenen, die Weiterent-



wicklung zur zwischenstaatlichen Kartellwirtschaft und zur kapitalistischen Planwirtschaft. Seine Ausführungen sind ausschließlich theoretisch gehalten, ihre Überprüfung oder Rechtfertigung an Hand von Einzelbeispielen hält der Autor, von einem Beispiel vielleicht abgesehen, nicht für notwendig. So kann es nicht überraschen, daß dieser einseitig von einem Ausgangspunkt ausgehende Verfasser nicht in der Lage ist, die Fülle der mit der Kartellwirtschaft verbundenen Probleme klar zu übersehen. Wir möchten auf Einzelheiten nicht weiter eingehen, sondern nur bemerken, daß Feiler in dem in Nr. 46 des MdW veröffentlichten Artikel auf drei Seiten ein umfassenderes und der Wirklichkeit näheres Bild internationaler Kartellwirtschaft gegeben hat, als Fleissig auf etwa hundert Seiten. Das Buch Fleissigs ist weder eine Bereicherung der kartellwirtschaftlichen noch eine solche der paneuropäischen Literatur. Sein Versuch, den „leeren Rahmen des heutigen Paneuropa mit Realitäten zu füllen“, ist als mißglückt anzusehen.

Berlin

Dr. Wilhelm Grotkopp

*Dierkes, Johannes: Die Organisation des Arbeitsmarktes.* Breslau 1929. Verlag Ferdinand Hirt. 143 S. — Preis in Halbl. 3,50 RM.

Der Verfasser gibt ein Bild über den deutschen Arbeitsmarkt und seine Organisation, wie sie in der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit ihrem Unterbau, den 13 Landesarbeitsämtern und den 361 Arbeitsämtern, gegeben ist. Die Schilderung wird durch zahlreiche Statistiken und durch eine historische Darstellung in Form einer übersichtlich gefaßten Zeittafel ergänzt.

*Hantos, Elemér, Staatssekretär a. D., Professor an der Universität Budapest: I. Mitteleuropäische Eisenbahnpolitik; II. Mitteleuropäische Wasserstraßenpolitik; III. Mitteleuropäischer Postverein.* Schriftenreihe des Mitteleuropäer-Instituts zur Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Annäherung, Wien. Verlag Wilhelm Braumüller, Universitäts-Verlagsbuchhandlung GmbH. Wien-Leipzig 1929. (Preis: Heft I 4,50 RM, Heft II 6,60 RM, Heft III 3,60 RM).

In Heft I untersucht der Verfasser die Verkehrslage in Mitteleuropa sowie die Strukturwandlungen im Eisenbahnwesen der mitteleuropäischen Staaten seit Beendigung des Kriegs; ferner behandelt er die Grundlagen einer Eisenbahngemeinschaft in technischer, tarifpolitischer und juristischer Beziehung. Heft II enthält die Referate und Beschlüsse der Mitteleuropäischen Wasserstraßenkonferenz, die vom 11—13. Mai 1929 in Budapest tagte. Nach einer eingehenden Darstellung der Strukturwandlungen im Postwesen der mitteleuropäischen Länder werden im III. Heft die Vorteile eines mitteleuropäischen Postvereins dargestellt.

*Högel, Dr. oec. publ. Max, Diplom-Volkswirt: Die auswärtige Handelspolitik Frankreichs nach dem Kriege.* (Münchener Volkswirtschaftliche Studien.) Jena 1929. Verlag Gustav Fischer. 124 S. — Preis brosch. 8 RM.

Die Arbeit enthält unter anderem eine ausführliche Darstellung des neuen französischen Zollsystems und der Handelsvertragspolitik, wobei dem deutsch-französischen Handelsvertrag, dessen Revision jetzt die deutsche Baumwollindustrie bekanntlich dringlich fordert, ein besonders ausführliches Kapitel gewidmet wird. Im Anhang wird eine gedrängte Zusammenstellung sämtlicher von Frankreich nach dem Kriege abgeschlossenen Handelsverträge beigelegt.

*Karger, Rechtsanwalt Dr. Alfred: Das A-B-C des Hausbesitzers.* Ein Nachschlagewerk für Rechts-, Steuer- und Wirtschaftsfragen nach den Bestimmungen des Reichs und Preußens. Berlin 1928. Industrie-Verlag Spaeth & Linde. 440 S. — Preis: geh. 8,40 RM.

Das Werk gibt in knapper und allgemeinverständlicher Form Auskünfte über alle den Hausbesitzer und Hausver-

walter interessierenden Fragen des privaten und öffentlichen Rechts sowie des Bau- und Versicherungswesens und erspart somit das mühevoll Studium der überaus zahlreichen Einzelbestimmungen.

*Neues Handbuch der Reklame.* Unter Mitwirkung namhafter Autoren herausgegeben von Johannes Schmiedchen. Berlin 1929. Reinhold Wichert, Verlagsanstalt „Soll und Haben“. 616 S. — Preis geb. 10 RM.

Das mit zahlreichen Illustrationen versehene Buch ist ein recht übersichtlicher Führer durch das gesamte Reklamewesen, wobei der Zeitungsreklame besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird.

*Seyffert, Prof. Dr. Rudolf: Allgemeine Werbelehre.* Stuttgart 1929. C. E. Poeschel Verlag. 730 S. — Preis: in Leinen geb. 42 RM.

In dem umfassend angelegten Werk werden Herstellung und Ausgestaltung der Werbemittel eingehend besprochen, Reklame-Organisation, Reklame-Kosten und Reklame-Erfolgs-Kontrolle ausführlich dargestellt und durch zahlreiche Beispiele veranschaulicht. Ferner werden die wichtigsten Gebiete der Werbeplanung, der Werbekontrolle, der Werbeerfolgsprognose und Werberevision untersucht und durch Beispiele erläutert.

*Burandt, Dr. sc. pol. Wilhelm Otto: Die Ursachen der interskandinavischen Valutakursdivergenzen im Zeitraum 1915—1924.* „Probleme der Weltwirtschaft“; Schriften des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel.) Jena 1928, Verlag Gustav Fischer. 200 S. Geh. 12 RM.

Die unterschiedliche Entwicklung der Güterversorgung der skandinavischen Länder — Die unterschiedliche Entwicklung der Zahlungsmittelversorgung — Die unterschiedlichen Verschiebungen der Preisniveaus — Die Ursachen der interskandinavischen Kursdivergenzen.

*Henkel, Diplom-Kaufmann Ernst: Betriebsvergleiche in pommerschen Genossenschaftsmolkereien.* Stettin 1930. Selbstverlag des Molkerei-Verbandes der Provinz Pommern. 127 S. — 3 RM.

Die genossenschaftliche Milchverwertung — Der Betriebsvergleich, die Grundlage für eine planmäßige Rationalisierung — Der Stand bisheriger Untersuchungen auf molkereibetrieblichem Gebiet — Leistungsvergleiche in Molkerei-Genossenschaften — Kostenvergleiche in Molkebetrieben — Die Gruppierung der Betriebe — Betriebsvergleiche in pommerschen Genossenschaftsmolkereien.

*Knipping, Professor: Der neuzeitliche Straßenbau, Teil II, Konstruktion und Ausführung.* Halle a. S. 1930. Verlag von Wilhelm Knapp. 155 S. mit 99 Abbildungen und 24 Tabellen.

Der Verkehr und seine Anforderungen an die Konstruktion der Straßen — Die Konstruktion und Entwurfsbearbeitung der Straßen — Die Ausführung der Straßen.

*Köppler, Dr. Fritz: Die „inflationistische“ Wirkung der von Deutschland seit der Annahme des Dawesplanes im Ausland aufgenommenen Kredite.* Greifswalder Staatswissenschaftliche Abhandlungen. Nr. 35. Herausgegeben von Prof. Dr. W. Ed. Biermann, Prof. Dr. W. Kähler und Prof. Dr. K. Muhs. Greifswald 1929. Verlag Ratsbuchhandlung L. Bamberg. 107 S. — Preis 3,50 RM.

Über den Begriff Inflation — Die Auslandsverschuldung seit der Annahme des Dawesplanes — Verwertungsmöglichkeiten des Auslandskredites — Wirkung der ausländischen Kredite — Die Devisen- und Kreditpolitik der Reichsbank — Der Einfluß der Reparationszahlungen.

*Reithinger, Dr. A.: Grundzahlen zur allgemeinen Struktur des deutschen Inlandmarktes.* Berlin 1929. VDI-Verlag GmbH. 27 S. — 3,50 RM.

Die allgemeine Bevölkerungsstruktur — Die berufliche und soziale Schichtung der Verbraucher — Landwirtschaft und Gewerbe — Übersichtskarten.



*Seyfullah, Ibrahim: Italien im östlichen Mittelmeer.* Eine politische Studie über die Bedeutung der anatolischen Küsteninseln. (Beihefte zur Zeitschrift für Geopolitik Heft 7.) Berlin 1930. Kurt Vowinkel Verlag GmbH, 90 S.

Allgemein-politische Betrachtungen — Geographisches — Geologisches — Bodenbeschaffenheit — Bevölkerung — Wirtschaftliche Betrachtungen — Geschichtliche Betrachtungen — Die Expansionspolitik Italiens im nahen Orient.

## Zeitschriften-Literatur

*Reisch, Prof. Richard: Die „Deposit“-Legende in der Banktheorie.* Zeitschrift für Nationalökonomie. Bd. 1, Heft 4, Januar 1930, S. 489/533.

In einer Auseinandersetzung mit dem in den letzten Jahren im Vordergrund der kredittheoretischen Diskussionen stehenden Problem der Kreditschöpfung unterwirft Prof. Reisch, der Präsident der Österreichischen Nationalbank, einen Teil der neueren Literatur einer scharfen Kritik. Besonders eingehend setzt er sich mit Withers auseinander als demjenigen Theoretiker, auf den die Auffassung zurückgeht, daß die Banken ihre Kredite nicht auf Grund regulärer Depositen gewähren, sondern umgekehrt diese schaffen. Daher führt er die Polemik unter der Losung: Kampf gegen die „Deposit“-Legende. Von den repräsentativen Vertretern der Theorie behandelt er neben Withers besonders die englischen und amerikanischen Nationalökonom Philipps, Lawrence, Rodkey, McKenna; von deutschen Autoren wird namentlich nur Hayek genannt. Er gelangt zum Ergebnis, daß das Vorhandensein eines Bankensystems als solchem — im Gegensatz zur Annahme namentlich von Philipps und Hayek — durchaus noch nicht die Möglichkeit einer Kreditschöpfung erschließt. Die Inanspruchnahme der Notenbank zur Verbreiterung des Kreditvolumens, die ebenfalls zur Begründung dieser Theorie herangezogen werden könnte, sei theoretisch anders geartet. Er ist überdies der Ansicht, daß es nicht die Aufgabe der Notenbanken sei, eine Kreditexpansion zu betreiben. Theoretisch leugnet Reisch die Möglichkeit einer Kreditschöpfung nicht, glaubt aber, daß sie anders begründet werden müsse, als es durch die genannten Theoretiker geschehen ist. Seine eigene positive Darstellung der Kredittheorie schließt sich eng an die von Mises entwickelte Auffassung an.

J. S.

*Keményffi, Dr. Johann: Über das Problem der Möglichkeit und der Zweckmäßigkeit einer „konjunkturellen Wirtschaft“.* Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. F., 77. Bd., Heft 1, Januar 1930, S. 38/65.

Unter konjunktureller Wirtschaft versteht der Verfasser eine Wirtschaft, „in welcher die jeweils gegebene Produktionskapazität stets optimal ausgenutzt wird und in der eine ständig ansteigende ... Realakkumulation vor sich geht“. Gestützt auf die Lederersche Konjunkturtheorie, welche die Ursache der Wirtschaftszyklen in der disproportionalen Entwicklung von Sozialprodukt und Einkommen sieht, stellt er zwei Voraussetzungen fest, unter denen ein solcher Zustand erreicht werden kann. Erstens muß ein stabiles Preisniveau gegeben sein; zweitens darf die „Disproportionalität zwischen den einzelnen Produktionszweigen nicht das durch die Elastizität der Wirtschaft erträgliche Maß überschreiten“, d. h. die optimale Ausnutzung des Produktionsapparats müßte zugleich ein richtiges, proportionales Verhältnis zwischen den einzelnen Produktionszweigen verbürgen, weil sonst z. B. ein erhöhter Bedarf an Produktionsmitteln deren Preise steigern würde. Von den wirtschaftspolitischen Mitteln, die auf einen solchen Zustand abzielen können, untersucht er lediglich die kreditären auf ihre Eignung zur Erreichung dieses Ziels. Die hauptsächlichsten kreditpolitischen Mittel — Diskontpolitik, Kreditrationierung und open market-Politik — sind nach der Ansicht des Ver-

fassers durch Regulierung des Zinsfußes imstande, den Produktionsumfang zu beeinflussen und somit prinzipiell fähig, konjunkturpolitische Wirkungen auszuüben. Sind diese Maßnahmen aber auch geeignet, eine konjunkturlose Wirtschaft im beschriebenen Sinne herbeizuführen? Diese Frage verneint der Verfasser. Den Banken seien starke Grenzen in ihrer Kreditpolitik gesetzt — z. B. hänge ihre Krediterteilung nicht nur von ihrem Willen, sondern auch von dem der Kreditnehmer ab, ferner vermögen sie die Produktion nicht planmäßig zu gestalten, was aber notwendig wäre; sie können also höchstens eine konjunkturmildernde, nicht eine stabilisierende Kreditpolitik betreiben. Die konjunkturlose Wirtschaft ist, wenigstens auf dem Wege der Kreditpolitik, nicht erreichbar; ist sie aber überhaupt wünschenswert? Hier enthält sich der Verfasser — wie es seiner rein theoretischen Aufgabe entspricht — der Stellungnahme und vergleicht lediglich die Vorteile der konjunkturlosen Wirtschaft — Geldwertstabilität, geringere Beschäftigungsschwankungen — und ihre Nachteile — Mangel einer Wechselkursstabilität — gegenüber denen der wirtschaftlichen Wechsellage.

J. S.

*Freund, Dr. Rudolf: Farmpreisindizes in den Vereinigten Staaten von Amerika.* Weltwirtschaftliches Archiv, 31. Bd., Heft 1., Januar 1930, S. 259 bis 285.

Das Einkommen des Landwirts unterscheidet sich von den Einkommen der übrigen Wirtschaftler dadurch, daß ein Teil seiner Einkünfte in Naturalform bezogen wird und nur ein Teil seiner Produkte auf den Markt kommt. Diese Eigenart der landwirtschaftlichen Einkommensgestaltung stellt der Indexberechnung besondere Aufgaben. Der Verfasser hat es sich zur Aufgabe gemacht, die bisherigen Ergebnisse der Indexberechnung auf diese rein ökonomische Problematik hin zu prüfen. Nach einem gedrängten, aber erschöpfenden Überblick über die reiche amerikanische Literatur auf dem Gebiete der Farmpreisindizes untersucht er die drei hier in Frage kommenden Indexformen — den Index für einzelne Güter, für Produkt-Aggregate und den Kaufkraftindex — auf die Fähigkeit, etwas über die wirkliche Einkommensgestaltung des Landwirts auszusagen. Übereinstimmend mit dem Bureau of Agricultural Economics, dem die umfangreichste Farmpreisindex-Berechnung zu verdanken ist, kommt er zu dem negativen Ergebnis, daß diese Indizes nichts über die Einkommensgestaltung aus landwirtschaftlicher Arbeit aussagen. Die Indizes vermögen lediglich anzugeben, welches fixe Quantum von Gütern ein fixes Quantum ausgewählter Farmprodukte kaufen könne.

J. S.

*Fürth, Henriette: Wirtschaftslage und Überseeauswanderung.* Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 63. Bd., Heft 1, Februar 1930, S. 170 bis 178.

An Hand eines reichen statistischen Materials für die deutschen Verhältnisse zeigt die Verfasserin, daß die Auswanderung nach Übersee in enger Beziehung zu der jeweiligen Wirtschaftslage steht. Unter den Gegenden mit starker Auswanderung stehen deshalb an erster Stelle die von den wirtschaftlichen Schwankungen besonders betroffenen Groß- und Hafenstädte, daneben auch die ländlichen Gebiete mit Großgrundbesitz (Westpreußen und Posen). Ihrer Berufszugehörigkeit nach sind die Auswanderer in erster Linie industrielle, in zweiter Linie landwirtschaftliche Arbeiter. Besonders problematisch erscheint der Verfasserin, daß der überwiegende Prozentsatz der Auswanderer im schaffenskräftigen Alter von 14 bis 50 Jahren steht. Gegen dieses Übel der Auswanderung gerade des besten Teils der Bevölkerung fordert sie eine allgemeine und sozialpolitische Reform der Landwirtschaft in der Richtung innerer Kolonisation, der Industrie durch Schaffung eines kaufkräftigen inneren Marktes und schließlich — als Grundlage für beides — bessere Menschenökonomie.

J. S.



# Bilanzen

## Schultheiss-Patzenhofer Brauerei-AG Ostwerke AG

Unveränderte Dividende von 15 %

Die Entwicklung des Aufbaus des Schultheiss-Ostwerke Konzerns ging in den letzten Jahren dahin, die Brauereinteressen bei Schultheiss zu konzentrieren und die Ostwerke zu einer ausschließlichen Holdinggesellschaft für die anderen Interessen umzugestalten. Nachdem dieses Ziel erreicht ist, wird die Interessengemeinschaft durch eine *Vollfusion* abgelöst. In der Generalversammlung der Ostwerke AG vom September dieses Jahres wurde der Übergang des Vermögens auf die Schultheiss-Patzenhofer AG genehmigt. Für die 44 Mill. RM Stammaktien der Ostwerke werden zum Umtausch im Verhältnis von 5 : 4 Schultheiss-Aktien von insgesamt 35,2 Mill. RM benötigt. 25 Mill. RM werden hiervon durch Neuausgabe von 24 Mill. RM Stammaktien und Umwandlung der bisherigen 1 Mill. Vorzugsaktien in Stammaktien aufgebracht; die restlichen 10,2 Mill. RM werden dem im Besitz der Ostwerke befindlichen Schultheisspaket von etwa 17 Mill. RM entnommen. Außerdem werden 15 Mill. neue einstimmige Vorzugsaktien geschaffen, die mit 25 % eingezahlt werden.

Da die Verschmelzung der beiden Gesellschaften rückwirkend vom 1. September 1929 und der Umtausch in Schultheiss-Aktien mit Dividendenberechtigung für 1929/30 erfolgt — also die Ostwerke AG zum Bilanzstichtage, dem

### Schultheiss-Patzenhofer Brauerei-AG

#### Bilanz

(Mill. RM)	31. 8. 26	31. 8. 27	31. 8. 28	31. 8. 29	31. 8. 30
<b>Aktiva</b>					
Grundstücke und Gebäude	31,157	43,043	51,699	55,599	55,050
Maschinen, Geräte, Fässer, Inventar und Fuhrpark	8,110	10,944	12,658	15,489	14,528
Kasse	0,954	0,946	1,111	1,258	1,353
Wertpapiere und Beteiligungen	5,216	10,102	14,926	13,990	11,074
Eigene Aktien zum Umtausch von Kahlbaum-Aktien	13,500	—	—	—	—
Eigene Hypotheken	—	0,254	0,900	1,159	1,162
Guthaben bei Banken	—	—	14,604	12,125	16,633
Guthaben bei Konzern- und Tochtergesellschaften	12,551	12,983	0,397	0,759	2,192
Darlehen	4,222	7,472	9,382	11,960	12,999
Außenstände	2,077	2,562	3,781	4,153	3,993
Vorräte	4,093	4,375	5,205	5,161	5,928
<b>Passiva</b>					
Stammaktien	38,500	38,500	50,000	50,000	50,000
Vorzugsaktien	1,000	1,000	1,000	1,000	1,000
Reservefonds	2,812	3,240	8,600	8,600	8,600
Teilschuldverschreibungen	0,720	0,327	0,097	0,042	0,031
Hypotheken	1,267	2,114	2,538	2,493	2,460
Nicht abgehobene Dividende	0,051	0,032	0,043	0,039	0,015
Wohlfahrts Einrichtungen	2,427	2,849	3,330	3,705	3,907
Guthaben der Kunden	—	—	22,332	26,763	29,191
Guthaben der Angestellten	15,840	22,425	5,261	5,560	5,867
Kautionen	0,437	0,570	0,641	0,764	0,918
Reichsbier-, Gemeindegeld- und sonstige Steuern	0,910	4,684	5,491	6,247	6,962
Steuerrückstand	3,882	2,399	1,426	0,291	—
Kreditoren	3,069	4,752	3,549	5,766	5,524
Aufwertungsausgleich	2,399	1,086	—	—	—
Reingewinn	8,566	8,702	10,355	10,363	10,416

#### Gewinn- und Verlustrechnung

(Mill. RM.)	31. 8. 26	31. 8. 27	31. 8. 28	31. 8. 29	31. 8. 30
<b>Einnahmen</b>					
Vortrag	0,347	0,429	0,547	0,719	0,743
Geschäftsertrag (nach Abzug von Fabrikationskosten usw.)	66,769	69,777	83,348	87,229	90,169
<b>Ausgaben</b>					
Handlungskosten	16,960	17,203	19,866	20,756	21,520
Steuern	26,668	30,011	36,867	38,071	42,642
Fuhrwerkskosten	1,700	1,940	2,433	2,802	2,415
Reparaturen und Ergänzungen	2,656	1,027	1,111	1,215	1,116
Beamten- u. Arbeiter-Versicherung	1,116	0,745	1,131	1,169	1,330
Unkosten des Flaschenbiergeschäfts	4,926	4,617	5,493	6,160	4,344
Abschreibungen	4,523	5,963	6,641	7,414	7,130
Reingewinn	8,566	8,702	10,355	10,363	10,416
<b>Dividende in %</b>					
Stammaktien	15	15	15	15	15
Vorzugsaktien	6	6	6	6	6

31. August 1930, juristisch gar nicht mehr existiert —, war zu erwarten, daß die vereinigten Unternehmungen bereits für das abgelaufene Geschäftsjahr eine gemeinsame Bilanz vorlegen würden. Es überrascht deshalb, daß die Verwaltung zwei getrennte Übersichten veröffentlicht. Für die Gesellschaft hat dieses Verfahren den Vorteil, daß sie die Entscheidung über die Verwendung des Fusionsgewinns noch lange hinauszögern kann; außerdem vermag sie so die finanzielle Lage der Ostwerke, die im Zusammenhang mit der Fusion teilweise kritisch beurteilt wurde, nochmals gesondert darzulegen. Der Aktionär kann zwar durch diese Art der Rechnungslegung nochmals Ergebnis und Status mit dem Vorjahre vergleichen; er muß aber noch mindestens ein Jahr warten, bis er ein Bild von der finanziellen Lage des alsdann in neuer Form schon über zwei Jahre bestehenden Unternehmens gewinnen kann. Eine bloße Addition der soeben bekanntgegebenen Ziffern kann davon keine Vorstellung ergeben, die die gegenseitigen Verrechnungsposten, die Höhe der Fusionskosten, die Verwendung des Fusionsgewinns von 8,8 Mill. RM nicht bekannt sind und man nicht weiß, wie die 10,2 Mill. RM Schultheiss-Aktien bewertet waren, die dem Portefeuille der Ostwerke zur Durchführung der Fusion entnommen werden müssen.

Die Bilanz der *Schultheiss-Patzenhofer Brauerei-AG* und der ihr beigefügte Bericht spiegeln eine bemerkenswerte *Stabilität* wider. In den ersten acht Monaten des Berichtsjahres hatte sich infolge günstiger Witterungsverhältnisse trotz der Depression eine Absatzsteigerung ergeben, die indessen in den letzten vier Monaten infolge der erheblichen steuerlichen Mehrbelastung verschwand. Es kann also angenommen werden, daß der Bierausstoß gegenüber dem Vorjahre unverändert etwa 3,4 Mill. hl betragen hat. Bei einem Vergleich mit anderen Brauereien ist zu beachten, daß Schultheiss zum 31. August bilanziert, während das Braujahr in der Regel am 30. September endet; da der Bierabsatz vom Mai d. J. ab zurückgegangen ist, umfaßt also der Abschluß von Schultheiss vier Monate rückgängigen und acht Monate eines guten Absatzes gegenüber fünf schlechten und sieben ertragreichen Monaten bei den meisten anderen Brauereien.

Der *Bruttogewinn* wird infolge der Bierpreiserhöhung im letzten Quartal gegenüber dem Vorjahre um rund 3 Mill. RM höher ausgewiesen. Bei etwas verringerten Unkosten (ein Erfolg der Rationalisierung?) und nur wenig veränderten Abschreibungen verbleibt nach Abzug der erhöhten Steuerlasten ein gegenüber dem Vorjahre fast unveränderter *Reingewinn*. Diese Zahlen dürften allerdings wesentlich durch den Wunsch der Gesellschaft bestimmt sein, eine gegenüber dem Vorjahre unveränderte *Dividende* von 15 % auszuschütten. Das tatsächliche Ergebnis muß erheblich günstiger gewesen sein, da die Brauereien durch die günstige Entwicklung der Gerste- und Hopfenpreise eine erhebliche Ersparnis an Rohstoffkosten erzielt haben muß (vgl. Nr. 49, S. 2248).

Allerdings läßt sich nur schwer beurteilen, in welchen Bilanzpositionen diese Beträge still zurückgelegt wurden. Die *Vorräte* sind wertmäßig um etwa 15 % höher ausgewiesen; berücksichtigt man die erhebliche Verringerung der Rohstoffkosten, so ergibt sich eine noch größere mengenmäßige Steigerung, auf die der Bericht auch mit Betonung verweist. Ein Vergleich des Buchwertes der Vorräte je hl Bierausstoß bildet in diesem Jahre infolge der wesentlichen Veränderungen in den Rohstoffkosten keinen Maßstab für die stillen Reserven dieses Bilanzpostens. Man darf aber wohl annehmen, daß sie keine Zunahme im abgelaufenen Braujahr erfahren haben, wenn sie auch immer noch recht bedeutend sein dürften.

Die gesamten *Anlagen* stehen gegenüber dem Vorjahre um etwa 1,5 Mill. RM geringer zu Buch: je hl Bierausstoß sind die Anlagen mit etwa 20,4 RM gegenüber 20,9 RM im Vorjahre bewertet worden. Allerdings dürfte diese Verringerung



des Buchwertes noch nicht als Bildung einer stillen Reserve betrachtet werden, da die allgemein übliche Norm mit 20 RM je hl angegeben wird. — Wertpapiere und Beteiligungen weisen die größte Veränderung im gesamten Bilanzbild auf (Verringerung um fast 2 Mill. RM), ohne daß die Gesellschaft Erläuterungen zu diesem Posten gibt. Sollte die Zusammensetzung des Portefeuilles keine wesentliche Änderung erfahren haben, so ist immer noch schwer zu beurteilen, ob die vorgenommenen Abschreibungen über das durch die Entwicklung der Börsenkurse erforderliche Maß hinauszugehen und somit als echte Rückstellungen betrachtet werden können.

Die gute finanzielle Situation von Schultheiss-Patzenhofer findet auch in der Entwicklung der Liquidität ihren Ausdruck. Den nahezu unverändert ausgewiesenen kurzfristigen Verbindlichkeiten stehen um etwa 4 Mill. RM erhöhte flüssige Mittel gegenüber, deren Steigerung in der Hauptsache auf die Zunahme der Bankguthaben entfällt. Die als mittelfristig zu bezeichnenden Guthaben der Kunden haben — wenn auch in verlangsamt Tempo — weiter zugenommen und spielen mit rund 60 % des Aktienkapitals eine bedeutende Rolle in der Finanzierung der Schultheiss-Patzenhofer Brauerei. Einen Teil dieses Geldes hat die Brauerei an ihre Gastwirte weitergegeben. Diese Darlehen haben trotz der Vereinbarungen der Berliner Brauereien eine bemerkenswerte Vermehrung erfahren und spiegeln den starken Wettbewerb wider, „der sich besonders in den Zeiten des sinkenden Absatzes geltend macht“.

Die Bilanz der Holdinggesellschaft Ostwerke AG weist als wichtigsten Posten die Beteiligungen aus (65 % der Bilanzsumme). Diese stehen gegenüber dem Vorjahre völlig unverändert zu Buch, obwohl sich die Zusammensetzung der Portefeuilles geändert hat. (Abstoßung der Mühleninteressen, Liquidation des Handels mit landwirtschaftlichen Produkten). Da aber die Veränderungen im einzelnen nicht bekannt sind, kann dieser Posten nicht beurteilt werden; er soll jedoch trotz der Entwicklung der Börsenkurse immer noch niedriger als der Kurswert sein.

Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr werden für die Brauerei zurückhaltend beurteilt. Infolge der Steuererhöhungen muß mit einem weiteren Rückgang des Bierabsatzes gerechnet werden; allerdings ist auch in diesem Jahre die Entwicklung der Rohstoffpreise nicht ungünstig und die wesentlich höheren Bestände, die in das neue Jahr hinübergenommen wurden, kommen diesem zu-

gute. Soweit im Jahre 1930/31 die Einnahmen aus dem bisherigen Ostwerkeportefeuille in Frage kommen, muß wohl — trotz des bemerkenswert optimistischen Berichts — mit einer Verringerung gerechnet werden, da ja erst dann die Erträge aus dem Jahre 1929 bzw. 1929/30 zur Verrechnung gelangen. Trotzdem kann schon heute als wahrscheinlich angenommen werden, daß auch das vergrößerte Schultheissunternehmen von dem Grundsatz der stabilen Dividendenpolitik nicht abgehen wird, zumal der Gesellschaft aus dem Fusionsgewinn eine erhebliche Reserve zufließt.

## Ostwerke AG

## Bilanz

(Mill. RM)	31. 8. 26	31. 8. 27	31. 8. 28	31. 8. 29	31. 8. 30
<b>Aktiva</b>					
Grundstücke und Gebäude . . .	5,624	2,347	0,953	—	—
Inventar . . . . .	2,750	0,841	1 RM	1 RM	1 RM
Hypothekendarstellungen . . . .	0,555	0,658	1,598	1,598	1,598
Effekten . . . . .	20,759	30,019	49,125	49,526	49,526
Beteiligungen . . . . .	8,663	7,678	0,451	0,451	0,451
Bankguthaben . . . . .	19,299	9,401	15,553	14,085	12,136
Sonstige Schuldner . . . . .	0,736	5,484	9,793	11,524	14,701
Kasse, Guthaben bei der Reichsbank und beim Postscheckamt	—	0,874	0,927	1,056	0,018
Vorräte . . . . .	1,694	1,171	—	—	—
<b>Passiva</b>					
Stammaktien . . . . .	25,000	25,000	44,000	44,000	44,000
Vorzugsaktien . . . . .	1,500	1,500	1,500	1,500	1,500
Gesetzliche Rücklage . . . . .	2,650	2,650	15,200	15,200	15,200
Noch einzulösende Obligationen	0,542	0,122	0,054	0,022	0,017
Hypothekenschulden . . . . .	0,307	0,290	0,076	—	—
Nicht eingelöste Dividendenscheine . . . . .	0,020	0,020	0,008	0,010	0,019
Bankschulden . . . . .	18,152	11,289	11,096	11,779	11,975
Sonstige Gläubiger . . . . .	—	3,616	0,861	0,125	0,222
Verrechnung mit Konzern- und Tochtergesellschaften . . . . .	8,774	10,850	—	—	—
Gewinn (einschl. Vortrag) . . . .	3,136	3,136	5,605	5,605	5,497

## Gewinn- und Verlustrechnung

(Mill. RM)	31. 8. 26	31. 8. 27	31. 8. 28	31. 8. 29	31. 8. 30
<b>Einnahmen</b>					
Vortrag . . . . .	0,047	0,046	0,046	0,49	0,048
Bruttogewinn . . . . .	7,183	7,485	6,350	6,102	5,897
<b>Ausgaben</b>					
Handlungskosten einschl. Steuern . . . . .	3,470	4,132	0,771	0,545	0,449
Abschreibungen . . . . .	0,618	0,262	—	—	—
Reingewinn . . . . .	3,095	3,090	5,559	5,556	5,449
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	0,041	0,046	0,046	0,049	0,048
<b>Dividende in %</b>					
Stammaktien . . . . .	12	12	12	12	—
Vorzugsaktien . . . . .	6	6	6	6	—

## Die Wirtschaft des Auslands

## Frankreich

## Die Schaffung einer Kupferbasis

Man schreibt uns: „Am 11. Mai 1929 hat Pierre Azaria, der Präsident der Cie. Générale d'Electricité, das Programm, das er den europäischen Verbrauchern gegenüber der amerikanischen Kupferpolitik empfahl, mit den Worten eingeleitet: 'Pour ne pas se laisser coloniser, il faut et il suffit que l'Europe s'unisse.' Das war kurze Zeit nach dem Zusammenbruch des Kupferbooms vom Frühjahr 1929, der den Preis für Elektrokupfer vorübergehend bis 24 Cents gehoben hatte. Aber auch ein Kupferpreis von 18 Cents war für einen Verbraucher vom Rang der Cie. Générale d'Electricité mit einem Jahreskonsum von 20—25 000 t Metall überaus drückend, und er ist auf dieser Höhe noch bis zum April des Jahres 1930, das heißt weit bis in die Zeit der allgemeinen Depression geblieben.“

In Frankreich hat sich während des Kupferbooms von 1929 die Ansicht festgesetzt, daß die Abhängigkeit der Kupferversorgung von dem Kupferkartell beseitigt werden muß, wenn die weitreichenden Elektrifizierungspläne ohne Störung durchgeführt werden sollen und die Handelsbilanz um einen großen Passivposten zu entlasten ist. Bisher ist

die französische Kupferbilanz recht ungünstig gewesen. Die Frankfurter Metallgesellschaft gibt in ihren statistischen Zusammenstellungen für die letzten Jahre folgenden Überblick:

(Tonnen)	1924	1925	1926	1927	1928	1929
Bergwerksproduktion . . . . .	—	200	500	—	100	—
Hüttenproduktion . . . . .	2 500	2 500	2 500	2 500	2 200	2 500
+ Einfuhr v. Rohmetall . . . . .	137 000	110 000	118 300	82 400	126 100	138 700
— Ausfuhr „ . . . . .	1 600	300	800	1 700	1 600	1 200
— Zunahme (d. sichtb. Rohmetallvorräte)	5 400	—	5 600	—	900	2 600
+ Abnahme	—	4 200	—	7 500	—	—
Rohmetallverbrauch . . . . .	132 500	117 200	114 400	90 700	125 800	137 400

Frankreich besitzt keine nennenswerten Kupfererzvorkommen und keine bedeutende Bergwerksproduktion. Infolgedessen ist auch seine Hüttenproduktion nur schwach entwickelt; sie hat im vergangenen Jahr nicht 2 % des Gesamtbedarfs gedeckt. Die Vorratsbildung schwankt stark, Ende September 1930 lagerten in Le Havre 5700 t Kupfer, die jedoch nicht als ausreichender Stock angesprochen werden können. Vor dem Krieg, als ein Kupferkartell der gegenwärtig bestehenden Art nicht existierte, konnten die Franzosen verhältnismäßig leicht für ihre Hüttenanlagen, deren Kapazität ungefähr 25 000 t betragen dürfte, Erze er-



halten; im Jahre 1913 belief sich die französische Hüttenproduktion auf 11 200 t. Heute haben aber die großen Erzbesitzer, die fast durchweg dem Kartell angehören, kein Interesse daran, den Franzosen Erze oder Rohkupfer zum Raffinieren zu liefern. Was an raffiniertem Kupfer in Frankreich gewonnen wird, geht fast ausschließlich auf die Wiederverwendung von Alt- und Abfallmaterialien zurück, deren Ausfuhr übrigens bis vor etwa zwei Jahren verboten war.

Die Franzosen haben nun in aller Stille an einer Änderung dieses Zustandes gearbeitet. Eine gesamteuropäische Gegenaktion gegen die Copper Exporters Corporation haben sie zwar nicht organisieren können — weder die deutschen Pläne (Bau der Elektrolyse in Wilhelmsburg, Steigerung der Produktion in Niederschöneweide) noch die englischen, welche auf die Schaffung einer sehr großen Elektrolyse mit Rhodesien als Erzbasis (mit englischem Standort) hinzielen, können so gewertet werden. Denn einheitlich waren diese Bestrebungen keineswegs, und auch die Franzosen sind schließlich eigene Wege gegangen. Es ist kein Zufall, daß die Cie. Générale d'Electricité zusammen mit der Société d'Electrometallurgie de Dives kürzlich eine Gesellschaft unter dem Namen „Electro-Cuivre“ gegründet hat, in die Dives ihre Elektrolyse von Le Palais (Departement Haute Vienne) einbringt, deren Ausnutzung aus Mangel an Rohstoffen bisher nur in sehr geringem Umfang möglich gewesen ist. Das Werk in Le Palais hat gegenwärtig eine Jahreskapazität von 15 000 t Elektrokupfer. Bei deren Ausnutzung könnte immerhin ein beträchtlicher Teil des Eigenbedarfs der Cie. Générale d'Electricité an Kupfer gedeckt werden; außerdem kann die Kupferproduktion von Le Palais leicht vergrößert werden, falls dem Werk eine entsprechende Erzbasis gegeben wird.

Um diese zu schaffen, hat sich die Dives-Gruppe vor einiger Zeit durch eine ad hoc gegründete Tochtergesellschaft, die Cie. Générale des Mines et d'Electrometallurgie (Kapital 50 Mill. Fr) an der Aufschließung bulgarischer Kupfererzorkommen beteiligt. Bulgarien liefert schon seit langer Zeit gewisse Kupfermengen (Plakalnitza); die Kupferorkommen, die durch die Dives-Gruppe abgebaut werden sollen, sind aber angeblich wesentlich ergiebiger als die bisher in Bulgarien aufgeschlossenen. Es wird damit gerechnet, daß die Dives-Gruppe aus Bulgarien Erz (beziehungsweise Rohkupfer oder vielleicht auch Zwischenprodukte wie Konzentrate oder Kupferstein) mit einem Cu-Inhalt von rund 8000 t jährlich beziehen kann — und zwar aus ihren eigenen Gruben, denn die oben genannte Tochter-

gesellschaft wird im Verlauf der Transaktion zwischen der Cie. Générale d'Electricité und Dives mit der letzteren voll fusioniert. Als zweite Rohstoffquelle dienen der französischen Gruppe die schwedischen Kupfergruben von Sulitelma und Skelleftea. In Schweden konnten die Franzosen Fuß fassen, nachdem sich die Gruppe Kreuger & Toll im Herbst 1929 durch Übernahme eines Aktienpakets an der Société d'Electrometallurgie de Dives beteiligt hat. Der Sinn dieser Transaktion war damals nicht ganz klar. Heute kann man ihn darin erblicken, daß die Franzosen für die Hergabe ihrer Aktien im Austausch von Kreuger & Toll eine Beteiligung an den schwedischen Kupfergruben erhalten haben. Es ist anzunehmen, daß ihnen von dieser Seite her Erze genug zur Verfügung gestellt werden können, um die restliche Leistungsfähigkeit der Elektrolyse von Le Palais auszunutzen und sogar diese Leistungsfähigkeit noch zu vergrößern. Freilich sind hier noch gewisse technische Probleme (z. B. die Entarsenisierung der schwedischen Kupfererze) zu lösen, was aber bei eingehender Beschäftigung mit der Materie möglich sein dürfte; andererseits enthalten die schwedischen Erze nicht unerhebliche Goldbeimengungen, deren Extraktion wiederum den Gesteinpreis des Kupfers erheblich herabdrücken kann.

Die Cie. Générale d'Electricité scheint jedenfalls auf dem besten Wege zu sein, sich tatsächlich von dem Kupferbezug aus Amerika unabhängig zu machen. Ob es darüber hinaus gelingen wird, der übrigen kupferverbrauchenden Industrie Frankreichs überschießende Kupfermengen zur Verfügung zu stellen, ist heute noch nicht zu übersehen. Das Beispiel des Unternehmens zeigt jedoch, daß mit einiger Energie auch solche Gruppen sich der Beherrschung durch Rohstoff-Kartelle zu entziehen vermögen, die zunächst gar keine Aussicht auf Gewinnung einer eigenen Rohstoffbasis zu haben scheinen. Möglicherweise wird dieses Beispiel in Frankreich bald Nachahmung finden, nachdem kürzlich in Indochina, dessen metallindustrielle Entwicklung schnell fortschreitet, abbauwürdige Kupferschieferlager erheblichen Umfanges festgestellt worden sind. Freilich darf man sich diese Nachahmung nicht so vorstellen, wie dies neulich in einigen deutschen Blättern geschah, die von der Errichtung einer weiteren französischen Elektrolyse mit Hilfe der American Smelting and Refining Co. sprachen. Gerade die Amerikaner haben nicht das geringste Interesse an einer Erhöhung der Hüttenkapazität, da sie ihre eigene nicht auszunutzen vermögen; noch dazu in einem Lande, das sich ohnehin von ihnen nach Möglichkeit unabhängig machen will.“

## Marktberichte

### Die Konjunktur

Die industrielle Produktion ist in den letzten Monaten weiter gesunken. Zwar hielt sich der vom Institut für Konjunkturforschung berechnete Produktionsindex im September und Oktober ungefähr auf dem Stand des August; aber darin darf vorläufig keineswegs ein günstiges Symptom gesehen werden, zumal das Niveau der Kurven außerordentlich tief liegt. Im April 1930 hatte der Index mit 94,8 ein Maximum erreicht (Basis 1928). Dieser Höchststand war jedoch größtenteils saisonmäßig bedingt und unterbrach nur kurz das bereits seit Juli 1929 festzustellende Abgleiten der Kurve. Von April bis Oktober 1930 ist der Produktionsindex auf 80,5 gesunken; im Oktober des Vorjahrs stand er auf 101,4!

Dabei ist auffälligerweise die Erzeugung in den Konsumgüter-Industrien weit weniger stark zurückgegangen als in den Produktionsmittel-Industrien. In wichtigen Gruppen der Konsumgüter-Gewerbe steht der Index erst seit dem Oktober unter dem entsprechenden Vorjahrsstand, während die Erzeugung in fast allen Produktionsgüter-Industrien bereits seit dem vorigen Jahr deutlich zurückgeht. Bekanntlich ist die Bewegung bei den Preisen gerade ent-

gegengesetzt, da die Preise der Konsumgüter weit stärker sanken als die der Produktionsmittel.

Die amtlichen Zahlen über die Erzeugung von Kraftfahrzeugen zeigen für Oktober einen weiteren Rückgang. Besonders stark ist die Minderproduktion bei Personen- und Lastkraftwagen. Kraftträder, deren Erzeugung und Absatz in dem vergangenen Sommer besonders stark hinter dem Vorjahr zurückgeblieben waren, konnten im Oktober sogar in etwas größerer Menge als im September abgesetzt werden. Von der geringeren Kraftwagenproduktion wurden hauptsächlich die deutschen Fabriken betroffen; die ausländischen Montagebetriebe konnten sogar teilweise ihre Produktion erhöhen.

Der Aktivsaldo des deutschen Außenhandels (vgl. S. 2393) betrug im November nur 197 gegen 239 Mill. RM im Oktober. Die Einfuhr ist — hauptsächlich infolge geringerer Rohstoffimporte — um 99 Mill. RM gesunken, wobei allerdings beachtet werden muß, daß die Oktoberzahlen infolge der vierteljährlichen Lagerabrechnungen überhöht waren. Der Rückgang der Ausfuhr um 141 Mill. RM ist teilweise saisonbedingt. Von diesem Rückgang entfielen 106,4 Mill. RM auf Fertigwaren, wobei wiederum Textilien mit 52 Mill. RM die stärkste Senkung aufwiesen. Großenteils wird es sich



allerdings bei diesen niedrigeren Zahlen um den Einfluß der Preissenkungen handeln. Gegenüber dem Vorjahr ist die Ausfuhr in den Monaten Januar bis November um 10 %, die Einfuhr hingegen um 20 % zurückgegangen. Die Gesamtumsätze im Außenhandel erreichten im November einen Tiefstand von 1.67 Milliarden, nachdem sie sich im Oktober — z. T. unter dem Einfluß der Quartalsabrechnungen — ein wenig erhöht hatten:

Umsätze und Salden des Außenhandels

(Mill RM)	Einfuhr	Ausfuhr <sup>2)</sup>	Umsätze (Einfuhr + Ausfuhr)	Saldo
Januar 1930 .....	1 305	1 092	2 397	- 212,5
Februar .....	982	1 026	2 008	+ 44,7
März .....	884	1 104	1 988	+ 220,2
April .....	889	977	1 865	+ 87,8
Mai .....	830	1 097	1 927	+ 266,3
Juni .....	814	910	1 724	+ 96,6
Juli .....	909	951	1 859	+ 41,5
August .....	796	971	1 767	+ 175,3
September .....	736	1 001	1 737	+ 264,6
Oktober .....	834	1 073	1 907	+ 239,4
November .....	734	931	1 665	+ 196,9
Insgesamt	9 713	11 133	20 844	+ 1420,9

<sup>1)</sup> Reiner Warenverkehr. — <sup>2)</sup> Einschl. Reparationssachlieferungen.

## Der Geld- und Kapitalmarkt

### Die Wirkung der New Yorker Bank-Insolvenzen

Nachdem am 9., 10. und 11. Dezember noch einmal erhebliche deutsche Goldkäufe in London erfolgt waren (im ganzen für etwa 1 250 000 £), trat später eine Abschwächung der Mark ein. Der Dollarkurs stieg von 4,190 auf 4,196, und auch der Pfundkurs erhöhte sich auf 20,374. Die Steigerung beruht in der Hauptsache auf Geldrückziehungen amerikanischer Banken, die sich infolge der Beunruhigung über verschiedene Banksolvenzen möglichst flüssig zu halten suchen. Sie riefen in England und Deutschland Geld ab und veranlaßten damit auch englische Abzüge aus Deutschland. Danach kamen die deutschen Golderwerbungen in England zum Stillstand. Der Devisenkurs wäre noch höher gestiegen, wenn das Reich nicht für die Mitte Dezember fällige Reparationsrate schon einen Teil des Überbrückungskredits abgezweigt hätte; außerdem flossen nach wie vor reichlich Exportdevisen an den Markt.

Berlin Mittelkurs:	11. 12.	12. 12.	13. 12.	15. 12.	16. 12.	16. 12.
New York .....	4,195	4,193	4,193	4,195	4,196	4,195
London .....	20,36	20,96	20,36	20,87	20,37	20,36

Leihdevisen hatten sich Ende voriger Woche auf 4½ % erhöht; demgemäß ist auch der Satz für Monatsgeld auf 6½—8 % gestiegen. Der Privatkontsatz blieb unverändert 4½ %, und zwar mußte die Reichsbank nach einigen Tagen mit überwiegender Nachfrage später wieder einiges Angebot aufnehmen. Immerhin war es ihr gelungen, die Anfang Dezember abgelaufenen Schatzwechsel neu zu begeben, so daß sich der Umlauf wieder auf 350 Mill. RM erhöht hat. Das Reich hofft deshalb, den Jahresultimo, an dem ihm nach der Änderung des Bankgesetzes auch der Betriebskredit bei der Reichsbank offensteht, ohne große Schwierigkeiten zu überwinden.

1930	Berlin		[Frankfurt a. M.]				
	Privatdiskont lange Sicht	kurze Sicht	Tägliches Geld	Monats- geld	Waren- wechsel	Scheck- tausch	Waren- wechsel
11. 12.	4½/4	4½/4	4 — 6	6¾ — 8	5¼ — 5¾	4¾/4	5½/8
12. 12.	4½/4	4½/4	4 — 6	6¾ — 8	5¼ — 5¾	5½/8	5½/8
13. 12.	4½/4	4½/4	4 — 6	6¾ — 8	5¼ — 5¾	5½/8	5½/8
15. 12.	4½/4	4½/4	4½ — 6½	6¾ — 8	5¼ — 5¾	5½/8	5½/8
16. 12.	4½/4	4½/4	4½ — 6	6¾ — 8	5¼ — 5¾	5½/8	5½/8
17. 12.	4½/4	4½/4	3¾ — 5	6¾ — 8	5¼ — 5¾	5½/8	5½/8

### Kreditverhandlungen

Die Bankenkrise in den Vereinigten Staaten hat die Ausichten für die Erlangung amerikanischer Kredite und Anleihen für Deutschland wiederum verschlechtert, da sich selbst die größten Banken auf eventuelle Runs rüsten.

Kurz vorher ist es jedoch der Gelsenkirchener Bergwerks AG gelungen, einen zweijährigen Kredit von 3 Mill. \$ zu 6 % von Dillon Read zu erhalten, nachdem die Anleiheverhandlungen vom Mai zunächst wegen der von der Reichsbank bereiteten Schwierigkeiten und später wegen der Aufnahmeunfähigkeit des amerikanischen Marktes gescheitert waren. Außerdem hat die Deutsche Girozentrale von Harris Forbes ein kurzfristiges Darlehen von 5 Mill. \$ erhalten — angesichts der Kommunalkreditbeengung infolge der Wohlfahrtslasten nur ein Tropfen auf den heißen Stein, zumal infolge der Verlangsamung des Spareinlagenzuwachses die Umschuldungsaktion, die bisher ¾ Milliarde RM erbracht hat, ins Stocken gerät und die Sparkassen auch zur Einräumung neuer Kredite an Kommunen kaum bereit sind. Der Versuch der Stadt Berlin, für den Ultimobedarf durch Aufnahme eines Auslandskredits von 10 Mill. Dollar vorzusorgen, sind gescheitert; die Reichshauptstadt hat sich an inländische Banken wenden müssen, um wenigstens einen Teil dieser Summe kurzfristig zu erhalten.

## Die Warenmärkte

In der Entwicklung der

### Kolonialwarenmärkte

haben die letzten Wochen nichts Entscheidendes gebracht. Das gilt besonders vom Zucker. Zur Zeit des letzten Berichts standen Verhandlungen zwischen den großen Rohrzuckerländern Kuba und Java unmittelbar bevor. Die Einigung zwischen ihnen stieß zunächst auf große Schwierigkeiten; sie kam schließlich nur dadurch zustande, daß man von den Rübenzuckerstaaten gemeinsam verhältnismäßig große Opfer verlangen wollte. Mit diesen traf man sich in der vorigen Woche in Brüssel. Die Berichte über die dortigen Verhandlungen waren zwar zunächst kurz, aber bewußt hoffnungsfroh, ohne daß irgendein ernsthafter Beweis für die Möglichkeit einer Einigung vorgelegen hätte. Die Ausfuhrwünsche einiger europäischer Staaten besonders Deutschland (wo sich die „grüne Front“ schroff gegen jeden Versuch, die Inlandspreise zu senken, wehrt) sind derart groß, daß man sich eine Einigung schwer vorstellen konnte und von vornherein mit einem Abbruch der Verhandlungen rechnen mußte. Dieser ist inzwischen erfolgt, aber bestimmt nicht als endgültig anzusehen. Deshalb muß man jetzt schon hervorheben, daß hinter jeder Einigung der vertretenen Staaten die Möglichkeit, um nicht zu sagen die Sicherheit steht, daß die nicht vertretenen Staaten Anbau und Ausfuhr schleunigst ausdehnen. Bis jetzt schwanken die Preise haltlos hin und her; das wird sich zunächst auch kaum ändern können.

Ähnliches gilt vom Kaffee, auf dessen Markt die Entwicklung der politischen Verhältnisse Brasiliens lastet. Daneben hat sich aus den Dezember-Aufstellungen wieder einmal eine Differenz von 1 Mill. Sack ergeben, aus der man schließt, daß die seit Juli von der Kaffeekasse gekauften rund 2 Mill. Sack in den Statistiken nicht enthalten sind. Die tatsächlichen brasilianischen Bestände betragen also wohl rund 24 Mill. Sack. Von der Absicht, schlechten Kaffee zu vernichten, hört man inzwischen nichts mehr; in der letzten Zeit war ein etwas stärkerer Abzug in den geringen Beschaffenheiten festzustellen. Ein Teil der Ernten milder Kaffees, besonders in Nicaragua und Haiti, fällt ganz wesentlich kleiner aus als im letzten Jahr.

Kautschuk lag weiter recht ruhig; die Preisschwankungen waren hier kleiner als auf den meisten anderen Märkten. Es ist eine Anzahl weiterer Pflanzungen geschlossen worden, z. T. ziemlich bedeutende. Auch die Verschiffungszahlen sind etwas weiter gesunken. Überdies scheint sich der europäische Verbrauch verhältnismäßig leidlich zu behaupten, während allerdings der amerikanische auf seinem Tiefstand verharrt oder noch weiter absinkt.



### Die Undurchsichtigkeit der Getreidemärkte

hält an. Der *Kanada-Pool* zieht seine europäischen Verkaufsstellen ein und wird in Zukunft durch den Handel verkaufen. Es wird berichtet, daß er schon jetzt laufend Abgeber zu Marktpreisen ist. Damit ist der Manitoba-Weizen, d. h. die wohl beste Qualität, fast die billigste Weizensorte geworden, was ihm den größten Teil der geringen Nachfrage zuwendet. Auch das Angebot aus Argentinien ist größer und williger geworden; von den früher befürchteten großen Schäden hört man nicht mehr viel. Die in den Angeboten genannten Hektolitergewichte sind bemerkenswert hoch (meist 80–81 kg); man rechnet also auf gute Qualitäten. — Eigenartig ist, daß bisher die übliche Statistik über den Anbau von Wintergetreide in der Union noch fehlt. In Kanada (wo an sich der Winterweizen belanglos ist) ist der Anbau nur um wenige Prozent gesunken. — Der Chikagoer Markt wird auch weiter vom Farmamt bearbeitet und steht damit völlig außerhalb des Weltmarkts.

Nach vorläufigen preußischen Schätzungen ist die *Roggenanbaufläche* im Reiche um rund  $\frac{1}{2}$  Mill. ha gesunken; auf Weizen scheint aber davon nur rund  $\frac{1}{4}$  umgelegt zu sein, ein weiterer Beweis dafür, daß die widerspruchsvolle Politik des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft keine Wirkungen erzielen kann. Seine Technik allmählicher, regelmäßiger Heraufsetzungen des Preises für vergällten Roggen hat das Geschäft mit diesem fürs erste belebt; auch der tatsächliche Abzug soll jetzt ziemlich flott gehen. — Die Dezember-Andienung ist noch nicht erledigt, in der letzten Zeit wird wieder behauptet, es wären noch größere Deckungskäufe notwendig.

### Auf den Metallmärkten

stand wieder einmal *Kupfer* im Vordergrund der Beachtung. Das Kartell hat seinen Preis um 1 Cent herabsetzen müssen, wird aber laufend von der zweiten Hand weiter unterboten; man erwartet deshalb, daß es zu neuen Preisermäßigungen gezwungen wird. Nach den Oktober- und November-Statistiken haben die vielbesprochenen Einschränkungsbemühungen nur recht bescheidene Erfolge gehabt; in den meisten Fällen sind sogar gegenüber dem Sommer Zunahmen des Ausbringens zu verzeichnen. Nach der amerikanischen Verbrauchsstatistik vom November sind die inländischen Ablieferungen ungewöhnlich gering. Auch die Ausfuhrzahlen zeigen nicht den Einfluß der angeblich großen Verkäufe, den man vermutet hätte.

Der *Zinnpreis* ist scharf weiter abgesunken; der Verbrauch insbesondere der Weißblechindustrie Amerikas ist außerordentlich gering: diese Industrie arbeitet nur mit 25 % ihrer Leistungsfähigkeit. Neuerdings geht die niederländisch-indische Regierung dazu über, Zinn nach Holland zu legen, was sie seit Kriegsbeginn nicht mehr getan hat. Der Verkauf soll zwar weiter in Niederländisch-Indien bleiben, aber man wird abzuwarten haben, ob nicht schließlich doch die Vorkriegsmethode der Amsterdamer Versteigerungen wieder auflebt.

*Zink* war verhältnismäßig gut behauptet bei stillem Geschäft. *Blei* unterlag wieder etwas stärkerem Druck. Die chinesischen Wirren haben den *Antimonmarkt* leicht befestigt, dagegen den *Silbermarkt* im Verein mit indischen Verkäufen wieder geschwächt.

### Der Druck auf dem Baumwollmarkt

ist beträchtlich schärfer geworden. In Alexandria ist es am Beginn der Berichtszeit geradezu zu einer Börsenkrise gekommen. Die Regierung hat die Baumwollbörse in Alexandria für 14 Tage geschlossen, also das gesamte Vermittlungsgeschäft untersagt. Natürlich sollen auch hier die Börsenbräuche geändert und Leerverkäufe verhindert werden. Diese Vorgänge hatten einen starken Einfluß auf dem ohnehin schwachen amerikanischen Markt. Das Farmamt scheint seine ganze Kraft für den Weizenmarkt zu brauchen und den Baumwollmarkt (abgesehen von den aufgestapelten Beständen) sich selbst zu überlassen. Die Haltung des *Wollmarkts* ist ein wenig fester geworden.

Das zeigte sich vor allem bei den kleinen Versteigerungen in den Kolonien; auch in London behauptete sich die günstige Grundstimmung. Daß trotzdem gegenüber dem November Kursabschläge verblieben sind, bedarf kaum der Erwähnung.

## Die Effektenmärkte

### Berliner Börse

*Weitere Rückgänge unter dem Einfluß von in- und ausländischen Zusammenbrüchen*

Die Insolvenzchronik verzeichnet in der abgelaufenen Woche eine Anzahl schwerwiegender Zusammenbrüche. In *Amerika* ist neben einer ganzen Reihe von kleinen Bankunternehmungen die große *Bank of the United States* in Zahlungsschwierigkeiten geraten, in *Paris* hat sich ein Großfinanzier für Kolonialinteressen vergeblich um Stützung bemüht, und in *Deutschland* ist mit dem *Fall Pleß* eine Großinsolvenz zu verzeichnen, die mit etwa 30 Mill. RM kurzfristigen Verpflichtungen und noch unbekannt, aber sicherlich ebenso hohen langfristigen Verpflichtungen die größte Konzernschwierigkeit seit dem Favag-Zusammenbruch darstellt. Schließlich trat die *Röhr-Auto AG* unter Vergleichsverfahren; und die seit vielen Jahrzehnten bestehende *Bankfirma Gebr. Bonte*, Berlin, die über ein bedeutsames Industriegeschäft verfügte, hat mit anscheinend mehreren Millionen Passiven Konkurs anmelden müssen. Diese Insolvenzenhäufung im In- und Ausland konnte natürlich auf die Börse nicht ohne Einfluß bleiben, gleichviel ob Börseninteressen unmittelbar auf dem Spiele stehen oder nicht. Am engsten war die Verknüpfung mit der Börse bei dem zuerst erwähnten amerikanischen Bankzusammenbruch, der nochmals einen schweren Verkaufandrang in deutschen Werten aus Amerika ausgelöst hat. Wieweit der Pariser Vorfall nach Deutschland zurückgewirkt hat, darüber gehen die Meinungen auseinander. Vielfach wurde behauptet, daß Verkäufe in Chade-Aktien auf dem Berliner Markt damit zusammenhängen, aber später gewann es an Wahrscheinlichkeit, daß der schwere *Sonderrückgang in Chade-Aktien* mehr eine Folge der wirren politischen Zustände in Spanien und der damit zusammenhängenden *Pesetschwäche* war. Diese spanischen Vorgänge waren natürlich ebenfalls Anlaß zu schwerer Verstimmung für die internationalen Börsen.

Von den deutschen Zusammenbrüchen hat die Zahlungseinstellung der Pleßschen Verwaltung auf die Börse starken Eindruck gemacht, obwohl der fürstliche Komplex mit der Börse kaum in Berührung stand. Zum Teil hat dieser Komplex die Form eines Fideikommisses, zum anderen Teil sind es zwar Aktiengesellschaften, deren Aktien aber nicht an der Börse notiert werden. Die Schulden verteilen sich auf einen so großen Kreis von leistungsfähigen Banken und Industrieunternehmungen, daß jeder einzelne Beteiligte kaum in nennenswertem Umfange betroffen wird. Wenn trotzdem der Vorfall die Börse stark beeinflusste, so ist dies wohl damit zu erklären, daß die Ablehnung der nachgesuchten Stützungsaktion durch die Banken die Börse sehr bedenklich stimmte. Die Zahlungseinstellung der Röhr-Auto AG berührte die Börse überhaupt nicht, und der Einfluß des Berliner Bankierkonkurses Gebr. Bonte beschränkt sich auf den *Kassamarkt*, während auf dem Terminmarkt diese Firma kaum Engagements unterhielt. Auf dem Kassamarkt mußten dagegen die Notierungen für die Aktien der *Norddeutschen Eiswerke*, der *Deutschen Steinzeugwarenfabrik*, der *Tonwarenfabrik Wiesloch* und der *Odenwälder Hartsteinindustrie AG* zeitweise ausgesetzt werden, da keine Klarheit darüber bestand, wieweit diese Unternehmungen durch den Konkurs ihrer Hauptbankverbindung in Mitleidenschaft gezogen sind. Vorübergehend haben auch die Veruntreuungen bei der *Bayerischen Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft* die Börse verstimmt, jedoch wurde der Eindruck dieses Vorfalles im wesentlichen ausgeglichen, nachdem erklärt worden ist, daß es sich nur



um Beträge von etwa 150 000 RM handele, die nicht einmal für das Ergebnis eines Jahres entscheidende Bedeutung hätten. Die Börse, die durch die vorangegangenen Ereignisse bei den Vereinigten Elektrizitäts-Werken Westfalen nervös geworden war, hatte zuvor die materielle Bedeutung der Angelegenheit überschätzt.

Unter der Einwirkung aller dieser Vorgänge kamen umfangreiche *Auslandsabgaben*, *Verkäufe des inländischen Publikums* und *Blankoverkäufe der Spekulation* zusammen. Als Käufer standen den Abgebern im wesentlichen nur die früheren Blankoverkäufer und ferner jene Industrie- und Bankenkonsortien gegenüber, die sich die *Regulierung der einzelnen Aktienkurse* zur Aufgabe gesetzt haben. Es kamen auch Behauptungen auf, daß die Bankwelt im Hinblick auf den herannahenden Bilanztermin ihre Regulierungstätigkeit verstärkt habe, aber die Banken sind bereits derart mit teuren Stützungsbeständen belastet, daß solche Vermutungen wenig wahrscheinlich klingen. Die Abgaben erstreckten sich auf alle Gebiete, und es ist kennzeichnend, daß einige Standard-Werte des Terminmarkts den Parikurs unterschritten haben, nämlich *AEG*, *Gesfürel* und *Deutsche Linoleum*. Besonders abgeschwächt waren *Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft* und *Lahmeyer*, als Muttergesellschaften der Bayerischen Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft. Eine gewisse Sonderabschwächung erfuhren auch die Werte der *Eisenindustrie*, da der Bericht der Enquête-Kommission vereinzelt zu einer sehr pessimistischen Beurteilung der Rentabilitätschancen in der Eisenindustrie Veranlassung gegeben hat. Bei der *Farben-Aktie* wurde als Baissemotiv angeführt, daß die Geschäftslage der Stickstoff-Industrie sehr schlecht sein müsse, wenn die Schwierigkeiten der Pleß'schen Verwaltung hauptsächlich durch den Zusammenbruch seiner Waldenburger Stickstoff-Fabrik ausgelöst worden sei. Diese Argumentation ist allerdings nicht richtig, denn die Waldenburger Stickstoff-Fabrik war gerade erst in Betrieb gekommen, sie ist an technischen und finanziellen Schwierigkeiten beim Bau gescheitert und nicht an Absatzmangel. Damit soll aber nicht gesagt werden, daß pessimistische Urteile über das Stickstoffgeschäft unberechtigt seien. Die Stickstoffindustrie arbeitet in der Tat nur mit einer Ausnutzung von wenig mehr als der Hälfte der rechnerischen Syndikatsquoten. — Eine gewisse Befestigung erfuhren *Reichsbank-Anteile*, da nicht nur das Bezugsrecht auf Golddiskontbank-Anteile demnächst ausgeschrieben werden soll, sondern die Reichsbank sich auch entschlossen hat, den Aktieninhabern wahlweise an Stelle der Golddiskontbank-Anteile eine *Barentschädigung* von voraussichtlich 105 % des Golddiskontbank-Nominalwertes zu gewähren.

## Frankfurter Börse

Der vor dem Jahresultimo sich vollziehende Abbau hoch belasteter Engagements und die an wichtigen Stellen einsetzenden Verweigerungen weiterer Kreditgewährungen und Stützungen haben die Frankfurter Börse zeitweilig in einen Zustand starker *Nervosität* gesetzt, zumal das fortlaufend aus dem Ausland angebotene Material an deutschen Aktien nur mühsam Unterkunft fand. Dieser Rückwanderungsprozeß fordert fortlaufend schwere Opfer. So erreichte die *I. G. Farben-Aktie* in der Berichtswoche den bisher tiefsten Kurs von 125 %, erholte sich allerdings später auf etwa 127½ %. Die Kursverluste trafen besonders auch den *Elektromarkt*, zum Teil im Zusammenhang mit den Vorkommnissen bei den VEW und der Bayerischen Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft, wobei besonders Lahmeyer attackiert wurde. Chade-Aktien gingen wegen der Vorgänge in Spanien und der äußerst schlechten Wirtschaftslage in Argentinien zurück; immerhin war schließlich nach Besserung der spanischen Valuta eine Deckungserholung zu verzeichnen. *Kunstseidenwerte* erreichten wieder einen Tiefstand (AKU etwa 50 à 52½ %) im Zusammenhang mit dem Scheitern der Versuche, international zu einer Preisstabilität zu gelangen. Salzfurth-Konzernwerte lagen überwiegend flau auf den schweren Absatz-

rückgang im Kalisyndikat. Auf dem *Zellstoffmarkt* waren Aschaffenburg gut behauptet, Waldhof aber wegen der Befestigung der Machtposition der Konkurrenz Aschaffenburg-Hoesch matt und erheblich unter pari gedrückt. Von den *Baumerten* konnten Dyckerhoff & Widmann zeitweilig nur teilweise abgenommen werden; doch machte sich später Marktfürsorge bemerkbar. *Linoleum* sanken vorübergehend unter pari. Frankfurter Bank bröckelten langsam auf 91 % ab. Der *Montanmarkt* stand stark unter dem Druck der Ergebnisse der Eisen-Enquête. Brown, Boveri-Mannheim fanden Nachfrage.

Auf dem Markt der *Einheitswerte* war Interesse ohne ausreichendes Material für Gritzner (später 28½ nach 27¼ %), für Keramische Werke Offstein (Taxe 95 nach 85 %) und Beck & Henkel (Taxe 14 nach 11¼ %). Fester lagen zeitweilig wegen der Dividenden-Ankündigungen Mainzer-Actien-Brauerei (150 nach 146, später aber wieder angeboten 145 %) und Schöffershof mit 197 nach 194, später aber 186 %.

Für viele Papiere fehlte es wieder an Aufnahme und Kursmöglichkeit, so für Sinalco (letzter Kurs in Frankfurt 135, in München 113 %), für Schnellpressen Frankenthal (später 19½ %), Schuhfabrik Confluentia (letzter Kurs 80 %), Heidelberger Straßenbahn (später 10 nach 15 %), Bürstenfabrik Erlangen (Taxe etwa 6 nach 9½ %), Lederfabrikation Spier, Veritas Gummi, Ludwigshafener Walzmühle (später 70 nach 81 %), Lederfabrik Deninger (später 25 nach 50 %), Marswerke, Vereinigte Kunstwerkstätten (zuletzt 53 %), Brauerei Schwartz-Storchen (Taxe 120 nach 123 %), Motorenfabrik Darmstadt (Taxe 42—43 %), Schuhstofffabrik Fulda, Metallwarenfabrik Dannhorn (Taxe unter 3 %), Tricotwarenfabrik Besigheim (44 % B). Henninger Brauerei sanken infolge der Dividendenreduktion auf 150 nach 135 %.

Nach längerer Briefstreichung wurden Cement Karlstadt, deren Taxe infolge ungenügender Marktfürsorge bis auf 75 % zurückgegangen war, mit 95 nach 119 % notiert.

	11. 12.	12. 12.	13. 12.	15. 12.	16. 12.	17. 12.
Dt. Effecten- u. Wechselbank	95 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	95 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	95 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	95 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	95 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	95 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Frankfurter Bank	93 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	93	94 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	92	91	91
Frankfurter Hypotheken-Bank	145	147	148	144	143	148
Cementwerk Heidelberg	70	69 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	65	65	65	—
Scheideanstalt	123 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	128 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	128 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	123 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	128 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—
Frankfurter Hof	45	45	45	45	45	—
Hanfke, Füssen-Immenstadt	—	48	48	48 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	48 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Henninger Brauerei	—	—	—	—	—	10
Hochziefl	62	62	62	62	61	61
Holzmann	71 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	69	6 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	68 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	68 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Main-Kraftwerke	63 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	63 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	6 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	62 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	—
Metallgesellschaft	—	81	81	81	79 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	79
Maschinenfabrik Wronne	25	25	25	25	25	25
Ludwigshafener Walzmühle	—	—	—	—	70 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	70
Tellus Bergbau u. Hüttenind	63	63	63	63	63	63
Verein f. chem. Industrie	66	66 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	63 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	63	63	63

## Hamburger Börse

Bei allgemeiner Geschäftsunlust hat sich die schwache Tendenz in der Berichtswoche unter dem Druck von Auslandsverkäufen weiter verschärft. Lediglich am letzten Tag kam es zu einer leichten Beruhigung, da einige Großbanken intervenierten und einzelnen besonders gefährdeten Werten Hilfestellung leisteten. Auf dem *Schiffahrtmarkt* ist der Geschäftsumfang weiter zusammengeschrunpft. Selbst in den führenden Aktien der Großreedereien kam es nur zu gelegentlichem Geschäft; die Kurse blieben häufig durch Stunden hindurch unverändert. In Hapag-Aktien war gelegentlich noch etwas Bewegung, da die Berliner Arbitrage zeitweise im Markt war. Der Kurs ging unter leichten Schwankungen bis auf 63 zurück, konnte sich jedoch am letzten Tag noch um 1 % erholen; immerhin blieb gegenüber der Vorwoche ein Verlust von 4½ %. Lloyd-Aktien, die zwar einen kleineren Markt hatten, aber widerstandsfähiger sind, gingen um 3¼ % auf 66 zurück. Die Kursspanne, die während der Woche vorübergehend fast verschwunden war, hat sich also wieder auf 2 % erhöht. Bemerkenswerterweise stand dem Angebot am Terminmarkt für Lloyd-Aktien gewöhnlich Nachfrage am Kassamarkt gegenüber. Hamburg-Süd waren wegen des bestehenden *Découverts* von der Abwärtsbewegung nicht so stark betroffen; der Kurs ging



lediglich um 2 % auf 155 zurück. Von einem nennenswerten Angebot in diesen Aktien war kaum etwas zu bemerken. Auch in Hansa-Aktien kam nur wenig Material heraus. Der Kurs sank zwar um 4 % auf 122; es kam jedoch nur vereinzelt zu Umsätzen, und auch zu den ermäßigten Kursen bestand überwiegend Kaufneigung. In Afrika-Reedereien kam es zu keinen Notierungen; die Aktien blieben jedoch stets mit 48 angeboten. Für diese börsenmäßig nicht sehr glücklich behandelten Aktien besteht zur Zeit überhaupt kein Interesse, und es ist fraglich, ob sie bei 40 % unterzubringen wären. Flensburger Dampfer und Ozean wurden zu 30 angeboten, bei 28 lagen jedoch Kauforders vor. Von sonstigen *Verkehrswerten* blieben Lübeck-Büchener mit 56 gesucht. Auch zu etwas höheren Kursen bestand kein Angebot; der Briefkurs dürfte ungefähr bei 60 liegen. Hochbahn gingen auf 65 zurück.

Von den *Bankwerten* waren Hamburger Hypothekbank mit 144 etwas niedriger. Während der Berichtswoche kam gelegentlich einiges Angebot heraus, das jedoch zu diesem Kurs von Kreisen, die der Gesellschaft nahestehen dürften, aufgenommen wurde. Vereinsbank gingen auf 97 zurück (- 2½ %). Schleswig-Holsteinische Bank und Westholsteinische Bank waren mit 112½ und 172 gut behauptet.

*Karstadt-Aktien*, in denen es vorübergehend zu etwas regerem Geschäft kam, sanken um weitere 6½ % auf 73. Der Kurs war anfangs verhältnismäßig gut behauptet; als jedoch die sogenannten Amerikawerte auf Grund verschiedener Schwierigkeiten in den Vereinigten Staaten stärker angegriffen wurden, gingen auch Karstadt-Aktien plötzlich scharf zurück. Am letzten Tag waren nach langer Zeit wieder einige der Verwaltung nahestehende Banken als Käufer auf dem Markt. *HEW*, die ebenfalls zu den Amerikawerten gehören, gingen vorübergehend auf 98 zurück und schlossen mit 100 % (- 3½ %). *Nordwestdeutsche Kraftwerke* waren um 7 % auf 150 abgeschwächt. Die internen Vorgänge bei der Gesellschaft und besonders die auf der Generalversammlung ausgesprochene Befürchtung, daß die Einnahmen infolge der Preissenkung mit der Absatzsteigerung nicht Schritt halten würden, verstimmt. *Brauerei-Aktien* waren im Zusammenhang mit den Klagen des Gastwirtsgewerbes über den zurückgebliebenen Absatz niedriger, und zwar Bavaria Brauerei 153 (- 8 %), Holsten Brauerei 153 (- 5 %), Elbschloß Brauerei 110 (- 3 %). Im übrigen lagen schwächer Zement Hemmoor (- 6 %), Tritonwerke (- 5 %), Nordsee Hochseefischerei (- 4 %), Harburg Phönix (- 3 %), Leder Wiemann (- 3 %), Markt & Kühlhallen (- 2 %), Lübecker Hochofen (- 2 %) und Nagel & Kaemp (- 2 %).

Auf dem *Kolonialmarkt* verstimmt die beantragte scharfe Zusammenlegung bei Bibundi im Verhältnis von 10 zu 1. Die Börse war hiervon um so peinlicher berührt, als die Verwaltung noch vor wenigen Monaten den Stand der Gesellschaft als durchaus gesund und zu den besten Hoffnungen berechtigt bezeichnet hatte. In Erinnerung an die ähnlich gelagerten Vorgänge bei der Hamburgischen Südsee hat erneutes Mißtrauen besonders gegen unnotierte Kolonialwerte Platz gegriffen. Niedriger lagen infolgedessen Ekona 22 (- 2 %), Sloman 72 (- 4 %), Deutsche Handels & Plantagen Genüsse 50 G (- 5 %), Süd-

kamerun 12 B (- 7 %), Schantung 79 G (- 9 %), Salitrera 95 (- 15 %) und Deutsche Togo 125 (- 25 %). Von den sonstigen unnotierten Werten sind Unterelbe Brikett 55 (- 2 %), Deutsche Petroleum 62 (- 3 %) und Deutsche Werft 88 (- 9 %) gesunken. Höher notierten New York Hamburger Gummi 136 (+ 1 %), Kühlhaus Lübeck 87 (+ 2 %), Kaffee Hag 133 (+ 2 %) und Deschimag 28 (+ 3 %).

### Pariser Börse

Um die Weihnachtszeit pflegt man in Paris im öffentlichen Leben den sogenannten „Zuckerbäcker-Frieden“ abzuschließen; fast hatte es den Anschein, als sei die Pariser Börse in der vergangenen Berichtswoche diesem ehrwürdigen Gebrauch nachgekommen. In den ersten Tagen der Woche verharrte sie ruhig und mit träger Widerstandskraft auf ihren Positionen. Das Geschäft und die Kursveränderungen waren gering. Die Regierungskrise interessierte nicht; die Mißerfolge Barthous und Lavals hinterließen ebensowenig einen Eindruck auf die Kursgestaltung wie der Erfolg Steegs. Die schlechten Nachrichten aus New York, die neuen Kursstürze in der Wall Street, der Zusammenbruch eines verhältnismäßig bedeutenden Bankhauses in New York, die neue Rohstoffbaisse, alles das vermochte die Pariser Börse aus ihrer Erstarrung nicht aufzuwecken.


Die Medio-Liquidation am vergangenen Montag brachte endlich einige Bewegung — und zwar trotz der minutiösen Vorbereitung, trotz der Geldflüssigkeit und trotz der billigen Reportsätze, die wieder auf ½ % belassen wurden, eine Bewegung *nach unten*. Die Börse erinnerte sich plötzlich daran, daß sie den Zusammenbruch Oustrics und Devilders noch immer nicht völlig verdaut habe, daß noch immer schwache Positionen bestehen, die früher oder später einmal abgewickelt werden müssen. Die Liquidation in Devilderwerten machte zwar keine Schwierigkeiten; eine gewisse Unsicherheit blieb aber doch bestehen, weil man über die endgültig beschlossenen Maßnahmen keine Klarheit erhalten konnte. An der offiziellen Börse sind die Positionen in Aktien des Crédit Général des Pétroles und Platine dank der Intervention des Maklerverbandes für drei Jahre zurückgezogen; was aber aus den Positionen der Kulisse werden soll, ist noch immer unbekannt. Man hat sich noch nicht einmal darüber einigen können, ob Devilder & Cie. nach ihrem „wattierten“ Zusammenbruch noch länger im Syndikat als Mitglied bleiben können.

Der letzte Tag der Börsenwoche brachte schließlich noch einen tragikomischen Zwischenfall, der die Unsicherheit an der Pariser Börse schlagartig beleuchtet. Kurz vor Börsenbeginn hatte das Justizministerium in einer harmlosen dreizeiligen Mitteilung erklärt, daß „bis zur Stunde 181 Bankiers und Finanzleute in den Anklagezustand und 35 verhaftet worden sind“. In seiner lakonischen Kürze wurde dieses Kommuniqué, das lediglich eine statistische Erhebung über die „Verlustliste“ der letzten Wochen darstellt, als die Ankündigung einer neuen Riesenrazzia unter den berufsmäßigen Börsenbesuchern aufgefaßt. Die Zeitungen und Nachrichtenagenturen weigerten sich in frommer Scheu vor dem Goldenen Kalb, das Kommuniqué zu ver-

	11. 12.	12. 12.	13. 12.	15. 12.	16. 12.	17. 12.
Deutsch-Ostafrika-Linie ....	48B	48B	48B	48B	48B	48B
Woermann-Linie .....	48B	48B	48B	48B	48B	48B
Flensburger Dampfercomp. ....	30B	—	30B	30B	28G	28G
Bavaria u. St. Pauli-Brauerei ..	161G	161G	160G	155	151B	151B
Bill-Brauerei .....	210G	210G	210G	210G	210	210G
R. Dolberg .....	98B	98B	98B	98B	98B	98B
Eisenwerk Nagei & Kaemp. ....	—	—	—	—	—	—
Flensburger Schiffsbau G. ....	100G	103	101G	101G	101	100G
Lederwerke Wiemann.....	55B	55B	55B	55B	55B	55B
Chem. Hell & Sthamer. ....	34½G	34½G	34½G	34½G	34½G	34½G
Chem. Fabr. Harburg-Staßfurt ..	80G	80G	80G	80G	80G	80
H. Schlinck & Cie. ....	48G	48G	48G	48G	48G	49B
Transp.-AG. (vorm. Hevecke) ..	116B	116B	116B	116B	116B	116B
Malzfabrik Hamburg .....	24G	24G	24	24	24G	24G
Schwartauer Werke .....	50G	50G	50G	50G	50G	50G
Jaluit-Gesellschaft .....	39	39	39G	39G	39G	39G
dto. Genußscheine .....	60G	60G	60G	60G	60G	60G
Deutsche Hand. u. Plant. Ges. ....	55	55B	52	50	50G	50G

## Bayerische Vereinsbank

Kredit- und



Hypotheken-Bank

Niederlassungen an allen  
größeren Plätzen des rechtsrheinischen Bayern



öffentlichen, fürchtend, daß sie einer Mystifikation zum Opfer gefallen seien. Die Börsenbesucher vergaßen ob dieses Schlages nicht nur das Geschäft, sondern auch die ganze Umwelt. In finster diskutierenden Gruppen standen sie in den Ecken des Börsengebäudes beisammen, sich gegenseitig mißtrauisch beobachtend. Daß sich die Kursgestaltung in dieser Stimmung nicht gerade bessern konnte, war verständlich. So schloß die Berichtswche auf der ganzen Linie mit neuen, zum Teil empfindlichen Kurseinbußen, obwohl nach einer berichtigenden Aufklärung des Justizministeriums noch eine kleine Erholung eintreten konnte.

Die Kurse der Dividendenpapiere sind an der Pariser Börse so tief gefallen, daß sie im Durchschnitt nach einer Aufstellung des Statistischen Landesamts mit ihrer Rendite zum erstenmal seit der Frankensabilisierung die der Obligationen und Anleihen hinter sich lassen. Die Aktienverzinsung zum Ultimo November stellt sich auf 3,95 %, die Durchschnittsverzinsung der Obligationen auf 3,90 %. Es genügt, zum Vergleich die Vorjahrszahlen anzuführen: 2,70 % für die Aktien, 4,89 % für die Obligationen.

Von den einzelnen Marktgebieten ist in der abgelaufenen Berichtswche nichts Wesentliches zu berichten. Das Geschäft war so gering, daß es manchmal nur eines Auftrags von 25 Aktien bedurfte, um einen Kurseinbruch, oder eines Auftrags von 100 Aktien, um eine Tendenz hervorzurufen. Die 3 %ige Rente ist von 87,3 auf 85,6 zurückgegangen. Die Nachfrage nach ausländischen Staatspapieren hat nachgelassen. Die Dawesanleihe ist von 12 500 auf 12 210 gesunken, die Younganleihe vegetiert geschäftslos auf dem Kursstand von 802. Die Banken- und Industriewerte folgten ausnahmslos der allgemeinen Baisse, zum Schluß auch die Elektrizitätspapiere, die zunächst von einigen spekulativen Käufern profitieren konnten. Die Citroën-Aktien sind auf die zurückhaltenden Konjunkturäußerungen der Verwaltung in der Generalversammlung gefallen. Die Tatsache, daß der Absatz der Citroën-Fabrikate im vergangenen Jahre um 10 % gesunken ist, zeigt, wie schwer sich die allgemeine Depression selbst in der französischen Automobilindustrie auswirkt. Die Auslandswerte folgten im allgemeinen der sinkenden New Yorker Tendenz. Eine Sonderbaisse leisteten sich Tubize, die bis auf 172 zurückgingen.

	10. 12.	11. 12.	12. 12.	13. 12.	15. 12.	16. 12.
3% Staatsrente <sup>1)</sup> .....	87,30	87,50	87,40	87,20	86,85	85,90
5% (1927) .....	104,95	104,70	104,83	104,95	105,10	104,25
Banque de France <sup>2)</sup> .....	20550	20700	20650	20700	20410	20250
Crédit Lyonnais <sup>3)</sup> .....	2745	2700	2690	2710	2660	2620
Banque de Paris et des Pays-Bas <sup>4)</sup> .....	2375	2385	2360	2380	2320	2275
Paris-Lyon-Méditerranée <sup>5)</sup> .....	1580	1572	1574	1572	1580	1570
Aigles de Longwy <sup>6)</sup> .....	1440	1448	1420	1350	1280	1250
Schneider & Cie (Creusot) <sup>7)</sup> .....	1860	1860	1844	1814	1742	1710
Mines de Lens <sup>8)</sup> .....	1028	1020	1020	1005	982	985
Cie. Paris. de Distrib. d'Electr. <sup>9)</sup> .....	2300	2280	2275	2286	2275	2220
Thomson-Houston <sup>10)</sup> .....	632	635	630	627	616	609
Etablissements Kuhlmann <sup>11)</sup> .....	745	743	731	730	716	701
l'Air Liquide <sup>12)</sup> .....	1203	1278	1260	1270	1223	1200
Pechiney <sup>13)</sup> .....	2285	2275	2280	2235	2160	2125
Citroën <sup>14)</sup> .....	620	624	620	623	607	605
Nominalwert der Stücke: <sup>1)</sup> Fr 100, <sup>2)</sup> Fr 1000, <sup>3)</sup> Fr 500 <sup>4)</sup> Fr 400, <sup>5)</sup> Fr 250						

### Londoner Börse

Am 10. Dezember betrug der Goldbestand der Bank von England nur noch wenig über 152 Mill. £. Er ist inzwischen weiter gesunken, da die französische Goldnachfrage ununterbrochen anhält. Die Abgaben seit Anfang November haben bereits 9 Mill. £ erreicht und den Bestand wieder einmal ziemlich nahe an die Cunliffe-Grenze heranrücken lassen. Zwar ist eine Diskonterhöhung im Augenblick nicht sehr wahrscheinlich, aber immerhin hat die ungünstige Goldlage jetzt auch auf den Privatsatz der Bank gewirkt, und während ungefähr das ganze Jahr über eine starke Spanne zwischen der offiziellen Rate und dem Privatsatz bestanden hat, hat sich in der allerletzten Zeit eine Annäherung zwischen beiden vollzogen. Schuld an der Versteifung trägt allerdings auch die Tatsache, daß die Einzahlung auf Schatzwechsel diesmal größere Mittel gebunden hat. Im Zusammenhang damit ist auch der Durchschnittsdiskont der Schatzwechselemission von 2/4/3,25d auf 2/7/1,82d gestiegen. Auch sonst ist die Bank von England starken Be-

lastungen ausgesetzt gewesen. Der Notenumlauf hat sich um über 5 Mill. £ erhöht, die Bankreserve ist damit auf knapp 48 Mill. gesunken. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß sich die deutschen Goldkäufe in dieser Woche in relativ engen Grenzen gehalten haben, obwohl der £-Kurs den Goldexportpunkt bereits unterschritten hatte. Es ist davon die Rede, daß die Reichsbank auf Goldkäufe verzichtet und dafür Sterlingkäufe vorgenommen hat.

Die Ausleihungen der Londoner Clearing-Banken sind im November weiter zurückgegangen, wenn auch der Wechselbestand zugenommen hat. Auf der anderen Seite haben die Einlagen eine Zunahme erfahren, ein Beweis für die geschäftliche Depression im Lande.

Die amerikanischen Bankenzusammenbrüche, die Entwicklung auf dem Goldmarkt, die wachsende Arbeitslosenzahl und eine Reihe von Dividendenausfällen (z. B. Hudson Bay Co.) wirken sich natürlich ungünstig auf das Kursniveau aus. Dazu kommen die sich erneut verstärkende Baisse auf den Warenmärkten, ein zu erwartendes ziemlich hohes Defizit, die Unsicherheit der politischen Lage, das Herannahen der geschäftsfreien Feiertage und die Tatsache, daß sich die diesmalige Rechnungsperiode über volle drei Wochen erstreckt. Unter diesen Umständen hatten so gut wie alle Märkte Kursverluste zu verzeichnen. Relativ wenig verändert waren heimische Anleihen, dagegen schwächten sich südamerikanische Werte, im Zusammenhang mit den Währungsschwierigkeiten, stärker ab. Die 5 %ige Brasilianische Fundierungsanleihe fiel von 69 auf 66, 4 %ige Brasilianer (von 1898) von 40 auf 38½. Das gleiche gilt von den südamerikanischen Bahnwerten: Antofagasta notierten 43 statt 47, Buenos Great Southern 65½ statt 68½, Buenos & Pacific 46½ statt 51½, Sao Paulo gingen von 146½ auf 135 zurück. Rückgängig wie in New York waren auch internationale Werte (Canadian Pacific 38½ statt 42½, International Nickel 15% statt 18%, Hydro Electric 24½ statt 26%, International Holding 2¼ statt 3). Gedrückt waren fernerhin Minenwerte (Otavi, Rio Tinto, West Rand, Tanganyika) und Ölwerte (Royal Dutch, Phoenix Oil, Mexican Eagle). Auch auf dem Markt der Industriewerte kam es zu größeren Verlusten (Snia Viscosa, Courtaulds). Eine gewisse Ausnahme machten Imperial Chemical, da zeitweise damit gerechnet wurde, daß die Farbenzölle noch verlängert würden. Die Young-Anleihe notierte zuletzt 68½.

	10. 12.	11. 12.	12. 12.	15. 12.	16. 12.	17. 12.
4% Funding Loan .....	94 <sup>15</sup> / <sub>16</sub>	94 <sup>7</sup> / <sub>8</sub>	94 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	94 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	94 <sup>7</sup> / <sub>16</sub>	94 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>
London Midl & Scot. Ord. ....	33	33	32 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	32 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	32 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>	32 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>
Central Argentine Ord. ....	59 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	59 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	64	64	52 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	51 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
De Beers Cons. Mines Def. ....	37 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	37 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	5	5	45 <sup>1</sup> / <sub>16</sub>	47 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>
Burmah Oil Co. ....	39 <sup>1</sup> / <sub>16</sub>	37 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	37 <sup>1</sup> / <sub>16</sub>	35 <sup>1</sup> / <sub>16</sub>	35 <sup>1</sup> / <sub>16</sub>	35 <sup>1</sup> / <sub>16</sub>
Anglo Dutch Plantation .....	28 0	25 9	25 6	24 6	24 6	24 1
Courtaulds .....	38 9	38 <sup>1</sup> / <sub>12</sub>	37 6	36 3	36 3	35 <sup>7</sup> / <sub>12</sub>
Imperial Chemical Industr. ....	18 4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	18 3	17 7 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	17 4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	18 6	18 0
Vickers .....	7 3	7 3	7 1 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	7 0	7 0	7 0
Rio Tinto Ord. ....	31 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	30 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	30 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	29	29	28
Aktienindex 1928=100 .....	72,9	72,3	71,6	70,5	70,6	—
Abschlüsse total .....	4639	4770	5689	6384	4977	—
Staats- u. Kommunalanl. ....	1348	1168	1408	1681	1241	—
Verkehr u. Public Utilities .....	830	813	1014	1116	867	—
Handel, Industrie .....	1380	1635	1924	2159	1729	—
Bank, Versicherung .....	489	505	626	744	503	—
Minenwerte .....	352	422	495	520	414	—
Ölwerte .....	115	94	124	173	110	—
Gummi, Tee, Kaffee .....	77	83	103	128	110	—

### New Yorker Börse

Der Fusionsplan der vier Banken, von dessen Schwierigkeit schon in der vorigen Woche die Rede war, ist tatsächlich in die Brüche gegangen. Die Bank of United States hat am 10. Dezember ihre Schalter geschlossen. Auch für eine ihr angegliederte Investmentfirma, die Bankus Corporation, sowie für die City Financial Corporation ist ein Zwangsverwalter eingesetzt worden. Daneben und unabhängig davon sind in der Provinz weitere Zusammenbrüche von kleineren Banken erfolgt, diesmal in Pennsylvania, Illinois, Californien, Nord-Carolina, Missouri, Süd-Dakota, Iowa und Connecticut, wobei übrigens in einem Fall strafrechtliche Verfehlungen der Geschäftsleitung den Anlaß zur Zahlungseinstellung gegeben haben. Auf der anderen Seite gehen auch die Zusammenschlüsse amerikanischer Bankinstitute weiter. Zuletzt bekanntgeworden ist die



Fusion der Wallstreetfirmen Brown Brothers & Co., Harriman & Co. und Harriman Brothers & Co.

Über die Emissionstätigkeit in den Vereinigten Staaten in den ersten elf Monaten dieses Jahres liegen jetzt Zahlen vor, nach denen gegenüber der gleichen Zeit im Vorjahr ein Rückgang um 250 Mill. \$ eingetreten ist, der ausschließlich auf die geringen Aktienemissionen zurückzuführen ist, die nur ein Viertel der Vorjahrszahlen ausmachen. Die Vernachlässigung der Anlage in Aktien hat sich im November noch deutlicher ausgeprägt als in der Zeit vorher. In diesem Monat ist bei relativ großen Anleiheemissionen überhaupt keine neue Aktiengabe vorgenommen worden. Dagegen bestand stärkerer Bedarf nach kurzfristigen festverzinslichen Werten, so daß auf halbjährliche Schatzscheine im Betrage von 150 Mill. \$ 939 Mill. \$ Zeichnungen einliefen und 250 Mill. \$ einjährige Schatzscheine mit über 100 Prozent überzeichnet wurden.

Der Kurswert der an der New Yorker Börse gehandelten Aktien erreichte am 1. Dezember den Betrag von 53,3 Milliarden \$. Die Kredite, die den Börsenmitgliedern gegen Effektsicherheit zur Verfügung standen, beliefen sich auf 4,06 % dieses Betrages.

Tag	30 Industrieaktien	20 Eisenbahnaktien	Tag	30 Industrieaktien	20 Eisenbahnaktien
9. 12.	176,50	99,94	12. 12.	168,68	97,16
10. 12.	173,98	98,80	13. 12.	163,34	95,42
11. 12.	170,31	97,68	15. 12.	163,34	99,58

Am 10. Dezember betragen die Maklerdarlehen nur noch 2,099 Mill. \$; sie haben also wieder, allerdings in nicht sehr erheblichem Umfang, einen Rückgang erfahren. Dagegen ist in der rückläufigen Bewegung der gegen Effekten gegebenen Kredite sämtlicher berichtender Banken des Federal Reserve-Systems eine Stockung eingetreten. Nach dem letzten Ausweis macht der Betrag 7.769 (statt 7.761) aus. Auffällig ist an dem letzten Ausweis der zwölf Bundes-Reserve-Banken die Erhöhung des Bestands an aufgekauften Wechseln von 219 auf 244 Mill. \$, ein Ausdruck der gegenwärtigen Situation des amerikanischen Bankgewerbes. Die offizielle Notierung für Tagesgeld hat sich auf 2½ % erhöht, während auf dem freien Markt Geld für 2 % zu haben war.

Der Schock, den die Börse durch den Bankkrach erlitten hat, hat die Kurszusammenbrüche in der letzten Woche fort dauern lassen. Die Rückgänge haben sich diesmal ganz besonders auf dem Bondmarkt konzentriert. Die Banken haben in dem Wunsch, sich liquide Mittel zu verschaffen, um etwaigen Ansprüchen des Publikums nach Bargeld gewachsen zu sein, in größerem Umfang Bondsverkäufe getätigt. Die Young-Anleihe fiel unter diesen Umständen von 71½ auf 69%, 6 % Kreuger & Toll Deb. vom 94½ auf 90%. Aber auch auf allen übrigen Märkten drückten die Liquidationen stark auf die Kurse. Rückgängig waren Eisen- und Stahlwerte: American Steel von 27½ auf 24½, U. S. Steel von 142 auf 135½, noch stärker sinkend infolge der Bewegung des Rohstoffpreises Kupferwerte: Chile Copper von 30 auf 25, Anaconda von 35½ auf 26½, und Ölwerte wegen der Ungewißheit der Preisentwicklung auf diesem Markt: Standard Oil fielen von 51½ auf 45½. Auch in chemischen Werten bestand starkes Angebot mit dem Erfolg, daß besonders Allied Chemical von 199 auf 174 zurückgingen. Von ähnlichem Ausmaß waren die Verluste auf dem Markt der Eisenbahnwerte: Baltimore & Ohio notierten 55½ statt 67, Great Northern 50½ statt 60½, New York Central 108 statt 121, Southern Pacific 88½ statt 97. Auch in Spezialwerten waren die Rückgänge erheblich (Coca Cola, Worthington Pump & Machinery Corporation).

	11. 12.	12. 12.	13. 12.	15. 12.	16. 12.	17. 12.
U. S. Steel Corporat.	139½	139¼	136¾	137½	135½	130½
American Can Co.	111	110⅞	107	107⅞	105½	111
Anaconda Copper	32⅞	31¼	29½	26	26⅞	28⅞
General Motors	33⅞	34	33⅞	33¼	33⅞	34
Chrysler	161⅞	159¼	151¼	158¼	159¼	161⅞
General Electric	45¼	45	43⅞	43⅞	42¾	45
Am. Tel. & Telegr.	182	180¼	174⅞	179	174¼	179
Radio Corporation	136⅞	139¼	127⅞	13	128⅞	13
Allied Chemical	185½	183¾	179¾	179¾	174	182
Standard Oil N. J.	515½	50	49¼	49	45½	46
Woolworth	58½	57¾	55	54¾	52¼	55½
Pennsylv.-Railr. Co.	55	56	55⅞	55¼	51¼	56¼
Aktienumsatz (1000)	2883	2017	1957	3126	4145	4991

# Statistik

## Der deutsche Außenhandel im November

Ausfuhr<sup>1)</sup>

(Mill. RM)	Gesamt 2)	Gold und Silber	Reiner Warenverkehr		Le- ben- de Tiere 1)	Lebens- mittel und Ge- tränke <sup>1)</sup>	Roh- stoffe und halb- fertige Waren <sup>1)</sup>	Fertige Waren <sup>1)</sup>
			Gesamt 2)	Repara- tions- sach- liefer- ungen				
1925 M.-D. . .	747,5	3,3	744,2	41,0	1,8	43,3	166,3	562,7
1926 " " . . .	830,5	3,0	827,5	52,6	2,0	42,0	227,7	596,2
1927 " " . . .	868,4	1,8	864,6	48,2	2,4	36,7	217,3	643,6
1928 " " . . .	984,8	2,6	982,2	55,2	1,6	51,9	229,1	740,4
1929 " " . . .	1 204,7	81,1	1 123,6	66,6	1,8	58,5	243,9	819,4
1928								
November . . .	1 001,8	4,3	997,5	58,5	1,4	65,2	215,7	715,2
Dezember . . .	1 031,2	4,6	1 026,6	52,9	0,9	62,1	224,2	739,4
1929								
Januar . . . . .	1 104,4	3,0	1 101,4	69,7	1,3	62,1	247,4	790,6
Februar . . . . .	975,1	4,0	971,1	54,7	1,4	46,2	210,8	712,7
März . . . . .	984,4	2,5	981,9	53,5	1,4	47,6	223,4	709,5
April . . . . .	2 163,5	936,6	1 226,9	68,0	1,6	79,5	269,5	876,3
Mai . . . . .	1 175,8	3,3	1 172,5	79,0	2,1	76,2	260,1	834,1
Juni . . . . .	1 079,8	2,6	1 077,2	66,0	2,1	59,1	228,4	787,6
Juli . . . . .	1 103,0	4,0	1 099,0	70,6	1,5	43,5	243,9	810,1
August . . . . .	1 192,3	3,7	1 188,6	69,2	1,4	42,5	261,2	883,5
September . . . . .	1 203,7	4,0	1 199,7	69,3	2,4	58,3	259,6	879,4
Oktober . . . . .	1 251,2	3,9	1 247,3	93,1	1,8	73,2	249,2	923,1
November . . . . .	1 156,6	2,9	1 153,7	63,0	2,2	61,3	239,5	850,7
Dezember . . . . .	1 066,7	3,2	1 063,5	60,3	3,0	52,0	233,2	775,3
1930								
Januar . . . . .	1 095,1	2,7	1 092,3	58,8	2,0	46,4	248,7	795,2
Februar . . . . .	1 030,1	3,8	1 026,3	64,5	3,0	43,8	223,6	755,9
März . . . . .	1 107,5	3,6	1 104,0	61,2	3,5	46,2	220,8	833,5
April . . . . .	979,7	3,0	976,7	50,8	5,7	36,7	199,9	734,4
Mai . . . . .	1 099,5	3,0	1 096,5	78,8	6,9	39,9	236,4	813,3
Jun . . . . .	912,6	2,4	910,2	51,8	5,0	48,1	187,2	669,9
Juli . . . . .	952,8	2,1	950,7	55,1	4,8	40,0	199,0	703,9
August . . . . .	972,8	2,0	970,8	52,1	4,7	40,6	185,4	740,2
September . . . . .	1 108,9	107,9	1 001,1	61,8	8,0	35,3	195,4	782,4
Oktober . . . . .	1 480,7	407,7	1 073,0	61,8	11,3	36,2	208,1	817,4
November . . . . .	933,9	2,7	931,2	61,2	10,0	33,9	176,4	719,0

Einfuhr

Saldo

(Mill. RM)	Gesamt 2)	Gold und Silber unbe- arbei- tet	Reiner Waren- verkehr 2)	Lebende Tiere	Lebens- mittel und Ge- tränke	Roh- stoffe und halb- fertige Waren	Fertige Waren	des reinen Waren- ver- kehrs
1926 " " . . .	859,7	51,3	808,4	14,0	297,6	412,3	113,6	+ 19,1
1927 " " . . .	1 170,0	19,9	1 150,1	14,2	300,5	599,3	211,6	- 285,5
1928 " " . . .	1 217,5	80,5	1 137,0	12,1	349,0	601,5	204,2	- 154,8
1929 " " . . .	1 165,5	46,0	1 119,5	12,5	318,1	600,4	188,5	+ 4,1
1928								
November . . . . .	1 276,4	102,6	1 173,8	16,2	352,7	609,4	195,5	- 176,3
Dezember . . . . .	1 218,7	116,1	1 102,6	13,2	332,6	566,0	190,8	- 76,0
1929								
Januar . . . . .	1 329,6	12,8	1 316,8	12,1	402,8	688,2	213,7	- 215,4
Februar . . . . .	1 021,9	7,2	1 014,7	8,8	277,7	546,0	182,2	- 43,6
März . . . . .	1 032,9	9,5	1 023,4	8,2	262,9	563,0	189,3	- 41,5
April . . . . .	1 266,8	11,6	1 255,2	12,4	350,8	691,8	200,2	- 28,3
Mai . . . . .	1 143,8	11,8	1 132,0	11,6	310,7	613,5	196,2	+ 40,5
Juni . . . . .	1 113,3	35,5	1 077,8	11,3	279,1	585,2	202,2	- 0,6
Juli . . . . .	1 431,3	203,2	1 228,1	12,6	407,0	613,6	194,9	- 129,1
August . . . . .	1 192,8	120,0	1 072,8	12,0	305,5	575,7	179,4	+ 116,0
September . . . . .	1 082,1	43,9	1 038,2	15,4	295,2	547,4	180,2	+ 161,5
Oktober . . . . .	1 129,7	23,0	1 106,7	16,9	299,0	600,9	189,9	+ 140,6
November . . . . .	1 186,7	25,7	1 161,0	16,3	315,6	652,2	176,9	- 7,3
Dezember . . . . .	1 007,7	47,4	1 020,3	12,0	316,4	527,6	164,3	+ 43,2
1930								
Januar . . . . .	1 329,5	24,8	1 304,8	15,4	480,8	634,3	174,3	- 212,5
Februar . . . . .	1 144,5	162,9	981,6	11,6	278,4	523,8	167,8	+ 44,7
März . . . . .	949,2	65,8	883,8	9,1	213,6	493,2	167,9	+ 220,2
April . . . . .	968,6	80,4	888,9	8,5	241,8	479,6	159,0	+ 87,8
Mai . . . . .	862,1	31,9	830,2	8,2	209,2	453,5	159,3	+ 266,3
Juni . . . . .	847,4	33,8	813,6	7,5	215,0	440,6	150,5	+ 96,8
Juli . . . . .	916,2	7,0	909,2	7,0	273,4	478,7	150,0	+ 41,5
August . . . . .	803,4	7,9	795,5	8,7	213,0	437,3	136,5	+ 175,3
September . . . . .	747,1	10,6	736,5	11,6	196,0	396,2	132,7	+ 264,6
Oktober . . . . .	819,6	16,0	803,6	11,3	248,6	430,2	143,5	+ 239,4
November . . . . .	743,3	9,0	734,3	11,3	207,0	382,4	133,6	+ 196,9

1) Einschl. Reparationsachlieferungen.

2) Wegen Änderung der Erfassungsmethode des Außenhandels im Oktober 1928 sind die Monatsdurchschnitte 1925 bis 1928 auf Grund der Zahlungsbilanz berichtigt worden.



# Wochenzahlen zu den Marktberichten

In diese Übersicht werden — ohne Anspruch auf systematische Vollständigkeit — alle wichtigen Wirtschaftszahlen des In- und Auslandes aufgenommen, die uns wöchentlich zugänglich sind; Zahlen, die in Sonderübersichten enthalten sind, werden hier nicht aufgenommen.

Einheit	1929					1930								
	November		Dezember			Oktober			November			Dezember		
	48 Woche 25. 30.	49. 2-7.	50 Woche 9-14.	51. 16-21.	42. 13-18.	43. 20-25.	44. 27. 10- 1. 11.	40. 3-8.	46 Woche 10-15	47. 17-22.	48. 24-29.	49. 1-6.	51. Woche 8-13.	51. 15-20.
<b>Produktion</b>														
<b>Kohle</b>														
Deutschland														
Ruhrrev. Steinkohle <sup>1)</sup> .....	1000 t	445,5	425,2	442,0	441,9	329,2	332,9	320,0	337,8	331,5	355,9	331,4	—	—
Koks <sup>1)</sup> .....		94,5	91,7	92,4	93,7	65,7	61,8	65,2	62,6	63,1	62,9	62,9	—	—
Oberschlesien Steinkohle <sup>1)</sup> ..		80,8	77,6	81,9	78,4	64,2	62,8	65,2	63,1	65,0	65,6	67,9	—	—
Großbritannien														
Steinkohle .....		5 526	5 596	5 486	5 063	4 772	4 774	4 703	4 807	5 001	5 120	5 208	—	—
Ver. Staaten von Amerika														
Bituminöse Kohle .....		4 065	10 595	10 505	10 109	8 375	9 485	9 203	8 807	8 811	8 069	—	—	—
Pennsylvania Anthrazit .....		1 305	1 745	1 806	1 681	1 188	1 694	1 281	1 462	1 227	938	—	—	—
<b>Petroleum (Rohöl)</b>														
Ver. Staaten von Amerika <sup>2)</sup> ....	1000 bbls <sup>2)</sup>	2 638	2 631	2 622	2 634	2 371	2 375	2 363	2 297	2 305	2 282	2 266	2 226	2 232
<b>Arbeitslosigkeit</b>														
<b>Deutschland<sup>4)</sup></b>														
Verfügbare Arbeitsuchende <sup>4)</sup>	1000	2 101	—	—	2 437	3 184	—	3 323	—	3 559	—	3 762	—	—
Hauptunterstützungsempfänger i. d. Arbeitslosenversicherung <sup>5)</sup>		1 200	—	—	1 431	1 491	—	1 561	—	1 661	—	1 788	—	—
i. d. Krisenunterstützung .....		187	—	—	191	489	—	511	—	538	—	566	—	—
<b>Großbritannien<sup>6)</sup></b>														
Registrierte Arbeitslose .....		1 286	1 303	1 310	1 304	2 189	2 199	2 238	2 263	2 262	2 286	2 366	—	—
<b>Umsätze und Geschäftsgang</b>														
<b>Gütermagazinstellung</b>														
Deutschland gesamt .....	1000	977,8	928,6	898,3	856,5	862,3	859,6	787,7	833,4	837,2	732,7	811,2	802,1	—
arbeitsmäßig .....		162,9	164,8	149,7	147,7	143,7	143,8	137,0	138,9	139,5	139,6	135,2	133,7	—
Ver. Staaten von Amerika .....		837	937	923	842	931	959	936	881	829	760	702	787	—
Einnahmen aus dem Gütererkehr	1000 £	2 162	2 018	2 104	2 114	1 895	1 868	1 917	1 658	1 900	1 935	2 026	1 885	—
Großbritannien <sup>7)</sup> .....		1 697	1 463	2 200	1 457	1 405	1 314	1 432	1 334	1 293	1 138	1 579	1 230	—
<b>Postscheckverkehr</b>														
Deutschland (Lastschriften) <sup>8)</sup> ..	Mill. RM	1 697	1 463	2 200	1 457	1 405	1 314	1 432	1 334	1 293	1 138	1 579	1 230	—
<b>Abrechnungsverkehr</b>														
Großbritannien														
London, gesamt <sup>9)</sup> .....	Mill. £	900	912	864	851	794	816	783	916	813	765	785	839	715
Ver. Staaten von Amerika <sup>10)</sup> ....	\$	10 739	13 400	12 560	12 500	9 535	9 852	8 396	8 615	9 403	8 882	6 565	9 061	—
<b>Wechselproteste Deutschland<sup>11)</sup> 8)</b>														
Anzahl .....		359	366	393	414	259	289	197	251	239	271	253	245	—
1000 RM .....		511,4	536,8	580,6	557,7	324,9	338,9	243,8	302,9	296,2	354,6	299,8	306,8	—
<b>Vergleichsverfahren Deutschland</b>														
<b>Konkurse</b>														
Deutschland <sup>12)</sup> .....		37	31	40	35	34	32	31	33	34	34	37	35	32
Ver. Staaten von Amerika <sup>13)</sup> ....		371	455	514	498	460	491	502	489	493	509	461	—	—
<b>Preise</b>														
<b>Großhandelsindizes</b>														
<b>Deutschland<sup>14)</sup></b>														
I. Gesamtindex .....	1913=100	135,0	134,6	134,4	134,1	120,0	119,8	120,6	120,8	120,5	120,1	119,5	118,6	118,3
II. Agrarstoffe .....		127,4	125,5	126,5	124,1	109,0	109,0	111,0	112,3	112,9	111,3	111,7	110,6	110,4
III. Kolonialwaren .....		118,3	117,2	116,5	114,7	108,0	108,7	108,8	109,8	108,6	107,4	107,1	106,3	106,0
IV. Industrielle Rohstoffe und Halbwaren .....		129,8	129,7	129,3	129,2	114,1	113,9	114,0	113,6	112,9	113,3	112,7	111,1	110,7
V. Industrielle Fertigungsgüter Produktionsmittel .....		156,4	156,2	156,2	156,2	140,7	140,4	144,3	145,8	145,1	144,5	144,1	143,6	143,3
Produktionsmittel .....		139,6	139,6	139,6	139,6	137,0	136,7	136,7	136,3	136,3	135,8	135,6	135,6	135,3
Konsumgüter .....		169,1	168,8	168,7	168,7	154,1	153,8	153,5	153,0	151,7	151,0	145,5	149,7	149,3
Großbritannien <sup>15)</sup> .....	1913=100	126,6	126,3	126,1	125,5	112,8	112,8	113,4	113,3	113,2	113,0	112,1	110,9	110,1
Frankreich <sup>16)</sup> .....	Juli 1914=100	596	596	597	590	523	522	519	514	516	512	504	504	501
Ver. Staaten von Amerika <sup>17)</sup> ....	1928=100	92,3	92,7	92,6	92,8	82,7	82,7	82,4	82,2	82,2	80,8	80,6	80,7	—
<b>Großhandelspreise<sup>18)</sup></b>														
Weizen, Chicago, nächst. Termin	ots je bu <sup>17)</sup>	130 1/8	138	130	129 1/2	78 3/8	78 7/8	79 1/2	75 3/8	69 1/2	73	76	76 1/2	73 1/2
märk., Berlin .....	RM je 1000 kg	243,50	241,50	236,50	237,00	225,00	224,00	229,00	236,00	247,50	250,50	250,50	251,50	246,00
nächst. Termin .....		268,00	268,50	262,50	261,00	240,00	238,00	238,00	255,50	262,00	261,00	262,50	263,00	261,00
Roggen märk. .....		180,00	174,00	168,50	172,00	140,50	136,00	149,00	147,00	153,00	154,00	148,00	168,00	162,00
nächst. Termin .....		194,50	201,10	198,50	204,50	154,00	159,75	163,00	166,75	169,50	170,50	168,75	177,50	174,50
Weizenmehl, .....	RM je 100 kg	31,88	32,13	31,88	31,25	31,00	31,00	31,75	32,13	33,25	32,25	33,13	31,13	34,88
Roggenmehl, .....		26,38	26,18	25,48	25,00	24,68	25,18	25,13	25,00	25,70	25,45	25,13	25,55	25,13
Maiz, New York .....	ots je bu <sup>19)</sup>	106 1/8	105 1/8	103 1/8	105 1/8	100 1/8	97 1/8	98 1/8	91 1/8	89 1/8	87,00	93 1/8	95 1/8	91 1/8
Chicago, nächst. Termin ..		92 1/8	97	91 1/4	94 1/2	80 1/2	77 1/2	78 1/2	71 1/8	71 1/4	69,00	76 1/8	78	73 1/8
Futtergerste, Berlin .....	RM je 1000 kg	172,0	172,00	172,00	172,00	173,00	171,50	170,50	170,50	174,00	175,00	181,50	182,50	182,00
Hafcr, .....		158,00	156,00	153,00	151 1/2	148,50	148,50	148,50	143,00	146,00	146,00	142,50	141,00	141,50
Zucker, New York, nächst. Termin	ots je lb <sup>19)</sup>	1,96	1,90	2,04	2,06	1,32	1,36	1,44	1,43	1,40	1,30	1,30	1,32	1,27
London, .....	sh je cw <sup>20)</sup>	8 1/2	7 3/4	7 3/4	7 3/4	5 1/2	5 3/4	5 10/16	5,8	5,4	5,10 1/2	4,7	5,3	6,4
Magdeburg .....	RM je 50 kg <sup>21)</sup>	26,25	26,25	26,25	25,2	25,25	24,75	25,00	25,00	25,00	25,25	25,25	25,25	25,25
Kaffee, Rio 7, New York, .....	ots je lb <sup>19)</sup>	10,75	10,75	9,75	9,90	9 1/4	8 1/4	8 1/4	8 1/4	8 1/4	7 1/4	7 1/4	7 1/4	7 1/4
nächst. Termin .....		8 8/2	8,23	7,84	7,30	7,38	7,49	6,60	6,45	6,5	6,68	6,63	6,53	6,70
Hamburg <sup>22)</sup> .....	RPf je 1/2 kg	43,50	42,50	38,25	36,25	37,00	36,88	34,38	33,25	36,00	35,88	33,75	33,75	34,50
Kakao, Acora <sup>23)</sup> London .....	sh je cw <sup>20)</sup>	36,10 1/2	40,3	39,6	38,3	26,0	28,6	27,6	26,0	26,9	26,9	26,9	24,4	25,0
nächst. Termin .....	sh je 50 kg	42,0	42,6	43,0	43,0	31,6	31,6	30,0	30,0	29,6	30,8	30,3	29,6	29,6
Reis, Burma II, London .....	sh je cw <sup>20)</sup>	14 0/0	14 0/0	14 3/4	14 3/4	12,6	11,6	11,6	11,6	12,6	12,6	12,6	12,6	12,6
Leinsaat <sup>24)</sup> , nächst. Termin London	£ per lg <sup>21)</sup>	22,19 5/8	22,19 5/8	22,19 5/8	22,12 1/2	14,7 1/2	14,7 1/2	13,15 0	13,12 1/2	13,5 1/2	12,0 0	12 1/2	12 1/2	13 0/0
Kopra <sup>27)</sup> .....		23 2 1/2	23 5 0	22 15 0	22 12 1/2	15,12 8	15,15 0	16,15 0	16,10 0	16,0 0	16,0 0	16 5 1/2	16 7 1/2	16 0 0
Schmalz Chicago, nächst. Termin	ots je lb <sup>19)</sup>	11,15	11,22 1/2	11,05	10 62 1/2	10,72 1/2	11,30	10,57 1/2	10,77 1/2	10,80	10,77 1/2	9,87 1/2	9,75	9,55
Baumwollöl, roh, N. Y. .....		7,37 1/2	7,37 1/2	7,37 1/2	7,25	6,12 1/2	6,12 1/2	6,25	6,37 1/2	6,25	6,30	6,37 1/2	6,25	6,25
Gummi, first latex crépe, N. Y. ..	ots je lb <sup>19)</sup>	17 1/8	16 7/8	17 1/4	17	8	8 1/4	8 1/4	8 1/4	8 1/4	8 1/4	9 1/4	9 1/4	9 1/4
London, .....	sh je lb <sup>19)</sup>	0,81 1/2	0,74 1/2	0,8	0,75 1/2	0,37 1/2	0,41 1/2	0,41 1/2	0,41 1/2	0,41 1/2	0,41 1/2	0,41 1/2	0,41 1/2	0,41 1/2
Hamburg, nächst. Termin .....	RM je 1000 kg	160,00	148,25	153,75	151,25	72,50	77,50	77,50	77,75	80,00	85,00	85,00	80,00	82,50
Baumwolle, middling, New York	ots je lb <sup>19)</sup>	17,40	17,55	17,35	17,05	10,45	10,50	11,65	11,20	11,00	11,00	10,80	10,80	9,45
Liverpool .....	d je lb <sup>19)</sup>	9,71	9,55	9,51	9,31	5,84	5,84	6,26	6,27	5,96	6,10	5,94	5,66	5,59
Wolle <sup>30)</sup> , dt. Inlandspreis <sup>31)</sup> .....	RM je kg	14,75	14,50	14,40	14,00	9,50	9,55	9,95	10,10	9,65	9,80	9,55	8,8	7,85
Kammzug <sup>30)</sup> .....	d je lb <sup>19)</sup>	7,80	7,80	7,75	7,55	4,25	4,35	4,80	4,80	4,6	4,76	4,6	4,45	4,35
Jute, London, nächst. Termin ..	£ je lg <sup>29)</sup>	24,00	24,00	24,0										



Einheit	1929							1930						
	Nov.		Dezember			Oktober		November				Dezember		
	48 Woche 25-30	49	50	51	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51
<b>Großhandelspreise<sup>1a)</sup></b>														
Kupfer, elektrolyt., New York ..	cts je lb <sup>10)</sup>	18,00	18,00	18,00	18,00	10,00	9,50	9,50	9,50	11,00	11,00	11,50	11,00	10,25
standard, London .....	£ je lgt <sup>10)</sup>	71 7/8	67 8/9	68 16/3	68 11/3	42 5/0	43 8/9	41 18/9	43 12/3	44 10/0	47 12/6	47 5/0	50 7/6	46 15/0
London, 3 Monate .....		70 5/7	67 8/9	68 6/3	67 11/4	42 5/0	41 6/3	41 17/6	43 7/8	44 12/6	47 12/6	47 7/8	50 7/6	46 15/0
Zinn, standard, London .....	3 Monate	188 12/6	177 16/3	181 2/6	182 2/6	99 10/1	118 7/6	118 17/4	115 5/0	111 10/0	113 5/6	113 17/6	114 5/6	111 12/6
Zinn, New York .....	cts je lb <sup>10)</sup>	6 25	6 00	6 00	6 50	4 00	4 00	4 00	4 20	4 37 1/2	4 30	4 12 1/2	4 10	4 20
London, greifb. ....	£ je ton	20 10 0	20 6 3	20 10 0	20 6 3	14 3 9	14 17 6	14 3 9	15 1 3	14 10 0	14 16 3	14 7 6	14 8 9	13 16 3
Blei, New York .....	cts je lb <sup>10)</sup>	6 25	6 25	6 25	6 25	5 10	5 10	5 10	5 10	5 10	5 10	5 10	5 10	5 10
London .....	\$ je ton	21 7 0	21 5 9	21 12 7	21 8 9	15 6	15 17 6	15 7 6	15 16 3	15 10 0	15 17 6	16 1 3	15 17 6	15 8 9
Silber, New York .....	cts je oz fine <sup>20)</sup>	49,63	49 13	49 38	48 75	36 13	35 88	35 75	35 88	35 88	35 50	34 75	33 0	31 38
Barren <sup>24)</sup> London .....	d . . . . .	22 10 16	22 16	22 5	22 8	16 1 1/2	16 5	16 3	16 1 1/2	16 5	16 1 1/2	16 1 1/2	16 1 1/2	16 1 1/2
London .....	d . . . . .	22 10 16	22 2	22 11 1/2	22 7 1/2	16 1 1/2	16 9	16 3	16 1 1/2	16 5	16 1 1/2	16 1 1/2	16 1 1/2	16 1 1/2
<b>Einzelhandelspreise (Berlin)<sup>25)</sup></b>														
Roggenbrot, ortsbüchlich .....	RM je kg	0 39	0 39	0 39	0 40	0 39	0 39	0 39	0 39	0 39	0 36	0 36	0 36	0 36
Schweinefleisch (Bauchfleisch) .....		2 60	2 50	2 50	2 50	1 95	1 93	1 93	1 91	1 94	1 92	1 91	1 91	—
Butter (Molkerei) .....		4 30	4 30	4 30	4 20	3 31	3 30	3 37	3 38	3 32	3 29	3 28	3 3	—
Eier .....	RM je Stck	0 16	0 16	0 16	0 16	0 14	0 14	0 14	0 15	0 15	0 16	0 15	0 15	—
Vollmilch, ab Laden .....	RM je l	0 30	0 31	0 30	0 29	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 28	0 28	0 28	—
Briketts, frei Keller .....	RM je Ztr	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 85	1 78	1 78	1 78	1 78	1 78	—
Steinkohle, frei Keller .....		2 50	2 50	2 50	2 50	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	2 41	—
<b>Geld- und Kapitalmarkt</b>														
<b>Tägliches Geld<sup>26)</sup></b>														
Berlin .....	% p. a.	7,95	8,95	7,12	8,42	5,08	4,00	6,11	6,32	4,79	5,28	5,21	6,61	5,14
London .....		5,17	4,60	4,65	4,23	1,59	1,33	1,66	2,5	2,10	1,90	2,23	1,60	1,43
Amsterdam .....		2,96	3,90	3,70	3,71	0,52	0,50	0,96	2,03	0,93	0,65	0,98	1,54	0,66
New York .....		4,50	4,50	4,50	4,67	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,50
<b>Langfristiges Geld<sup>27)</sup></b>														
Berlin, Monatsgeld .....		8,79	9,05	9,24	9,50	6,15	6,12	6,40	6,40	6,39	6,50	6,51	6,92	7,19
London, 2 Mon. Bankaktz. ....		4,89	4,81	4,85	4,81	2,05	2,03	2,03	2,13	2,13	2,26	2,23	2,13	2,19
Amsterdam, Prolongationsaktz. <sup>28)</sup>		3,63	3,75	3,71	3,75	1,25	1,27	1,47	1,36	1,23	1,19	1,36	1,52	1,52
New York, 3 Mon. Warenwechsl.		5,53	6,29	6,25	6,25	2,88	2,88	2,88	2,88	2,88	2,86	2,88	2,88	2,88
<b>Privatdiskont<sup>29)</sup></b>														
Berlin .....		6,92	7,00	6,92	7,90	5,00	4,92	3,88	4,72	4,75	4,78	4,88	4,88	4,75
London .....		4,81	4,75	4,79	4,82	2,10	2,06	2,03	2,09	2,22	2,21	2,19	2,14	2,24
Amsterdam .....		3,91	3,68	3,41	3,50	1,37	1,36	1,46	1,34	1,29	1,26	1,23	1,19	1,28
Zürich .....		3,50	3,13	3,13	3,13	1,25	1,25	1,25	1,19	1,19	1,13	1,13	1,13	1,13
Paris .....		3,50	3,50	3,50	3,50	1,98	1,97	2,00	2,0	2,00	2,00	2,00	2,0	2,13
New York .....		3,94	3,96	3,96	3,94	1,94	1,94	1,94	1,94	1,94	1,94	1,94	1,94	1,94
<b>Rendite</b>														
Frankreich, 3% Staatsrente <sup>30)</sup> ..		3,70	3,69	3,69	3,69	3,45	3,44	3,47	3,49	3,46	3,47	3,48	3,45	3,44
Deutschland <sup>31)</sup> .....		6,61	6,60	6,59	6,58	6,36	6,34	6,34	6,34	6,35	6,36	6,36	6,37	6,39
5% .....		7,78	7,79	7,80	7,79	7,49	7,47	7,45	7,16	7,47	7,48	7,51	7,55	7,56
6% .....		8,66	8,67	8,70	8,72	8,22	8,10	8,14	8,14	8,14	8,15	8,18	8,19	8,21
7% .....		8,96	8,97	8,98	8,91	8,75	8,64	8,63	8,63	8,64	8,65	8,70	8,69	8,68
8% .....		9,87	9,87	9,86	9,86	9,95	9,92	9,90	9,89	9,89	9,90	9,89	9,91	9,90
<b>Devisenkurse<sup>32)</sup></b>														
\$ in:														
Berlin .....	RM	4,177	4,176	4,175	4,174	4,206	4,196	4,197	4,197	4,196	4,196	4,196	4,193	4,191
London .....	£ in \$	4,869	4,881	4,882	4,892	4,868	4,868	4,868	4,857	4,857	4,876	4,859	4,856	4,856
Amsterdam .....	Fl	2,478	2,478	2,478	2,478	2,482	2,483	2,483	2,485	2,486	2,486	2,485	2,485	2,483
Zürich .....	Fr	5,151	5,146	5,146	5,141	5,147	5,150	5,151	5,153	5,157	5,160	5,164	5,161	5,163
Paris .....	Fr	25,380	25,388	25,396	25,385	25,403	25,480	25,485	25,465	25,457	25,459	26,460	25,450	25,455
Mailand .....	L	19,10	19,10	19,09	19,09	19,09	19,09	19,10	19,10	19,10	19,10	19,10	19,08	19,09
£ in:														
Berlin .....	RM	20,379	20,381	20,381	20,379	20,387	20,387	20,389	20,384	20,382	20,378	20,367	20,360	20,340
Paris .....	Fr	123,85	123,82	123,97	123,92	123,91	123,84	123,82	123,70	123,65	123,65	123,61	123,57	123,62
New York .....	\$	4,879	4,881	4,883	4,882	4,859	4,860	4,867	4,857	4,857	4,856	4,855	4,856	4,857
Franz. Frs. in Berlin .....	RM für 100 Fr	16,48	16,45	16,44	16,45	16,49	16,47	16,47	16,48	16,49	16,48	16,48	16,48	16,43
<b>Goldbewegung<sup>33)</sup></b>														
Deutschland .....	1000 RM	+ 4129	+ 4301	+ 2492	+ 282540	- 110	- 138	- 206	- 162	+ 80	+ 65	+ 10285	+ 25425	—
Großbritannien .....		+ 52 1/2	- 20689	+ 61859	+ 67417	+ 27334	+ 22574	+ 1105 1/2	+ 17876	- 29847	- 22779	- 23456	- 39674	- 65006
Niederlande .....		+ 8449	- 25	- 24	- 17	+ 33723	+ 17127	+ 49	+ 665	+ 42	- 11	- 2	- 5	—
Schweden .....		- 133	- 291	- 290	+ 5 38 1/2	- 102	- 98	- 105	- 64	- 54	- 38	- 71	- 63	- 181
Schweiz .....		+ 144	+ 12471	+ 12	+ 4	+ 3928	+ 35	+ 60 1/2	+ 41	+ 11	+ 12	+ 112	+ 93 1/2	—
Frankreich .....	MILL. RM	81 3	+ 53 1/2	+ 19 2	+ 22 9	+ 184 1/2	+ 12 4	+ 27 0	+ 47 6	+ 46 8	+ 54 3	+ 42 3	+ 93 1/2	—
Ver. Staaten von Amerika <sup>34)</sup> .....		- 227,8	+ 23,3	- 130,0	- 341,1	+ 11,8	+ 156,5	+ 86,4	- 158,7	+ 122,2	+ 52,4	- 67,2	- 73,4	- 10,4
<b>Effektenkurse</b>														
Deutschland:														
Börsenindex d. Frkf. Ztg. <sup>41)</sup>	1928=100	108,61	108,54	105,52	104,02	87,88	88,37	87,53	86,92	85,89	84,16	82,00	82,48	80,11
Aktienindex, Gesamt .....		108,71	107,05	106,03	104,76	88,69	89,75	88,99	88,57	87,79	86,49	84,21	84,29	82,37
Kassawerte .....		105,95	105,60	104,57	102,75	86,34	85,85	84,84	83,89	82,67	79,88	77,94	76,53	75,39
Inländische Anleihen														
Gesamt .....		94,56	94,48	94,17	93,89	98,26	98,83	98,86	98,02	98,88	98,56	98,08	98,24	98,34
7% .....		93,71	93,17	92,72	92,59	97,53	97,40	97,08	91,95	92,05	91,71	91,00	90,87	90,79
8% .....		97,17	97,11	96,56	96,45	99,74	99,94	100,45	100,50	100,59	99,50	99,96	99,90	99,75
9% .....		110,16	99,77	99,06	96,87	92,85	93,10	93,54	93,76	91,49	90,12	90,77	90,67	90,55
Deutsche Anleihen i. Auslande		140,1	144,2	147,2	141,5	116,0	108,0	107,8	102,9	99,8	104,8	104,4	103,8	98,9
Ver. Staaten v. Amerika <sup>42)</sup> .....														
Maklerdarlehen														
Ver. Staaten v. Amerika <sup>43)</sup> .....	1000 \$	3 450	3 392	3 425	3 386	2 752	2 613	2 512	2 454	2 235	2 185	2 122	2 111	2 099

<sup>1a)</sup> Arbeitstäglich.  
<sup>1b)</sup> Tägliche Durchschnittsproduktion.  
<sup>2)</sup> 1 barrel (42 gallons) = 1,5898 hl.  
<sup>3)</sup> 1 lb = 0,4536 kg.  
<sup>4)</sup> Stichtagnotierungen vom 1. u. 15. des Monats.  
<sup>5)</sup> 1929 einschli. Sonderfürsorge für berufstätige Arbeiterlosigkeit.  
<sup>6)</sup> Ohne Nordirland, Wochenanfang.  
<sup>7)</sup> Einnahmen der 4 größten Eisenbahngesellsch.  
<sup>8)</sup> Angaben aus den Wochenberichten des Instituts für Konjunkturforschung Berlin.  
<sup>9)</sup> London town, metropolitaan, country, Woche von Donnerstag bis Mittwoch.  
<sup>10)</sup> Bank clearings; Woche von Freitag bis Donnerstag.  
<sup>11)</sup> Woche von Freitag bis Donnerstag.  
<sup>12)</sup> Stichtag Mittwoch.  
<sup>13)</sup> Financial Times.  
<sup>14)</sup> Bulletin de la statistique générale de la France.  
<sup>15)</sup> Irving Fisher.  
<sup>16)</sup> Notierung vom Dienstag der jeweil. Woche, für engl. und amerik. Preise in der letzten Woche Notierung vom Montag; falls kein Termin angegeben, greifbar.  
<sup>17)</sup> 1 bushel Weizen = 37,23 kg.  
<sup>18)</sup> 1 bushel Mais = 25,40 kg.  
<sup>19)</sup> 1 lb = 0,4536 kg.  
<sup>20)</sup> 1 cwt = 50,8 kg.  
<sup>21)</sup> Einschließl. 3,25 RM Verbrauchsabgabe und 0,50 RM für Säcke.



Berliner Börsenkurse vom 11. bis 17. Dezember 1930

(Einheitskurse der fortlaufend notierten Papiere und Kassakurse der auf Zeit gehandelten Wertpapiere)

Main table containing various financial data sections: Heimische Anleihen, Ausländische Anleihen, Kall-Werte, Lokomotiv- und Waggon-Fabrik-Aktien, Maschinen- und Metallw.-Fabrik-Aktien, Montan-Werte, Textil-Werte, Sonstige Werte, Automobil-Werte, Chemische Werte, Elektrizitäts-Werte, and Bank-Werte. Each section lists securities with their respective prices and dates.

1) RM je Stück = 200 Schilling. — 2) Ferner 2% Bonus. — 3) Ferner 0,8% Bonus. — 4) Netto in Gold. — 5) Ferner 1,2% Bonus. — 6) Ferner 1% Bonus.



**Reichsbank-Ausweis**

(Mill. RM)	15. 12. 1930	6. 12. 1930	15. 11. 1930	14. 12. 1929
<b>Aktiva</b>				
1. Noch nicht begebene Reichsbankanteile	177,212	177,212	177,212	177,212
2. Goldbestand (Barrengold) sowie in- und ausländische Goldmünzen, das Pfund fein zu 1892 RM berechnet und zwar:	2 215,702	2 190,277	2 179,847	2 247,145
Goldkastenbestand Golddepot (unbelastet) bei ausländ. Zentralnotenbanken	1 993,685	1 969,260	1 958,471	2 097,357
3. Deckungsfähige Devisen	222,017	222,017	221,376	149,788
4. a) Reichsschatzwechsel	550,866	536,922	485,906	390,781
b) Sonstige Wechsel und Schecks	65,310	66,360	0,300	10,000
5. Deutsche Scheidemünzen	1 775,797	2 000,162	1 644,517	2 090,752
6. Noten anderer Banken	161,473	148,259	176,553	100,609
7. Lombardforderungen darunter Darlehen auf Reichsschatzwechsel	17,421	12,348	19,880	14,147
8. Effekten	81,430	75,733	98,377	108,579
9. Sonstige Aktiva	0,001	0,001	0,001	92,558
	1) 102,474	1) 102,474	1) 102,475	92,562
	470,477	465,700	471,906	684,805
<b>Passiva</b>				
1. Grundkapital:				
a) begeben	122,788	122,788	122,788	122,788
b) noch nicht begeben	177,212	177,212	177,212	177,212
2. Reservefonds:				
a) gesetzlicher Reservefonds	53,915	53,915	53,915	48,797
b) künftige Dividendenzahlung	46,224	46,224	46,224	45,811
c) sonstige Rücklagen	271,000	271,000	271,000	225,000
3. Betrag der umlaufenden Noten	4 256,065	4 439,509	4 130,784	4 588,925
4. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	301,307	341,410	281,710	402,053
5. Sonstige Passiva	379,661	320,307	293,318	286,002
Bestand an Rentenbankscheinen	36,8	36,8	44,1	33,6
Umlauf an Rentenbankscheinen	410,0	410,0	403,0	376,7
Deckungsverhältnis %	65,0	61,4	64,5	57,5
Diskontsatz %	6	6	6	7
Lombardsatz %	6	6	6	8

1) Darunter ca. 8 Mill. RM Pflichteinzahlung der Reichsbank auf ihren Kapitalanteil bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich.

**Ausweise deutscher Privatnotenbanken**

(Mill. RM)	Bayerische Noten-B.	Sächsische Bank	Badische Bank	Würtl. Noten-B.
6. Dezember 1930				
<b>Aktiva</b>				
Gold	23,559	21,032	8,124	8,176
Deckungsfähige Devisen	7,404	10,854	2,814	6,082
Sonstige Wechsel u. Schecks	50,888	16,765	22,143	20,331
Deutsche Scheidemünzen	0,041	0,079	0,007	0,019
Noten anderer Banken	1,659	9,315	1,351	0,862
Lombardforderungen	2,074	2,392	0,690	2,758
Wertpapiere	4,973	2,694	7,341	4,418
Sonstige Aktiva	8,837	10,621	25,453	37,196
<b>Passiva</b>				
Notenumlauf	69,306	68,495	23,067	25,502
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	2,273	14,584	10,691	7,628
Verbindlichkeiten mit Kündigungsfrist	0,107	5,332	19,608	31,178
Sonstige Passiva	3,657	3,740	2,957	6,121
Weitergegebene Wechsel	4,050	0,001	2,856	1,298

**Monatsausweis der Deutschen Rentenbank**

(Rentenmark)	30. 11. 1930	31. 10. 1930
<b>Aktiva</b>		
Belastung der Landwirtschaft zugunsten der Rentenbank	2 000 000 000	2 000 000 000
Bestand an Rentenbriefen am 31. 10. 1930 Rtm. 899 844 000,— am 30. 11. 1930 Rtm. 899 844 000,—		
Darlehen an das Reich	517 003 515	517 356 776
Ausstehende Forderung (Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt)	8 377 553	8 383 052
Kasse, Giro-, Postscheck- und Bankguthaben	19 180 923	44 744 709
Bankgebäude	300 000	300 000
Sonstige Aktiva	2 532 454	2 532 448
<b>Passiva</b>		
Grundkapital	2 000 000 000	2 000 000 000
Umlaufende Rentenbankscheine im Verkehr befindlich	448 765 047	447 118 270
Der Reichsbank zu verzinsende Zins. (§ 11 des Liquid.-Ges.)	70 082 498	70 082 498
Umlaufende Rentenbriefe	156 000	156 000
Gewinnreserve	22 280 892	47 280 891
Rückstellungen	6 895 713	6 896 712
Sonstige Passiva	17 700	17 762

Dem Tilgungsfonds bei der Reichsbank sind gemäß § 7a des Liquid.-Gesetzes aus Zinseinnahmen von den Grundschuldverpflichteten weitere 476 582 Rentenmark zugeführt worden, um die sich das Darlehen an das Reich und der Umlauf an Rentenbankscheinen verringerten.

Seit Inkrafttreten des Liquid.-Gesetzes sind somit getilgt worden:

350 000 000	7a Liquid.-Ges.
315 000 000	7b
88 074 904	7c
880 334 583	7d

Zus. 1 633 413 536 Rentenmark

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Herbert Bloch, Berlin-Wilmersdorf. — Für die Inserate: i. V. E. Schepelers, — Verlag: Berlin W 62, Kurfürstenstraße 131. Fernsprecher B 2 Lützow 3693, 3694, 3695. — Druck: Buchdruckerei Gustav Ascher G. m. b. H., Berlin SW 61, Teltower Str. 29. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion, auch wenn Rückporto beiliegt, keine Verantwortung. — Bezugspreis: Bei Postzustellung 12 RM pro Quartal, bei Zusendung durch Streifband im Inland und in Osterreich 13 RM, im übrigen Ausland 14 RM. Postscheck Berlin Nr. 149 296.

**Finanzanzeigen in diesem Heft.**

Actiengesellschaft Charlottenhütte: Bilanz und Dividende.

Bamag Meguin Aktiengesellschaft: Bilanz.

Bayerische Vereinsbank: Bekanntmachung der Schlußabfindung.

Düsseldorfer Eisenhüttengesellschaft: Bilanz.

**BAMAG-MEGUIN  
AKTIENGESELLSCHAFT  
BERLIN**

Bilanz für den 30. Juni 1930.

Aktiva:	RM
Grundstücke	3 964 482,—
Fabrikgebäude	4 280 145,—
Wohngebäude	889 943,—
Maschinen und Fabrikinrichtungen	2 166 384,—
Kasse	55 867,21
Wechsel	889 827,—
Wertpapiere	42 000,—
Beteiligungen	860 000,—
Schuldner	13 767 640,09
Vorräte	5 376 585,—
Bürgschaften RM 2 796 132,65	
	32 292 873,30
Passiva:	RM
Stammaktien-Kapital	12 000 000,—
Vorzugsaktien-Kapital	63 000,—
Gesetzlicher Reservefonds	400 000,—
Teilschuldverschreibungen	141 750,—
Aufgewertete Hypotheken	90 000,—
Darlehen	4 000 000,—
Akzepte	1 281 986,33
Sonstige Gläubiger	6 810 650,80
Erhaltene Anzahlungen	3 954 220,64
Übergangsposten und Rückstellungen für Nachleistungen	3 450 677,—
Bürgschaften RM 2 796 132,65	
Gewinn	100 588,53
	32 292 873,30

**Gewinn- und Verlust-Rechnung 1929/30.**

Soll:	RM
Abschreibungen	638 681,—
Unkosten der Hauptverwaltung (einschl. Steuern und Zinsen)	1 134 539,—
Gewinn	RM 34 883,—
zuzüglich Vortrag aus 1928/29	65 705,53
	100 588,53
	1 873 808,53
Haben:	RM
Vortrag aus 1928/29	65 705,53
Roh-Überschuß	1 808 103,—
	1 873 808,53

Berlin, den 16. Dezember 1930.

Der Vorstand.





# Preußische Zentralgenossenschaftskasse

Berlin — Preußenkasse — Frankfurt a.M.

Anstalt des öffentlichen Rechts

Gegründet 1895

Zentralkreditinstitut der deutschen Genossenschaften

## Aktiengesellschaft Charlottenhütte, Berlin

Bilanz am 30. Juni 1930

Aktiva:		RM	Passiva:		RM
Noch nicht eingezahltes Aktienkapital . . . . .		7 875 000,—	Aktienkapital:		
Grundbesitz und Gebäude . . . . .		308 700,—	Aktien I. Gattung . . . . .	RM 20 000 000,—	20 483 000,—
Beteiligungen und Wertpapiere . . . . .		33 264 650,—	Aktien II. Gattung . . . . .	„ 483 000,—	7 500 000,—
Schuldner . . . . .		11 391 515,44	Gesetzliche Reserve . . . . .		
Kasse . . . . .		23 294,39	Teilschuldverschreibungen und lang-		
Inventar . . . . .		1,—	fristige Darlehen . . . . .		15 077 432,16
			Gläubiger . . . . .		7 572 318,11
			Reingewinn:		
			Vortrag 1. Juli 1929 . . . . .	RM 370 960,93	
			Reingewinn 1929/30 . . . . .	„ 1 859 449,63	2 230 410,56
		52 863 160,83			52 863 160,83

### Gewinn- und Verlust-Rechnung am 30. Juni 1930

Soll:		RM	Haben:		RM
Reingewinn:			Vortrag 1. Juli 1929 . . . . .		370 960,93
Vortrag 1. Juli 1929 . . . . .	RM 370 960,93		Gewinn des Geschäftsjahres 1929/30 nach		
Reingewinn 1929/30 . . . . .	„ 1 859 449,63	2 230 410,56	Abzug aller Unkosten, Steuern usw. . . . .		1 859 449,63
		2 230 410,56			2 230 410,56

Berlin, den 30. Juni 1930.

Vorstehende Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1929/30 habe ich geprüft und die Übereinstimmung mit den Geschäftsbüchern festgestellt.

Berlin, den 15. November 1930.

Der Vorstand.

**Wilhelm Demandt,**  
von der Industrie- und Handelskammer Siegen  
öffentlich angestellter und beeidigter Bücherrevisor,  
Treuhand V. D.-K.

In der heute stattgehabten Generalversammlung ist die Dividende für das Geschäftsjahr 1929/30 auf 14 % = RM 140,— für je nom. RM 1000,— Aktien I. Gattung Nr. 1—9500 festgesetzt worden. Der Betrag ermäßigt sich um die Kapitalertragssteuer auf RM 126,— je Aktie. Die Auszahlung erfolgt gegen Abgabe des Dividendenscheins für das Geschäftsjahr 1929/30 bei folgenden Einlösungsstellen:

- in Berlin: Darmstädter und Nationalbank,  
Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft,  
Dresdner Bank,  
Berliner Handels-Gesellschaft,  
Bankhaus Carl Cahn,
- in Köln: Bankhaus J. H. Stein,  
Darmstädter und Nationalbank,  
Delbrück, von der Heydt & Co.,  
Dresdner Bank,  
A. Levy, Bankgeschäft,  
A. Schaaffhausen'scher Bankverein,  
Filiale der Deutschen Bank u. Disconto-Gesellschaft,
- in Elberfeld: Darmstädter und Nationalbank,  
Bergisch-Märkische Bank,  
Filiale der Deutschen Bank u. Disconto-Gesellschaft,
- in Essen: Darmstädter und Nationalbank,  
Dresdner Bank,  
Essener Creditanstalt,  
Filiale der Deutschen Bank u. Disconto-Gesellschaft,  
Simon Hirschland, Bankgeschäft,
- in Siegen: Deutsche Bank u. Disconto-Gesellschaft, Filiale Siegen,

sowie bei den Genossenschaftskassen.

Der Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Genußrechte unserer aufgewerteten Obligationen für den Schluß des Geschäftsjahres 1929/30 beläuft sich auf RM 212,80.

Berlin, den 15. Dezember 1930.

Der Vorstand.



**Commerz- und Privat-Bank**  
Aktiengesellschaft

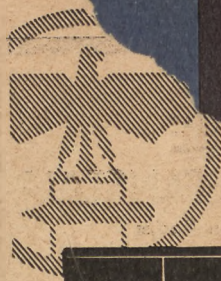
Hamburg-Berlin

Kapital 75 Millionen RM  
Reserven 40 Millionen RM

250 Niederlassungen  
125 Depositenkassen

Telegramm-Adresse:

**HANSEATIC**



**Sachliche Schönheit**

Ist das Kennzeichen der neuen

**SOENNECKEN - ZWECKMÖBEL**

für Büro und Wohnung

Gut zueinander abgestimmte Masse, ausgesuchtes Material, handwerklich und technisch hochwertige Verarbeitung ergeben eine **ausgezeichnete Wirkung**

Besichtigung ohne jede Kaufverpflichtung bereitwilligst gestattet.

**F. SOENNECKEN · BONN · BERLIN · LEIPZIG**



von Ende Januar bis Mitte Juni  
Fahrpreis RM. **455.-** u. aufwärts



DAMPFER SIERRA CORDOBA - 11 500 BR.-R.-T.  
DES NORDDEUTSCHEN LLOYD BREMEN  
DAMPFER OCEANA - 8 800 BRUTTO-REG.-TONS  
DER HAMBURG-AMERIKA LINIE HAMBURG

**NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN  
HAMBURG-AMERIKA LINIE**

und deren Platzvertreter



**Berliner  
Handels-Gesellschaft**

Kommandit-Gesellschaft auf Aktien  
Gegründet 1856

**BERLIN W8**

Behrenstraße 32-33

Telegramm-Adresse: „Handelschaft“

An- und Verkauf von Effekten  
Devisengeschäfte / Umwechslung  
fremder Banknoten / Annahme  
von Depositengeldern / Stahl-  
kammer mit Privattresor

**Stadtbüro für den Berliner Geschäftsverkehr**

Berlin W8, Charlottenstraße 33



**SCHE**  
**PFANDBRIEFANSTALT**  
 des öffentlichen Rechts  
 Berlin W 8  
 Zweigstellen in Frankfurt a. M. und Essen  
 Geschäftsstelle in München  
 Reichsmündelsichere  
 Goldmark-Pfandbriefe  
 und  
 Goldmark-Komm.-Obligationen  
 zur  
 Kapitalsanlage

Grundkapital und Reserven über 31 Millionen Reichsmark

## BEKANNTMACHUNG

Mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde bietet die Bank ihren Kommunalobligations-Gläubigern eine Schlußabfindung in der Weise an, daß ausgeschüttet werden:

**a) auf die 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> und 4<sup>0</sup>/<sub>10</sub>igen:  
 20<sup>0</sup>/<sub>10</sub>**

des Goldmarkbetrages, und zwar

10 % in 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> %igen Liquidations-Kommunalobligationen und

10 % in barem Gelde,

**b) auf die 7-16<sup>0</sup>/<sub>10</sub>igen**

außerdem weitere 20 % des Goldmarkbetrages in barem Gelde, insgesamt also

**40<sup>0</sup>/<sub>10</sub>**

des Goldmarkbetrages, und zwar

10 % in 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> %igen Liquidations-Kommunalobligationen und

30 % in barem Gelde.

Das Angebot wird allen Kommunalobligations-Gläubigern gegenüber erst wirksam, wenn seit der dritten Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger sechs Monate verstrichen sind, ohne daß ein Widerspruch eingelegt ist. Über die Einzelheiten erteilen die Bank, deren Niederlassungen und Zweigstellen und die sämtlichen Vermittlungs- und Pfandbriefvertriebsstellen bereitwilligst Auskunft.

München, den 11. Dezember 1930.

**Bayerische Vereinsbank**

## Deutsche Kaufleute,

wenn Sie mit dem heutigen Rußland Geschäfte machen wollen, müssen Sie es kennen!

Deshalb lesen Sie

**Max Hodann**  
**SOWJET** 70 Photos  
**UNION** Brosch. 5.80  
 Leinen 8.80  
 gestern/heute/morgen

Das grundlegende populäre Werk über das heutige Rußland, allgemeinverständlich, preiswert, umfassend und objektiv, auf Grund neuesten Materials

Aus dem Inhalt:

Wem soll man glauben? / Revolution 1905 bis 1917 / Die Lebenshaltung der Arbeiter / Vorgeschichte und Schwierigkeiten des fünfjährigen Planes / Wer bezahlt den Aufbau? Das „neue“ Leben / Und morgen?

UNIVERSITAS-VERLAG · BERLIN

## Düsseldorfer Eisenhüttengesellschaft, Ratingen.

Jahresabschluß am 30. Juni 1930.

Vermögen:		RM
Grundstücke	.....	217 200,—
Fabrikgebäude	.....	584 204,—
Wohnhäuser	.....	132 841,—
Maschinen	.....	876 786,—
Anschlußgleis	.....	14 840,—
Einrichtung	.....	17 748,—
Vorräte	.....	862 556,11
Kraftwagen	.....	11 650,—
Kasse	.....	9 833,86
Wertpapiere	.....	25 856,50
Schuldner und Bankguthaben	.....	844 580,05
Beteiligungen an Verbänden	.....	8 000,—
		<b>2 984 593,52</b>
Verbindlichkeiten:		RM
Aktien-Kapital	.....	2 200 000,—
Reservefonds	.....	43 201,—
Gläubiger	.....	638 699,84
Akzente	.....	16 601,65
Gewinn-Vortrag	.....	43 310,03
Gewinn	.....	42 781,—
		<b>2 984 593,52</b>
Gewinn- und Verlust-Rechnung.		RM
Ausgaben:		RM
Abschreibungen	.....	212 020,40
Gewinn-Vortrag	.....	43 310,03
Gewinn	.....	42 781,—
		<b>298 111,43</b>
Einnahmen:		RM
Erlöse	.....	254 801,40
Gewinn-Vortrag	.....	43 310,03
		<b>298 111,43</b>

Herr Albert Sonnenberg, Düsseldorf, ist aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Herr Direktor Heinrich Warth, Köln, ist neu in den Aufsichtsrat gewählt worden.

Ratingen, den 4. Dezember 1930.

Der Vorstand: Markers, Wahl.

## Beachten Sie

das erste Heft des neuen Jahrgangs